65. Jahrgang / Heft 3 / Juli 2017 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Benedikt Stuchtey
Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte

Guido Thiemeyer
Die Bundesländer und die Entstehung des europäischen Mehrebenensystems 1950 bis 1985

Thomas Hertfelder
Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland

Jürgen John und Elke Scherstjanoi
„Perestrojka" in der sowjetischen Besatzungspolitik 1947 (Dokumentation)

DE GRUYTER OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

3
17

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Elke Seefried, Petra Weber
Chefredakteur: Jürgen Zarusky
Stellvertreter: Thomas Schlemmer
Technische Redaktion und Büro: Mirella Kraska

65. Jahrgang Heft 3 Juli 2017

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/126 88-0
Fax 089/126 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2011.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum

© 2017 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen
Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,–/Ausland: € 28,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim. Printed in Germany.

Inhalt

Benedikt Stuchtey
Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte . . . . . 301 Aufsätze
Voraussetzungen und Wendepunkte in ihrer Beziehung

Guido Thiemeyer
Stiefkinder der Integration 339
Die Bundesländer und die Entstehung des europäischen Mehrebenensystems 1950 bis 1985

Thomas Hertfelder
Opfer, Täter, Demokraten . . . . . 365 Diskussion
Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland

Jürgen John und Elke Scherstjanoi
„Perestrojka" in der sowjetischen Besatzungspolitik 1947 . . . . . 395 Dokumentation
Schlüsseldokumente zum Umbau der Militäradministration

Zum 70. Geburtstag von Udo Wengst **447** Notiz

453 Rezensionen online

459 Abstracts

461 Autorinnen und Autoren

463 Hinweise

Dem Sog der Globalisierung kann sich auch die Zeitgeschichte nicht entziehen, die Perspektiven auch auf die jüngere Vergangenheit weiten sich. Wichtige Inspirationen sind dabei, wie Benedikt Stuchtey in seiner Vermessung dieses wissenschaftlichen Terrains aufzeigt, aus der *New Imperial History* zu gewinnen. Die postkoloniale Blickveränderung, die Bewegung in die starre Sichtachse „Zentrum – Peripherie" bringt, ermöglicht Einsichten in wechselseitige Prägungen und Abhängigkeiten und birgt somit ein innovatives Potenzial, das es auch für die Zeitgeschichte nutzbar zu machen gilt.

Benedikt Stuchtey

Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte

Voraussetzungen und Wendepunkte in ihrer Beziehung

I. Einleitung

Wenige Forschungszweige der Neueren und Neuesten Geschichte haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten – auch in Deutschland – einen derart starken Zuwachs zu verzeichnen gehabt wie die Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus.[1] Das gilt auch für die Globalgeschichte, wobei Historikerinnen und Historiker, die globalgeschichtlich arbeiten, in der Regel aus dem Kontext der Imperialgeschichte kommen, so wie etwa der im April 2015 verstorbene Christopher Bayly, der zu Indien forschte, oder der Afrikaspezialist Frederick Cooper. Beide Autoren gelten als intime Kenner der jeweiligen Kontinentalgeschichten und zugleich als Pioniere weltgeschichtlicher Gesamtdarstellungen.[2] Globalgeschichtliche Ansätze sind zumeist vor dem Hintergrund kolonial- und imperialgeschichtlicher Arbeiten entstanden. Wenn diesen von der breiten Öffentlichkeit sogar noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als ersteren, dann reflektiert das ein verbreitetes Empfinden, dass Imperien mitsamt ihrer historischen Herrschaftsansprüche nach wie vor ein auch für die Öffentlichkeit aktuelles Thema darstellen.[3] Die in jüngster Zeit wieder aufgeflammte Debatte über den Völker-

[1] Vgl. Sebastian Conrad, Rethinking German Colonialism in a Global Age, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 41 (2013), S. 543–566; Geoff Eley, Germany and Its Colonies. Margins and Metropole, in: WerkstattGeschichte 55 (2011), S. 63–71, und David Ciarlo, Globalizing German Colonialism, in: German History 26 (2008), S. 285–298. Der vorliegende Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags in der Akademie der Wissenschaften in Moskau am 9. 7. 2015. Für ihre Korrekturvorschläge danke ich den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern; gewidmet dem Andenken an meinen akademischen Lehrer Ernst Schulin (1929–2017).

[2] Vgl. Christopher A. Bayly, The Birth of the Modern World, 1780–1914, Oxford 2004, und Frederick Cooper, Africa in the World. Capitalism, Empire, Nation-State, Cambridge 2014.

[3] Das spiegelt sich auch in Ausstellungen und ihren Begleitprogrammen, z. B. die vom Deutschen Historischen Museum Berlin organisierte Ausstellung „Deutsche Kolonialgeschichte"

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0021

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mord an den Herero und Nama 1904 während der deutschen Kolonialherrschaft in Südwestafrika bietet hierfür ein eindringliches Beispiel. Weder die Fragen der Entschädigungszahlungen noch einer offiziellen Entschuldigung bilden den eigentlich strittigen Punkt, sondern letztlich der erst 1948 durch die Völkerrechtskonvention geschaffene juristische Tatbestand des Völkermords. An der Tatsache des deutschen Ausrottungsfeldzugs ändert dies freilich nichts und ebenso wenig an der fortdauernden Aktualität dieses kolonialhistorischen Themas. Denn an ihm zeigt sich eine lange, epochenübergreifende Kontinuität jenseits akademisch gesetzter Zäsuren und in dieser Hinsicht das Ineinandergreifen kolonialgeschichtlicher und zeitgeschichtlicher Probleme. Imperiale Herrschaft als permanenten Zustand von Ausnahmen und Krisen zu begreifen, heißt, die „koloniale Situation" trotz ihrer Brüche in erster Linie in ihrer Fortdauer zu verstehen.[4]

Globalhistorikerinnen und -historiker, die sich mit Themen wie Umweltfragen, unfreier Arbeit oder Epidemien befassen,[5] werden diesen Befund bestätigen und die Globalisierungen als Prozesse der Verflechtung verstehen, die ohne die Bedingungen, die der Imperialismus geschaffen hat, so nicht denkbar wären. Um dieses Spannungsfeld in der Forschung wird es im Folgenden gehen, indem generelle Themen und Tendenzen so nachgezeichnet werden, dass daraus sowohl exklusive imperiale Strategien einzelner Reiche als auch übergreifende Muster in der Deutungsvielfalt, Vergleichbarkeit und Verflechtung der Imperiengeschichte abgeleitet und für die Zeitgeschichte nutzbar gemacht werden können. Die Berührungspunkte zwischen Zeitgeschichte und vergleichender Imperiengeschichte spielen dafür eine wichtige Rolle und besitzen das Potenzial, gegenseitig thematisch neue Positionen anzubieten. „Vielfalt" lehnt sich dabei an den von Michael Hardt und Antonio Negri geprägten Begriff der *multitude* an, im Sinne einer Vielfalt von Wissens- und Verknüpfungsoptionen der modernen Imperien und ihrer Menschen.[6] Dass die Kritik an der Kolonisation ebenso eine Kritik an der Dekolonisation sein konnte und nach dieser Lesart sein musste, steht auf dem gleichen Blatt. *Black Power* sollte auch als Antriebskraft verstanden werden, die Verschiedenartigkeit und Transnationalität der Unabhängigkeitsbewegungen auf den gemeinsamen Nenner ihrer operativen Umsetzbarkeit zu bringen. Es scheint, als müsse das Bedürfnis danach neu thematisiert werden, wenn einerseits die Deutungsversuche für die Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus im-

(14. 10. 2016–4. 14. 5. 2017). Vgl. auch Jeremy Paxman, Empire. What Ruling the World Did to the British, London 2011.

[4] Vgl. Georges Balandier, La Situation Coloniale. Approche Théorique, in: Cahiers Internationaux de Sociologie 11 (1951), S. 44–79.

[5] Vgl. Joachim Radkau, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000; Michael Zeuske, Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin 2013; Cornelia Knab, Plague Times. Scientific Internationalism and the Manchurian Plague of 1910/1911, in: Itinerario 35 (2011), S. 87–105, und Mark Harrison, A Global Perspective. Reframing the History of Health, Medicine, and Disease, in: Bulletin of the History of Medicine 89 (2015), S. 639–688.

[6] Vgl. Michael Hardt/Antonio Negri, Multitude. War and Democracy in the Age of Empire, London 2004.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mer vielfältiger werden, andererseits der Blick auf die koloniale Vergangenheit und ihre (musealen) Objekte zunehmend auf angebliche Authentizität reduziert wird. Es war nicht zuletzt der einflussreiche britische Intellektuelle Stuart Hall, der vor einem kulturwissenschaftlichen Puritanismus entschieden gewarnt und sich für Multikulturalismus und Multipolarität auch in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht eingesetzt hat.[7] Die Komplexität der Imperialgeschichte und die keineswegs auch nur annähernd endgültige Antwort auf die *debate about empire* darf, obwohl einige Autoren dafür plädieren,[8] insofern nicht als erledigt geglaubt, sondern muss kontinuierlich weitergedacht werden.

In einem der ersten umfassenderen Versuche, dies methodisch zu erfassen und Globalisierungen längst vor Nationalstaat und Industriegesellschaft zu diagnostizieren, regte Antony G. Hopkins bereits vor 15 Jahren an, sich beispielsweise mit nicht-europäischen Netzwerken und ihren Akteuren zu beschäftigen. An Aktualität hat dieser Denkanstoß bis in die Gegenwart nichts eingebüßt.[9] Imperialismus, Imperium, aber auch Dekolonisation sind damit sowohl wissenschaftliche als auch politische Konzepte – schuf das eine einige der Voraussetzungen der modernen Welt, so sind die anderen beiden Spiegelbilder und Ergebnisse ihrer historischen Bedingungen.[10] Dies ist ein so interessantes Phänomen, weil die Kolonialreiche großteils seit einem halben Jahrhundert (im deutschen Fall seit einem ganzen) von der politischen Weltkarte verschwunden sind. Je deutlicher ihr Rückzug vollzogen ist, so scheint es, umso stärker funktionieren sie nach wie vor in der Vorstellungskraft, auch der wissenschaftlichen. Wenn in der Gegenwart der Nahe Osten, insbesondere Staaten wie zum Beispiel Syrien und der Irak, sich auch aufgrund der kriegerischen Einwirkungen vollkommen neu positionieren und formieren, dann entspricht das nicht zuletzt dem Versuch, hier die unter dem Vorzeichen der Dekolonisation errichtete regionale Ordnung zu revidieren.

Weil die Blickrichtung der europäischen Imperialismushistoriografie zuletzt vorwiegend auf die dominierenden europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland gezielt und nur gelegentlich auch nicht-europäische Kolonialmächte wie die USA oder Japan miteinbezogen hat,[11] ist ihr allerdings

[7] Vgl. Angela McRobbie, Stuart Hall. Cultural Studies and the Rise of Black and Asian British Art, London 2016, und Madeleine Herren/Martin Rüesch/Christiane Sibille (Hrsg.), Transcultural History. Theories, Methods, Sources, Berlin 2012.

[8] Vgl. Jeremy Black, The British Empire. A History and a Debate, Farnham 2015, hier S. 227–241.

[9] Vgl. Antony G. Hopkins (Hrsg.), Globalization in World History, London 2002, und ders., Back to the Future. From National History to Imperial Past, in: Past and Present 164 (1999), S. 198–244.

[10] Vgl. Linda Colley, What is Imperial History Now?, in: David Cannadine (Hrsg.), What is History Now?, Basingstoke 2002, S. 132–147, und Stephen Howe, Introduction. New Imperial Histories, in: Ders. (Hrsg.), The New Imperial Histories Reader, London/New York 2010, S. 1–20.

[11] Vgl. Jordan Sand, Subaltern Imperialists. The New Historiography of the Japanese Empire, in: Past and Present 225 (2014), S. 273–288; Ramon H. Myers/Mark R. Peattie (Hrsg.), The Japanese Colonial Empire, 1895–1945, Princeton 1984, und Paul A. Kramer, Power and Con-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mindestens zweierlei in hohem Maße entgangen: erstens die Beachtung kleiner Kolonialstaaten wie zum Beispiel Belgien,[12] und zweitens die Bedeutung der frühmodernen iberischen Reiche sowie der Niederlande für die atlantische Welt.[13] Das portugiesische Reich mit seinem größten Besitz Brasilien und zahlreichen, über die gesamte Welt verteilten Stützpunktkolonien war ein ohne Zweifel globales, von der katholischen Mission der Jesuiten begleitetes Handelsimperium, das mit Hilfe des Silbers ökonomische Abhängigkeiten von Südamerika über Afrika bis zum Osmanischen Reich und nach China schuf.[14] Mithin macht es sich die jüngste Forschung wieder angelegen, diese weltweiten Verflechtungen aufzudecken und dabei zugleich sich von früheren Sichtweisen zu lösen, die die moderne, seit den 1950er Jahren allmählich dekolonisierte Welt lediglich in der binären Beziehung zwischen den europäischen Nationalstaaten und ihren Imperien auf der einen Seite und den jüngst emanzipierten Staaten auf der anderen betrachtete. Im Unterschied dazu wird vor der Folie der vornehmlich anglo-amerikanischen *New Imperial History* dafür plädiert, die Kolonialreiche zwischen dem 16. und dem 20. Jahrhundert als Referenzrahmen für die europäische wie die nicht-europäische Geschichte insgesamt zu begreifen, als einen Bezug zwischen einer Vielzahl von „Metropolen" und „Peripherien", der seinerseits zu gleichen Teilen, aber selbstverständlich zu ungleichen Bedingungen in einem hierarchischen Herrschaftssystem die Verhältnisse der modernen Welt schuf, die heute noch bestimmend sind – eine Hierarchie im Übrigen, die zwangsläufig die Rationalität der Ungleichheit des Vergleichs reflektiert.[15]

Ursprünglich mit einem für die anglo-amerikanische Geschichtswissenschaft einzigartigen Schwerpunkt auf die *Eighteenth-Century Studies* versehen, hat sich die Forschung außerdem von einer Begrenzung auf diesen Zeitraum beziehungsweise vom „ersten" Britischen Empire vor dem Einsetzen des viktorianischen Expansionismus emanzipiert, auch wenn die Arbeiten über das 18. Jahrhundert sicherlich einen unentbehrlichen initiierenden Impuls gegeben haben.[16] Dieser Impuls

nection. Imperial Histories of the United States in the World, in: The American Historical Review 116 (2011), S. 1348–1391.

[12] Vgl. Robert Raymond Ansiaux, Early Belgian Colonial Efforts. The Long and Fateful Shadow of Leopold I., Arlington 2006, und Idesbald Goddeeris/Sindani E. Kiangu, Congomania in Academia. Recent Historical Research on the Belgian Colonial Past, in: Low Countries Historical Review 126 (2011), S. 54–74.

[13] Vgl. John K. Thornton, A Cultural History of the Atlantic World, 1250–1820, Cambridge 2012.

[14] Vgl. Malyn Newitt, A History of Portuguese Overseas Expansion, 1400–1668, London 2005; ders. (Hrsg.), The Portuguese in West Africa, 1415–1670. A Documentary History, Cambridge/New York 2010; Gabriel Paquette, Imperial Portugal in the Age of Atlantic Revolutions. The Luso-Brazilian World, c. 1770–1850, Cambridge 2013, und Francisco Bethencourt, Dekonstruktion des imperialen Gedächtnisses. Literatur, Kunst und Geschichtsschreibung in Portugal, in: Mittelweg 36 22 (2013), S. 55–63.

[15] Vgl. John H. Elliott, Empires of the Atlantic World. Britain and Spain in America, 1492–1830, New Haven/London 2006, S. xvi-xviii.

[16] Vgl. Kathleen Wilson (Hrsg.), A New Imperial History. Culture, Identity, and Modernity in Britain and the Empire, 1660–1840, Cambridge 2004, und Christopher A. Bayly, The First

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

manifestiert sich in verschiedenen Aspekten, ohne dass es jemals zu einem ausdrücklichen „Programm" für die *New Imperial History* gekommen wäre: erstens der Hervorhebung der Kulturgeschichte gegenüber der Politik- und der Wirtschaftsgeschichte, die schließlich auch der Geschichte des Rassismus viel Platz einräumt; zweitens der Bedeutung des Raums und der Grenzüberschreitung, ob von Ideen, Epidemien oder durch Migrationen, drittens der Verflechtung von nationaler und imperialer Geschichte. Aber muss sich dieses Deutungsmuster nicht der Kritik ausgesetzt sehen, Imperialismus und Imperien zu enthistorisieren und die analytische Prägekraft spezifischer Imperien und ihrer individuellen Eigenschaften, da, wo sie nur begrenzt vergleichbar sind, zu verwischen? So waren Brüche wie in Frankreich unvermeidlich, Blockadeversuche gegenüber der *New Imperial History* wie in den Niederlanden nicht ohne weiteres zu erwarten, aber auch nicht so leicht zu überwinden.[17] Es wurden zu gleicher Zeit Themenfelder vernachlässigt, die in anderen Gebieten der Geschichtsschreibung hohes Ansehen genießen, was erwartungsgemäß manche, auch strittige Debatten über den Standort der Imperialismusforschung hervorgerufen hat.[18] Mit dem Konzept der (lebensweltlichen) Verflechtungen innerhalb und außerhalb eines Imperiums treten die Hauptforderungen der *New Imperial History,* die Spannung zwischen „Zentrum" und „Peripherie" zu überwinden und beide in das gleiche analytische Untersuchungsfeld zu stellen, auf. Daran schließt sich an, dieses nicht nur jenseits des Nationalstaats, sondern in trans-imperialer Absicht insbesondere jenseits eines einzelnen Imperiums zu definieren. Und damit geht das Plädoyer einher, nicht eine einzige, für die Expansion verantwortliche und treibende Kraft, sondern multiple Systeme, Prozesse, Lebensentwürfe und sogar Vorstellungswelten zu identifizieren. Dies wird nachfolgend in drei Schritten – Entwicklungen, Themen, Perspektiven – untersucht, woran sich ein zusammenfassendes Fazit anschließt.

II. Entwicklungen

Die Dynamik der Kolonial- und Imperialhistoriografie drückt sich vielgestaltig aus. Dokumentationen wie die preisgekrönte zweiteilige Sendung der BBC von 2015, die in Zusammenarbeit mit dem University College London produziert wurde, über die Entschädigungszahlungen an ehemalige Sklavenhalter im viktoria-

Age of Global Imperialism, c. 1760–1830, in: The Journal of Imperial and Commonwealth Studies 26 (1998), S. 28–47.

[17] Vgl. Nicolas Bancel/Pascal Blanchard/Sandrine Lemaire, La fracture coloniale. Une crise française, in: Pascal Blanchard/Nicolas Bancel/Sandrine Lemaire (Hrsg.), La fracture colonial. La société française au prisme de l'héritage colonial, Paris 2005, S. 9–31, und Remco Raben, A New Dutch Imperial History? Perambulations in a Prospective Field, in: Low Countries Historical Review 128 (2013), S. 5–30.

[18] Vgl. Maurice Vaïsse/Robert Tombs (Hrsg.), L'Histoire coloniale en débat en France et en Grande-Bretagne, Brüssel 2010, und Jean-Frédéric Schaub, La catégorie „études coloniales" est-elle indispensable?, in: Annales. Histoire, Sciences sociales 63 (2008), S. 625–646.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nischen England für den „Verlust ihres Eigentums", sind ein großer Erfolg.[19] Es hat sich damit ein Trend umgekehrt, der anfänglich so nicht vorhersehbar gewesen war. Noch in den 1960er und frühen 1970er Jahren beschäftigten sich – vor dem Hintergrund der Dekolonisation – vornehmlich ehemalige Kolonialbeamte mit der Geschichte einzelner Kolonien, in denen sie tätig gewesen waren, beziehungsweise mit dem Kolonialreich als Ganzem, dem sie gedient hatten und in dem sie von Station zu Station gewechselt waren. Auch militärisches und zum Teil das den Missionsgesellschaften angehörige Personal zählte dazu. In ihren Augen bildeten die Kolonien die Herrschaftsräume der Kolonisierenden, aber nicht die Lebensbereiche der Kolonisierten ab. Die lokale Bevölkerung wurde wenig bis gar nicht in die Narrative integriert, während der Schwerpunkt insbesondere auf Administration und Militär gelegt wurde, um die Fähigkeit und Bereitschaft zur Gewährleistung von Sicherheit zu signalisieren.[20] Deren Begriff ist traditionell noch vornehmlich staatszentriert definiert. Historiografiegeschichtlich betrachtet hatten diese Praktiker ihrer jeweiligen Weltreiche seit jeher die Mehrheit derer gestellt, die historische Darstellungen verfassten und die Bevölkerung in den Metropolen Europas mit Faktenwissen versorgten. Das ist von den Reisebeschreibungen einzelner Abenteurer, aber auch Forschungsreisender zu unterscheiden, auch wenn beide der Grundtenor einer *white identity* verbunden hat, der seinerseits im Zeichen der Dekolonisation und der *Subaltern Studies* massiv destabilisiert und erschüttert wurde.[21]

Grundsätzlich ist diesen die Überzeugung zu eigen, dass Kolonialismus, Imperialismus und Dekolonisation als die Geschichten von Macht und Herrschaft formativ die Geschichte von Gewalt in jeglicher Form inklusive Rassismus darstellen. Es konnte dies auch psychische Gewalt sein, wie sie die Briten zum Beispiel gegen Aufständische in Malaysia und Kenia anwandten, denn psychologisches Wissen kam in der Abwehr des lokalen Anti-Kolonialismus insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg umfassend zur Geltung.[22] So wenig die Gewaltmethoden sich trennen lassen, so problematisch kann es sein, wenn in Überblicksdarstellungen die Unterschiede geschliffen, die Kontingenzen eingeebnet und die Geschichten derjenigen Menschen, die unterdrückt und ausgebeutet wurden, unterbelichtet werden. Die Kritik daran ist ungebrochen geblieben. Für die *Subaltern Studies* und ihren anti-kolonialen Nationalismus gilt dies umso mehr, weil sie ihre nationale

[19] Vgl. Catherine Hall u. a., Legacies of British Slave-Ownership. Colonial Slavery and the Formation of Victorian Britain, Cambridge 2014, und Catherine Hall/Nicholas Draper/Keith McClelland (Hrsg.), Emancipation and the Remaking of the British Imperial World. Manchester 2014, sowie die Homepage www.ucl.ac.uk/lbs/ [28. 2. 2017].

[20] Vgl. James Hevia, The Imperial Security State. British Colonial Knowledge and Empire-Building in Asia, Cambridge 2012; Martin Thomas, Fight or Flight. Britain, France, and their Roads from Empire, Oxford/New York 2014, und Mandy Banton (Hrsg.), Administering the Empire, 1801–1968. A Guide to the Records of the Colonial Office in the National Archives of the UK, London 2008.

[21] Vgl. Philippa Levine u. a. (Hrsg.), The Rise and Fall of Modern Empires, 4 Bde., Farnham 2013, und Philippa Levine/John Marriott (Hrsg.), The Ashgate Research Companion to Modern Imperial Histories, Abingdon 2012.

[22] Vgl. Erik Linstrum, Ruling Minds. Psychology in the British Empire, Cambridge 2016.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vergangenheit in die Bezüge des anfangs lokalen Widerstands über das überregionale postkoloniale *nation-building* bis schließlich zur globalen Solidarität der ehemals unterdrückten Völker stellen. Damit hatten sie sich von der marxistischen Geschichtswissenschaft emanzipiert, indem sie deren Teleologie und Sozialstrukturismus zu überwinden halfen und die Augen dafür öffneten, dass Armut, Hunger, unfreie Arbeit und Migration globalhistorische Probleme waren und sind.[23]

Nun hat sich die Bezeichnung der *New Imperial History*, die zunächst auf den anglo-amerikanischen Forschungskontext zugeschnitten gewesen ist, auch allmählich in anderen westeuropäischen Ländern sowie in Japan durchgesetzt.[24] Das betrifft insbesondere die Arbeiten zum 19. und 20. Jahrhundert, weniger dagegen die niederländische, spanische und portugiesische Forschung, die sich traditionell stärker den frühneuzeitlichen Kolonialismen zuwendet. Für die deutsche aber ist sie attraktiv, weil sich auch für das deutsche, wenngleich nur kurze Zeit bestehende und räumlich überschaubare Kolonialreich nachweisen lässt, dass es die angeblich zielgerichtete, vom „Zentrum" auf die „Peripherie" orientierte Leitlinie einer Bildung des Kolonialreichs nicht gegeben haben kann. Es gab allein schon deshalb keinen „Masterplan", weil vielfältige Beziehungen zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten bestanden, die sich kaum mit einer in Berlin zentralisierten Politik der offiziell gesteuerten Herrschaftskontrolle vereinbaren ließen, und weil überdies zahlreiche Verflechtungen mit anderen Imperien nachweisbar sind. Insofern wäre die deutsche Kolonialgeschichte in der europäischen angekommen und beschriebe weniger eine gesonderte Rolle als eine im europäischen Vergleich intensive Verzahnung mit ähnlichen historischen Prozessen.[25] Sich anbietende Vergleichsparameter wären zum Beispiel die imperiale Propaganda und ihre Staatsnähe, die ohne Zweifel starke Rolle der Monarchie, Fragen von Sicherheits- und Unsicherheitswahrnehmungen im Kontext kolonialer Herrschaft in europäischen und nicht-europäischen Räumen,[26] oder die Bedeutung, die die staatliche Einheit als eine Voraussetzung für die koloniale Expansion besaß – ein Aspekt, der außer der deutschen insbesondere die italienische Kolonialgeschichte berührt.[27] Daran anschließend stellt sich hier die Frage, was das spezifisch Euro-

[23] Vgl. Bill Schwarz, Conquerors of Truth. Reflections on Postcolonial Theory, in: Ders. (Hrsg.), The Expansion of England. Race, Ethnicity and Cultural History, London 1996, S. 9–30, und Andrew S. Thompson, Writing Imperial Histories, Manchester 2013.

[24] Vgl. Hélène Blais/Florence Deprest/Pièrre Singaravélou (Hrsg.), Territoires impériaux. Une histoire spatiale du fait colonial, Paris 2011; Robert Thomas Tierney, Tropics of Savagery. The Culture of Japanese Empire in Comparative Frame, Berkeley 2011, und Sand, Subaltern Imperialists, S. 285–287.

[25] Vgl. John M. MacKenzie (Hrsg.), European Empires and the People. Popular Responses to Imperialism in France, Britain, the Netherlands, Belgium, Germany and Italy, Manchester/New York 2011, und Bernard Porter, Popular Imperialism. Broadening the Context, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 39 (2011), S. 833–845.

[26] Vgl. Stephen Foose/Florian Neiske, Tagungsbericht. Security and Empire. Mechanics of Securitization in Imperial Spaces, 16. 3. 2016–18. 3. 2016, Marburg, in: H-Soz-Kult, 16. 6. 2016; URL: www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6563 [28. 2. 2017].

[27] Vgl. Nicola Labanca, Storia dell'espansionismo coloniale italiano, Bologna 2002; Giancarlo Monina, Il consenso coloniale. Le Società geografiche e l'Istituto coloniale italiano (1896–

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

päische der europäischen Expansion gewesen ist und wie es bis in die Gegenwart wirkt – und wo die nicht-europäischen Schnitt- und Anschlussstellen zu finden sind.[28] Jedenfalls wäre es beispielsweise zukünftig wichtig zu erkunden, inwieweit informelle imperiale Einflussmöglichkeiten jenseits formeller Grenzen der europäischen Imperien zur Geltung kamen und in welchen Räumen Transfers stattfanden.

Seit 1998 der wegweisende Band von Sara Friedrichsmeyer, Sara Lennox und Susanne Zantop erschienen ist, wurde überdies erstmals eine „imperiale Imagination" adressiert und damit auf den kulturellen Einfluss des Kolonialismus auf die deutsche Gesellschaft gezielt.[29] Dabei ging der Imperialität der Vorstellungswelten deren nationaler, beispielsweise der britische und der italienische Erfahrungsraum voraus.[30] Ihr Reiz liegt nicht zuletzt darin, dass akademische Epochenzäsuren und verdichtete, konstruierte Phasen wie jene des „Zeitalters des Hochimperialismus", des „Kaiserreichs" oder der „Zwischenkriegsepoche" gegenüber der langen Dauer struktureller, transepochaler Entwicklungen ihre Erstrangigkeit verlieren.

Man denke etwa, erstens, an ein rassistisches und zahlreiche exotistische und orientalistische Stereotypen bedienendes Beispiel aus der Werbewelt der Schokolade, den „Sarotti-Mohr", der erstmals im August 1918 als Reklamefigur benutzt wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg zu den bekanntesten Werbemotiven der Bundesrepublik zählte, bis er schließlich im Jahr 2004 von der Firma Stollwerck, mittlerweile der Rechteeigentümerin der Marke Sarotti, ersetzt wurde.[31] Dies ist auch ein Kapitel deutscher Unternehmensgeschichte einer Firma, die seit 1852 in Berlin, zeitweise in der Mohrenstraße im Stadtteil Mitte, ansässig war, sowie außerdem ein Kapitel deutscher Kulturgeschichte, in dem die imperiale Vergangenheit fest verankert ist.

Als zweites Beispiel können die von Carl Hagenbeck 1875 ins Leben gerufenen, „Völkerschauen" angeführt werden – „Ausstellungen" von Menschen aus Afrika

1914), Rom 2002, und Andrea Ungari, New Italian Nationalism, in: Lawrence Rosenthal/Vesna Rodic (Hrsg.), The New Nationalism and the First World War, Basingstoke 2015, S. 47–64.

[28] Vgl. Wolfgang Reinhard, Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015, München 2016, und Jörn Leonhard, Comparison, Transfer and Entanglement, or: How to Write Modern European History Today?, in: Journal of Modern European History 14 (2016), S. 149–163.

[29] Vgl. Sara Friedrichsmeyer/Sara Lennox/Susanne Zantop (Hrsg.), The Imperialist Imagination. German Colonialism and Its Legacy, Ann Arbor 1998, und Birthe Kundrus (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M. 2003.

[30] Vgl. Theodore Koditschek, Liberalism, Imperialism, and the Historical Imagination. Nineteenth-Century Visions of a Greater Britain, Cambridge 2011; Nalini Ghuman, Resonances of the Raj. India in the English Musical Imagination, 1897–1947, Oxford 2014; Geoff Eley, Empire by Land or Sea? Germany's Imperial Imaginary, 1840–1945, in: Bradley Naranch/Geoff Eley (Hrsg.), German Colonialism in a Global Age, Durham 2014, S. 19–45, und Roberta Pergher, Impero immaginato, impero vissuto. Recenti sviluppi nella storiografia del colonialismo italiano, in: Ricerche di Storia Politica 10 (2007), S. 53–66.

[31] Vgl. Rita Gudermann/Bernhard Wulff, Der Sarotti-Mohr. Die bewegte Geschichte einer Werbefigur, Berlin 2004.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Asien, die bis in die späten 1930er Jahre ein breites Publikum in Deutschland begeisterten und zur Kontinuität von Kolonialphantasien maßgeblich beitrugen.[32] Hagenbeck war im Kaiserreich ein entscheidender Impulsgeber für die Gründung von Zoologischen Gärten gewesen.[33] Er hatte darüber hinaus und auf diesem Weg Natur- und Tierforschung nicht nur popularisiert, sondern auch einer breiten Öffentlichkeit die Gegenwärtigkeit kolonialer Bilder nahegebracht. Dies konnte man als eine Kombination aus Exotismus und Herrschaftsinszenierung verstehen, mit der den europäischen Besuchern von Zoos eine Projektionsfläche des „Fremden" beziehungsweise des „Anderen" geboten wurde, um die Imagination von einer angeblich paradiesischen, von Menschenhand unberührten, empfindlichen und deshalb besonders schützenswerten Welt anzuregen – eine idealisierte und zeitkritische Gegenfolie zur „zivilisierten", aber auch industrialisierten Welt. Zunächst in illustrierten Zeitschriften transportiert, erlangten diese Bilder eine erneute Beliebtheit in der jungen Bundesrepublik, als der erste Direktor des gleich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eröffneten Frankfurter Zoos, Bernhard Grzimek, seine berühmten Dokumentarfilme „Kein Platz für wilde Tiere" und „Serengeti darf nicht sterben" drehte und Afrika gleichsam in die deutschen Wohnzimmer der 1950er Jahre projizierte. Was in den „Völkerschauen" des Kaiserreichs die „edlen Wilden" waren, ersetzten die vom Aussterben bedrohten „wilden Tiere" in den Tierfilmen der Bundesrepublik.[34] Ob dabei die postfaschistische Gesellschaft zu einer neokolonialen wurde, bliebe zu debattieren, und inwieweit Natur- und Artenschutz dieser Zeit Traditionsbestände der späteren Umweltschutzbewegung vorwegnahmen, ist eine interessante Fragestellung.[35]

Jedenfalls würden auch hier Kontinuitäten über ansonsten lieb gewonnene Epochenzäsuren des 20. Jahrhunderts gespannt. Trotz der Dekolonisation als der allmählichen Aufgabe der „westlichen" formellen Herrschaft über Menschen in der nicht-europäischen Welt wurde, so lautet das Argument, mit Hilfe des nur vermeintlich unpolitischen Tierschutzes ein Moment der kolonialen Herrschaft weiterhin in europäischen Händen gehalten – die Zivilisierungsmission hatte ihrer imperialen Aufmerksamkeit lediglich ein anderes Thema geschenkt. Darüber änderte sich zwangsläufig die Blickrichtung – eine der wichtigsten Etappen der jüngeren zeithistorischen Empireforschung: Nicht mehr primär von Europa oder Deutschland aus in die Welt, sondern umgekehrt, ebenfalls von nicht-europäischen Außenansichten aus den Blick auf Europa beziehungsweise Deutschland zu werfen. Dem liegt das Verständnis zugrunde, dass die europäische Welt grund-

[32] Vgl. Anne Dreesbach, Gezähmte Wilde. Die Zurschaustellung „exotischer" Menschen in Deutschland 1870–1940, Frankfurt a. M. 2005, und Pascal Blanchard u. a., Zoos humains. De la Vénus hottentote aux reality shows, Paris 2002.

[33] Vgl. Nigel Rothfels, Savages and Beasts. The Birth of the Modern Zoo, Baltimore 2002.

[34] Vgl. Urs Bitterli, Die „Wilden" und die „Zivilisierten". Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung, München 1991.

[35] Vgl. Jens Ivo Engels, Von der Sorge um die Tiere zur Sorge um die Umwelt. Tiersendungen als Umweltpolitik in Westdeutschland zwischen 1950 und 1980, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 297–323.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sätzlich von den Kräften der nicht-europäischen Welt mitbestimmt wurde und koloniale Expansion und Globalisierung in synchronen wie diachronen Entwicklungsdynamiken standen.

III. Themen

Lässt sich globalisierungskritisch von kolonialen Persistenzen sprechen, so hat sich das Konzept der *New Imperial History* in erster Linie als ein kulturelles und als Gegengewicht zu einer vornehmlich politik-, diplomatie- und wirtschaftsgeschichtlich zentrierten Sicht sowie gegen eine Fokussierung auf die „großen Mächte" verbreitet. In theoretischer Hinsicht stark von poststrukturalistischem und postkolonialem Denken beeinflusst, geht die *New Imperial History* davon aus, dass die Kolonialreiche bis in die Gegenwart auf die europäischen Gesellschaften einen außerordentlich nachhaltigen Einfluss besitzen. Auch Umweltgeschichte, Naturschutz, Jagd, Geschichte von „unten", beispielsweise Emigranten, Sklaven, Zwangsarbeiter, Gender-Studien, Feminismus, Diskurstheorien, die Beziehungen zwischen Wissen und Macht, das Fortbestehen rassistischer Stereotype nach der Überwindung formaler kolonialer Herrschaft, die Einflüsse nicht-europäischer Kulturen auf Europa, europäische Kulturrezeptionen, literarische Theorien des Postkolonialismus, als deren Vertreter Homi Bhabha und Gayatri Chakravorti Spivak zu nennen sind, eine neue Ideengeschichte im Zeichen der *Cambridge History* von Quentin Skinner und vieles mehr – das alles verdeutlicht eine enge Vernetzung zwischen den Geschichts-, Literatur- und Kulturwissenschaften und die Anbindung an die Linguistik und Anthropologie, das heißt die Selbstverständlichkeit nicht nur transnationaler, sondern auch interdisziplinärer Arbeit.[36] Besonders anschaulich wird sie überdies in der Geschichte materieller Kultur, in der Erfassung historisch relevanter Objekte und im Anschluss an Neil MacGregors großen Erfolg in der gegenseitigen Bezugnahme von Gegenständen und Räumen.[37] Wer sich überdies den nationalen sowie imperialen Vorstellungswelten von Zeit und Zeitverständnis im globalen Zusammenhang nähern will, wird beispielsweise die islamischen Kalender berücksichtigen müssen. Dabei musste die der Gegenwart für Arbeiten, Reisen, auch die Wahrnehmung religiöser Praktiken selbstverständliche, globale Standardisierung der Zeit erst einmal erfunden und erstritten werden – ein ebenso langwieriger Prozess wie die Durchsetzung des metrischen Systems. Hierin spiegelten sich internationale politische und ökonomische Hie-

[36] Vgl. Bernhard Gissibl, The Nature of German Imperialism. Hunting and the Conservation of Wildlife in Colonial Tanzania, Oxford/New York 2014, und Carsten Gräbel, Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884–1919, Bielefeld 2015.

[37] Vgl. Neil MacGregor, A History of the World in 100 Objects, London 2010; Jerry Brotton, A History of the World in Twelve Maps, London 2012; Robin D. Jones, Interiors of Empire. Objects, Space and Identity Within the Indian Subcontinent, c. 1800–1947, Manchester 2007, und Dianne Lawrence, Genteel Women. Empire and Domestic Material Culture, 1840–1910, Manchester 2012.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rarchien, die Ungleichheiten bekräftigten.[38] Unangefochten war dieser Prozess selbstverständlich nicht. Im Britischen Empire bildeten sich immer wieder verschiedenste Protestformen, bei denen etwa öffentliche Turmuhren willkürlich zerstört wurden, um den Widerstand gegen die 1884 in Greenwich festgelegte, „imperiale" Standardzeit zu manifestieren. Denn wer die Zeit kolonisierte, kolonisierte und disziplinierte auch die Menschen, die in ihr lebten. Anarchisten in Europa schlossen sich dem an, wenn sie Symbole von Zeit und Raum attackierten, die in ihren Augen die Internationalisierung einiger weniger Großmächte symbolisierten.[39]

Auch wenn die Bezeichnung von *Imperial History Wars* etwas übertrieben zu sein scheint, trifft sie insofern den Kern, als dass es um mehr als theoretische Grundsatzpositionen geht.[40] Wichtige methodisch innovative Ansätze sind zuletzt aus der Rechtsgeschichte gekommen.[41] Auch die verstärkte Aufmerksamkeit für Rechtssysteme innerhalb eines von den Siedlungskolonien geschaffenen Raums bestätigt diese Tendenz,[42] ebenso diejenige für internationales Recht und Völkerrecht im Zusammenhang von Imperien, inklusive den diese gefährdenden Faktoren (Piraterie, Epidemien und so weiter) in historischer vergleichender Langzeitperspektive.[43] Aber welche Vergleichsfolien bieten sich an?

Vergleichsfolien: Obwohl nicht unumstritten, wird man von einer gewissen Konkurrenzlosigkeit des britischen Empire und des russischen Imperiums im langen 19. Jahrhundert ausgehen können. Letzten Endes zählte doch die bloße Größe der imperialen Expansion, die das *British Empire* etwa im Vergleich zu den belgischen und niederländischen Kolonialreichen mit einem einzigartigen globalen Netzwerk von Handelswegen, Kommunikations- und Wissensaustauschmöglich-

[38] Vgl. Vanessa Ogle, The Global Transformation of Time, 1870–1950, Cambridge 2015.

[39] Vgl. Giordano Nanni, The Colonisation of Time. Ritual, Routine, and Resistance in the British Empire, Manchester 2013.

[40] Vgl. Dane Kennedy, The Imperial History Wars, in: Journal of British Studies 54 (2015), S. 5–22; Angela Woollacott, Making Empire Visible or Making Colonialism Visible? The Struggle for the British Imperial Past, in: British Scholar 1 (2009), S. 155–165, und Bill Schwarz, Memories of Empire, Bd. 1: The White Man's World, Oxford/New York 2011.

[41] Vgl. Alexander Green, Expanding Law's Empire. Interpretivism, Morality and the Value of Legality, in: European Journal of Legal Studies 4 (2011), S. 121–150; Jonathan Morgan, Law's British Empire, in: Oxford Journal of Legal Studies 22 (2002), S. 729–746; Mark Hickford, Lords of the Land. Indigenous Property Rights and the Jurisprudence of Empire, Oxford 2011, und Ralf Schlottau, Deutsche Kolonialrechtspflege. Strafrecht und Strafmacht in den deutschen Schutzgebieten 1884 bis 1914, Frankfurt a. M. 2007.

[42] Vgl. Zoe Laidlaw, Breaking Britannia's Bounds? Law, Settlers, and Space in Britain's Imperial Historiography, in: Historical Journal 55 (2012), S. 807–830, und Verena Steller, The „Rule of Law" in British India, or a Rule of Lawyers? Indian Barristers vs the Colonial State, in: Comparativ 24 (2014), S. 78–98.

[43] Vgl. Benedikt Stuchtey, Freiheit und Gesetz. Über Völkerrecht und Verfassung im Britischen Empire, in: Gabriele Schneider (Hrsg.), Verfassung und Völkerrecht in der Verfassungsgeschichte. Interdependenzen zwischen internationaler Ordnung und Verfassungsordnung, Berlin 2015, S. 115–135; Michael Kempe, Fluch der Weltmeere. Piraterie, Völkerrecht und internationale Beziehungen 1500–1900, Frankfurt a. M. 2010, und Lauren Benton, A Search for Sovereignty. Law and Geography in European Empires, 1400–1900, Cambridge 2009.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

keiten sowie strategischen Stützpunkten ausstattete. Die Größe zählte insofern,[44] als sie sich in der Selbstbeschreibung als Empire wiederfindet, was etwa in Darstellungen der niederländischen Expansion vergeblich zu suchen wäre. Die Herstellung eines dichten sozialen Kommunikationsnetzwerks, ob durch die *Royal Navy* auf den Weltmeeren oder die Eisenbahn im Zarenreich, trug nicht nur zur Mobilität und Strukturierung der räumlichen Ordnung bei – inbegriffen ihrer Verletzbarkeit durch Piraten oder durch einen Bombenanschlag wie auf den Zug des Zaren 1879 –, sondern überdies zu dem Selbstverständnis einer sich als Teil der „Zivilisierungsmission" begreifenden, modernen technischen und um Beschleunigung der Prozesse und Informationen bemühten Infrastruktur.[45] Nach ihrem Baubeginn 1891, beförderte die Transsibirische Eisenbahn zwischen 1906 und 1914 ungefähr fünf Millionen Menschen. Die Ausdehnung in den zentralasiatischen Raum, zugleich der Entschluss Alexanders II., 1867 Alaska an die USA zu verkaufen, war der verbreiteten Ansicht geschuldet, sowohl Europa als auch Asien zuzugehören. Indem die autokratische Dynastie der Romanows ihren Unterworfenen Karrieremöglichkeiten im Militär und in der Verwaltung anbot, integrierte sie parallel zu höfischer Patronage und Intrige eine kleine Elite leichter und flexibler, als dies anderen europäischen Imperialmächten möglich gewesen wäre.[46]

Gleichwohl lässt sich von keinem Kolonialreich in der europäischen Geschichte, allenfalls mit Einschränkungen dem französischen,[47] in gleicher Qualität wie vom britischen behaupten, ein genuines und mit der Nationalgeschichte eng verwobenes gewesen zu sein. Bis in unsere Zeit hat die Strahlkraft einer „imperialen Imagination" und ihres historischen Vermächtnisses in Großbritannien weniger nachgelassen als in irgendeinem europäischen Vergleichsfall und findet die Erinnerung an die vergangene globale Bedeutung zwar ein höchst gespaltenes Echo, aber umgekehrt wird sie auch nicht verdrängt – weder in ihren politischen, gesellschaftlichen noch militärischen historischen Bezügen. Aus diesem Grund spielt das Britische Empire als Vergleichsfolie eine zentrale Rolle, das spanische Kolonialreich des 19. und 20. Jahrhunderts hingegen nicht. Im Unterschied zum Deutschen Reich oder den Niederlanden besaß Großbritannien nicht lediglich ein Kolonialreich, sondern es war eines und konnte seine staatliche und kulturelle Identität grundsätzlich aus seiner kolonialen Expansion herleiten. Auch hier greift nochmals der Begriff der „Imagination", den Catherine Hall als führende

[44] Vgl. Angelika Epple, Die Größe zählt! Aber wie? Globalgeschichte zwischen großen Synthesen, Skeptizismus und neuem Empirismus, in: Neue Politische Literatur 59 (2014), S. 409–436.

[45] Vgl. Arthur Herman, To Rule the Waves. How the British Navy Shaped the Modern World, London 2005; Julia Angster, Erdbeeren und Piraten. Die Royal Navy und die Ordnung der Welt 1770–1860, Göttingen ²2012; Frithjof Benjamin Schenk, Russlands Fahrt in die Moderne. Mobilität und sozialer Raum im Eisenbahnzeitalter, Stuttgart 2014; Roland Wenzlhuemer, Connecting the Nineteenth-Century World. The Telegraph and Globalization, Cambridge / New York 2012, und Simone M. Müller, Wiring the World. The Social and Cultural Creation of Global Telegraph Networks, Columbia 2016.

[46] Vgl. Simon Sebag Montefiore, The Romanovs 1613–1918, London 2016.

[47] Vgl. Robert Aldrich, The French Overseas Empire and Its Contemporary Legacy, in: European History Quarterly 40 (2010), S. 97–108.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vertreterin der *New Imperial History* auf das viktorianische Empire bezogen hat, der sich aber nur mit Vorsicht auf europäische Parallelen übertragen lässt.[48] Dies wird unter anderem damit begründet werden können, dass die anglo-amerikanische Forschung sich der engen Wechselwirkung von Nation und Expansion früher angenommen hat als ihr europäisches Pendant.[49]

Trotz ihrer langen Geschichte gilt für die niederländische Expansion, dass ein ernsthaftes Bewusstsein für die Kolonien erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde. Bis dahin war sie weniger prominent und erfüllte noch nicht die ihr später zugedachte Aufgabe der Formierung und Stärkung einer nationalen Identität. Eine Debatte, wie sie Bernard Porters polemische Schrift „The Absent-Minded Imperialists" 2004 ausgelöst hat, wird sich schwerlich in anderen „metropolitanen" wie „peripheren" Handlungsräumen finden lassen, solange die nachhaltige Existenz einer „imperialen Kultur" nicht grundsätzlich nachgewiesen ist. Was in Großbritannien zu einem Disput über das Wesen und den Einfluss des Empire auf die britischen Inseln geführt hat,[50] wäre für die Niederlande oder das Deutsche Kaiserreich in dieser Form kaum nachvollziehbar, es sei denn, man würde einer Tendenz gegenwärtiger deutscher Historiografie nachgeben, die die Relevanz der deutschen Kolonien im international vergleichenden Zusammenhang etwas überschätzt. Angemessener scheint es zu sein, Rabens Plädoyer zu folgen und einen internationalisierten Diskurs über die verschiedenen Kulturen der Imperien verstärkt zu betreiben.[51]

Auch in Frankreich wird die Einrichtung einer kolonialen Kultur erst auf die Zeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg datiert;[52] und bis zu dem Zeitpunkt, als sie ihm entzogen wurde, akklamierte König Leopold II. die Verantwortung für den Kongo als alleinige der Krone, jedenfalls nicht des belgischen Staats. Im Kaiserreich beschränkte sich der imperiale Enthusiasmus bis in die 1880er Jahre zunächst auf die militärischen, kulturellen und akademischen Eliten, Friedrich Fabris berühmte Frage sollte noch lange in den Reichstagsdebatten mitschwingen,[53] und Carl Peters gelang es nur mühsam, politische und finanzielle Unterstützung für seine Afrikapläne zu erhalten, bevor das Reich 1891 die Verwaltung übernahm.[54] Für die Einigung der britischen Inseln und für die Staatswerdung Groß-

[48] Vgl. Catherine Hall, Civilising Subjects. Metropole and Colony in the English Imagination 1830–1867, Cambridge 2002.

[49] Vgl. Andrew Thompson, The Empire Strikes Back. The Impact of Imperialism on Britain from the Mid-Nineteenth Century, Harlow 2005.

[50] Vgl. Bernard Porter, The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain, Oxford 2004. Eine Rezension des Buchs lieferte u. a. Antoinette Burton, in: Victorian Studies 47 (2005), S. 626–628.

[51] Vgl. Raben, New Dutch Imperial History, S. 23.

[52] Vgl. Pascal Blanchard/Sandrine Lemaire, Avant propos. La constitution d'une culture coloniale en France, in: Dies. (Hrsg.), Culture Coloniale. La France conquise par son empire, 1871–1931, Paris 2003, S. 5–39.

[53] Vgl. Friedrich Fabri, Bedarf Deutschland der Kolonien? Eine politisch-ökonomische Betrachtung, Gotha 1879.

[54] Vgl. Arne Perras, Carl Peters and German Imperialism 1856–1918. A Political Biography, Oxford/New York 2004, und Sebastian Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, München 2012,

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

britanniens seit dem späten 17. Jahrhundert war das Selbstverständnis, eine koloniale Macht zu sein, demgegenüber ein zentraler Faktor. Zeitgenossen nahmen dies zwar nicht so wahr wie beispielsweise John Hobson, der die Psychologie des Jingoismus mit der Neuartigkeit dieses bis dahin angeblich unbritischen Phänomens erklärte, oder Lord Meath, der wenig später den *Empire Day* unter dem Motto *One King, One Flag, One Navy* erfand, um am 24. Mai, den Geburtstag Königin Viktorias, einmal jährlich das gesamte Empire auf eine emotionale Verbundenheit einzuschwören, deren Verblassen er befürchtete.[55]

Aber keine andere europäische, zugleich weltweit agierende Nation hatte Kolonien, beispielsweise Malta, Zypern, Gibraltar, in Europa[56] – eine häufig unterschätzte Tatsache –, und für Großbritannien war auch der Begriff Empire längst nicht mit so vielen (widersprüchlichen) Bedeutungsinhalten besetzt wie zum Beispiel für Frankreich, das seinerseits Algerien seit 1870 als eine französische Provinz betrachtete. Wer die Geschichte des Imperialismus studiert, kann dies an kaum einem Beispiel empirisch wie theoretisch so reichhaltig tun wie am britischen, denn das Britische Empire umfasste alle Formen kolonialer Herrschaft. Im Gegensatz dazu folgte beispielsweise das niederländische Kolonialreich vorwiegend Handelsinteressen; Siedlungskolonien im Format Kenias oder Rhodesiens hatte es dagegen nicht, und auch das niederländische Südafrika war im strengen Sinne noch keine. Müßig aber wäre es, über die Bedeutung geografischer Nähe zu spekulieren: Frankreich und seine bedeutendste Siedlungskolonie Algerien trennt das Mittelmeer, doch was wäre gewesen, hätte die koloniale Gewalt in Rhodesiens derartig nah vor der britischen Küste stattgefunden wie im Fall Irlands? Nähe und Distanz sind jedenfalls keine primären Faktoren in der Einschätzung, wie sich ein Imperium manifestierte – es konnte über Menschen (Emigration, Missionen), Waren (Tee, Kakao, Baumwolle), Ideen (Orientalismus), Wissen (Geografie, Tropenmedizin) und vieles mehr Räume konstruieren beziehungsweise diese überwinden, wenn imperiale Grenzen keine Rolle spielten. Pluralistische Perspektiven, mithin die oben angedeutete, aber nicht krisenlose und unumstrittene Vielfalt, sind eine Konsequenz.

Pluralismus: Der Vielzahl der Deutungsversuche[57] steht ein Gegenstand gegenüber, der heute auf wenige überseeische Besitzungen wie die Bermuda- und die Falklandinseln reduziert ist. Synthesen scheinen daher dringlicher denn je. Zu

S. 31.

[55] Vgl. John A. Hobson, The Psychology of Jingoism, London 1901, und The Earl of Meath/M. H. Cornwall Legh/Edith Jackson, Our Empire. Past and Present, London 1901.

[56] Vgl. Robert Holland, Blue-Water Empire. The British in the Mediterranean since 1800, London 2013.

[57] Vgl. Philippa Levine (Hrsg.), Gender and Empire, Oxford/New York 2004; Philip D. Morgan/Sean Hawkins (Hrsg.), Black Experience and the Empire, Oxford/New York 2004; William Beinart/Lotte Hughes (Hrsg.), Environment and Empire, Oxford/New York 2007, und Marjory Harper/Stephen Constantine (Hrsg.), Migration and Empire, Oxford/New York, 2010.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Recht ist die *Oxford History of the British Empire*[58] dafür gerühmt worden, eine Vorbildfunktion dahingehend übernommen zu haben, dass sie das Entstehen und den Niedergang eines Imperiums nicht als einen teleologischen Prozess in universalgeschichtlicher Absicht begreift und in eine *Masternarrative* fasst und sich deshalb auch nicht auf die in Westminster und Whitehall betriebene Politik beschränkt, sondern dass sie vielmehr das Wesen des Empire zu gleichen Teilen von einer Vielzahl von „Zentren" wie „Peripherien" bestimmt sieht und ständige Verlagerungen seiner Schwerpunkte in diesem weltweiten Netzwerk berücksichtigt. Zugleich hat sie nach ihrer Veröffentlichung zu einer verstärkten Aufmerksamkeit für Gender, *class* und *race* geführt, auch weil sie diese Aspekte zu wenig beachtete.[59] Wer das Empire als ein Netzwerk von „crossroads regions" auffasste,[60] konnte es ohne die eindimensionalen und konstruierten Bezüge zwischen „Mutterland" und „Kolonien" denken und es wie John Darwin in seiner fulminanten Studie als ein „world-system" begreifen,[61] dem freilich die Vorstellung von einer angeblichen „Britishness" vorgeschaltet wurde, die nicht unwidersprochen bleiben konnte.[62] Die Dezentralisierung des Empire bedeutete nicht die „Provinzialisierung"[63] der „Metropolen". Sie bedeutete vielmehr die Akzeptanz multipler „Zentren", die in ihren jeweiligen Eigenbedeutungen Mittelpunkte neuer Bewegungen waren, so wie ursprünglich die Britischen Inseln Ausgangspunkte der Migration dargestellt und eine weltweite Diaspora produziert hatten.

Allerdings wird Darwin sich nicht den Vorwurf moralischer Indifferenz machen lassen wollen, wenn er in Anwendung seines Begriffs „chaotic pluralism"[64] Verantwortlichkeiten für die Folgen imperialer Herrschaft nicht genau beim Namen nennt oder wenn er anstelle des unpräziseren Empire-Begriffs von einem „world-system" spricht, das sich der britische Imperialismus schuf und in dem er

[58] Vgl. William Roger Louis (Hrsg.), The Oxford History of the British Empire, 5 Bde., Oxford/New York 1998–1999. Die fünf Einzelbände wurden je von einem oder mehreren anderen Herausgebern veröffentlicht.

[59] Vgl. Elizabeth Buettner, Empire Families. Britons and Late Imperial India, Oxford 2004; Philip Howell, Geographies of Regulation. Policing Prostitution in Nineteenth-Century Britain and the Empire, Cambridge 2009; Durba Ghosh, Sex and the Family in Colonial India. The Making of Empire, Cambridge 2006, und Tony Ballantyne, The Changing Shape of the Modern British Empire and Its Historiography, in: The Historical Journal 53 (2010), S. 429–452, hier S. 434 f.

[60] Vgl. Jerry H. Bentley/Sanjay Subrahmanyam/Merry E. Wiesner-Hanks, The Cambridge World History, Bd. 6: The Construction of a Global World, 1400–1800 CE, Teil 1: Foundations, Cambridge 2015, S. 345–444.

[61] Vgl. John Darwin, The Empire Project. The Rise and Fall of the British World-System, 1830–1970, Cambridge 2009, und ders., Unfinished Empire. The Global Expansion of Britain, London 2012.

[62] Vgl. Saul Dubow, How British was the British World? The Case of South Africa, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 37 (2009), S. 1–27.

[63] Vgl. Dipesh Chakrabarty, Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2007.

[64] Darwin, Empire Project, S. 3.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aufging.[65] „Pluralism" beziehungsweise Vielfalt ist danach als Gegenentwurf zu einem monolithischen Empire-Verständnis aufzufassen, welches sich allein schon deshalb verbietet, weil es nicht mit dem globalen Rahmen, in dem das Empire sich befand und hierin eine *Anglo-World* oder *British World* formulierte, auf einen Nenner gebracht werden könnte. Vielfalt als Konzept ist eine Antwort auf die Herausforderung der Imperialismusforschung, Kolonialismus, Imperialismus und Dekolonisation in transnationalen, transepochalen und vergleichenden Bezügen denken zu müssen – worunter der Bezug der europäischen Kolonialmächte mit den nicht-europäischen Kolonien lediglich einer von zahlreichen ist.[66] Je stärker zum Beispiel die Anti-Sklaverei-Bewegung über die klassischen Bezugsstellen des Britischen Empire hinausging und der evangelikale Humanitarismus zu einer weltweiten Angelegenheit wurde,[67] umso deutlicher lassen sich Rückwirkungen und Einflüsse der missionarischen Gesellschaften auf das europäische Bewusstsein, in einer zunehmend globalen Welt zu leben, nachzeichnen, etwa in der Presse, in den Wissenschaften, in den Künsten und in der Literatur.[68] Dem jüngst wieder viel beachteten Konzept der imperialen Biografien trägt diese Fragestellung Rechnung, indem es Imperien als transnationale Gebilde begreift, die Netze beziehungsweise Netzwerke vielfältigster Lebenswelten zur Verfügung stellten und mit Hilfe dieser Verbindungen überhaupt imperiale Kultur definierten.[69] Man

[65] Vgl. Antoinette Burton, Introduction. Empire of the Book, in: Journal of British Studies 54 (2015), S. 971–997, hier S. 995 f. Es handelt sich um die Rubrik „Roundtable": „Imperial History by the Book. A Roundtable on John Darwin's The Empire Project". Vgl. auch Bill Schwarz, An Unsentimental Education. John Darwin's Empire, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 43 (2015), S. 125–144.

[66] Vgl. Gary B. Magee/Andrew S. Thompson, Empire and Globalisation. Networks of People, Goods and Capital in the British World, c. 1850–1914, Cambridge 2010.

[67] Vgl. Elizabeth Harvey, „Layered Networks". Imperial Philanthropy in Birmingham and Sydney, 1860–1914, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 41 (2013), S. 120–142; Alan Lester/Fae Dussart, Colonization and the Origins of Humanitarian Governance. Protecting Aborigines across the Nineteenth-Century British Empire, Cambridge 2014; Johannes Paulmann (Hrsg.), Dilemmas of Humanitarian Aid in the Twentieth Century, Oxford 2015, und Fabian Klose (Hrsg.), The Emergence of Humanitarian Intervention. Ideas and Practice from the Nineteenth Century to the Present, Cambridge 2015.

[68] Vgl. Catherine Hall/Sonya Rose, At Home with the Empire. Metropolitan Culture and the Imperial World, Cambridge 2006.

[69] Vgl. Benedikt Stuchtey, Der Charakter, die Herrschaft, das Wissen. Begegnungen im Zeitalter der Imperien, Berlin 2016; Desley Deacon/Penny Russell/Angela Woollacott (Hrsg.), Transnational Lives. Biographies of Global Modernity, 1700–present, London 2010; Tony Ballantyne/Antoinette Burton (Hrsg.), Moving Subjects. Gender, Mobility, and Intimacy in an Age of Global Empire, Urbana/Chicago 2009; Clare Anderson, Subaltern Lives. Biographies of Colonialism in the Indian Ocean World, 1790–1920, Cambridge 2012; David Lambert, Reflections on the Concept of Imperial Biographies. The British Case, in: Geschichte und Gesellschaft 40 (2014), S. 22–41; ders./Alan Lester (Hrsg.), Colonial Lives across the British Empire. Imperial Careering in the Long Nineteenth Century, Cambridge 2006; Rajesh Rai/Peter Reeves (Hrsg.), The South Asian Diaspora. Transnational Networks and Changing Identities, London 2009, und Benjamin N. Lawrance/Emily Lynn Osborn/Richard L. Roberts (Hrsg.), Intermediaries. Interpreters and Clerks. African Employers in the Making of Colonial Africa, Madison 2006.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wird von einem noch nicht ausreichend erforschten *biographical turn* der transnationalen Geschichte und ihrer Transfers sprechen können.[70]

So annähernd unbeschränkt das Britische Empire seit ungefähr 1800 in seinen Wirkungszusammenhängen aufgestellt war, so bietet sich doch immer wieder auch eine Frage nach dem Vergleich, Transfer und den Verflechtungen mit anderen Imperialismen an – seien sie so alt wie der niederländische oder so vergleichsweise jung wie der deutsche, italienische oder der japanische. Es liegt nahe, die Geschichte des Imperialismus und allemal diejenige in der Phase bis einschließlich der Dekolonisation in ihrer Pluralität zu verstehen – und zwar nicht als ein Nebeneinander, sondern als Prozess der Überschneidungen europäischer und nicht-europäischer Dynamiken der kolonialen Expansion und der anti-kolonialen Nationalisierungen. Insofern bildete auch die *British World* keinen in sich geschlossenen und undurchdringlichen Raum, der ausschließlich den Mitgliedern des Britischen Empire vorbehalten geblieben wäre, ganz zu schweigen von anderen westeuropäischen Kolonialreichen, die sich diese Exklusivität allein aufgrund ihrer Größe nicht hätten erlauben können. Eine Ausnahme wird wohl freilich die militärische Sicherheitspolitik dargestellt haben.[71]

Wie die Vereinigte Ostindische Kompanie der Niederländer bewies, wie die Netzwerke der Exilanten in ihren unterschiedlichen Diasporas illustrierten, und wie beispielsweise international agierende Reedereien, etwa die holländische Kongsi Tiga in der Zwischenkriegszeit fürchteten, ihre Kontrolle über das indonesische Meer an anti-imperiale, pan-islamische religiöse Netzwerke zu verlieren, waren Handel, Informationsaustausch, Sklaverei, Zwangsarbeit und Personen- und Warentransfer (neben vielem anderen) längst keine binnenimperialen Angelegenheiten mehr, sondern zu interimperialen geworden.[72] Man könnte ergänzen: zu interkontinentalen. Als zum Beispiel 1865 im westlichen Saudi-Arabien, im Hedschas, eine Cholera-Epidemie über 10.000 Tote forderte, erkannten die britischen Autoritäten, dass sie die Pilgerbewegungen zwischen dem indischen, arabischen und europäischen Raum Richtung Mekka nicht mit Hilfe von Quarantänen eindämmen konnten, wollten sie nicht Rebellionen herausfordern. Pilger, mit einem Wort, waren und sind sinnbildlich für die interkontinentale Bewegung, Vielfalt und deren Gefahren sowie Potenziale.[73]

Einen Quellenbegriff der britischen Debatte aufgreifend,[74] ist jüngst auch eingehender die deutsche Diaspora behandelt worden, die sich beispielhaft unter den Formationen von Politik, Religion und Sprache darstellen lässt. Weit über das

[70] Vgl. Malte Rolf, Einführung. Imperiale Biographien. Lebenswege imperialer Akteure in Groß- und Kolonialreichen (1850–1918), in: Geschichte und Gesellschaft 40 (2014), S. 5–21.
[71] Vgl. John C. Mitcham, Race and Imperial Defence in the British World, 1870–1914, Cambridge 2016.
[72] Vgl. Kris Alexanderson, „A Dark State of Affairs". Hajj Networks, Pan-Islamism, and Dutch Colonial Surveillance During the Interwar Period, in: Journal of Social History 47 (2014), S. 1021–1041.
[73] Vgl. John Slight, The British Empire and the Hajj, 1865–1956, Cambridge 2015.
[74] Vgl. Charles Wentworth Dilke, Problems of Greater Britain, 2 Bde., London 1890, und Charles Prestwood Lucas, Greater Rome and Greater Britain, Oxford 1912.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eigentliche deutsche Kolonialreich hinausgehend, wirkte beispielsweise der Schulunterricht in ambivalenter Weise: Einerseits sollte er eine politische und kulturelle Konformität sowohl unter den deutschen Migranten als auch der mit ihnen in Berührung stehenden lokalen Bevölkerung herstellen, um sie ideologisch passgenau auf ihre Rückkehr respektive ihre Einwanderung in das Deutsche Kaiserreich vorzubereiten. Andererseits hatte eben dieser Unterricht nicht selten die Genese einer transnationalen Germanophobie zur Folge, wohl auch, weil er den Prozess der sozialen Inklusion und Exklusion in der Diaspora nicht minder einschneidend vollzog als dies der Fall in der „Metropole" war. Insofern hatte der wilhelminische Kulturprotestantismus zu einer Elitisierung auch in der kolonialen beziehungsweise nicht-kolonialen „Peripherie" beigetragen.[75] Was dies jedoch zur Folge haben konnte, zeichnete sich in den interkulturellen ebenso wie interimperialen Kontakten ab. Zum Beispiel arbeiteten Missionare und Wissenschaftler selten im Dienst nur eines einzigen Kolonialreichs. Mithin realisierten sie in der kolonialen Praxis, was Cooper und Ann Laura Stoler in ihrem mittlerweile klassischen Aufsatz *imperial interconnections* genannt haben, das heißt das Errichten globaler Netzwerke „jenseits der Imperien".[76] Auf der Grundlage der imperialen Wechselwirkungen entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg eine Vielzahl internationaler Initiativen, ob religiöser, politischer, sportlicher oder kultureller Natur. Die internationalen Netzwerke und Kooperationen, die daraus erwuchsen, bildeten eine Voraussetzung für das Entstehen internationaler „Nichtregierungsorganisationen" sowie für Verbindungen von Pazifisten, Akademikern, Sportlern, humanitären Aktivisten und vieler mehr.[77] Die Bedeutung der Sportgeschichte für die Imperialgeschichte leitet sich unter anderem daraus ab, wie sich am Beispiel des französischen Kolonialreichs gut zeigen lässt.[78]

IV. Perspektiven

Daraus ergibt sich als eine Forderung, die Imperien nicht länger isoliert voneinander zu untersuchen, sondern analog Jane Burbank und Cooper „imperial intersections" zu beleuchten, die auf interimperiale Konkurrenzen, aber auch Ko-

[75] Vgl. Stefan Manz, Constructing a German Diaspora. The „Greater German Empire", 1871–1914, New York 2014.

[76] Ann Laura Stoler/Frederick Cooper, Between Metropole and Colony. Rethinking a Research Agenda, in: Frederick Cooper/Ann Laura Stoler (Hrsg.), Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World, Berkeley/Los Angeles/London 1997, S. 1–56, hier S. 33–35.

[77] Vgl. Daniel Gorman, The Emergence of International Society in the 1920s, Cambridge 2014; Madeleine Herren, Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt 2009; dies. (Hrsg.), Networking the International System. Global Histories of International Organizations, Heidelberg u. a. 2014, und Casper Sylvest, British Liberal Internationalism, 1880–1930. Making Progress?, Manchester 2009.

[78] Vgl. Philippe Liotard, Sport, mémoire coloniale et enjeux identitaires, in: Blanchard/Bancel/Lemaire (Hrsg.), La fracture colonial, S. 231–240; Driss Abbassi, Le sport dans l'empire francais. Un instrument de domination coloniale?, in: Outre-mers 96 (2009), S. 5–15.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

operationsmöglichkeiten hinausliefen.[79] Für die Phase der Dekolonisation im 20. Jahrhundert und generell den Niedergang von Imperien ist dies besonders wichtig.[80] Löste man sich auf diesem Weg von einer staatsorientierten Perspektive auf die konfliktreiche Rivalität der politischen Institutionen, wären alternative Schneisen zu schlagen: so zum Beispiel die Frage nach der Erosion der Imperien als Konsequenz der relativ kurzfristigen Aktivierung ethnischer Nationalismen nach dem Ersten Weltkrieg. Andere Fragen zielen auf die ebenfalls kurzfristig mobilisierbare Sprengkraft des Religiösen in den „Peripherien" und die Bindekraft der Staatsreligion als autoritärem imperialen Herrschaftsmittel im „Zentrum", versinnbildlicht beispielsweise in der St. Paul's Cathedral in London oder im Petersdom in Rom. Diese religiöse Bedeutung zu unterschätzen, hieße, gleichfalls eine maßgebliche Säule des Imperium Romanum nicht angemessen zu bewerten, nämlich den augustinischen Glauben an die göttliche Fügungsgewalt der römischen Expansion. Auch aus diesem Grund bildete Rom fortwährend einen unverzichtbaren Bezugspunkt bis in die jüngere Gegenwart.[81]

Hieraus speiste sich eine ideengeschichtliche Kontinuität über die kolonialen und auch über die post-kolonialen Traditionsbestände hinaus. Die jüngst in der Londoner Tate Britain gezeigte Ausstellung *Artist and Empire* versinnbildlicht diese Kontinuität sehr anschaulich, indem sie an die Verbindung von Kunst, Religion, Expansion und Handel erinnert. Dass sie in einem prominenten Gebäude präsentiert wird, das selbst seine Existenz dem mit Sklaverei erworbenen Reichtum aus dem karibischen Zuckerhandel verdankt, ist nicht ohne feine Ambivalenz.[82] Die Botschaften der Ausstellung sind mehrere, doch darunter ist die eine besonders relevant: Weniges hat die historische sowie die erwartungsvolle Imagination von der Expansion so bewegt wie die Religiosität, obwohl dies aus heutiger Perspektive betrachtet wie Hypokrisie erscheint.[83] Nicht zuletzt hat diese sich in den sich auch in ihrer Spiritualität begreifenden Monarchen selbst gespiegelt, die als stets stabilisierende Faktoren für ihre jeweiligen Imperialismen gelten können – sei es als König oder Kaiser, Zar, Tenno oder als Sultan.[84]

Im Unterschied dazu hatte die Forschung sich bislang eher von der Aussicht leiten lassen, Weltreiche unterlägen langfristigen, individuellen imperialen Entstehungs- wie Zerfallsprozessen und seien aus diesem Grund zwar in eine Abfolge

[79] Vgl. Jane Burbank/Frederick Cooper, Empires in World History. Power and the Politics of Difference, Princeton/Oxford 2010.
[80] Vgl. Patrice Gueniffey/Thierry Lentz (Hrsg.), La Fin des Empires, Paris 2016.
[81] Vgl. Sophie Mills, Roman Imperialism. Critics and Aspirants, in: Dexter Hoyos (Hrsg.), A Companion to Roman Imperialism, Leiden 2013, S. 333–345.
[82] Vgl. Alison Smith/David Blayney Brown/Carol Jacobi (Hrsg.), Artist and Empire. Facing Britain's Imperial Past, London 2016.
[83] Vgl. Stewart J. Brown, Providence and Empire. Religion, Politics, and Society in the United Kingdom, 1815–1914, London 2008; Hilary M. Carey (Hrsg.), Empires of Religion, Basingstoke 2008; dies., God's Empire. Religion and Colonialism in the British World, c. 1801–1908, Cambridge 2011, und J. P. Daughton, An Empire Divided. Religion, Republicanism, and the Making of French Colonialism, 1880–1914, Oxford 2006.
[84] Vgl. Robert Aldrich/Cindy McCreery (Hrsg.), Crowns and Colonies. European Monarchies and Overseas Empires, Manchester 2016.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu stellen, jedoch schwerlich miteinander in Interaktionen zu setzen.[85] Nimmt man demgegenüber eine vergleichende Perspektive ein, wie dies in den vergangenen Jahren exemplarisch von Burbank und Cooper sowie Karen Barkey mit Blick auf ost- und westeuropäische Imperien, insbesondere das Russische Reich und das Osmanische Reich getan worden ist, so wird die Schwierigkeit der Terminologie offenbar.[86] Bereits die Nationalisierungsdynamiken, denen sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Beispiel das Britische Empire in Indien, das französische Kolonialreich in Algerien, das russische Imperium in Polen mit einer dort sich durchaus als multinational definierenden Machtelite sowie das Osmanische Reich in Armenien ausgesetzt sahen, waren höchst unterschiedlich, und entsprechend reagierten die Imperien mit höchst unterschiedlichen Handlungsalternativen bis hin zu Genoziden.[87] Bekannt ist das Beispiel von Angola, Mosambik und Guinea – Portugals äußerst schwieriger Abschied von seinem Kolonialreich.[88] So wie im 16. Jahrhundert die afrikanische Königin Nzinga von Ndongo und Matamba lange Zeit dem Vordringen portugiesischer Sklavenhändler, die Arbeitskräfte für die brasilianischen Zuckerplantagen suchten, Widerstand leisten konnte und in der Verfolgung ihrer eigenen Machtpolitik niederländische und portugiesische ökonomische Interessen vor allem in der 1576 gegründeten Kolonialstadt Luanda gegeneinander auszuspielen vermochte, so machiavellistisch und unter extrem flexibler Nutzung wechselnder Allianzen agierte ebenfalls Angolas Revolutionsführer Agostinho Neto. Ob im Bündnis mit Che Guevara, Fidel Castro oder Erich Honecker: die Karibik und die DDR waren eingebunden in eine als weltweit verstandene revolutionäre Bewegung, an der sich seit 1956 auch die „Volksbewegung zur Befreiung Angolas" beteiligte. Als Neto 1975 nach einem Militärputsch die Unabhängigkeit Angolas verkündete, war erst ein Jahr zuvor die Diktatur António Salazars in Portugal gestürzt worden.[89] Aufs Engste waren hier die politische Dik-

[85] Vgl. Michael Gehler/Robert Rollinger (Hrsg.), Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, 2 Bde., Wiesbaden 2014.

[86] Vgl. Karen Barkey, Empire of Difference. The Ottoman Empire in Comparative Perspective, Cambridge 2008; Maurus Reinkowski/Gregor Thum (Hrsg.), Helpless Imperialists. Imperial Failure, Fear and Radicalization, Göttingen 2013; Guido Hausmann/Angela Rustemeyer (Hrsg.), Imperienvergleiche. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive. Festschrift für Andreas Kappeler, Wiesbaden 2009; MacKenzie (Hrsg.), European Empires; Benedikt Stuchtey (Hrsg.), Science Across the European Empires, 1800–1950, Oxford/New York 2005; Michael A. Reynolds, Shattering Empires. The Clash and Collapse of the Ottoman and Russian Empires, 1908–1918, Cambridge 2011, und Stephen F. Dale, The Muslim Empires of the Ottomans, Safavids, and Mughols, Cambridge 2010.

[87] Vgl. Malte Rolf, Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915), Berlin/München/Boston 2015; Hans-Lukas Kieser/Kerem Öktem/Maurus Reinkowski (Hrsg.), World War I and the End of the Ottomans. From the Balkan Wars to the Armenian Genocide, London 2015, und Fabian Klose, Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München 2009.

[88] Vgl. Christiane Abele, Kein kleines Land. Die Kolonialfrage in Portugal 1961–1974, Göttingen 2017.

[89] Vgl. Christine Messiant, 1961. L'Angola colonial, histoire et société. Les prémisses du mouvement nationaliste, Basel 2006; David Birmingham, Empire in Africa. Angola and Its Neigh-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tatur zum einen und das Fortbestehen nostalgischer Kolonialfantasien und die Mystifizierung der „Entdeckung" des Seewegs nach Indien durch Vasco da Gama Ende des 15. Jahrhunderts zum anderen miteinander verknüpft.

Die Mannigfaltigkeit der Dekolonisationsprozesse im 20. Jahrhundert reflektierte die Vielfalt der Imperialismen und Imperienmodelle, die miteinander vergleichbar waren, doch nur begrenzt ein übergeordnetes Erklärungspotenzial bereitstellen konnten.[90] Das liegt schon allein daran, dass der mit Edward Gibbons „History of the Decline and Fall of the Roman Empire" 1776 gewonnene Blick vom Aufstieg und zwangsläufigen Fall eines jeden Empire für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr ausreichend überzeugen kann,[91] weil neue Empirekonzeptionen nach dem Ersten Weltkrieg sich nicht allein im Kontext des Ergebnisses, des Niedergangs, der Krise und Auflösung, sondern auch in demjenigen des Mechanismus struktureller Vielfalt wiederfanden. Das betraf insbesondere die Imperien, die wie das britische und das osmanische in religiöser, ethnischer und nicht zuletzt dynastischer Hinsicht supranationale Herrschaftsverbände darstellten. Das deutsche Kolonialreich ähnlich wie das japanische besaß zwar diese Qualität nicht, was allerdings nicht heißen kann, dass es nicht in seinen transnationalen Bezügen zu begreifen ist.[92] Während die Dekolonisationsforschung sich überwiegend entweder auf die 1940er oder die 1960er bis 1970er Jahre konzentriert hat, entdeckt sie aus diesem methodischen Grund nun erneut die widersprüchliche, ambivalente und vor der Alternative zwischen Rückzug oder Erneuerung stehende Zwischenphase wieder, die im vermeintlichen „Zentrum" von rassistischen Unruhen wie zum Beispiel in Großbritannien zwischen Nottingham und Notting Hill gekennzeichnet war. Derartige Ängste, die sich in rassistisch motivierten Gewaltausbrüchen entluden, waren in den europäischen Metropolen nicht einzigartig – internationale Analogien lassen sich mit Little Rock (Arkansas, 1957) und dem südafrikanischen Apartheid-Regime ziehen.[93]

Imperiale Konzeptionen im 20. Jahrhundert erfuhren, historiografiegeschichtlich betrachtet, eine Vermengung mit außenpolitischen Konzeptionen insofern, als sie einen global aktiven, im Zweifelsfall zur militärischen Intervention fähigen Herrschaftsverbund thematisierten, der wie zunächst das Britische Empire, dann in dessen Nachfolge die USA für sich beanspruchte, ein internationaler Faktor von Stabilität und Sicherheit zu sein. Unmittelbar daran schließen sich Begriffe wie Macht und Wissen an, die ihrerseits eng an den kolonialen Staat geknüpft

bors, Athens 2006; ders., A Short History of Modern Angola, Oxford 2016; Ricardo Soares de Oliveira, Magnificent and Beggar Land. Angola since the Civil War, London 2015, und Piero Gleijeses, Visions of Freedom. Havana, Washington, Pretoria and the Struggle for Southern Africa, 1976–1991, Chapel Hill 2016.

[90] Vgl. Jost Dülffer/Marc Frey (Hrsg.), Elites and Decolonization in the Twentieth Century, Basingstoke 2011.

[91] Aber vgl. Tristram Hunt, Ten Cities that Made an Empire, London 2014.

[92] Vgl. Sebastian Conrad, Transnational Germany, in: James Retallack (Hrsg.), Imperial Germany 1871–1918, Oxford 2008, S. 219–241.

[93] Vgl. Martin Lynn (Hrsg.), The British Empire in the 1950s. Retreat or Revival?, Basingstoke 2005, und Wendy Webster, Englishness and Empire, 1939–1965, Oxford 2005.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sind. Wie viel kulturelles und inter-kulturelles Wissen benötigte dieser, um die Expansion voranzutreiben?[94] Traten die Kolonialreiche als Analysekategorien seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Konkurrenz zu den Nationalstaaten, weil sie der Globalisierung geeigneter Rechnung trugen, so hat die Imperiengeschichte an zeithistorischer Bedeutung maßgeblich gewonnen. Zur näheren Erörterung bieten sich die Kriterien Kontinuitäten, Gewalt und Raum an.

Kontinuitäten: Wer den Kolonialismus als ein Spiegelbild und als Faktor der Beziehung zwischen europäischer und nicht-europäischer Geschichte interpretierte, der baute auf ein durch eine tiefe Gegenseitigkeit geprägtes Spannungsfeld zwischen Nation und Expansion auf. Die *New Imperial History* hat diese Beziehung immer wieder als konstitutiv für das Entstehen und die Selbstdefinition von Imperien und Kolonialreichen betrachtet.[95] Nation und Expansion bedingten einander so weit, dass beispielsweise die metropolitane – ob in Berlin, Paris, Wien, Moskau oder London – politische, parlamentarische und wissenschaftliche Kultur aufs eindringlichste vom Kolonialismus und der Kolonialherrschaft geprägt waren. Der Prozess gegenseitiger sozialer und kultureller kolonialer Durchdringung war aber trotz Dekolonisierung noch längst nicht überwunden oder abgeschlossen. Man könnte meinen, er habe erst richtig begonnen in dem Moment, in dem in den 1950er und 1960er Jahren Menschen aus Mittelamerika, Afrika und Asien in bis dahin nicht gekannter Zahl nach Europa einwanderten.[96]

Als beispielsweise der amerikanisch-ghanaische Bürgerrechtler und Soziologe W.E.B. Du Bois, ehemals ein Student von Max Weber, Gustav Schmoller sowie Heinrich von Treitschke und Autor der Studie „The Souls of Black Folk" (1905), im Jahr 1949 die Ruinen des Warschauer Ghettos besuchte, entfaltete sich ihm eine doppelte Kontinuität: wie Hannah Arendt, Aimé Césaire und Frantz Fanon[97] nach ihm, begriff er das Wesen des Faschismus als einen nach innen gekehrten europäischen Imperialismus und sah in diesem Sinne eine Analogie zwischen der „Weltpolitik" des Kaiserreichs und der „Lebensraumpolitik" der Nationalsozialisten.[98] Eine zweite, nicht weniger brisante historische Fortdauer von Rassismus, Antisemitismus und Ausbeutung aber eröffnete sich ihm im Nachkriegseuropa, in dem er die *colour line* als das zentrale Problem des 20. Jahrhunderts identifizierte. Es setzte sich, so Du Bois in seinem Beitrag für das Magazin *Jewish Life*

[94] Vgl. Rebekka Habermas/Alexandra Przyrembel (Hrsg.), Von Käfern, Märkten und Menschen. Kolonialismus und Wissen in der Moderne, Göttingen 2013.

[95] Vgl. Sarah Stockwell (Hrsg.), The British Empire. Themes and Perspectives, Oxford 2008, und Benedikt Stuchtey, Nation und Expansion. Das Britische Empire in der neuesten Forschung, in: Historische Zeitschrift 274 (2002), S. 87–118.

[96] Vgl. Stuart Ward (Hrsg.), British Culture and the End of Empire, Manchester 2001; Jörn Leonhard/Rolf G. Renner, Koloniale Vergangenheiten – (post)imperiale Gegenwart. Prozesse und Repräsentationen im Aufriss, in: Dies. (Hrsg.), Koloniale Vergangenheiten. (Post-) imperiale Gegenwart, Berlin 2010, S. 7–24.

[97] Vgl. Frantz Fanon, Écrits sur l'Aliénation et la liberté, hrsg. von Jean Khalfa/Robert Young, Paris 2015.

[98] Vgl. Jürgen Zimmerer, Colonialism and Genocide, in: Matthew Jefferies (Hrsg.), The Ashgate Research Companion to Imperial Germany, Abingdon 2015, S. 433–451.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(1952),[99] die Segregation der Menschen nach „Hautfarben" im Zeitalter der Dekolonisation fort, und rassistische, historisch spezifizierte *cultural patterns* – Muster der Ausgrenzung –, seien trotz Überwindung des Faschismus und allmählicher Überwindung der Kolonialreiche in Europa sowie in den USA und weltweit nach wie vor wirksam. Zeitgeschichte und Imperialgeschichte wurden gewissermaßen eng miteinander verflochten, Jean-Paul Sartre hatte dies in seinen berühmten Vorworten zu den seinerzeitigen anti-kolonialen Aufrufen auf den Punkt gebracht.[100]

Michael Rothberg zufolge stellte auch das Jahr 1961 als Beispiel für zahlreiche andere ein ähnliches Spannungsverhältnis dar: Fanon schrieb in diesem Jahr über die (koloniale) Gewalt, Adolf Eichmann wurde in Jerusalem vor Gericht gestellt, in Algerien sollte der seit 1954 geführte Unabhängigkeitskrieg erbittert fortgesetzt werden und in Paris fand am 17. Oktober ein Massaker an Demonstranten der „Nationalen Befreiungsfront" statt, bei dem unzählige Algerier der beispiellosen Brutalität der Pariser Polizei unter dem Kommando von Maurice Papon zum Opfer fielen.[101] Mit Blick auf ranghohe Beamte des Vichy-Regimes (Papon) und des NS-Regimes (Eichmann) parallelisierte sich die in mehrere Richtungen weisende Erinnerung an den Holocaust zum einen und an den unbewältigten Kolonialismus zum anderen.[102]

Auch ein weiterer, wesentlicher Faktor für Reibungspunkte selbstverständlich vor dem Hintergrund der seit Mitte der 1960er Jahre dominierenden Dependenztheorie ist damit angesprochen, nämlich jener in postkolonialer Perspektive betrachteten, gesellschafts- und kulturwissenschaftlichen Relevanz des Kapitals sowie der Arbeit für die koloniale Expansion.[103] Die an Rudolf Hilferding, Lenin und Rosa Luxemburg angelehnten Überlegungen beispielsweise André Gunder Franks rückten zunächst Südamerika stärker in den Fokus und wurden ihrerseits aus ihrem vorwiegend ökonomiekritischen Kontext geöffnet, wohl auch, weil all-

[99] Wiederabgedruckt als W.E.B. Du Bois, The Negro and the Warsaw Ghetto, in: Eric J. Sundquist (Hrsg.), The Oxford W.E.B. Du Bois Reader, New York 1996, S. 469–472; Michael Rothberg, W.E.B. Du Bois in Warsaw. Holocaust Memory and the Color Line, 1949–1952, in: The Yale Journal of Criticism 14 (2001), S. 169–189, und Frantz Fanon, Peau noire, masques blancs, Paris 1952.

[100] Vgl. Jean-Paul Sartre, Vorwort, in: Albert Memmi, The Colonizer and the Colonized, London 2003, S. 17–25.

[101] Vgl. Frantz Fanon, De la violence, in: Les Temps Modernes, Nr. 181, Paris 1961, S. 1453–1493, und Michael Rothberg, Between Auschwitz and Algeria. Multidirectional Memory and the Counterpublic Witness, in: Critical Inquiry 33 (2006), S. 158–184.

[102] Vgl. Michael Rothberg, Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009, und Dietmar Hüser, Vom „Un-Skandal" des Algerienkrieges zum „Post-Skandal" der Gedächtniskultur. Die Pariser Polizei-Repressionen vom 17. Oktober 1961, in: Andreas Gelz/Dietmar Hüser/Sabine Ruß-Sattar (Hrsg.), Skandale zwischen Moderne und Postmoderne. Interdisziplinäre Perspektiven auf Formen gesellschaftlicher Transgression, Berlin/Boston 2014, S. 185–213.

[103] Vgl. Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, München 2013, S. 46–77, und Hubert Bonin/Catherine Hodeir/Jean-François Klein (Hrsg.), L'esprit économique impérial (1830–1970). Groupes de pression & réseaux du patronat colonial en France et dans l'empire, Paris 2008.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mählich ein Unbehagen an „großen" Theorien und erzählenden Erklärungsmustern entstand, das die nötige, das Unzusammenhängende der Geschichte dokumentierende Multipolarität abbildete. Die Unterentwicklung der ehemals kolonisierten Welt in erster Linie mit deren Abhängigkeit von einem vom „Westen" beherrschten (neokolonialen) Weltmarkt zu deuten, war unter dem Eindruck hierarchischer, noch postkolonial erfahrener Strukturen erdacht worden. Während ihre Bedeutung unzweifelhaft ist, kann angesichts nicht zuletzt starker feministischer Kritik nicht davon ausgegangen werden, dass die Sichtweise der Dependenztheorie nach wie vor eine allgemein überzeugende Prägekraft besitzt.[104]

Im deutschen und britischen Kontext ist wiederholt auf die Rolle der Hochfinanz hingewiesen wurden, insbesondere auf die Kontinuität von Macht und Interessen. Sie waren globalisiert, auch ohne über ein Kolonialreich zu verfügen, wie die deutschen nach 1918. Dennoch half dieses wesentlich zur Durchsetzung ihrer transnationalen Verflechtungen, wie bei den britischen seit dem späten 17. Jahrhundert. So lag ihnen überdies eine transepochale Perspektive zugrunde, an die sich die an Epochenzäsuren orientierte akademische Geschichtswissenschaft im Allgemeinen eher mühsam gewöhnt; die Imperialismusforschung im Besonderen ist diesen Schritt allerdings schon frühzeitiger gegangen. In einer der nach wie vor wegweisendsten Arbeiten haben Peter Cain und Hopkins strukturelle Kontinuitäten in der Beziehung zwischen dem *gentlemanly capitalism* und der britischen Expansion spätestens mit der Glorreichen Revolution 1688 beginnen und erst mit dem Ende des 20. Jahrhunderts enden lassen.[105] Sie haben auf diese Weise eine der prägendsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts, das Jahr 1945, mit dem die Dekolonisation und der Kalte Krieg einsetzten, mit vergleichsweise leichter Geste beiseitegelegt, und sie haben der 500 Jahre währenden, der von der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Vorherrschaft der europäischen Kolonialmächte dominierten Moderne die Aufmerksamkeit geschenkt, wie sie sich aus der Geschichte ihrer Institutionen wie beispielsweise den Banken und der Börse ablesen lässt.

Nun öffnen sich Perspektiven, die transepochalen Reichweiten der Imperien zu betonen, etwa am Beispiel des russischen Imperiums oder im globalen, von Darwin unternommenen Vergleich.[106] Das Weltsystem des Kapitalismus entwickelte seine prinzipiellen Mechanismen in der Frühneuzeit in den portugiesischen, spanischen und niederländischen Reichen ebenso wie in der Gegenwart

[104] Vgl. Breny Mendoza, Coloniality of Gender and Power. From Postcoloniality to Decoloniality, in: Lisa Disch/Mary Hawkesworth (Hrsg.), The Oxford Handbook of Feminist Theory, Oxford 2016, S. 100–121.

[105] Vgl. Peter J. Cain/Antony G. Hopkins, British Imperialism. Innovation and Expansion 1688–1914, London 1993, und dies., British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914–1990, London 1993.

[106] Vgl. Dominic Lieven, Empire. The Russian Empire and Its Rivals, London 2002; ders., Towards the Flame. Empire, War and the End of Tsarist Russia, London 2016; Alexander M. Martin, Enlightened Metropolis. Constructing Imperial Moscow, 1762–1855, Oxford 2014, und John Darwin, After Tamerlane. The Global History of Empire since 1405, London 2007.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der modernen Imperien der USA und Russlands. Demnach erscheinen nicht allein die zeitlichen Verdichtungen zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg relevant, deren Epochencharakter auch als Übergangsphänomene verstanden werden können, sondern die Durchdringungen der Welt als Prozesse vielfältigster Expansionen – was sicherlich nicht zur Folge haben sollte, historische Zäsuren in ihrer Relevanz zu unterschätzen. Zusammengenommen aber wird das Phänomen von Imperialismus und imperialer Herrschaft als ein kontinuierliches interpretierbar, das trotz Dekolonisierung nicht abgeschlossen ist. Folgt man hier Ronald Robinson und der These, Imperialismus sei in seinem Wesen nicht zuletzt auch auf die Kooperation mit indigenen Eliten angewiesen, liegt die Konsequenz auf der Hand, dass die formelle, auch militärische, fiskalische und administrative Kolonialherrschaft, deren Bedeutung die frühere Forschung viel Gewicht beigemessen hat, selbstverständlich wichtig, aber nicht ausschließlich gewesen ist, dass vielmehr die informelle Kontrolle die Regel war, ein „Masterplan" dagegen nicht existieren konnte.[107] Während die Thesen des „Ornamentalismus" in Anlehnung an Edward Saids Wortschöpfung des Orientalismus Traditionsbestände und ein Festhalten an überkommenen Werten und Symbolen artikulieren,[108] gehen andere Sichtweisen von den zentralisierenden und säkularisierenden Kräften kooperierender Kolonialherrschaft aus,[109] wobei zu betonen ist, wie viel emotionales und irrationales Potenzial der Kolonialismus besaß. Insbesondere dieses Potenzial entlud sich in kolonialer Gewalt wie etwa in Kolonialkriegen.[110]

Gewalt: Das französische, das britische und das deutsche Kolonialreich, auch das italienische und das belgische: sie entstanden als Patchwork, als Produkte der Improvisation und in für das Formulieren von Kolonialtheorien perfekter Diversität, sie reflektierten innere Widersprüche und äußere Spannungen. Erst die Theorien haben im Nachhinein die Expansion rationalisiert, aber keine koloniale beziehungsweise imperiale Expansion ist einer Rationalisierung *a priori* gefolgt. Die Widersprüche zeigten sich vielfältig und in erster Linie in der Unterschiedlichkeit der verschiedensten Typen von Kolonien: ob Beherrschungs- oder Siedlungskolonien, ob Kron- oder Stützpunktkolonien, dauerhafter Besatzungs-

[107] Vgl. Ronald Robinson, Non-European Foundations of European Imperialism. Sketch for a Theory of Collaboration, in: Roger Owen/Robert B. Sutcliffe (Hrsg.), Studies in the Theory of Imperialism, London 1972, S. 117–142; Matthias Häußler, Zwischen Vernichtung und Pardon. Die Konzentrationslager in „Deutsch-Südwestafrika" (1904–08), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013), S. 601–620, und ders., Warum die Herero mit den Deutschen kooperierten. Zur „Pazifizierung" einer akephalen Gesellschaft, in: Mittelweg 36 24 (2015), S. 86–108.

[108] Vgl. David Cannadine, Ornamentalism. How the British Saw Their Empire, Oxford 2001.

[109] Vgl. Volker Barth/Roland Cvetkovski (Hrsg.), Imperial Co-Operation and Transfer, 1870–1930. Empires and Encounters, London 2015.

[110] Vgl. Harald Kleinschmidt, Diskriminierung durch Vertrag und Krieg. Zwischenstaatliche Verträge und der Begriff des Kolonialkriegs im 19. und frühen 20. Jahrhundert, München 2013; Tanja Bührer/Christian Stachelbeck/Dierk Walter (Hrsg.), Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen – Akteure – Lernprozesse, Paderborn 2011, und Dierk Walter, Organisierte Gewalt in der europäischen Expansion. Gestalt und Logik des Imperialkrieges, Hamburg 2014.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

status, Vertragshäfen, Mandatsgebiete, Dominions, Protektorate, Kondominien, informelle Einflusssphären. Entstanden sie nicht in erster Linie als Antworten auf fein ziselierte imperiale Ideologien, nicht als Reaktionen auf den in den „Metropolen" produzierten Druck industrieller Interessen oder weltanschaulicher Ideen einer pro-expansiven öffentlichen Meinung, nicht lediglich als Absatzmärkte und Quellen für Rohstoffe, so charakterisierte sie das Krisenhafte an ihren Grenzen, an der *Frontier*, in den *Borderlands* – ein Raum von zentraler Bedeutung für die vergleichende Geschichte der kolonialen Expansion.[111]

Die Verteidigung der Interessen in „Schlüsselkolonien" – für die Deutschen war dies Deutsch-Ostafrika, für die Briten Indien, für die Niederländer Indonesien und für die Franzosen Algerien – offenbarte sich nicht zuletzt in ihrem dramatischen Verlust im Zeichen der Dekolonisierung. Ihre Eroberung und das gewaltsame Festhalten an ihnen im 20. Jahrhundert waren gleichermaßen Symptome von Krisen und der Eskalation von Gewalt.[112] Gewalt äußerte sich nicht zuletzt im Prozess der Besiedlung von Land. In der Zwischenkriegszeit bildeten europäische Siedler etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung Algeriens, beanspruchten vorwiegend das fruchtbare Land für sich und verhinderten eine Industrialisierung. Strukturkonservative Siedlungskolonien eigneten sich dafür mehr als modernisierungsfähige Stützpunktkolonien, was nicht heißen soll, dass auch letztere, beispielsweise Hongkong, natürlich rassistisch motivierte Gewalt erfuhren und an ihnen, etwa auch an Aden und Singapur, besonders lange festgehalten wurde. Zugleich aber sollte dem Eindruck vorgebeugt werden, eine der imperialen Herrschaft innewohnende Gewaltbereitschaft, grundsätzlich überhaupt das Potenzial dazu, hätte den Kolonialstaat zu einer allumfassenden Hegemonialstellung befähigt. Davon kann wohl nicht die Rede sein. Möglicherweise liegt aber hier einer der Gründe, warum insbesondere in Gesamtdarstellungen den Aspekten imperialer Gewalt und Brutalität bisher noch nicht genügend Platz eingeräumt und dies als dringliches Desiderat angemahnt worden ist.[113]

So haben sich gerade an dieser Frage, an die sich Aspekte wie organisierte Gewalt bis hin zu Völkermord anschließen, wiederholt wichtige Debatten entzündet. Im deutschen Kontext sind sie besonders brisant, weil sie die Kontinuitäten zwischen der (kolonialen) Gewalt des Kaiserreichs und dessen Imperialkriegen einerseits und der nationalsozialistischen, totalitären Herrschaft andererseits her-

[111] Vgl. Michiel Baud/Willem van Schendel, Toward a Comparative History of Borderlands, in: Journal of World History 8 (1997), S. 211–242; Omer Bartov/Eric D. Weitz (Hrsg.), Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands, Bloomington 2013, und Eric Lewis Beverly, Frontier as Resource. Law, Crime, and Sovereignty on the Margins of Empire, in: Comparative Studies in Society and History 55 (2013), S. 241–272.

[112] Vgl. Martin Thomas, Violence and Colonial Order. Police, Workers, and Protest in the European Colonial Empires, 1918–1940, Cambridge 2012.

[113] Vgl. Richard Drayton, Where does the World Historian Write from? Moral Objectivity, Moral Conscience and the Past and Present of Imperialism, in: Journal of Contemporary History 46 (2011), S. 671–685.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stellen beziehungsweise die Kontinuitätsthese kritisch hinterfragen.[114] Sie tragen überdies zur florierenden Erinnerungsforschung bei, die sich ambivalent äußert.[115] Fordern Politiker wie der frühere britische Premierminister Gordon Brown auf der einen Seite, die Zeit sei gekommen, Entschuldigungen für die koloniale Vergangenheit wie beispielsweise in Kenia nicht länger vorbringen zu müssen,[116] so greifen andererseits Institutionen wie zum Beispiel Museen die *Memory*-Kultur auf und öffnen sie für eine öffentliche Auseinandersetzung – so im Fall Belgiens mit den Greuel im Kongo oder im Fall Australiens mit dem Umgang der Siedler mit den Aborigines. Nicht selten kommt in diesen Zusammenhängen der Begriff des Genozids zur Sprache.[117] Denn nirgendwo hat sich koloniale und imperiale Herrschaft so hochgradig auf teils hemmungslose Alltagsgewalt auch gegen Kinder, auf Folter, Zwangsarbeit, Vertreibung und vieles mehr, gestützt wie in den Siedlungskolonien, ob in Rhodesien oder in Deutsch-Südwestafrika oder in Australien und Neuseeland.[118]

Hinsichtlich Australiens ist dies eine besonders zweideutige Angelegenheit, seit die Journalistin Margaret Humphreys 1994 enthüllte, dass bis in das Jahr 1967 über 150.000 britische Kinder gegen ihren Willen nach Australien verschifft worden waren. Dort physischem und sexuellem Missbrauch ausgesetzt und von ihren Eltern ursprünglich Adoptionsbehörden anvertraut in dem Glauben, sie verblieben in Großbritannien, wurden diese Kinder zum Spiegelbild transnationaler Ge-

[114] Vgl. Robert Gerwarth/Stephan Malinowski, Der Holocaust als „kolonialer Genozid"? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 439–466; Volker Langbehn/Mohammad Salama (Hrsg.), German Colonialism. Race, the Holocaust, and Postwar Germany, New York 2011; Jürgen Zimmerer, Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust, Münster 2011; Matthew P. Fitzpatrick, The Pre-History of the Holocaust? The „Sonderweg" and „Historikerstreit" Debates and the Abject Colonial Past, in: Central European History 41 (2008), S. 477–503; Birthe Kundrus, Continuities, Parallels, Receptions. Reflections on the „Colonization" of National Socialism, in: Journal of Namibian Studies 4 (2008), S. 25–46, und Woodruff D. Smith, The Ideological Origins of Nazi Imperialism, New York/Oxford 1986.

[115] Vgl. Jürgen Zimmerer (Hrsg.), Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, Frankfurt a. M. 2013.

[116] Vgl. Caroline Elkins, Britain's Gulag. The Brutal End of Empire in Kenya, London 2005; Daily Mail vom 15. 1. 2005: „It's Time to Celebrate the Empire, Says Brown"; Benedikt Stuchtey, Black City and White Country. Immigration and Identity in the History of British Decolonization, in: Global Europe. Basel Papers on Europe in a Global Perspective 108 (2015), S. 4–23, hier S. 6, und David Olusoga, Black and British. A Forgotten History, London 2016.

[117] Vgl. Jean-Luc Vellut, La mémoire du Congo. Le temps coloniale, Tervuren 2005; Henry Reynolds, An Indelible Stain? The Question of Genocide in Australia's History, Ringwood 2001; A. Dirk Moses (Hrsg.), Genocide and Settler Society. Frontier Violence and Stolen Indigenous Children in Australian History, Oxford 2004, und Martin Shaw, Britain and Genocide. Historical and Contemporary Parameters of National Responsibility, in: Review of International Studies 37 (2011), S. 2417–2438.

[118] Vgl. James Belich, Replenishing the Earth. The Settler Revolution and the Rise of the Anglo-World, 1783–1939, Oxford/New York 2009, und Margaret D. Jacobs, White Mother to a Dark Race. Settler Colonialism, Maternalism, and the Removal of Indigenous Children in the American West and Australia, 1880–1940, Nebraska 2009.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

walt.[119] Hinzufügen wäre dem allerdings, dass in wenigen anderen Fällen die öffentliche und die parlamentarische Meinung ihrerseits so erbarmungslos kritisch, wenngleich hilflos Kolonialskandale seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts richtete.[120] Während diese Punkte gar nicht deutlich genug herausgestellt werden können, ergibt sich eine prinzipielle Aufgabe insofern, als es darum geht, den formativen Charakter imperialer Gewalt aus seinem Nischendasein akademischer Unterschätzung zu lösen. Für die Legitimation der Expansion war anscheinend jedes Mittel recht, was offensichtlich Kolonialkriege, Niederschlagung von Aufständen und Konflikte an der Frontier miteinschloss.[121] Worauf es überdies ankommt, ist, die weniger offensichtlichen Handschriften herauszulesen und dort, wo sie gerade nicht erwartet werden, zu dechiffrieren. Richard Huzzey hat hierzu unlängst ein ausgezeichnetes Beispiel vorgelegt und das imperiale Denken der Anti-Sklavereidebatte, das sich ebenfalls von Gewaltvorstellungen nicht frei halten konnte, aufgedeckt.[122]

Neuere Wendepunkte der internationalen Forschung führen in die Richtung, den im Englischen *white settler colonies* genannten und in der Regel gewaltaffinen Kolonien wieder mehr Gewicht im imperialen Gesamtgefüge beizumessen[123] – nicht zwangsläufig als Kontrapunkt zur einflussreichen Südostasienforschung, sondern selbstverständlich im eigenen Recht. Das steht in einem Spannungsverhältnis zu einer jüngst intensivierten nationalen Geschichtsschreibung in Kanada, Australien und Neuseeland und ihrer Emanzipation vom Britischen Empire.[124] Erst die überfällige Überwindung der Gegensätzlichkeit von „Metropole"/„Zentrum" und „Kolonie/„Peripherie" als auch eine Vermeidung zeitlicher Blöcke verbunden mit dem Anspruch, sich einer Vielfalt der Vergangenheiten zu nähern, aber wird der nötigen Multiperspektivität der Imperien-Geschichte gerecht werden können. Jedenfalls sollten „Zentrum" und „Peripherie" sicherlich nicht mehr ohne eine gründliche Infragestellung herangezogen werden, es sei denn, man bediente sich unbeabsichtigt eines ironischen Stilmittels. Sie unhinterfragt zu benutzen, verbietet sich von selbst, weil sich mit den Begriffen spezifische historische Bewertungen verbinden.[125] Die Überwindung von „Zentrum" und „Peri-

[119] Vgl. Margaret Humphreys, Empty Cradles, London 1994, und Benedikt Stuchtey, Solidarity with Children? Towards a History of Adoption, in: Bulletin German Historical Institute London 35 (2013), S. 43–56.

[120] Vgl. Jean-Paul Lefebvre-Filleau, Les scandales de la IIIè République, Paris 2005.

[121] Vgl. Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, und ders./Eva Marlene Hausteiner (Hrsg.), Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2012.

[122] Vgl. Richard Huzzey, Freedom Burning. Anti-Slavery and Empire in Victorian Britain, Ithaca/London 2012.

[123] Vgl. Phillip Buckner (Hrsg.), Canada and the British Empire, Oxford/New York 2010.

[124] Vgl. Alison Bashford/Stuart Macintyre (Hrsg.), The Cambridge History of Australia, 2 Bde., Cambridge/New York 2013, und Ann Curthoys, We've Just Started Making National Histories and You Want Us to Stop Already?, in: Antoinette Burton (Hrsg.), After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation, Durham 2003, S. 70–89.

[125] Vgl. Emmanuelle Sibeud, Du postcolonialisme au questionnement postcolonial. Pour un transfert critique, in: Revue d'histoire Moderne et Contemporaine 54 (2007), S. 142–155,

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pherie" verweist schließlich auf die für die Siedlungskolonien wichtige Raumkategorie. Wenn eine Kolonie wie ein integraler Bestandteil der Staatsnation behandelt wurde, wie im Fall Algeriens, konnte beispielsweise auf Algier als Kolonialstadt eine ähnliche „Symbolpolitik" angewendet werden, wie sie in der Imperialmetropole Marseille auch praktiziert wurde. Straßennamen und Denkmäler, Feste und Zeremonien: sie wurden zu umkämpften, von Kolonisierenden wie Kolonisierten gleichermaßen genutzten Symbolen im öffentlichen Raum, oder besser: in der Erinnerungslandschaft, für die das Mittelmeer eher eine Brücke als ein Hindernis darstellte und die sich in der langen Dauer zwischen französischer Eroberung und algerischem Freiheitsstreben manifestierte. In jedem Fall waren die politischen Muster des Kolonialen deutlich verhandelbarer oder gar überwindbarer und das historische Erbe, etwa der Revolution, mitsamt seiner Erinnerungsdiskurse teilbarer, als es koloniale Herrschaft an sich erlauben mochte.[126]

Raum: Diese Aspekte reichen tief in die Mentalitätsgeschichte von Raumverständnissen hinein.[127] Wie weit, so lautet eine der zentralen Fragen, schlug sich imperiale Herrschaft auch in den „Metropolen" nieder? War im Deutschen Kaiserreich die Differenz zwischen sogenannter „Peripherie" und „Mutterland" nicht deshalb noch groß, weil selbst im autokratischen System des wilhelminischen Berlins das Gewaltmonopol nicht so weit ausgereizt worden ist wie in Südwestafrika und hier in einem besonders interessanten Gegensatz zum deutschen, gönnerhaften Herrschaftsverständnis über die *noble savages* etwa auf Samoa?[128] Konnten koloniale Diskurse sowie koloniale Praktiken auf die Mentalitäten der deutschen Gesellschaft und speziell regionaler Identitäten über die lange Dauer vom Kaiserreich bis zur nationalsozialistischen Herrschaft wirken und so eine regionale „Kolonialkultur" schaffen?[129] Wie weit lässt sich diese in der Landschaft der Städte Europas wiederfinden, in den physischen und imaginierten Signaturen, die politische und wissenschaftliche Kolonialinstitutionen, Benennungen von Straßen und Plätzen, Statuen, Restaurants mit nicht-europäischer Küche und vieles mehr hinterließen? Nicht zuletzt die jungen Kolonialwissenschaften prägten sich in die Gesichter der Städte mit repräsentativen, noch in der Gegenwart genutzten Gebäuden ein, die unabhängig von der Universität in erster Linie der Forschung und der Lehre dienten: so zum Beispiel Kolonial- und Völkerrecht, Weltwirtschaft, Anthropologie, Ethnografie, Allgemeine Kolonialgeschichte, Geologie,

und Sebastian Conrad/Shalini Randeria/Regina Römhild (Hrsg.), Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, 2., erweiterte Aufl., Frankfurt a. M. 2013.

126 Vgl. Jan C. Jansen, Erobern und Erinnern. Symbolpolitik, öffentlicher Raum und französischer Kolonialismus in Algerien, 1830–1950, München 2013, und Benjamin Stora/Alexis Jenni, Les mémoires dangereuses. De l'Algérie coloniale à la France d'aujourd'hui, Paris 2016.

127 Vgl. Susanne Rau, Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen, Frankfurt a. M. 2013, und Stephan Günzel (Hrsg.), Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.

128 Vgl. George Steinmetz, The Devil's Handwriting. Precoloniality and the German Colonial State in Qingdao, Samoa, and Southwest Africa, Chicago 2007.

129 Vgl. Markus Seemann, Kolonialismus in der Heimat. Kolonialbewegung, Kolonialpolitik und Kolonialkultur in Bayern 1882–1943, Berlin 2011.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Geografie, Biologie, Hygiene, (Tropen-)Medizin, Botanik, Ethnologie, Missionswissenschaften, Sprachwissenschaften, Orientalistik, Landwirtschaftslehre und so weiter.[130]

Als René Descartes im dritten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts in Amsterdam lebte, konnte er beobachten, wie durch den Import asiatischer Luxusgüter – Elfenbein, Seide, Lackarbeiten, Porzellangefäße, Schmuck, exotische Muschelschalen und vieles mehr – die niederländische Kaufmannsstadt unversehens zu Europas weltoffenster Metropole mutierte. Wenn hier Asien seine Spuren in Europa hinterließ, so bildete sich auf umgekehrtem Weg unter anderem über die 1602 gegründete Ost-Indische Kompanie ein vergleichbares Bild ab. Ein Prozess der Begegnung war über den Handel institutionalisiert worden, der sich bis in die jüngste Zeitgeschichte fortsetzt und die Verknüpfung von Waren mit Macht auf mannigfaltige Weise dokumentiert. Warum er in öffentlichkeitswirksamen Ausstellungen über das „goldene Zeitalter" der Niederlande oder den Ost-Westkontakt im 18. Jahrhundert zumeist auf die Frühe Neuzeit reduziert bleibt, lässt sich im Zusammenhang einer (Kunst-)Geschichte der Objekte nachvollziehen;[131] für eine Politikgeschichte imperialer Macht im Spiegel ihrer wirtschaftlichen Expansion in der unmittelbaren Zeitgeschichte bestehen allerdings noch dringliche Desiderate.

Denn es findet sich kolonialer Raum im Spannungsfeld zwischen Lokalität und Globalität in Imperialmetropolen wie Berlin und Wien, Moskau, Amsterdam, Liverpool und Rom ebenso wieder wie in den Kolonialstädten Kairo, Kapstadt und Kalkutta oder Saigon, Singapur und Shanghai, und sicherlich ist er besonders prägnant unter dem Eindruck der Migration aus den ehemaligen Kolonialreichen nach Europa zu erfassen.[132] In der Folge hat sich auch daraus eine der nachhaltigsten Perspektiven der vergangenen Jahre entwickelt, die um die Alternative Marginalität oder Zentralität des Kolonialreichs für die Politik, Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur „zu Hause" kreiste. Daraus ergibt sich die Frage, ob das Kaiserreich bis hin zum Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik vom Kolonialbesitz in Afrika und im Pazifik losgelöst zu betrachten war oder ob dieser zu einem maßgeblichen, integrativen Bestandteil der Nationalgeschichte wurde. Spielte sich imperiale Herrschaft in ihren Rückwirkungen auf das Londoner East End in Form von Arbeitsimmigration aus Indien und der Karibik nicht genauso ab wie in den Teeplantagen Bengalens oder in den Zuckerplantagen Trinidads? War das japanische Ausgreifen auf Korea auch als Folge der gewonnenen Kriege

[130] Vgl. Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hrsg.), Kolonialismus hierzulande. Eine Spurensuche in Deutschland, Erfurt 2007. Eine Geschichte des universitären Kolonialunterrichts und der universitären Kolonialwissenschaften fehlt bislang, Institute sind dagegen z. T. sehr gut erfasst; vgl. Jens Ruppenthal, Kolonialismus als „Wissenschaft und Technik". Das Hamburgische Kolonialinstitut 1908 bis 1919, Stuttgart 2007.

[131] Vgl. Anna Jackson/Amin Jaffer (Hrsg), Encounters. The Meeting of Asia and Europe, 1500–1800, London 2004, und Karina H. Corrigan u. a. (Hrsg.), Asia in Amsterdam. The Culture of Luxury in the Golden Age, New Haven 2016.

[132] Vgl. Friedrich Lenger, Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2014.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gegen China und Russland einzuordnen, mit dem Japan sich zum Beispiel die Hafenstadt Busan etwa über Quarantänemaßnahmen faktisch einverleibte, noch bevor es 1910 Korea offiziell in sein Kaiserreich eingliederte?[133] Setzten französische Kolonialbeamte, die nach 1962 aus Algerien nach Frankreich zurückkehrten, koloniale Arbeitsmechanismen „zu Hause" fort?

Um über die gewohnte Dualität zwischen Europa und Nicht-Europa hinauszugehen und die Beziehungen zwischen den Kolonien zu betrachten, stellt sich beispielsweise die Frage nach dem Transport der französischen Herrschafts- und Verwaltungsmethoden zwischen Vietnam, Mozambique und Indochina einerseits, Frankreich andererseits.[134] Für die Verbindung von Zeit- und Imperiengeschichte bildet Vietnam neben Indonesien ein besonders eindringliches Beispiel der unmittelbaren Nachkriegsphase. Man kann von einer räumlichen Rückeroberung des kolonialpsychologisch insbesondere für Frankreich so wichtigen Prestige und Selbstbewusstseins als imperiale Nation ausgehen – was sich bis in die gegenwärtige koloniale Erinnerungskultur niederschlägt,[135] – wenn sowohl in Paris als auch Den Haag in politischen und militärischen Führungen der angeblich leichte Kampf gegen die aufständischen, nationalen Befreiungsbewegungen um Ho Chi Minh und Sukarno aufgenommen wurde, um die noch so frische Erinnerung an die Demütigung durch die deutsche Besatzungszeit während des Zweiten Weltkriegs zu kompensieren. Bekanntlich sollte dies nicht gelingen. Die Niederländer wurden 1949/50 aus Indonesien verdrängt, und der Viet-Minh sah sich in einer Kontinuität anti-imperialer Befreiungsrhetorik und -praxis: Während des Zweiten Weltkriegs gegen die japanischen Besatzer und bis zum Ende des Indochinakriegs 1954 gegen Frankreich und die USA. Nirgendwo in Asien lässt sich von einer derartig dichten Abfolge eines Scheiterns der Imperien sprechen wie hier, die ihrerseits massive Rückwirkungen etwa auf die politischen Bewegungen in den „Metropolen" hatte.[136]

Auch konnte unlängst zum Beispiel gezeigt werden, dass im Verlauf der 100 Jahre vor der indischen Unabhängigkeit ein spezifischer, schrittweise autonomer Raum sich sowohl vom *Britischen Raj* emanzipierte als auch seine Position in einem transnationalen, muslimischen intellektuellen und politischen Netzwerk aufbaute: der Staat Hyderabad. An diesem Beispiel lässt sich die religiöse und daraus entwickelte anti-koloniale Verflechtung illustrieren, die mit der allmählichen

[133] Vgl. Jeong-Ran Kim, The Borderline of „Empire". Japanese Maritime Quarantine in Busan c. 1876–1910, in: Medical History 57 (2013), S. 226–248.

[134] Vgl. Robert Aldrich, Imperial „Mise en Valeur" and „Mise en Scène". Recent Works on French Colonialism, in: Historical Journal 45 (2002), S. 917–936, und Anne Friedrichs, Neuere Tendenzen der Historiographiegeschichte Frankreichs, in: Neue Politische Literatur 57 (2012), S. 403–426.

[135] Vgl. Robert Aldrich, Monuments et mémoires. Les traces coloniales dans le paysage francais, Paris 2011.

[136] Vgl. Marc Frey, Dekolonisierung in Südasien. Die Vereinigten Staaten und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche, München 2006; Pierre Brocheux, Ho Chi Minh. A Biography, Cambridge 2007; Christoph Kalter, Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt a. M. 2011, und Anja Kruke (Hrsg.), Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen 1945–1990, Bonn 2009.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Fragmentierung der britischen Souveränität über den indischen Subkontinent einherging. So konzentriert der koloniale Raum Hyderabads war, so global stellte er sich jenseits der Grenzen des Kolonialstaats zum einen, Südasiens zum anderen auf, indem es ihm gelang, sich als ein in jeder Hinsicht moderner Ort politischer, administrativer und städteplanerischer Experimente zur Verfügung zu stellen. Insofern nahm Hyderabad teil an einem globalen Interessensnetzwerk, das von innen wie außen Strukturen und Mechanismen der imperialen Herrschaft unterhöhlte. Diesen Fürstenstaat in seinem Verflechtungsgefüge zu verstehen heißt aber auch, die bislang in der Geschichtswissenschaft vorherrschende Dichotomie zwischen Imperialismus und anti-kolonialem Nationalismus zu überwinden. Denn seine politische Modernisierung bis hin zur Emanzipation war längst nicht mehr auf einen inner-indischen beziehungsweise inner-asiatischen Prozess zu beschränken, sondern er war zu einem transnationalen sowie transimperialen Laboratorium geworden.[137]

War der (indische) Anti-Kolonialismus in diesem Sinne nicht unerheblich zu einer Angelegenheit der international verstreuten Diaspora geworden, so machte es sich eine interimperiale Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Empire angelegen, dem entgegen zu wirken. Inder, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts an der Pazifikküste Nordamerikas lebten, unterstanden zunehmend einem anglo-amerikanisch organisierten und anti-radikalen Überwachungssystem, das dafür Sorge tragen sollte, die Verbreitung unerwünschter indischer Freiheitsideen zu unterbinden und die Immigrationspolitik gegenüber Indern restriktiv zu gestalten. Dies ließ sich für die USA in eine Rhetorik nationaler Sicherheit, für Großbritannien in die Verteidigung imperialer Interessen fügen. Dass hierbei Städte wie Lahore, Singapur und San Francisco unter sich einen neuen Raum indischen Transfers gestalteten, war das eine Resultat; ein anderes, dass in der parlamentarischen Sprache Washingtons und Londons die Begrenzung der Immigration als politisches Ausschlussprinzip der Gewährleistung der nationalen Sicherheit gleichgesetzt wurde – einer Sprache im Übrigen, der sich die europäischen Kolonialmächte dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenso bedienten.[138]

Auch deutsche Historikerinnen und Historiker haben sich intensiv mit der (räumlichen) Verflechtungsfrage auseinandergesetzt.[139] Sie konnten dies auch aus dem Bedürfnis einer tieferen Integration der deutschen Geschichte in die

[137] Vgl. Eric Lewis Beverley, Hyderabad, British India, and the World. Muslim Networks and Minor Sovereignty, c. 1850–1950, Cambridge/New York 2015.

[138] Vgl. Seema Sohi, Echoes of Mutiny. Race, Surveillance, and Indian Anticolonialism in North America, Oxford/New York 2014, hier S. 177; Daniel Brückenhaus, The Origins of Trans-Imperial Policing. British-French Government Co-Operation in the Surveillance of Anti-Colonialists in Europe, 1905–25, in: Barth/Cvetkovski (Hrsg.), Imperial Co-Operation, S. 171–193; Martin Shipway, Decolonization and Its Impact. A Comparative Approach to the End of the Colonial Empires, Oxford/Malden 2008, und Pierre Brocheux u. a., Les décolonisations au XXe siècle. La fin des empires européens et japonais, Paris 2012.

[139] Vgl. Philippa Söldenwagner, Spaces of Negotiation. European Settlement and Settlers in German East Africa 1900–1914, München 2006.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

europäische und vor dem Hintergrund eines offensichtlich anderen Stellenwerts der Nation und des Nationalstaats für die deutsche Vergangenheit tun – wenn man diese Parameter und ihre Bedeutung für Staaten, die aus Kolonien hervorgegangen sind, zum Vergleich heranzieht – beispielsweise die USA, Irland oder Australien. *Kontinuitäten*, *Gewalt* und *Raum* lassen sich für Imperialismen und Imperien als historische Analysekategorien mit inneren und äußeren Eigendynamiken verstehen. Große Ereignisse, Krisen, Aufstände bis hin zu Kolonialkriegen spielten eine wichtige Rolle, ebenso schleichende Prozesse wie die Ausbreitung von Seuchen und Epidemien, dem *official mind* in den europäischen Hauptstädten Grenzen in der Autorität über die Expansion aufzuzeigen, so einflussreich Polizei und Geheimdienste auch gewesen sein mögen.[140] Besonders dramatisch traten diese im 20. Jahrhundert zu Tage, etwa im Senegal der Zwischenkriegszeit, als die polizeiliche Aufsicht und Überwachung von städtischem Raum immer intensiver wurde, um möglichen anti-kolonialen Unruhen vorzubeugen.[141] Für die Imperienkonzepte im 20. Jahrhundert war dies von ausschlaggebender, an die Zeitgeschichte anschlussfähiger Bedeutung.

V. Fazit

Folgende fünf grundsätzliche Aspekte einer Bestandsaufnahme des Verhältnisses zwischen Zeitgeschichte und vergleichender Imperiengeschichte verbinden sich mit weiteren Perspektiven:

1. Die *New Imperial History* öffnet Geschichtsperspektiven methodologisch und inhaltlich jenseits des Nationalstaats und des Nationalismus. Expandiert die Forschung auch begrifflich so wie ihr Gegenstand, liegt ein Problem in einer analytischen Unschärfe dahingehend, dass in der Gegenwart allzu vieles als globales Phänomen herhalten muss, was historische Wurzeln in einer nachweisbaren Imperialität gehabt hat. Damit bewegt sie sich allerdings nicht nur jenseits des Nationalstaats und hat den Eurozentrismus überwunden, sondern sie relativiert auch die Bedeutung historisch gewachsener Herrschaftsräume unabhängig davon, wo diese sich im großen Herrschaftszusammenhang des Imperiums befunden haben und wie – ob politisch, ökonomisch, kulturell – sie konnotiert waren. Was aber die „zweite Sattelzeit" zwischen 1870 und 1930 betrifft, so dominierten hier nach wie vor europäische Imperienkonzepte und besaß der homogenisierende Nationalstaat eine Korrekturfunktion in Form der Staatsangehörigkeit insbesondere vor dem Hintergrund multiethnischer Imperien[142] wie zum Beispiel dem britischen,

[140] Vgl. Calder Walton, Empire of Secrets. British Intelligence, the Cold War and the Twilight of Empire, London 2013.

[141] Vgl. Kathleen Keller, Political Surveillance and Colonial Urban Rule. „Suspicious" Politics and Urban Space in Dakar, Senegal, 1918–1939, in: French Historical Studies 35 (2012), S. 727–749.

[142] Vgl. Benno Gammerl, Untertanen, Staatsbürger und Andere. Der Umgang mit ethnischer Heterogenität im Britischen Weltreich und im Habsburgerreich 1867–1918, Göttingen 2010; Dominik Nagl, Grenzfälle. Staatsangehörigkeit, Rassismus und nationale Identität unter deutscher Kolonialherrschaft, Frankfurt a. M. 2007; Daniel Gorman, Imperial Citi-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem habsburgischen und dem osmanischen sowie einer zunehmenden internationalen Konkurrenzsituation unter den Imperien bei gleichzeitiger Referenz auf gleiche althistorische Bezugsstellen.[143] Bei aller notwendigen Einschränkung der Bedeutung Europas – sicherlich auch mit Blick auf die japanische Kolonialgeschichte, die keineswegs lediglich eine Nachahmung der „westlichen" gewesen sein wird – aber dürfen dessen wichtige Imperienkonzepte nicht unterschätzt werden. Denn häufig ist zwar die Frage gestellt worden, in welchem Verhältnis die wenigen Jahre des europäischen Hochimperialismus im „Wettlauf um Afrika" zu der über 600 Jahre währenden Herrschaft des Osmanischen Reichs stehen. Doch erkenntnisleitender sollte die Frage lauten, wo das wirklich Europäische der europäischen Expansion sowohl historiografiegeschichtlich als auch systematisch zeitgeschichtlich zu verorten ist.

Exemplarisch bietet sich ein Raum mit dem zuletzt genannten trans- beziehungsweise inter-imperialen Zugriff (Burbank, Cooper) an. Ein fundierter theoretisch-methodischer Rahmen liegt hierfür und im Weiterdenken dieses Ansatzes jedoch noch nicht vor. Jenseits der direkten Herrschaftsräume der einzelnen Imperien ist nach den Überschneidungen zu fragen, in denen sich Konfrontation und Kooperation abbildeten. Eine Perspektivierung auf diese Räume zwischen den Imperien, in denen beispielsweise die für die Dekolonisationsgeschichte des 20. Jahrhunderts wichtigen, jedoch noch vielfach unerforschten transnationalen anti-imperialen Netzwerke gesponnen wurden, lässt schlussendlich zweierlei zu: Sie dezentralisiert die Geschichte der Imperien insofern, als sie vermeintliche „Peripherien" neu justiert und diese damit re-zentriert, und sie richtet ihr Augenmerk auf nicht formal beherrschte Räume, wenn sich beispielsweise irische und indische anti-koloniale Bewegungen an der amerikanischen Westküste zusammenschlossen – um hier vom amerikanischen Geheimdienst und dem Colonial Office gemeinsam bekämpft zu werden.

2. Lassen sich währenddessen Imperiengeschichte und Globalgeschichte deutlich aufeinander ein, wofür es gute theoretische, methodische und inhaltliche Gründe gibt, so relativiert sich notwendigerweise die Bedeutung Europas in der chronologischen Langzeitperspektive bis zur Gegenwart, um die nicht-europäischen Erfahrungsräume zu berücksichtigen.[144] Das hat sicherlich den attraktiven Vorteil, nicht lediglich die westlichen und östlichen Imperien Europas miteinander in Bezug zu setzen, wohl aber beispielsweise den großen asiatischen Reichen Aufmerksamkeit zu schenken, als auch den weiteren Vorteil, sich von den auf etablierte Traditionen (unter anderem Carl Schmitt) zurückgehenden, weniger hilf-

zenship. Empire and the Question of Belonging, Manchester 2006, und Vito Francesco Gironda, Die Politik der Staatsbürgerschaft. Italien und Deutschland im Vergleich 1800–1914, Göttingen 2010.

143 Vgl. Sebastian Huhnholz, Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs, Frankfurt a. M. 2014; Eva Marlene Hausteiner, Greater than Rome. Neubestimmungen britischer Imperialität 1870–1914, Frankfurt a. M. 2015, und Mark Bradley (Hrsg.), Classics and Imperialism in the British Empire, Oxford 2010.

144 Vgl. Partha Chatterjee, The Black Hole of Empire. History of a Global Practice of Power, Princeton 2012.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

reichen Differenzkonstruktionen zwischen kontinentalen und maritimen Reichen zu lösen.

Doch ein eingangs bereits erwähnter, bislang dafür bezahlter Preis ist die (teilweise) Vernachlässigung der kleineren Imperien wie Belgien und der in das 15. und 16. Jahrhundert zurückreichenden Reiche wie Portugal, Spanien und die Niederlande, deren Einverleibung durch aufstrebende Mächte wie die USA und Deutschland immer wieder auf der Agenda stand oder praktiziert wurde.[145] Wie lange und eindringlich die Nachwirkungen der „Kongo-Greuel" Einfluss auf die Selbstbestimmung der belgischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts hatten, ist zuletzt ausführlich behandelt worden.[146] Außerdem spricht vieles dafür, zum Beispiel Portugals Dekolonisationsgeschichte deutlich imperienvergleichender aufzustellen und insofern daraus Nutzen zu ziehen, dass mit der spezifischen Frage nach anti-kolonialem Denken und Handeln epochenübergreifende Aspekte in 500 Jahren portugiesischer Kolonialgeschichte adressiert würden. Auf diesem Weg rückt die europäische Perspektive nicht auf einen hinteren Platz, sondern fügt sich in die Geschichte der Wechselbeziehungen ein, wenn sie – davon ausgehend, dass die europäische Welt grundsätzlich auch von den Kräften der nichteuropäischen Welt mitbestimmt wurde – von den „Rändern", den „Peripherien" aus, mithin den Außenansichten verstanden werden soll.

3. Tendieren historische Synthesen von Imperien leicht dazu, eine teleologische Entwicklung nachzuvollziehen, diese zu erklären und einem mehr oder weniger vorgegebenen chronologischen und geografischen Rahmen anzugehören, fehlen ihnen allerdings die empirischen Tiefenbohrungen wie auch zumeist die interimperialen Vergleichsfolien. Parameter, letzteres Defizit zu beheben, gibt es genügend, wenngleich der Versuch, Themen und Fragestellungen zueinander in Beziehung zu setzen, gewöhnlich dahin tendiert, das Britische Empire als den hauptsächlichen und als einen einzigartigen Referenzpunkt zu präferieren. Dies begründet sich mit dessen freilich nicht unumstrittenen Alleinstellungsmerkmal zwischen Amerikanischer Revolution und Zweitem Weltkrieg ebenso wie zum Beispiel mit der Tatsache, dass sich außer Großbritannien kein anderes Land vier herausragende Lehrstühle für die Geschichte des Imperialismus erlaubt (verteilt auf London, Oxford und Cambridge) und keines sich so früh, 1882 mit John Robert Seeleys Buch „The Expansion of England", mit der theoretischen Grundlegung der imperialen Expansion beschäftigt hat. Schließlich ist der *imperial turn* vorrangig von den Britischen Inseln ausgegangen und hat sich den britischen Imperialismus zum hauptsächlichen Arbeitsfeld gemacht, und schließlich ist die Debatte über den Zustand der Empire-Forschung und das Britische Empire in keinem geschichtswissenschaftlichen Kontext so intensiv geführt worden wie seit dem historiografisch denkwürdigen Jahr 1984 im britischen auf der einen, im

[145] Vgl. Rolf Peter Tschapek, Bausteine eines zukünftigen deutschen Mittelafrika. Deutscher Imperialismus und die portugiesischen Kolonien, Stuttgart 2000.
[146] Vgl. Guy Vanthemsche, Belgium and the Congo, 1885–1980, Cambridge 2012.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

US-amerikanischen auf der anderen Seite, angestoßen von David Fieldhouse (Cambridge) und Robin Winks (Yale).[147]

4. Historikerinnen und Historiker, die sich an der *New Imperial History* orientieren, haben sich grundsätzlich inspirieren lassen, Kultur, Religion und Geschlechtergeschichte gegenüber traditionellen und von politikhistorischen und wirtschaftsgeschichtlichen Paradigmen bestimmten Themen stärker zu bewerten. Somit wird der Kolonialismus mit Nachdruck als ein kulturelles Projekt verstanden, das tief verwurzelte Vergangenheitsbezüge herstellt.[148] Gender spielt ohne Zweifel eine zentrale Rolle,[149] aber es müssen gleichermaßen die Geschichte von Wissensproduktion sowie von Religion und *race*, die ihrerseits soziale und kulturelle Hierarchien schufen, betont werden.[150] Die postkolonial inspirierte Geschlechtergeschichte profitiert insofern von den anglo-amerikanischen „critical whiteness studies", als sie beispielsweise frauenrechtliche mit kolonialrassistischen Diskursen in Bezug setzt. Gleichwohl werden die Besucher der Londoner National Portrait Gallery das in seiner Popularität ungebrochen gebliebene viktorianische Gemälde von Thomas Jones Barker, „The Secret of England's Greatness" (1863), vor Augen haben, das das Überreichen einer Bibel durch Königin Viktoria an einen vor ihr knienden afrikanischen Prinzen in Windsor Castle zeigt: alle Aspekte – Geschlecht, Religion, *race* – sind präsent, doch der (auch bildlich) zentralste ist die Religion. Bei aller Bedeutung der Monarchie für das Empire und bei aller Präsenz des Rassismus im imperialen Alltag will Barkers Gemälde unterstreichen, dass das viktorianische Zeitalter ein auf einem zutiefst christlichen Selbstverständnis fußendes Weltreich schuf, dessen Überzeugung, göttlicher Vorsehung zu folgen, noch in das frühe 21. Jahrhundert reichte und christlich motivierte Politiker wie Tony Blair und George W. Bush nachdrücklich in ihrem weltpolitischen Denken und Handeln beeinflusst hat.

5. Es mag darin auch eine der eingangs erwähnten Ambivalenzen im Umgang mit der imperialen Vergangenheit begründet liegen, warum Museen wie das belgische in Tervuren zwar eine Kongo-Ausstellung erarbeiteten, hingegen das mit viel Aufwand in Bristol 2002 eröffnete Empire and Commonwealth Museum bereits im Herbst 2008 wieder geschlossen wurde. Damit kommt abschließend die Fragestellung dieses Aufsatzes nochmals zur Geltung, der zufolge die Imperiengeschichte mitsamt ihres Potenzials zu Kontroversen in weltgeschichtlichen The-

147 Vgl. David Fieldhouse, Can Humpty-Dumpty Be Put Together Again? Imperial History in the 1980s, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 12 (1984), S. 9–23, und Robin W. Winks, Problem Child of British History. The British Empire-Commonwealth, in: Richard Schlatter (Hrsg.), Recent Views on British History. Essays on Historical Writing Since 1966, New Brunswick 1984, S. 451–492.

148 Vgl. bei Astrid Swenson/Peter Mandler (Hrsg.), From Plunder to Preservation. Britain and the Heritage of Empire, c. 1800–1940, Oxford/New York 2013.

149 Vgl. Angela Woollacott, Gender and Empire, Basingstoke 2006.

150 Vgl. Tony Ballantyne/Antoinette Burton (Hrsg.), Bodies in Contact. Rethinking Colonial Encounters in World History, Durham 2005; Katharina Walgenbach, „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur". Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse" und Klasse im Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2005, und Anette Dietrich, Weiße Weiblichkeiten. Konstruktionen von „Rasse" und Geschlecht im deutschen Kolonialismus, Bielefeld 2007.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

menbereichen wie Sklaverei, Migration und Dekolonisation viel deutlicher als bisher in der unmittelbaren Zeitgeschichte angekommen ist: Der „koloniale Bruch" („La fracture coloniale"[151]) ist ein doppelter geworden, indem ein zeithistorisch informierter, imperialgeschichtlicher Revisionismus sich nach dem Postkolonialismus etablieren könnte. Paul Gilroy hat dieses Phänomen „post-koloniale Melancholie" genannt, eine an Alexander und Margarete Mitscherlich angelehnte, aber schwierige These von der „Unfähigkeit zu trauern" seitens der ehemaligen Kolonialmächte, die ihren Verlust nicht verarbeitet hätten, ihre Verantwortung für die imperiale Vergangenheit von Krieg, Eroberung und Rassismus nicht ausreichend übernähmen, aus diesem Grund nicht fähig und nicht bereit seien, zu trauern und folglich ihre „Melancholie" beispielsweise auf Flüchtlinge und Migranten projizierten.[152]

Sie wird damit über Salman Rushdies wichtige, aber noch unvollständige Beobachtung (am Beispiel des britischen Empire) weiter getragen, dass nämlich „das Problem der Engländer darin besteht, dass ihre Geschichte im Wesentlichen in Übersee stattgefunden hat und sie daher ihre Bedeutung nicht verstehen".[153] Wenn es demgegenüber gelingt, diese intellektuellen Brüche produktiv zu gestalten, werden Zeitgeschichte und vergleichende Imperiengeschichte in ihren unmittelbaren Bezügen zueinander attraktive Perspektiven der Forschung benennen können und direkt daran angelehnt weltgeschichtliche Periodisierungen in der Tat „von großem erkenntnisförderndem Wert sein".[154]

[151] Vgl. Anm. 17.

[152] Vgl. Alexander Mitscherlich/Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, und Paul Gilroy, Postcolonial Melancholia, New York 2005.

[153] Salman Rushdie, The Satanic Verses, London 1988, S. 377.

[154] Ernst Schulin, Universalgeschichtsschreibung im zwanzigsten Jahrhundert, in: Ders., Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken, Göttingen 1979, S. 163–202, hier S. 192.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die europäische Integration prägte die Bundesrepublik früh: Montanunion, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und EURATOM avancierten nicht nur rasch zu Fixpunkten im Koordinatensystem der westdeutschen Außenpolitik, sondern sie bestimmten zunehmend auch die Agrar-, Wirtschafts- oder Infrastrukturpolitik in der Bundesrepublik mit. Mit der Übertragung nationaler Kompetenzen auf supranationale Organisationen veränderte sich aber auch die Rolle der Bundesländer, die Befugnisse verloren, ohne darüber mitentscheiden zu können. Guido Thiemeyer zeichnet die früh einsetzenden Bemühungen der Länderregierungen nach, Einfluss auf die neue, schnell expandierende politische Arena zu gewinnen, und legt so eine weitgehend übersehene Wurzel des komplexen europäischen Mehrebenensystems bloß.

Guido Thiemeyer

Stiefkinder der Integration

Die Bundesländer und die Entstehung des europäischen Mehrebenensystems 1950 bis 1985

I. Dynamische Widersprüche

Die Europäische Union wird seit einigen Jahren in den Politikwissenschaften als Mehrebenensystem beschrieben. Das bedeutet, dass politische Entscheidungen auf mindestens drei politischen Ebenen fallen: einer regionalen, einer nationalen und einer supranationalen. Dabei ist das System keineswegs hierarchisch, sondern durch eine komplexe Verteilung von Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen charakterisiert, die zudem je nach Politikfeld variieren. Föderalstaaten sind in diesem Mehrebenensystem in einer besonderen Situation: Sie setzen sich aus Teilstaaten zusammen, die sich wiederum durch eigene Staatsqualität auszeichnen. Die Politikwissenschaften haben in den letzten Jahren unter dem Begriff *Governance* ausgiebig versucht, die politischen Strukturen und Prozesse im europäischen Mehrebenensystem zu analysieren. Dabei stand allerdings ausschließlich die Zeit seit den 1980er Jahren im Mittelpunkt.[1] Es zeigten sich, je nach Politikfeld und Zeitpunkt unterschiedliche Formen des Regierens in Europa. Typisch ist in diesem Kontext nicht allein die Komplexität des Systems, sondern auch seine Dynamik. Die europäischen Institutionen wandelten sich, zugleich löste die Mehrebenenpolitik in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Anpassungsprozesse aus. Dabei wurde deutlich, dass die Mitgliedstaaten nicht nur die europäischen Institutionen prägten und beeinflussten, sondern dass sich auch die politi-

[1] Vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks (Hrsg.), Multi-Level Governance and European Integration, Lanham 2001, und Michèle Knodt, Tiefenwirkung europäischer Politik. Eigensinn oder Anpassung nationalen Regierens?, Baden-Baden 1998.

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0022

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen Systeme der Einzelstaaten unter den Bedingungen des Mehrebenensystems veränderten.[2]

Die Geschichtswissenschaft hat sich dieses Problems bislang erst in Ansätzen angenommen. Vor allem über die Entstehung des europäischen Mehrebenensystems vor 1980 wissen wir wenig. Es gibt zwar erste Studien, die die Auswirkungen der „Europäisierung" einzelner Politikfelder auf die deutsche Administration untersuchen.[3] Auch über die transnationale gesellschaftliche Verflechtung und ihre Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland liegen einige Arbeiten vor.[4] Aber es erstaunt, dass bislang keine geschichtswissenschaftliche Untersuchung über die Konsequenzen des europäischen Mehrebenensystems für den deutschen Föderalismus existiert. Dabei ist offensichtlich, dass die Übertragung nationaler Souveränität auf die supranationale Ebene massive Auswirkungen auf das föderale System der Bundesrepublik hatte.[5]

Der Konflikt war bereits in der Verfassung angelegt: Das am 24. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz (GG) formulierte zwei Prinzipien für die deutsche Politik. Zum einen gebot es dem Bund, den westdeutschen Staat in ein – wie auch immer geartetes – „vereintes Europa" zu integrieren, um den Frieden zu erhalten. Artikel 24, Absatz 1 ermächtigt die Bundesregierung daher auch ausdrücklich dazu, „Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen". Die Verpflichtung zur Selbstintegration in Europa war daher von Beginn an Bestandteil der Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland. Zum anderen wurde die Bundesrepublik Deutschland als Föderalstaat konstruiert. Das hatten die Alliierten gefordert, der Föderalismus als Strukturprinzip war aber auch unter den westdeutschen Verantwortlichen weitgehend unumstritten.

Die Bundesländer sind eigene Staaten, die über eigene Souveränitätsrechte verfügen. Zudem werden sie in wesentlichen Punkten an der Gesetzgebung des

[2] Vgl. Timm Beichelt, Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems, Wiesbaden 2009, S. 278–291; Roland Sturm/Heinrich Pehle, Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden [3]2012, S. 86–116, und Michael Goldsmith/Kurt Klaudi Klausen (Hrsg.), European Integration and Local Government, Cheltenham/Brookfield 1997.

[3] Vgl. Kiran Klaus Patel, Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG, 1955–1973, München 2009; Martin Conway/Kiran Klaus Patel (Hrsg.), Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches, New York 2010, und Sibylle Hambloch, Europäische Integration und Wettbewerbspolitik. Die Frühphase der EWG, Baden-Baden 2009.

[4] Vgl. Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.

[5] Vgl. Rudolf Hrbek, Europapolitik als Kontroversthema zwischen Bund und Ländern, in: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013), Düsseldorf 2014, S. 383–418; Doris Fuhrmann-Mittlmeier, Die deutschen Länder im Prozess der europäischen Einigung. Eine Analyse der Europapolitik unter integrationspolitischen Gesichtspunkten, Berlin 1991, und Jean-Louis Georget, Les Länder et la construction européenne. Le long chemin pour la reconnaissance des acteurs régionaux comme acteurs de la construction européenne, in: Dominique Herbet/Hélène Miard-Delacroix/Hans Stark (Hrsg.), L'Allemagne entre rayonnement et retenue, Villeneuve-d'Ascq 2016, S. 131–142.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bunds über den Bundesrat beteiligt (Artikel 32, Absatz 2 GG). Hieraus entstand aber ein Spannungsverhältnis: Wenn der Bund Teile der Souveränität an eine supranationale Organisation übertrug, beschnitt er damit zugleich die Souveränität der Länder, ohne dass diese ein Veto einlegen konnten. Mehr noch, hatten die supranationalen Organisationen die Kompetenz in einem Politikfeld erlangt, dann hatten die deutschen Bundesländer ihre vom Grundgesetz gesicherte Gestaltungsfähigkeit für dieses Politikfeld verloren.

Wie aber reagierten die Bundesländer auf den Transfer von nationaler Souveränität auf die europäische Ebene? Wie veränderte sich das deutsche föderale System unter dem Eindruck der „Europäisierung"? Oder, anders gefragt: Welche Folgen hatte die Entwicklung des europäischen Mehrebenensystems für den westdeutschen Föderalismus? Im Fokus der vorliegenden Untersuchung steht die Zeit zwischen 1950 und 1985. Mit dem französischen Vorschlag einer Hohen Behörde, der die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie unterstellt werden sollte, begann die Diskussion um die Rolle der Bundesländer in der supranationalen europäischen Integration. Mitte der 1980er Jahre entstanden schrittweise die Vertretungen der deutschen Bundesländer in Brüssel als ständige Repräsentanzen bei der Europäischen Gemeinschaft (EG). Damit war die Entwicklung des Mehrebenensystems zwar nicht abgeschlossen, die Entscheidung der Länder, ständige Repräsentanzen in Brüssel zu unterhalten, war aber eine wichtige Zäsur.

II. Zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik. Adenauer, die Bundesländer und die Montanunion

Der Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie unter die Aufsicht einer Hohen Behörde mit eigenen Rechtsetzungskompetenzen zu stellen, löste in der Bundesrepublik erstmals eine Debatte über die Rolle der Länder im Prozess der europäischen Integration aus. Es war vor allem Nordrhein-Westfalen, das sich in dieser Frage positionierte, während die anderen Bundesländer sich zunächst nur zurückhaltend äußerten. Dabei wurde der Düsseldorfer Landesregierung sehr schnell klar, dass es sich nicht allein um ein wirtschaftliches Problem handelte, sondern dass grundlegende politische Fragen auf der Tagesordnung standen.

Die Diskussion drehte sich um die verfassungspolitische Position der Bundesländer in der supranationalen Organisation. Es war vor allem der nordrhein-westfälische Minister für Bundesangelegenheiten, Carl Spiecker (CDU), der darauf drängte, dass die Landesregierung ihre Mitwirkungsrechte in Bezug auf die Schumanplan-Verhandlungen energisch einfordern müsse.[6] Spiecker verwies in diesem Kontext auf Artikel 32, Absatz 2 des Grundgesetzes, der die Bundesregierung

[6] Vgl. Ursula Rombeck-Jaschinski, Nordrhein-Westfalen, die Ruhr und Europa. Föderalismus und Europapolitik, 1945–1955, Essen 1990, S. 86–131; Hans Eberhard Birke, Die deutschen Bundesländer in den Europäischen Gemeinschaften, Berlin 1973, S. 36 f., und Günter Jaspert, Die Beteiligung des Bundesrates an der Europäischen Integration, in: Siegfried Ma-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verpflichtete, vor Abschluss eines Vertrags, „der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt", dieses Land zu hören. Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung konnte kein Zweifel daran bestehen, dass im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Markt und der Hohen Behörde für Kohle und Stahl besondere Interessen des Lands tangiert waren.

Die Haltung der Bundesregierung jedoch wurde von ganz anderen Fragen bestimmt: Für Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen höchste außenpolitische Priorität. Die Montangemeinschaft sollte ein wesentlicher Schritt in seinem außenpolitischen Konzept sein, das vorsah, den westdeutschen Staat durch eine gleichberechtigte Integration in die Institutionen der westlichen Welt Schritt für Schritt zur Souveränität zu führen.[7] Der Kanzler hatte keine Zweifel daran, dass landespolitische und wirtschaftliche Interessen hinter diesen außenpolitischen Motiven zurückzutreten hatten. Daher wehrten Adenauer und sein Verhandlungsführer Walter Hallstein jeden Versuch ab, von außen auf die Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Obwohl der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) darauf drängte, wurde kein Repräsentant der Landesregierung in die deutsche Delegation bei den Schumanplan-Verhandlungen aufgenommen. Die Regierungen der Bundesländer hatten deswegen keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gespräche. Sie wurden am 15. März 1951 von Hallstein, Leiter der deutschen Delegation, über den Stand der Verhandlungen informiert. Im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrats betonte Hallstein erneut die hohe außenpolitische Bedeutung des Vertrags für die Bundesregierung, aus der sich für ihn die Verpflichtung der Länder zur Zurückhaltung ergab.[8]

Unter diesen Umständen erfuhren die Regierungen der Länder erst nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 18. April 1951 von den konkreten Inhalten. Der nun beginnende Ratifikationsprozess war komplex und wurde im Kern durch zwei Faktoren bestimmt: Einerseits spielten parteipolitische Überlegungen eine Rolle, andererseits die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Länder. Die SPD lehnte den Vertrag ab. Dies spielte im Bundestag, wo Adenauer sich auf die christlich-liberale Regierungsmehrheit verlassen konnte, keine Rolle, wohl aber im Bundesrat. Hier bestand die Gefahr, dass die Länder, in denen die SPD regierte oder mitregierte, den Vertrag ebenfalls ablehnen würden. Umso wichtiger war aus der Sicht der Bundesregierung, dass die von der Union geführten Länder für den Vertrag stimmten. Damit rückten Nordrhein-Westfalen und Bayern in eine Schlüsselrolle. In beiden Ländern regierte die Union zusammen mit der SPD und beide

giera/Detlef Merten (Hrsg.), Bundesländer und Europäische Gemeinschaft, Berlin 1988, S. 87–110.

[7] Vgl. Klaus Schwabe, L'Allemagne, Adenauer et l'option de l'intégration à l'Ouest, in: Andreas Wilkens (Hrsg.), Le Plan Schuman dans l'histoire. Intérêts nationaux et projet européen, Brüssel 2004, S. 81–105.

[8] Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (künftig: NW), NW 74–170, betr. Staatssekretär Walter Hallstein über Schuman-Plan. 14. Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrats, 15. 3. 1951.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

waren wegen ihrer Größe und Bewohnerzahl von hoher Bedeutung im Bundesrat. Adenauer wollte vor allem wegen des außenpolitischen Signals nach Möglichkeit vermeiden, dass der Vertrag nach der Ratifikation im Bundestag in der Länderkammer abgelehnt wurde und dann in den Vermittlungsausschuss gelangte. Aus diesem Grunde entsandte der Kanzler seine beiden wichtigsten Berater in Fragen der Montanunion, Hallstein und Herbert Blankenhorn, am 8. April 1951 nach Düsseldorf, wo sie Ministerpräsident Arnold zur Zustimmung zum Vertrag bewegen sollten.

Arnold jedoch beharrte auf seiner Position, die er einige Wochen später, anlässlich der Debatte um das so genannte Zustimmungsgesetz im Bundesrat am 27. Juni 1951 noch einmal klarstellte. Der Schuman-Plan, so Arnold, sei ja nur als erster Schritt einer „europäischen Zusammenfassung" gedacht. Wenn man sich vorstelle, dass bald auch andere Sektoren der Wirtschaft in die Integration einbezogen würden, dann hätte das für die Bundesrepublik Deutschland zur Konsequenz, dass die Bundesländer „zu reinen Verwaltungseinheiten herabgedrückt" würden. Ein „verfassungsrechtlicher Strukturwandel" der Bundesrepublik durch die europäische Integration sei unvermeidlich. Nach dem vorliegenden Vertrag würde nur eine der beiden gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik an der politischen Willensbildung beteiligt sein, nämlich der Bundestag. Die Bundesregierung könne über ihren Vertreter im Ministerrat der EGKS politischen Einfluss nehmen. „Lediglich die dritte verfassungsmäßige Säule, die Ländervertretung, wird von einer Beteiligung an der politischen Willensbildung ausgeschlossen". Dies sei um so paradoxer, als die durch den Vertrag an die EGKS übertragenen Hoheitsrechte in der Mehrzahl von den Bundesländern kämen. „Auch das Argument, dass der Bund ausschließlich für die auswärtige Politik zuständig ist, kann nicht zur Rechtfertigung einer *Liquidierung der Länder* angeführt werden".[9]

Damit war erstmals in der Öffentlichkeit das Kernproblem der supranationalen europäischen Integration für die Bundesländer formuliert: Wenn der Bund Teile nationaler Souveränität an eine internationale Organisation übertrug, entzog er zugleich auch den Ländern ihre Mitwirkungsrechte an der westdeutschen Politik. Arnold sprach, gewiss zugespitzt, von einer „Liquidierung der Länder", um auf das Problem aufmerksam zu machen.[10]

Obwohl das Problem alle Bundesländer betraf, wurde es keineswegs einheitlich diskutiert. Insbesondere die SPD-geführten Länder Hessen und Hamburg versuchten, die Ratifikation des EGKS-Vertrags im Bundesrat durch ihre Ablehnung zumindest zu verzögern, CDU-geführte Länder sprachen sich für eine rasche Ratifikation aus, um die Außenpolitik der Bundesregierung zu unterstützen.

[9] Deutscher Bundesrat. Sitzungsbericht. 61. Sitzung am 27. 6. 1951, S. 446; URL: www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/1951/Plenarprotokoll-61.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [6. 2. 2017].

[10] Vgl. Kurt Düwell, Karl Arnold. Überzeugter Föderalist zwischen gesamtdeutschen Zielen und europäischen Visionen, in: Karl Arnold. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident 1947 bis 1956 (Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, Bd. 13), Düsseldorf 2001, S. 91–112, und Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980, S. 268–272.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Drei Länder – Württemberg-Baden, Bayern und Nordrhein-Westfalen – allerdings stellten die von Arnold formulierten verfassungspolitischen Probleme in den Mittelpunkt und plädierten für weitere Verhandlungen mit der Bundesregierung, um die Länder in den europapolitischen Entscheidungsprozess einzubinden.[11] Neben Arnold verteidigte vor allem der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CDU) die Rechte der Länder auch in der Außenpolitik vehement. Am 29. Mai 1951 reiste Ehard nach Düsseldorf und hielt dort eine Grundsatzrede über den Föderalismus in Deutschland.[12] Gemeinsam mit Arnold plädierte er für eine stärkere Beteiligung der Länder an der Außen- und Europapolitik. Während es aber Ehard darauf ankam, den gerade wiedergewonnenen Föderalismus zu stärken, ging es Arnold neben dem Föderalismus auch um wirtschaftliche Fragen.

Im Sommer und Herbst 1951 wurden zwei Varianten diskutiert, um den politischen Einfluss der Länder auf die supranationalen Gemeinschaften zu stärken: Ein Vorschlag sah vor, neben Abgeordneten des Bundestags auch Delegierte des Bundesrats in die Parlamentarische Versammlung der EGKS zu entsenden. Dies wurde jedoch von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten abgelehnt. Zudem hatte die Parlamentarische Versammlung lediglich beratende Funktion im Rechtsetzungsprozess der EGKS und bot daher kaum Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Eine zweite Konzeption zielte daher darauf, die Bundesregierung zu verpflichten, die Regierungen der Länder bei den Weisungen an den deutschen Vertreter im Ministerrat der EGKS zu beteiligen. Eben diesen Weg schlug Arnold ein. Er erschien erfolgversprechend, weil Adenauer nach der Rede Arnolds im Bundesrat zugestanden hatte, dass die Ausführungen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten „einen wahren Kern" enthielten, der Kanzler war sich des Problems also bewusst. Zudem bestand aus seiner Sicht die Gefahr, dass der Ratifikationsprozess ins Stocken geraten würde, wenn Nordrhein-Westfalen und Bayern den Vertrag ablehnten.

Dennoch verliefen die weiteren Verhandlungen sehr komplex und keineswegs gradlinig. Zwar konzedierte die Bundesregierung am 5. Dezember 1951 nach harten Diskussionen den Ländern einen Zusatz im so genannten Zustimmungsgesetz, dass sie die Weisungen an den deutschen Vertreter im Ministerrat der EGKS, abgesehen von Eilfällen, „*im gegenseitigen Einvernehmen* zwischen Bundesregierung und Bundesrat" geben würde.[13] Doch scheiterte dieser Zusatz am 11. Januar 1952 für alle Beteiligten völlig überraschend an einer Zufallsmehrheit im Bundestag. Um den Prozess nicht noch weiter in die Länge zu ziehen, wurde zwischen Adenauer und Arnold ein sogenanntes Verwaltungsabkommen vereinbart. Damit sicherte die Bundesregierung der nordrhein-westfälischen Regierung zu, die Weisungen an den deutschen Vertreter im Ministerrat der EGKS nach vorheriger

[11] Vgl. Ursula Rombeck-Jaschinski, Die Bundesländer und die Gründung der Montanunion 1951/52. Die Ratifikation des EGKS-Vertrags durch den Bundesrat, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 190–201, hier S. 196.

[12] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992, S. 371 f.

[13] Zit. nach Rombeck-Jaschinski, Nordrhein-Westfalen, S. 125.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Beratung mit der Landesregierung zu geben, das heißt die Düsseldorfer Regierung wurde an der deutschen Politik gegenüber der EGKS beteiligt. Bemerkenswert daran war zweierlei: Zum einen war es den Bundesländern nicht gelungen, die Bundesregierung rechtlich zu verpflichten, den Bundesrat an der Europapolitik zu beteiligen. Das Verwaltungsabkommen hatte lediglich den Status einer politischen Selbstverpflichtung der Bundesregierung. Zum anderen wurde nur die nordrhein-westfälische Regierung an der Europapolitik im Rahmen der EGKS beteiligt, die anderen Landesregierungen blieben außen vor.

Diese, auf den ersten Blick überraschende Tatsache, wird verständlicher, wenn man die wirtschaftliche Dimension des Problems betrachtet. Das besondere Interesse Nordrhein-Westfalens an der EGKS erklärt sich nicht zuletzt aus der wirtschaftlichen Struktur des Lands. 1950 wurden an der Ruhr 98 Prozent der westdeutschen Steinkohle gefördert und rund 80 Prozent des Stahls produziert. So überrascht es kaum, dass auch die Kohle- und Stahlindustrie über ihre Verbände sehr bald versuchte, Einfluss auf die Verhandlungen in Paris zu nehmen. Hauptziel der Industrie war es, die durch das Ruhrstatut auferlegten Produktionsbeschränkungen aufzuheben. Zudem sollte erreicht werden, dass die westdeutsche Industrie gegenüber der ausländischen, vor allem französischen Konkurrenz nicht weiter benachteiligt würde. Im Prinzip waren die Industriellen nicht gegen einen gemeinsamen europäischen Markt für Kohle und Stahl. Allerdings hatte man Angst, dass die Hohe Behörde zu dirigistisch agieren und politisch in die Märkte intervenieren würde.[14] Doch scheiterten die Industrieverbände ebenso wie die Landesregierung mit ihrem Versuch, einen Vertreter in die deutsche Delegation bei den Schumanplan-Verhandlungen zu entsenden, am Widerstand der Bundesregierung. Auf Seiten der Industrie versuchte man nun, die nordrhein-westfälische Landesregierung dafür zu gewinnen, bei der Bundesregierung für die Interessen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr einzutreten. Diese Initiative war insofern erfolgreich, als damit auch das politische Gewicht der Regierung Arnold gestärkt wurde. Auch Adenauer war sich der Bedeutung der Ruhr-Industrie für die politische und wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik bewusst. Hinzu kam, dass die meisten anderen Bundesländer die Montanunion zunächst vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten sahen und deshalb ihre politische Bedeutung unterschätzten.

So kam es, dass in den Anfängen der supranationalen europäischen Integration zwischen 1950 und 1952 vor allem die nordrhein-westfälische Landesregierung die politische Dimension der neuen supranationalen politischen Ebene und die hier liegenden Probleme für den deutschen Föderalismus thematisierte. Sie versuchte, die drohende Aushöhlung des Föderalismus dadurch zu umgehen, dass sie sich von der Bundesregierung Mitsprachrechte an der Politik gegenüber der EGKS zusichern ließ. Das Grundproblem war damit allerdings nicht gelöst.

[14] Vgl. Werner Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 203–206.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Die Mühen der Ebene

Die Frage nach dem Verhältnis von Bund, Ländern und Europa stellte sich neu, als im Sommer 1956 die Regierungsverhandlungen über die Gründung eines Gemeinsamen Markts und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) in Brüssel begannen. Der Gemeinsame Markt umfasste nicht nur einen Wirtschaftssektor, sondern grundsätzlich die europäischen Gütermärkte, insbesondere betraf er auch die Agrar- und Verkehrspolitik. Damit war nun allen Bundesländern von Beginn an klar, dass ihre Interessen von der europäischen Integration betroffen waren. Ähnlich wie bereits 1950 betrachteten aber Bundeskanzler Adenauer und das in dieser Frage nun federführende Auswärtige Amt die Europapolitik als wesentlichen Bestandteil der Außenpolitik. Wie schon bei den Beratungen über die Montanunion bemühten sie sich, die Brüsseler Verhandlungen von regionalen oder sektoralen Sonderinteressen freizuhalten.

Wie regierten die Bundesländer auf diese neue Herausforderung? Insgesamt lassen sich vier verschiedene Ansätze zur Lösung des Problems identifizieren, die zum Teil parallel, zum Teil in Abhängigkeit voneinander verfolgt wurden. Ein erster Ansatz zielte darauf, wie schon zu Beginn der 1950er Jahre, den Bund auf rechtlichem Wege zur Beteiligung der Länder in der Europapolitik zu verpflichten. In diesem Sinne ergriff der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) am 5. April 1957 in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder die Initiative. Der nun vorliegende Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM, so Steinhoff, formuliere in wichtigen Bereichen nur Rahmenbedingungen, die durch die künftige Politik der Gemeinschaften auszufüllen seien. „Um den Rahmen, der durch das Vertragswerk gesteckt wird, auszufüllen, wird eine kontinuierliche Rechtsetzung erforderlich sein, an der in der ersten Linie die Bundesregierung durch ihren Vertreter im Ministerrat sowie der Bundestag durch die in die Versammlung zu entsendenden Abgeordneten beteiligt werden." Die Länder, so warnte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, würden aber von diesem Rechtsetzungsprozess ausgeschlossen, weil die Gesetze nicht der Zustimmungspflicht des Bundesrats unterlägen. Er sei der Meinung, dass die Bundesregierung ihre Instruktionen an den deutschen Vertreter im Rat der Gemeinschaft nach Beratung mit einem vom Bundesrat zu diesem Zweck zu bildenden Ausschuss von Ländervertretern erteilen müsse. Daher schlug Steinhoff vor, das Genehmigungsgesetz um einen Artikel zu erweitern, der den Bund verpflichtete, die Weisungen an das deutsche Mitglied im Ministerrat erst „nach Beratung mit einem vom Bundesrat zu bildenden Ausschuss von Ländervertretern" zu erteilen. Zudem sollte der Ausschuss über die „Führung der Geschäfte im Ministerrat auf dem Laufenden" gehalten werden.[15] Damit versuchte Steinhoff die 1952 gescheiterte Initiative zu einer rechtlichen Verpflichtung des Bunds, die Länder in die Europapolitik einzubeziehen, in einem zweiten Anlauf doch noch zum Erfolg zu führen. Der neue Ausschuss im

[15] NW 708, Nr. 80, Fernschreiben an die Ministerpräsidenten der Länder, betr. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 5. 4. 1957.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rahmen des Bundesrats hatte hierbei eine doppelte Funktion: Einerseits sollten die Länder damit Einfluss auf die Europapolitik erhalten, indem sie an der Formulierung der Weisungen an den deutschen Vertreter im Ministerrat der EGKS beteiligt würden. Zum zweiten aber sollten die Länder auch über die Vorgänge auf der europäischen Ebene informiert werden.

Während der Vorschlag Steinhoffs in Bayern und Baden-Württemberg auf grundsätzliche Zustimmung stieß, gab es in anderen Ländern Bedenken. Vor allem der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) wies auf die praktischen Probleme hin, die durch ein solches Vorgehen entstehen würden: Zum einen seien die Weisungen der Bundesregierung an den deutschen Vertreter im Ministerrat der EWG geheim. Sollten sie aber vorher im Bundesrat verhandelt werden, wäre die Geheimhaltung nicht länger gewährleistet. Das könne zum Nachteil für die deutsche Europapolitik werden. Zum zweiten aber gehe Steinhoff davon aus, dass die Länder stets eine einheitliche Position zu allen EWG-Fragen hätten. Dies sei erfahrungsgemäß jedoch nicht so; was aber wäre, wenn es verschiedene Ansichten gäbe?[16] Ähnlich argumentierte auch der Leiter der Europa-Abteilung im Auswärtigen Amt, Karl Carstens.[17]

Auf einer Konferenz in Lindau einigten sich schließlich die Vertreter der Staatskanzleien und der Bundesregierung Ende Oktober 1957 darauf, die Länder grundsätzlich in die Europapolitik des Bunds einzubinden: „Soweit völkerrechtliche Verträge auf den Gebieten der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder eine Verpflichtung des Bundes oder der Länder begründen sollen, soll das Einverständnis der Länder herbeigeführt werden". Hinzugefügt wurde noch, dass das Einverständnis vorliegen solle, bevor der in Frage kommende Vertrag völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangte. Zudem sollten die Länder möglichst frühzeitig über die auf der supranationalen Ebene laufenden Projekte informiert werden.[18] Damit war der zweite Versuch der Länderregierungen fehlgeschlagen, die Bundesregierung zur Kooperation in der Europapolitik im rechtlichen Sinne zu binden. Ausschlaggebend hierfür war gewiss die weiterhin hinhaltende Position der Bundesregierung, insbesondere des Auswärtigen Amts, das sich die volle Handlungsfreiheit in der Europapolitik erhalten wollte. Ganz gewiss führten aber auch die vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel formulierten praktischen Schwierigkeiten zu diesem für die Länder wenig zufriedenstellenden Ergebnis.

Ein zweiter, eng mit dem ersten Ansatz verbundener Versuch der Länder, Einfluss auf die Europapolitik zu erhalten, zielte darauf ab, im Rahmen des Bundesrats geeignete Instrumente der Kommunikation zwischen Bund und Ländern zu schaffen. Dies hatte bereits Steinhoff angedeutet. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Römischen Verträge war im Rahmen des Bundesrats ein eigener, ausschließlich für die Belange der Europapolitik zuständiger Ausschuss gebildet worden. Die Hauptaufgabe war es zunächst, die Ratifikation der neuen Verträge

[16] NW 708, Nr. 80, Fernschreiben von Kai-Uwe von Hassel an Fritz Steinhoff, 1. 5. 1957.
[17] NW 708, Nr. 80, Aufzeichnung Dr. Kordt für Ministerpräsident und Staatssekretär, 31. 5. 1957.
[18] NW 708, Nr. 80, Beschlüsse der Konferenz der Staatskanzleien in Lindau, 23.–25. 10. 1957.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

vorzubereiten.[19] Schon im Dezember 1957 wurde allerdings beschlossen, den Sonderausschuss Gemeinsamer Markt und Freihandelszone zu einer Dauereinrichtung zu machen, dessen organisatorische Struktur nun genauer bestimmt wurde. Jedes Bundesland sollte von nun an nur noch einen Vertreter in den Ausschuss entsenden. Diese „Generalreferenten" sollten die EWG-relevanten Informationen an ihre Regierungen geben und gleichzeitig die Stellungnahmen der Länder zu europapolitischen Fragen koordinieren. Zudem sollten weitere Unterausschüsse entstehen, um sich mit den Sektoren der Integration zu beschäftigen; vorgesehen waren Ausschüsse für Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Arbeits- und Sozialpolitik sowie für Steuern und Finanzen. Der Sonderausschuss wurde zudem hochrangig besetzt. Den Vorsitz übernahm der bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU), sein Stellvertreter wurde der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Hermann Kohlhase (FDP). Auch die anderen Mitglieder des Ausschusses waren Minister und Staatssekretäre. Das zeigt, welche Bedeutung die Landesregierungen europapolitischen Fragen beimaßen.

Doch die neue Institution stieß rasch an ihre Grenzen. Am 13. Mai 1958 übersandte die Bundesregierung den Entwurf einer Verordnung der EWG zur Beratung, in der es um die soziale Sicherheit von Wanderarbeitern ging. Die Verordnung, so schrieb der nordrhein-westfälische Minister für Bundesangelegenheiten, Karl Siemsen (SPD), sei „ein Musterbeispiel für die Schaffung neuen, in der Bundesrepublik unmittelbar geltenden Rechtes durch übernationale Institutionen".[20]

Problematisch war aus der Sicht Siemsens, dass die Bundesregierung den Entwurf der Verordnung erst eine Woche vor der vorgesehenen Beschlussfassung des Ministerrats der EWG an den Bundesrat übermittelt hatte. Eine grundsätzliche Diskussion und eine darauf basierende Stellungnahme der Länder sei unter diesen Bedingungen unmöglich. Aus der Sicht des Ministers war das ein eindeutiger Verstoß der Bundesregierung gegen die in Lindau eingegangene Selbstverpflichtung zur rechtzeitigen Information der Länder. Doch das war nicht das einzige Problem des Sonderausschusses. Schon im März 1958, EWG und EURATOM hatten gerade ihre Arbeit aufgenommen, war klargeworden, dass die Informationsmenge aus den neuen Gemeinschaften von einem einzelnen Ausschuss gar nicht bewältigt werden konnte. Der Sonderausschuss könne aus der „Fülle des Stoffes" unmöglich übersehen, „was zu bearbeiten sei".[21] Man einigte sich daher darauf, dass die Sitzungen künftig von einem Arbeitsstab vorbereitet werden sollten, um die Arbeit des eigentlichen Ausschusses effizienter zu gestalten. Bald tauchte aber noch ein weiteres Problem auf: Die hochrangige Besetzung des Ausschusses sollte einerseits deutlich machen, welche Bedeutung die Europapolitik für die Länder hatte. Andererseits waren die Minister und Staatssekretäre durch andere Ver-

[19] NW 708, Nr. 80, Minister für Bundesangelegenheiten des Lands Nordrhein-Westfalen, Karl Siemsen, an den Chef der Staatskanzlei, 13. 4. 1957.

[20] NW 708, Nr. 80, Minister für Bundesangelegenheiten des Lands Nordrhein-Westfalen, Siemsen, an Ministerpräsident Steinhoff, 24. 5. 1958.

[21] NW 708, Nr. 80, Aufzeichnung Dr. Hilker für Herrn Minister über Herrn Staatssekretär, betr. Wirtschaftsministerkonferenz am 12. Juni 1958, 27. 5. 1958.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pflichtungen im Rahmen ihrer Ämter sehr in Anspruch genommen und konnten nicht so intensiv in die Arbeit einsteigen wie eigentlich erforderlich. Insgesamt wurde daher sehr schnell deutlich, dass der Ausschuss des Bundesrats für europäische Angelegenheiten in dieser Form die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen konnte.

Ein dritter Ansatz der Länder, Einfluss auf die europapolitischen Entscheidungen zu erhalten, zielte auf eine Mitwirkung des Bundesrats in der parlamentarischen Versammlung der EWG ab. Wie schon im Falle der Montanunion setzte sich dieses Gremium aus Delegierten zusammen, die die nationalen Parlamente dorthin entsandt hatte. Die Länder plädierten nun dafür, dass nicht nur der Bundestag, sondern auch der Bundesrat Mitglieder in die Versammlung nach Straßburg schicken könne. Der Hamburger Bürgermeister Kurt Sieveking (CDU) schrieb in diesem Sinne einen Brief an Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (CDU), in dem er darauf verwies, dass auch andere Mitgliedstaaten der EWG Abgeordnete aus beiden Kammern ihres Parlaments nach Straßburg entsandten. Er bat den Außenminister um Unterstützung für einen entsprechenden Vorstoß der Länder im Bundestag. Als ein entsprechendes Papier allerdings von den Ländern im Sonderausschuss des Bundestags präsentiert wurde, stieß der Vorstoß dort auf „eisige Ablehnung". Keine der Bundestagsparteien zeigte sich bereit, die Initiative zu unterstützen. Für die SPD wies ihr Fraktionsvorsitzender Erich Ollenhauer darauf hin, dass die Abgeordneten der beratenden Versammlung ja nur solange aus den nationalen Parlamenten entsandt würden, bis es zu einer Direktwahl kam. Zudem habe die beratende Versammlung nur wenige Kompetenzen.[22] Ausschlaggebend dafür, dass diese Initiative nicht weiter verfolgt wurde, waren aber erneut vor allem praktische Gründe: Die Arbeitsbelastung der Delegierten in der beratenden Versammlung erwies sich als so hoch, dass sie nur von hauptamtlichen Abgeordneten wahrgenommen werden konnte. Die Delegierten des Bundesrats hingegen waren in der Regel auch Mitglieder ihrer Landesregierungen und deswegen kaum in der Lage, regelmäßig an den Sitzungen der beratenden Versammlung teilzunehmen. Somit scheiterte auch dieser Vorstoß der Länder, ihre drohenden Kompetenzverluste durch strukturelle Reformen in der Bundespolitik aufzufangen.

Parallel dazu gab es noch einen vierten Ansatz, der von Bedeutung war. Bereits während der Verhandlungen über EURATOM und den Gemeinsamen Markt im Herbst 1956 hatten die Regierungen Bayerns und Baden-Württembergs Außenminister von Brentano dafür gewinnen können, einen Beobachter der Länder als Mitglied der deutschen Delegation bei den Verhandlungen zuzulassen. Dieser hatte Einsicht in alle Dokumente und war auch bei den internen Beratungen der deutschen Delegation anwesend. Der Länderbeobachter erwies sich als sehr effizientes Instrument der Information über die Brüsseler Verhandlungen. Aus diesem Grund drängte der baden-württembergische Minister für Bundesangelegen-

[22] NW 708, Nr. 82, Vermerk betr. Besprechung der Regierungschefs und Länderminister über die Behandlung der Stellungnahme des Bundesrats zum Gemeinsamen Markt im Sonderausschuss des Bundestags, 21. 6. 1957.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

heiten, Oskar Farny (CDU), mit Erfolg darauf, dass der Länderbeobachter auch bei den anstehenden Verhandlungen über die europäische Freihandelszone als Mitglied der deutschen Delegation teilnehmen könne.[23]

Der Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften nahm seinen Sitz in der Vertretung des Lands Baden-Württemberg in Bonn. Er erhielt seine Informationen zum einen über das seit 1958 für EWG-Fragen zuständige Bundeswirtschaftsministerium, nahm aber auch selbst an den Sitzungen des Rats, der ständigen Vertreter und der Arbeitsgruppen zu konkreten Fragen in Brüssel als Mitglied der deutschen Delegation teil.[24] Der Länderbeobachter entwickelte sich zum wichtigsten Informationsinstrument der Länder für die politischen Prozesse in der Europapolitik. Doch auch diesem Instrument waren Grenzen gesetzt: Zum einen lieferte der Länderbeobachter zwar wichtige Informationen, eignete sich aber nicht als Instrument zur Einflussnahme auf nationaler oder europäischer Ebene. Die Landesregierungen wurden nun zwar über die Vorgänge auf europäischer Ebene informiert, konnten aber ihre Interessen in diesem Zusammenhang nicht einbringen. Zudem war der Länderbeobachter bei den Europäischen Gemeinschaften keine rechtlich gesicherte Institution. Er blieb aus der Sicht des Bunds politisch geduldet. Zwar akzeptierte man in der Bundesregierung, insbesondere im Bundeswirtschaftsministerium, seine Existenz, die Länder hatten aber kein Recht darauf. Schließlich stand auch der Länderbeobachter vor jenem Problem, das schon dem EWG-Ausschuss im Bundesrat bekannt war: Aus Brüssel kam eine wahre Informationsflut, die für ein einzelnes Büro kaum zu bewältigen war. Schon 1960 bekam der Länderbeobachter aber einen Stellvertreter.[25] Außerdem richteten die Länder bald sogenannte EWG-Arbeitskreise ein, in denen die Sachprobleme unter den Referenten aus den entsprechenden Ministerien beraten wurden.[26] Der europapolitischen Koordination unter den Ländern diente der Arbeitskreis Wirtschaft, in dem die jeweiligen EWG-Referenten der Landesregierungen und ein Repräsentant der Bundesregierung zusammenkamen.

Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass auch in den 1960er Jahren die Versuche der Länder scheiterten, den durch die supranationale europäische Integration drohenden Kompetenzverlust durch strukturelle Reformen zu verhindern. Das führte dazu, dass die Länder nun mehr und mehr neue, inoffizielle Strukturen schufen, um einerseits Informationen über die Politik auf der supranationalen Ebene zu erlangen, und andererseits dort Einfluss im Sinne ihrer Interessen zu nehmen. Langsam entwickelte sich so ein Netz inoffizieller Strukturen zwischen den einzelnen Bundesländern und der EWG. Hierzu gehörten seit den

[23] NW 736, Nr. 416, Vermerk betr. Beteiligung eines Vertreters des Bundesrats an den Freihandelszonen-Verhandlungen, 3. 7. 1958.

[24] Vgl. Birke, Bundesländer, S. 53.

[25] NW 736, Nr. 416, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – Beobachter der Länder bei den Verhandlungen über die Freihandelszone – und bei der EWG, Vermerk betr. Benennung von Ministerialrat Weinfurth als Stellvertreter von Herrn Ministerialrat May als Beobachter der Länder bei der Kommission der EWG und den Verhandlungen über eine Freihandelszone, 21. 11. 1959.

[26] Vgl. Birke, Bundesländer, S. 56.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1960er Jahren beispielsweise Besuche von Landesministern oder Ministerpräsidenten bei der Europäischen Kommission.[27] Auch Referenten aus den Landesministerien nutzten oft persönliche Kontakte zu Beamten der Kommission, um rasch an konkrete Informationen zu kommen. Der Länderbeobachter Fritz Stöger rief die Länder zudem unmittelbar dazu auf, diese inoffiziellen Kontakte aufzubauen und zu pflegen.[28] Das Wirtschaftsministerium aus Nordrhein-Westfalen entsandte ab 1958 einen permanenten Vertreter zu den Beratungen der parlamentarischen Versammlung der EWG nach Straßburg. Weil dieser nicht den Status eines Abgeordneten hatte, verfolgte er die Beratungen von der Zuschauertribüne aus. Gleichwohl nahm er auch Kontakte zu Abgeordneten auf, insbesondere jenen aus Nordrhein-Westfalen, von denen er mit Hintergrundinformationen versorgt wurde. Diese gelangten in ausführlichen Berichten nach Düsseldorf.[29] Der Informationsaustausch wurde aus der Sicht der Länder umso wichtiger, als die in den 1960er Jahren entstehende gemeinsame europäische Agrarpolitik und die gemeinsame Außenhandelspolitik zentrale Interessen der Länder berührten.

Das Kernproblem der Länder indes blieb weiterhin bestehen. Zwar entwickelten sich in den 1960er und 1970er Jahren ein zunehmend dichteres Netz von inoffiziellen Beziehungen zwischen den Bundesländern und der EWG, ein rechtlich garantiertes Mitspracherecht in EWG-Fragen blieb den Ländern jedoch verwehrt. Mitte der 1970er Jahre unternahmen die Länder einen neuen Versuch, der Bundesregierung ein rechtlich garantiertes Mitspracherecht abzuringen. Im Juni 1963 war bereits auf einer Konferenz in Saarbrücken eine Kommission eingesetzt worden, die über dieses Problem beraten sollte.[30] Die Bundesregierung beharrte weiterhin auf ihrem Standpunkt, dass ihr über das Grundgesetz einerseits die alleinige Kompetenz für die Außenpolitik und andererseits das Recht zustehe, Teile der nationalen Souveränität an supranationale europäische Organisationen zu übertragen. Die Länder könnten ihre Rechte über den Bundesrat im jeweiligen Zustimmungsgesetz artikulieren, seien dann aber nicht mehr Bestandteil des Verfahrens. Demgegenüber bestanden die Länder darauf, dass die ebenfalls im Grundgesetz verankerte gegenseitige Bundestreue die Bundesregierung zur fallweisen Abstimmung mit den Ländern verpflichte.

Die Beratungen zogen sich über die 1960er und 1970er Jahre hin, ohne dass es zu einer konkreten Einigung kam. Auf der anderen Seite gewann die EG in den

[27] Vgl. die Dissertation von Hermann Schmitz-Wenzel, Die deutschen Länder und ihre Stellung im europäischen Einigungsprozess. Ein Beitrag zur Wahrnehmung der internationalen Beziehungen im Bundesstaat, Bonn 1969, S. 113 u. S. 147 f.

[28] NW 736, Nr. 416, Vorlage des Länderbeobachters Dr. Fritz Stöger zur Vorbereitung von TOP1a der Sitzung des Arbeitskreises der EWG-Referenten der Wirtschaftsministerien der Länder am 26. 11. 1981.

[29] NW 736, Nr. 114, Niederschrift zur internen Sitzung des Sonderausschusses Gemeinsamer Markt und Freihandelszone am 5. 2. 1959.

[30] Vgl. Birke, Bundesländer, S. 62–64, und Rudolf Morawitz/Wilhelm Kaiser, Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Vorhaben der Europäischen Union, Bonn 1994, S. 49–52. Morawitz schreibt aus der Perspektive eines Zeitgenossen – er war Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1960er Jahren erheblich an Bedeutung. Die gemeinsame Agrarpolitik entstand ebenso wie die gemeinsame Außenhandelspolitik, zudem begann in den frühen 1970er Jahren die europäische Regionalpolitik. Alle diese Sektoren waren von zentraler Bedeutung für die Bundesländer. In der Mitte der 1970er Jahre intensivierten sich die ohnehin laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern daher erneut. Auslöser waren verschiedene Rechtsetzungsinitiativen der EG in Bereichen, die ganz oder teilweise in die Kompetenzen der Länder fielen.[31] So unterbreitete die Europäische Kommission im Frühjahr 1975 eine Richtlinie über die Qualitätsanforderungen von Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung. Dieses Problem, so meinte man in der bayerischen Staatskanzlei, falle nicht in die Kompetenzen der Europäischen Kommission, sondern sei in der Bundesrepublik Deutschland Ländersache.[32] Ähnlich argumentierte die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien (CDU), als die Kommission eine Verordnung über die Beschulung der Kinder von Wanderarbeitern vorbereitete, weil die Ministerin hier die Kompetenzen der Länder in der Bildungspolitik eingeschränkt sah.[33]

Das Ergebnis war einmal mehr, dass die Länder einen Ausschuss zur Beratung des Problems einsetzten. Die Länder bestanden nun unter der Führung Bayerns darauf, dass die europapolitischen Entscheidungen gemeinsam von Bund und Ländern getroffen werden müssten. Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften würden in einer Weise wachsen, dass, sollte es nicht zu einer geregelten Mitbestimmung der Länder kommen, diese in ihrer Existenz gefährdet seien. Die Länder forderten daher ein für beide Seiten verbindliches Abkommen zwischen Bund und Ländern über die Europapolitik. Demgegenüber bestand der Chef des Bundeskanzleramts, Manfred Schüler, auf einer „pragmatischen", also nicht rechtlich kodifizierten Regelung der Beteiligung der Länder an der Europapolitik:

> „Ich wiederhole das Interesse der Bundesregierung, in den Bund-Länder-Gesprächen vor allem pragmatisch nach Verbesserungen der bisher praktizierten Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Bundes- und Landesressorts bei EG-Vorhaben zu suchen. Von einer verfassungsrechtlichen Grundsatzdiskussion, der die Bundesregierung allerdings nicht ausweichen würde, verspreche ich mir nicht viel. Sie könnte schnell in die Sackgasse einander widersprechender Rechtsauffassungen führen."[34]

[31] Bayrisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Staatskanzlei, 16479–16481, Abkommen zwischen Bund und Ländern betreffend den Erlass von Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft auf Gebieten, die zur Gesetzgebungskompetenz der Länder gehören.

[32] BayHStA, Staatskanzlei, 16479, Leiter der bayerischen Staatskanzlei an den bayerischen Staatsminister und Bevollmächtigen des Lands Bayern beim Bund, 18. 3. 1975.

[33] BayHStA, Staatskanzlei, 16479, Staatssekretärin im Kultusministerium Rheinland-Pfalz an die bayerische Staatskanzlei, 28. 4. 1976.

[34] BayHStA, Staatskanzlei, 16482, Chef des Bundeskanzleramts, Manfred Schüler, an den Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Rainer Keßler, 12. 9. 1977.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Ergebnis war schließlich ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD). Schmidt erklärte für den Bund, dass dieser sich an das von der Verfassung vorgegebene Treueverhältnis zwischen Bund und Ländern halten werde und eine „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Ländern in europapolitischen Fragen anstrebe. Der Bund erklärte, dass er die Länder „rechtzeitig und umfassend" über die Vorhaben der EG informieren werde. Soweit diese Vorhaben ganz oder in einzelnen Bestimmungen in die Gesetzgebungskompetenz der Länder fielen, erhielten diese die Möglichkeit, ihren Standpunkt eingehend und umfassend darzustellen. Die Länder allerdings müssten in diesem Fall „eine einheitliche Haltung anstreben" und ihre Stellungnahmen „in angemessener Frist" abgeben. Grundsätzlich werde sich der Bund bemühen, mit den Ländern zu einem „einvernehmlichen Standpunkt zu gelangen" und von diesem nur aus „zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen". Sollten ausschließliche Länderkompetenzen betroffen sein, so werde der Bund zwei Vertreter der Länder zu den Beratungsgremien hinzuziehen „soweit ihm dies möglich ist". Zudem werde eine Informationspflicht der Länder in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien aufgenommen.[35] Rau bestätigte in seinem Schreiben das Einverständnis der Länder.[36]

Insgesamt änderten die Zusagen des Bundeskanzlers an der politischen Situation der Länder nicht viel. Wie schon in den Vereinbarungen mit dem Bund aus den 1950er Jahren war es auch diesmal nicht gelungen, den Bund zur Kooperation mit den Ländern in der Europapolitik zu verpflichten. Der Brief Schmidts enthielt, wie schon die Zusagen Adenauers, lediglich eine rechtlich unverbindliche, politische Selbstbindung des Bunds gegenüber den Ländern, die zudem sehr weitreichende Ausnahmen vorsah. Das mit dem Briefwechsel eingeleitete „Neue Länderbeteiligungsverfahren" änderte also grundsätzlich nichts am Dilemma der Länder in der europäischen Integration.

IV. Vereint schlagen oder dezent marschieren? Auf dem Weg zu den Ländervertretungen

Parallel zu diesen Diskussionen mit der Bundesregierung wurden einzelne Länder von sich aus initiativ, indem sie direkte Beziehungen zur Kommission aufbauten. Das lag auch daran, dass die Kommission in den 1970er Jahren – trotz der allgemein diskutierten „Euro-Sklerose" – eine beachtliche Dynamik entwickelte, nicht zuletzt auch im Bereich der Regionalpolitik.[37] Das führte dazu, dass sich die

[35] Der Bundeskanzler an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Johannes Rau, 19. 9. 1979, in: Morawitz/Kaiser, Zusammenarbeit, S. 153–155.

[36] Der Ministerpräsident des Lands Nordrhein-Westfalen an Bundeskanzler Helmut Schmidt, 26. 9. 1979, in: Ebenda, S. 156.

[37] Vgl. Antonio Varsori/Lorenzo Mechi, At the Origins of the European Structural Policy. The Community's Social and Regional Policies from the late 1960s to the mid-1970s, in: Jan

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bundesländer nicht nur in noch stärkerem Maße für die Politik auf der supranationalen Ebene interessierten. Sie waren auch zunehmend bemüht, in die dort laufenden politischen Prozesse einzugreifen, um frühzeitig ihre Interessen einbringen zu können. Schließlich führte nicht zuletzt die Entstehung der europäischen Regionalpolitik dazu, dass die Bundesländer um die finanziellen Ressourcen aus den verschiedenen europäischen Regionalfonds konkurrierten. Diese drei Elemente – die dynamische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, der Wunsch der Länder nach aktiver Mitgestaltung auf supranationaler Ebene und die zunehmende Konkurrenz unter den Bundesländern – verschärften zu Beginn der 1970er Jahre erneut das seit den 1950er Jahren bestehende Problem des deutschen Föderalismus in der supranationalen Europäischen Integration.

Aus der Perspektive der Länder ergaben sich nun zwei verschiedene politische Konzeptionen zur Lösung des Grundsatzproblems: Während der erste Ansatz darauf abzielte, die Verhandlungen mit dem Bund über eine stärkere Einbindung der Länder in die Europapolitik im Rahmen des Bundesrats fortzuführen und zu vertiefen, zielte der zweite darauf ab, die bereits bestehenden, vielfältigen direkten Beziehungen zwischen den Ländern und der Europäischen Kommission in Brüssel zu stärken.

Der erste Ansatz wurde bereits parallel zu den Verhandlungen mit der Bundesregierung in den 1970er Jahren diskutiert.[38] Diese Verhandlungen unter den Länderregierungen mündeten am 30. Januar 1980 in ein zunächst probeweise eingeführtes „Neues Länderbeteiligungsverfahren“. Doch auch dieses funktionierte nicht zufriedenstellend, wobei die Probleme bekannt waren: Vor allem die während der Verhandlungen über die „Einheitliche Europäische Akte“ wachsende Informationsflut aus Brüssel ließ sich nur schwer bewältigen. Am 10. Juni 1983 wurde auf Initiative der Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs erneut eine Arbeitsgruppe der EG-Referenten aus den Wirtschaftsministerien mit dem Ziel eingerichtet, die Kooperation der Bundesländer im Rahmen des Bundesrats zu stärken und den neuen Strukturen auf europäischer Ebene anzupassen. Bis zum Frühjahr 1984 wurden in diesem Rahmen verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Bedürfnisse der Länder in der europäischen Integration zu befriedigen. Hierzu gehörten regelmäßige Fachministertagungen der Länder, an denen nach Möglichkeit auch Vertreter des Bunds und der entsprechenden Generaldirektionen der Europäischen Kommission teilnehmen sollten. „Beschlüsse von Fachministerkonferenzen – zu einem günstigen Zeitpunkt verabschiedet – können im Einzelfall durchaus auf die Meinungsbildung

van der Harst (Hrsg.), Beyond the Customs Union. The European Community's Quest for Deepening, Widening and Completion, 1969–1975, Brüssel 2007, S. 223–250.

[38] BayHStA, Staatskanzlei, 16484, Vermerk betr. Erlass von Vorschriften der Europäischen Gemeinschaften auf Gebieten, die zur Gesetzgebungskompetenz der Länder gehören oder deren wesentliche Interessen berühren, 29. 6. 1979. Vgl. auch Hans Boldt/Werner Reh, Instrumente der Landespolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Bodo Hombach (Hrsg.), Die Kraft der Region. Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn 1990, S. 59–71.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Bundesregierung und EG-Kommission einwirken".[39] Auch die bereits seit den 1950er Jahren übliche Beteiligung von Beamten der Fachressorts der Länder als Experten in der von der Bundesregierung gestellten deutschen Delegation bei konkreten Verhandlungen wurde als hilfreich angesehen, ebenso direkte, persönliche Kontakte von Beamten der Länderministerien mit der Europäischen Kommission benannt. Schließlich schlug die Länderkommission vor, die Rolle des Länderbeobachters bei den Europäischen Gemeinschaften zu stärken. Dieser hatte bisher in der Bonner Vertretung des Lands Baden-Württemberg residiert. Nun lag der Vorschlag auf dem Tisch, ein Büro für den Länderbeobachter in Brüssel einzurichten, am besten in der bereits bestehenden Ständigen Vertretung des Bunds bei der EG. Auch wenn damit die europapolitische Aktivität der Bundesländer intensiviert werden sollte, so blieb sie gemäß den Vorschlägen der Bundesrats-Kommission doch in dem seit den 1950er Jahren entstandenen Gefüge von offiziellen und inoffiziellen Institutionen. Im Kern waren das der Bundesrat mit seinen verschiedenen für die Europapolitik zuständigen Ausschüssen, der Länderbeobachter bei der EG, dessen Präsenz in Brüssel allerdings verstärkt werden sollte, und die vielfältigen inoffiziellen Kontakte zwischen den Administrationen auf Länder- und EG-Ebene. In politischer Hinsicht bedeutete das, dass die Länder nach wie vor geschlossen gegenüber dem Bund und den europäischen Institutionen auftreten sollten.

Doch stieß die neue europapolitische Aktivität der Länder schon bald wieder auf Schwierigkeiten. Als nämlich der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU) beim Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans Lautenschlager, anfragte, ob die Ständige Vertretung des Bunds in Brüssel dem Länderbeobachter bei der Europäischen Gemeinschaft einen Büroraum zur Verfügung stellen könne, lehnte dieser ab. Zum einen herrsche bereits jetzt Raummangel, andererseits ergäben sich dienstrechtliche Komplikationen. Der Beobachter der Länder, so Lautenschlager, unterstehe, sollte er seinen Dienstsitz in der Ständigen Vertretung nehmen, dem Leiter der Vertretung. Damit sei er diesem weisungsgebunden, auch die Dienstkorrespondenz des Ländervertreters habe immer über den Amtsleiter zu laufen. Es könne aber nicht im Sinne der Länder sein, dass der von ihnen eingesetzte Beobachter bei der EG einem Amtsleiter aus dem Auswärtigen Amt unterstehe.[40]

Auch wenn diese Argumente nicht grundsätzlich falsch waren, waren sie vorgeschoben. Sie zeigen, dass es in der Bundesregierung, und hier vor allem im Auswärtigen Amt, nach wie vor erhebliche Widerstände gegen die Einbindung der Länder in die Europapolitik gab. Im Gegensatz zum Auswärtigen Amt zeigte Bundeskanzler Helmut Kohl hingegen Verständnis für die Wünsche der Länder. An-

[39] NW 736, Nr. 417, Bericht der ressortübergreifenden Länderarbeitsgruppe „Verbesserung der Information und Beteiligung der Länder in EG-Angelegenheiten", Entwurf, Stand 16. 4. 1984.

[40] NW 736, Nr. 418, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Hans Lautenschlager, betr. Beteiligung der Länder bei Vorhaben der Europäischen Gemeinschaften, 12. 8. 1983.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lässlich einer Konferenz des Kanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder, die am 7. Juni 1984 in Bonn stattfand, erklärte Kohl, dass er für „den Wunsch der Länder nach besserer Information und Beteiligung in EG-Angelegenheiten Verständnis habe". Bürokratische Bedenken dürften in diesem Zusammenhang nicht überbewertet werden. Man beschloss die Einrichtung einer „hochrangigen Arbeitsgruppe", um die „Informationsengpässe" zwischen Ländern und supranationalen Institutionen zu überwinden. Ausdrücklich wurde in dem Papier auch die Möglichkeit für die Länder erwähnt, das Büro des Länderbeobachters in die Ständige Vertretung des Bunds in Brüssel zu integrieren. Kohl setzte sich damit über die Haltung des Auswärtigen Amts hinweg.[41]

Dies war gewiss ein wichtiger Erfolg für die Länder, der sich vor allem wohl daraus erklärt, dass Kohl als früherer Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz die europapolitischen Probleme der Länder sehr viel besser kannte als etwa Adenauer oder Schmidt. Andererseits blieb das Problem im Kern bestehen. Auch Kohl hatte lediglich eine unverbindliche Zusage gegeben, die europapolitischen Interessen der Länder stärker zu berücksichtigen. Eine Verpflichtung für den Bund erwuchs aus dieser Zusage nicht.

Unter diesen Umständen war es nahezu folgerichtig, dass gleichzeitig eine andere Konzeption zur Lösung des Problems an Bedeutung gewann. Schon in den 1970er Jahren hatten einzelne Landesregierungen die direkten Kontakte zur Europäischen Kommission intensiviert und systematisch ausgebaut. Die in dieser Zeit neu entstehenden Strukturen zwischen den verschiedenen politischen Ebenen lassen sich exemplarisch am Besuch von Peter Schulz (SPD), dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, bei der EWG-Kommission im Oktober 1973 zeigen. Die Idee zu diesem Besuch stammte vom Leiter der Pressestelle des Hamburger Senats, Paul O. Vogel, der im Mai 1973 vorschlug, dass Schulz noch vor der Bürgerschaftswahl im Jahr darauf einen Besuch bei der EWG-Kommission machen solle, um im Wahlkampf das internationale Engagement des Bürgermeisters und die Bedeutung Hamburgs zu unterstreichen.[42] Dieser „Informations- und Orientierungsbesuch", den der Bürgermeister „in seiner Funktion als Regierungschef eines deutschen Bundeslandes" unternahm, wurde in den folgenden Monaten von der Senatsverwaltung vorbereitet; die Ressorts der Landesregierung benannten ebenso wie die Hamburger Handelskammer und die Gewerkschaften Themen, die aus ihrer Sicht für die Gespräche mit der Europäischen Kommission von Bedeutung waren.[43] Dies waren die Sektoren, für die die EG-Kommission politisch verantwortlich war, vor allem die gemeinsame Agrarpolitik und die Außenhandelspolitik, die von großer Bedeutung für den Hamburger Hafen waren, aber auch Politiksektoren wie die Sozial- und Bildungspolitik, in

[41] NW 736, Nr. 418, Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 7. 6. 1984 in Bonn.

[42] Staatsarchiv Hamburg (künftig: STAHH), Senatskanzlei, 131–1 II_4946, Europäische Gemeinschaft. Besuche und Gegenbesuche. Besuch der EG-Kommission in Brüssel durch Bürgermeister Peter Schulz, 5.-10. 10. 1973.

[43] STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_4946, Protokoll betr. Besuch des Ersten Bürgermeisters Schulz bei der EG-Kommission in Brüssel, 18. 9. 1973.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

denen die EWG-Kommission nur eine koordinierende Funktion hatte. Weil aber die Hamburger Senatsverwaltung nicht über die notwendige Expertise in Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik verfügte, bat der Leiter der Senatskanzlei, Harald Schulze, den Parlamentarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans Apel (SPD), die Überlegungen der Hamburger Beamten zu überprüfen. Apel übermittelte der Hamburger Senatskanzlei darauf nicht nur eine ausführliche, mit handschriftlichen Anmerkungen und persönlichen Hinweisen versehene Stellungnahme der Experten des Auswärtigen Amts, die offensichtlich nicht wussten, dass es sich um Informationsmaterial für den Besuch des Hamburger Bürgermeisters handelte, sondern auch Kontaktadressen der Brüsseler Korrespondenten der führenden deutschen Zeitungen. Dies geschah aber nicht auf dem offiziellen Weg der Amtshilfe, sondern inoffiziell und vertraulich. Ganz offensichtlich kannten sich Schulze und Apel bereits persönlich aus anderen Kontexten, wahrscheinlich durch die gemeinsame Arbeit in den Parteigremien der SPD.[44]

Parallel und unabhängig davon wurde auch Außenminister Walter Scheel (FDP) von der geplanten Reise des Hamburger Bürgermeisters informiert, ebenso die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EG in Brüssel. Vom 8. bis 10. Oktober 1973 fanden dann Gespräche zwischen Bürgermeister Schulz und den führenden Repräsentanten der EG-Kommission – mit Kommissionspräsident François-Xavier Ortoli sowie mit den Vizepräsidenten Carlo Scarascia Mugnozza, Henri François Simonet und Wilhelm Haverkamp statt. Zudem stattete der Hamburger Bürgermeister auch der belgischen Regierung und dem deutschen Botschafter Ulrich Lebsanft Besuche ab. Abgerundet wurde die Reise durch ausführliche Hintergrundgespräche mit deutschen Journalisten in Brüssel.[45]

Aus der Perspektive des Hamburger Bürgermeisters war der Besuch in Brüssel ein voller Erfolg. Die Gespräche, so berichtete er vertraulich an seinen Parteifreund Apel, mit den wichtigsten Vertretern der Kommission seien „offen“ und „vorbehaltlos“ geführt worden. Diese Kontakte seien

> „ein großer Gewinn und die auf diese Weise breit angelegten Informationen aus erster Hand von außerordentlichem Nutzen. Umgekehrt habe ich die Chance wahrgenommen, insbesondere auf den für Hamburg wichtigen Gebieten der Verkehrspolitik, der Schiffahrts- und der Seehäfenpolitik sowie der Regional- und Entwicklungspolitik den hamburgischen Standpunkt darzulegen. […] Der Besuch in Brüssel war eine gute Sache, und ich glaube, wir haben Ansatzpunkte gefunden, auf einigen wichtigen Gebieten den Dialog mit der Europäischen Kommission fortzusetzen […].“[46]

[44] Dies legt der nicht-offizielle, vertrauliche Duktus des Briefwechsels nahe; STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_4946, Staatsrat Harald Schulze an den Parlamentarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans Apel, 21. 9. 1973.

[45] STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_4946, Vorläufiges Programm Reise Bürgermeister Schulz nach Brüssel, 7.-10. 10. 1973.

[46] STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_4946, Bürgermeister Schulz an Staatssekretär Apel, 19. 11. 1973.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Besuch des Ersten Bürgermeisters in Brüssel erhellt einige Charakteristika der Beziehung zwischen Bundesländern und der EG-Kommission in den 1970er Jahren. Zum einen agierte der Hamburger Senat selbstbewusst als die Regierung eines souveränen Staats, die im Wahlkampf der eigenen Öffentlichkeit die Bedeutung Hamburgs und seines Senats auch auf der internationalen Ebene deutlich machen wollte. Der Besuch ähnelte von der Struktur her einem klassischen Staatsbesuch, der Hamburger Bürgermeister wurde von der EG-Kommission empfangen wie der Regierungschef eines Nationalstaats. Auch der Besuch bei der belgischen Regierung bestätigt dies. Andererseits zeigt die interne Vorbereitung des Besuchs, dass sich der Senat auf unbekanntes Gebiet vorwagte. Von großer Bedeutung war der inoffizielle Kontakt zum Parlamentarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Apel, der nicht nur die Expertise für komplexe Politikinhalte lieferte, sondern auch wichtige Kontakte in Brüssel herstellte. Weder die Expertise noch die Kontakte standen dem Hamburger Senat zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung.

Zudem scheint es, als habe die Hamburger Senatsverwaltung durch diesen Besuch erst die Bedeutung der Brüsseler Kommission für die Interessen des Stadtstaats erkannt. Fortan reisten regelmäßig Hamburger Senatoren nach Brüssel, um dort in Gesprächen mit den Vertretern der Europäischen Kommission Informationen zu sammeln und spezifisch hamburgische Probleme anzusprechen. Von besonderer Bedeutung waren bald auch die Gespräche mit dem „Sozialdemokratischen Kreis" in Brüssel, also leitenden Beamten der Kommission, die SPD-Mitglieder waren.[47] Hier zeigte sich erneut die Bedeutung der parteipolitischen Netzwerke für die entstehende Mehrebenen-Politik. Damit einher ging ein langsamer struktureller Wandel auch in der Hamburger Senatsverwaltung. Insbesondere nach dem Besuch von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) in Brüssel im November 1975 ließ dieser die ausführlichen Gesprächsprotokolle an die Hamburger Ressorts weiterleiten, mit der ausdrücklichen Aufforderung, die dort angesprochenen Themen weiter zu verfolgen und zu vertiefen. Damit vollzog sich schrittweise eine Hinwendung der Hamburger Senatsverwaltung zu EG-Themen. Hierdurch wurden auch die zwischen dem Senat und der Kommission verhandelten Angelegenheiten konkreter. So ging es beim Besuch von Klose in Brüssel im Februar 1979 statt um allgemeine Fragen der europäischen Integration um die Ansiedlung von EG-Forschungsinstitutionen in Hamburg und um Unterstützung für die Hamburger Werften. Zugleich wurde die regionale Wirtschaft stärker eingebunden. Die Handelskammer Hamburg hatte inzwischen gemeinsam mit der Wirtschaftsvertretung aus Bremen ein eigenes Büro in Brüssel eingerichtet, das ebenfalls in die Vorbereitung der Gespräche eingebunden wurde.[48] Leiter die-

[47] STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_4947, Europäische Gemeinschaft Besuch der EG- Kommission in Brüssel durch Bürgermeister Hans Ulrich Klose, 25.-26. 11. 1975, betr. Reise zur EG auf Einladung von Präsident François-Xavier Ortoli, 4. 11. 1975.

[48] STAHH, Senatskanzlei, 131–1 II_5266, Reise von Bürgermeister Klose und Senator Jürgen Steinert am 8.-9. 2. 1979 zur EG nach Brüssel. Schreiben Senatsdirektor Hans-Herbert Groothoff an den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EG, Sigrist, 25. 1. 1979.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ses Büros war ein ehemaliger Ministerialdirigent der Senatsverwaltung, Eberhard Bömcke, der sehr konkrete Hinweise und Empfehlungen für den Besuch gab. Auch in diesem Fall zeigte sich die Bedeutung persönlicher Kontakte und inoffizieller Strukturen. Zugleich entwickelten die Hamburger Beamten eine gewisse Reife im Umgang mit der Europäischen Kommission. Das Auswärtige Amt wurde nun nicht mehr direkt in die Vorbereitung eingeschaltet, es gab lediglich ein kurzes Zusammentreffen zwischen Klose und dem deutschen Botschafter, die belgische Regierung erhielt Informationen zum bevorstehenden Besuch nur noch über das Generalkonsulat. Die Hamburger EG-Politik wurde in den 1970er Jahren insgesamt konstanter, zielorientierter und strukturierter – ein Trend, der in dieser Zeit typisch für alle Bundesländer war.[49]

Am 14. März 1984 überraschte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) seine Kollegen, als er im Rahmen eines Interviews mit der Tageszeitung *Die Welt* ankündigte, dass die norddeutschen Länder gemeinsam mit Berlin in Brüssel ein Büro eröffnen würden. Der gemeinsame Ländervertreter sei zu wenig effizient. „Und ich erwarte", so erklärte Barschel, „daß mindestens die größeren Länder daraus die Konsequenz ziehen werden, indem sie sagen, wir machen in Brüssel unser eigenes Büro auf". Die Belange Norddeutschlands müssten „effektiver vertreten werden", zumal sich die Europäische Gemeinschaft „immer mehr in die regionale Politik" einmische. Wir müssen, so Barschel,

> „darauf achten, nicht jeweils vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wenn im Bundesrat wieder einmal die Zustimmung zu einer EG-Richtlinie ansteht. [...] Warum sollen die norddeutschen Länder nicht versuchen, durch Überzeugungskraft unter Zuhilfenahme eines solchen Büros Einfluss zu nehmen auf die Meinungsbildung in Brüssel? Wenn wir dort nämlich Erfolg haben, haben wir unser Ziel schneller erreicht, als wenn wir den Versuch unternehmen wollten, erst über den Bundesrat bei der Meinungsäußerung zu bereits fertigen Beschlussvorschlägen noch etwas zu ändern. Das ist in der Regel kaum möglich."[50]

Damit formulierte Barschel einen Ansatz, der in Norddeutschland bereits zuvor eine Rolle gespielt hatte. Die Hamburger Bürgerschaft hatte im Februar 1984 darüber diskutiert, ob der Senat nicht eine engere Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer der Hansestadt anstreben könne, die bereits ein Büro in Brüssel unterhalte.[51] Mit dem Vorstoß Barschels, der auch in anderen Bundesländern diskutiert wurde, erhielt die Debatte eine neue Wende. Gewiss hatten die Länder schon zuvor versucht, über direkte Kontakte zu den Brüsseler Institutionen Informationen zu gewinnen und politische Prozesse zu beeinflussen. Nun

[49] Ähnlich war die Entwicklung in Bayern; BayHStA, Staatskanzlei, 16587, Besuch des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean Rey, 1970.

[50] Die Welt vom 14. 3. 1984: „Uwe Barschels Initiative für Berlin".

[51] NW 736, Nr. 417, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/1957, Antwort des Senats, 7. 2. 1984.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aber sollten diese inoffiziellen und punktuellen Kontakte institutionalisiert werden.

Doch die Ankündigung Barschels stieß auf heftige Kritik. Zum einen machten die Diplomaten des Auswärtigen Amts verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Eigene Vertretungen der Länder in Brüssel stellten die alleinige Zuständigkeit des Bunds für die Außenpolitik in Frage, die Länder könnten so eine Art Nebenaußenpolitik betreiben, die der Bundesrepublik Deutschland insgesamt schade.[52] Noch heftiger war die Kritik des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, der von den Regierungen Baden-Württembergs und Bayerns unterstützt wurde. Auch er sei der Auffassung, dass es für die Länder „von größter Wichtigkeit ist, an den sie berührenden Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaften rechtzeitig beteiligt zu werden". Die „fachliche und politische Arbeit der Landesregierungen" erfordere eine schnelle und umfassende Information, um eine rechtzeitige Einflussnahme zu gewährleisten. Dies sei aber aus seiner Sicht nur möglich, wenn die Länder

> „ein einheitliches Verfahren einhalten. Gerade die Verhandlungen mit dem Bund über das Länderbeteiligungsverfahren bei Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaften auf Gebieten, die zur Gesetzgebungskompetenz der Länder gehören oder deren wesentliche Interessen berühren, haben gezeigt, dass die Länder nur dann ein Mitspracherecht erreichen können, wenn sie ihre Belange gemeinsam geltend machen. Ich befürchte daher, dass die Schaffung von ‚Sondervertretungen' in Brüssel letztlich die Position aller Länder schwächen könnte."

Rau plädierte daher dafür, den Länderbeobachter bei den Europäischen Gemeinschaften dadurch zu stärken, dass er nicht mehr in Bonn, sondern in Brüssel seinen Dienstsitz nehme.[53] Erneut war damit ein Grundkonflikt zwischen den Ländern aufgebrochen, der ebenfalls seit den 1950er Jahren existierte. Barschel plädierte dafür, die bereits seit langem bestehenden inoffiziellen Kontakte der Länder nach Brüssel unter Umgehung des Bundesrats und der Bundesregierung auszubauen und zu institutionalisieren, um so der steigenden Regulierungsdichte auf der supranationalen Ebene zu begegnen. Ein solches Vorgehen sei effizienter, weil es besser an die spezifischen Probleme der einzelnen Länder angepasst sei. Demgegenüber wollte Rau die Position aller Länder gegenüber dem Bund in europapolitischen Fragen stärken. Voraussetzung hierfür war aber, dass die Länder gegenüber der Bundesregierung mit einer Stimme sprachen. Diesen Weg hatten bislang die großen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-

[52] NW 736, Nr. 417, Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramts mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder, 17.-18. 5. 1984, betr. Verbesserung der Information und Beteiligung der Länder in EG-Angelegenheiten, 10. 5. 1984.

[53] NW 736, Nr. 417, Ministerpräsident des Lands Nordrhein-Westfalen, Rau, an den Ministerpräsidenten des Lands Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, 9. 4. 1984. Zur Europapolitik Raus vgl. Wilfried Loth, Im europäischen „Kernland" NRW. Johannes Rau und die Europapolitik, in: Jürgen Mittag/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau, Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 225–237.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Württemberg, unterstützt, wohl nicht zuletzt aus der Idee heraus, dass sie bei der internen Koordination der Länder eine stärkere Rolle einnehmen würden als die kleineren Brüder und Schwestern. Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen hingegen waren bis in die frühen 1980er Jahre hinein nicht mit Initiativen in dieser Frage aufgefallen, wohl auch, weil ihr Handlungsspielraum angesichts der Dominanz der großen Länder in diesen Fragen gering war.

Doch auch wenn der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau nach Kräften gegen den Vorstoß Barschels kämpfte, stand er bald auf verlorenem Posten. Entscheidende Bedeutung kam hierbei Bayern zu, das bislang in dieser Frage immer die Position Nordrhein-Westfalens gestützt hatte. In einem Rundbrief an die Ministerpräsidenten der Länder vom 13. August 1984 kündigte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) einen Kurswechsel seines Lands in der Europapolitik an. Die von Bundeskanzler Kohl in Aussicht gestellte Integration des Ländervertreters in die Ständige Vertretung des Bunds in Brüssel könne nur dann akzeptiert werden, wenn die Länder die Möglichkeit erhielten, „ihre Belange in EG-Angelegenheiten selbständig und flexibel zu wahren". Es müsse ohne Mitwirkung des Bunds möglich sein, die Dienststelle nach Bedarf zu erweitern. „Es muss weiter möglich sein, dass alle oder einzelne Länder in Angelegenheiten, die für sie von besonderem Interesse sind, zusätzlich Vertreter entsenden".[54]

Dem bayerischen Ministerpräsidenten muss klar gewesen sein, dass diese Forderungen angesichts der skeptischen Haltung des Auswärtigen Amts nicht durchsetzbar waren. Kurz darauf wurde der gemeinsame Ländervertreter Stöger vom bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann darüber informiert, dass der bislang von der bayerischen Landesregierung an den Länderbeobachter delegierte Beamte „künftig im Einzelfall besondere Aufgaben für die Bayerische Staatsregierung wahrnehmen muß und dem Beobachter der Länder deshalb nicht mehr jederzeit mit seiner vollen Arbeitskraft zur Verfügung stehen" könne.[55] Auch Bayern begann also im Sommer 1984 damit, eine eigene Landesvertretung zu organisieren. Ähnliche Anstrengungen unternahmen auch Berlin, das Saarland und Hamburg; die Norddeutschen waren gemeinsam mit dem Saarland die ersten, die im Herbst 1984 eine eigene Landesvertretung in Brüssel eröffneten. Mit dem offenen Kurswechsel Bayerns war daher die Entscheidung der Bundesländer für eigene Vertretungen in Brüssel gefallen. Die direkten Beziehungen der Bundesländer zur EG wurden institutionalisiert. Damit verloren die Bemühungen von Bedeutung, die Europapolitik gemeinsam mit der Bundesregierung im Rahmen des Bundesrats zu gestalten, ohne dass sie aber aufgegeben worden wären.

[54] NW 736, Nr. 718, Bayerischer Ministerpräsident an die Ministerpräsidenten der Länder, 13. 8. 1984.

[55] NW 736, Nr. 719, Bayerischer Minister für Wirtschaft und Verkehr an den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften, 17. 10. 1984.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

V. Ergebnis, Perspektiven und Desiderate

Die Institutionalisierung der unmittelbaren Beziehungen zwischen den Bundesländern und der EG durch die Errichtung ständiger Repräsentanzen in Brüssel markiert einen wichtigen Einschnitt in der Genese des europäischen Mehrebenensystems. Doch war die Grundsatzdebatte damit keineswegs beendet. Der hier geschilderte Prozess war vielmehr die erste Phase einer Diskussion um die Beziehung zwischen den verschiedenen Ebenen der Politik, die sich aus der Entstehung und dem Ausbau des Mehrebenensystems zwischen 1950 und den 1980er Jahren ergab. Charakteristisch für dieses System ist bis heute seine Dynamik und die rasche Anpassung an neue Gegebenheiten. Eine verfassungsrechtliche Regelung fand das Problem erst, nachdem es den Bundesländern 1992 gelungen war, im Kontext der Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht im Artikel 23 des Grundgesetzes den Bund auch rechtlich zur Kooperation mit den Ländern in der Europapolitik zu verpflichten.

Wie entstand das europäische Mehrebenensystem? Charakteristisch war aus deutscher Sicht, dass es – im Gegensatz zur Entstehung des Systems auf der supranationalen Ebene – keine staatsrechtlichen oder politischen Entwürfe gab, in denen den Besonderheiten des föderalen Systems der Bundesrepublik in der europäischen Integration Rechnung getragen wurde. Die Beziehungen zwischen Ländern, Bund und den supranationalen Institutionen entwickelten sich vielmehr in einem Trial-and-Error-Verfahren, das in hohem Maße durch inoffizielle Strukturen geprägt war. Die wichtigsten Institutionen in diesem System, der Länderbeobachter bei der Europäischen Gemeinschaft und später die Ländervertretungen in Brüssel, hatten keinerlei rechtliche Grundlage, sondern waren das Ergebnis einer politischen Übereinkunft. Gleiches galt bis 1992 auch für die Beziehung zwischen Bund und Ländern in europapolitischen Fragen. Das Ergebnis war ein hochkomplexes, auch im Nachhinein schwer zu rekonstruierendes System, in dem sich offizielle und inoffizielle Strukturen vermischten und das sich zudem in sehr raschem Wandel befand. Die von Fritz Scharpf konstatierte Politikverflechtung lässt sich zwar historisch-empirisch nachweisen,[56] führte aber nicht zu der befürchteten Blockade der Politik. Vielmehr schufen die Akteure immer dann, wenn sich eine Blockade abzeichnete, neue Strukturen und führten die Kommunikation fort. Diese hohe Flexibilität war möglich durch den hochgradig inoffiziellen Charakter des Systems.

Aus demokratietheoretischer und staatsrechtlicher Sicht war dieses System allerdings gerade wegen seines inoffiziellen Charakters sehr problematisch. Zwar gelang es den Landesregierungen und ihren Verwaltungen recht schnell, sich an die neuen Strukturen anzupassen, doch entzogen sich diese weitgehend der parlamentarischen Kontrolle. Die Länderparlamente hatten deswegen nahezu keinen Einfluss auf die Entstehung des europäischen Mehrebenensystems, obwohl zentrale Interessen der Länder betroffen waren. Die eigentlichen Verlierer der

[56] Vgl. Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), S. 323–356.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Europäisierung des deutschen Föderalismus waren daher, zumindest bis in die 1980er Jahre hinein, nicht die Landesregierungen und ihre Verwaltungen, sondern die Landtage.

Charakteristisch war zudem eine doppelte Verflechtung im politischen Sektor. Zum einen entstand im Laufe der Zeit eine sich intensivierende vertikale Verflechtung zwischen den politischen Ebenen: In der ersten Phase dominierte eine hierarchische Struktur der Beziehungen, in der die Bundesländer zunächst versuchten, über den Bund Einfluss auf die europäische Ebene zu erhalten. Dies erschien den Landesregierungen angesichts der ausschließlichen Kompetenz des Bunds für die Außenpolitik zunächst als selbstverständlich. Allein in Nordrhein-Westfalen erkannte man wegen der besonderen wirtschaftlichen Struktur des Lands die herausgehobene Bedeutung der supranationalen Integration über die Außenpolitik hinaus. Die Düsseldorfer Landesregierung bemühte sich daher als erste bereits in den frühen 1950er Jahren um direkte Kontakte zur supranationalen Ebene.

Je stärker aber die supranationale Ebene ihre rechtlich-ökonomische Regelungskompetenzen machte, desto intensiver wurden im Rahmen der vertikalen Verflechtung auch die Beziehungen zwischen den Ländern und den supranationalen Institutionen. Spätestens mit der Errichtung der Ländervertretungen in Brüssel war ein vertikales Beziehungsgeflecht entstanden, in dem die Bundesländer sowohl direkte Beziehungen zur EG pflegten als auch indirekte über die Bundesebene. Überdies veränderte sich die horizontale Verflechtung zwischen den Bundesländern durch die europäische Integration. Schon im Kontext der Verhandlungen über die Römischen Verträge ab 1956 wurde den Verantwortlichen in den Landesregierungen klar, dass die Länder nur dann eine Möglichkeit zur Mitgestaltung der deutschen Europapolitik haben würden, wenn sie mit einer Stimme sprachen. Dies setzte eine intensive Kommunikation und Abstimmung unter den Landesregierungen voraus. Das entscheidende Gremium in diesem Kontext war der Länderbeobachter bei der Europäischen Gemeinschaft, der die Informationen aus Brüssel bündelte. Weiterhin kamen der Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder und den mit ihr verbundenen Ausschüssen Bedeutung zu. Gleichzeitig zeigte sich aber auch schon die Konkurrenz der Länder um Informationen, Einfluss und nicht zuletzt materielle Ressourcen aus Europa.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich das föderale System der Bundesrepublik Deutschland unter dem Einfluss der supranationalen europäischen Integration veränderte. Dieser Prozess vollzog sich im Rahmen einer grundsätzlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderung der Bundesrepublik Deutschland, die man als „Europäisierung“ bezeichnen kann. Zugleich ergeben sich aber weitere Fragen: War dieser Prozess der „Europäisierung“, erstens, in allen politischen und wirtschaftlichen Sektoren gleich oder lassen sich Unterschiede ausmachen? Um dies festzustellen, wären weitere quellenbasierte Untersuchungen zu einzelnen Politikfeldern notwendig. Zweitens stellt sich die Frage nach dem Prozess der „Europäisierung“ in anderen politischen Systemen. Wie reagierten andere Föderalstaaten wie Belgien darauf, wie sah der Prozess in zentralistischen Staaten wie Frankreich aus? Auch hierüber wissen wir bislang wenig; es bleibt also viel zu tun.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Geschäft mit der Vergangenheit ist in Deutschland schwieriger als in den meisten anderen Staaten Europas. Die Erinnerung an die Schrecken der NS-Zeit und an die Ermordung der europäischen Juden ist nach langen vergangenheitspolitischen Kämpfen in den 1990er Jahren konstitutiv für das Selbstverständnis der Bundesrepublik geworden. Zugleich hat sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten eine neue Meistererzählung der deutschen Nachkriegsdemokratie etabliert, die auch in die Ausstellungen der großen Geschichtsmuseen des Bunds Eingang gefunden hat. Thomas Hertfelder lotet die Untiefen dieser zweigeteilten Erinnerung aus, spürt den Ursachen für das neue Unbehagen an der institutionalisierten Beschäftigung mit der Vergangenheit nach und plädiert dafür, das weite Feld von Erinnerung und Gedenken an Diktatur und Demokratie neu zu vermessen.

Thomas Hertfelder

Opfer, Täter, Demokraten

Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland

I. Die These

In jüngster Zeit ist eine lebhafte Debatte über das „Unbehagen an der Erinnerungskultur" in Deutschland entbrannt.[1] Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf diese Debatte und plädiert für eine Erweiterung der Perspektive: Das „negative Gedächtnis"[2] ist, so die These, längst mit einer mächtigen Meistererzählung der Demokratie in Deutschland verwoben, die in den Debatten über die Erinnerungskultur weitgehend ausgeblendet bleibt. Diese These möchte ich in vier Schritten entfalten: In einem ersten Teil sollen drei unterschiedliche Modelle der Demokratiebegründung in den großen historischen Ausstellungshäusern des Bunds exemplarisch analysiert und miteinander kontrastiert werden. Dann werde ich in

[1] Martin Sabrow, „Das Unbehagen an der Aufarbeitung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 1. 2009, S. 25. Vgl. des Weiteren Volkhard Knigge, Die Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25–26/2010, S. 10–16; Jan Philipp Reemtsma, Wozu Gedenkstätten?, in: Ebenda, S. 3–9; Ulrike Jureit/Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010; Margit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hrsg.), Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt a. M. 2012; Dana Giesecke/Harald Welzer, Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 23; Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013, und Günter Morsch, Das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur" und die Politik mit der Erinnerung. Zwei Seiten der gleichen Medaille, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63 (2015), S. 829–848. Für die kritische Lektüre und Hinweise danke ich Kristian Buchna.

[2] Vgl. Reinhart Koselleck, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32.

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0023

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einem zweiten Kapitel die zentralen Argumente des Diskurses über das „Unbehagen an der Erinnerungskultur" rekapitulieren, um im dritten Abschnitt drei mögliche Auswege aus der „erinnerungspolitische[n] Sackgasse"[3] zu erörtern. Im vierten Teil des Aufsatzes geht es um die Kennzeichen einer neuen Meistererzählung der Demokratie nach 1945, deren Bedeutung für die Erinnerungskultur in Deutschland noch nicht ausreichend beleuchtet wurde. Um die Diskussion zu stimulieren, möchte ich abschließend einige Merkmale des „negativen Gedächtnisses" und der Demokratieerinnerung miteinander kontrastieren und daraus Schlussfolgerungen für die weitere Erforschung von Prozessen öffentlicher Erinnerung in Deutschland ziehen.

II. Demokratiebegründung im Museum: drei Szenen

Erste Szene – Der nachgereichte Gründungsmythos: Besucherinnen und Besucher des Bonner Hauses der Geschichte der Bundesrepublik dürfen auf ihrem Rundgang durch die am 23. Mai 2011 neu eröffnete Dauerausstellung eine ungewöhnliche Erfahrung machen.[4] In der Ausstellungseinheit „Entstehung des Weststaates" werden die Gäste auf einen roten Teppich geleitet, auf dem nacheinander in einer Standvitrine die Frankfurter Dokumente, auf einem schlichten Holztisch Papiere zum Verfassungskonvent von Herrenchiemsee und anschließend auf einem weiteren Holzmöbel Quellen zum Parlamentarischen Rat präsentiert werden. Wenige Meter danach begegnet der Besucher vor einem großformatigen, halbtransparenten Foto von einer Sitzung des Parlamentarischen Rats den Reliquien der Staatsgründung: ein allegorisches Tintenfass, eine Auslage von Füllfederhaltern sowie das von Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 mutmaßlich verwendete Schreibgerät. Erst dann entbirgt eine Vitrine das Allerheiligste: ein Faksimile der Originalausgabe des Grundgesetzes, gebettet auf eine schwarz-rot-goldene Trikolore.[5] Hinter dem gesamten Arrangement erinnern eine zerzauste Fahne vom Hambacher Fest, die „Deutschlands Wiedergeburt" verkündet, ein hölzernes Modell der Frankfurter Paulskirche sowie eine Kopie des Monumentalgemäldes von Philipp Veit, das 1848 den Plenar-

[3] Ulrike Jureit, Opferidentifikation und Erlösungshoffnung. Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 17–103, hier S. 96.

[4] Vgl. Unsere Geschichte. Deutschland seit 1945, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik, Bielefeld/Berlin 2012, S. 57–60; Frank Bösch, Konsum, Protest und innerdeutsche Konkurrenz. Repräsentationen der bundesdeutschen Demokratie im Haus der Geschichte und im Deutschen Historischen Museum, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Gedenkstätten der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2016, S. 57–80, und Thomas Hertfelder, Eine Meistererzählung der Demokratie? Die großen Ausstellungshäuser des Bundes, in: Ebenda, S. 139–178.

[5] Ob es sich um eines jener 65 „authentischen" Faksimiles handelt, die jeder Abgeordnete des Parlamentarischen Rats nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erhielt, verrät die Ausstellung nicht. Der Urtext des Grundgesetzes wird in einem Tresor im Deutschen Bundestag verwahrt; vgl. Dieter Grimm, Grundgesetz, in: Der Wert des Originals, hrsg. vom Deutschen Literaturarchiv Marbach, Marbach 2014, S. 133–136.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

saal der Paulskirche schmückte und eine Germania mit gesprengten Fesseln zeigt, an Traditionen, auf die sich das Grundgesetz bezieht.[6]

Die Einheit zum Grundgesetz im Bonner Haus der Geschichte integriert auf vergleichsweise engem Raum die Gründung der Bundesrepublik in ein verfassungsgeschichtliches Narrativ, das in die Zeit des Vormärz zurückreicht und erkennbar mit Elementen zivilreligiöser Überhöhung arbeitet – ein für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik nachgerade singulärer Befund.[7] Aus der Distanz von 60 Jahren wird der Prozess der Verfassunggebung mit den inszenatorischen Mitteln des Museums demonstrativ jener relativen Gleichgültigkeit enthoben, mit der die Deutschen diesem Vorgang 1948/49 begegneten.[8] Da die Ausstellung seit ihrer zweiten Überarbeitung zwischen 2007 und 2011 die Komplexität des Wegs zur Verfassung – verglichen mit der vorherigen Gestaltung[9] – drastisch reduziert, enthistorisiert und stattdessen mit Mitteln der Auratisierung und Sakralisierung überformt, gewinnt die Verfassunggebung in der Sprache des Museums die Züge eines Gründungsmythos. War die Bundesrepublik über Jahrzehnte hin weit davon entfernt, die Entstehung des Grundgesetzes in einem politischen Gründungsnarrativ zu überhöhen,[10] so bekommen Besucherinnen und Besucher des Bonner Hauses unter dem Motto „Geschichte erleben" dieses Narrativ nun eindringlich vor Augen geführt. An dieser einfachen Erzählung, so ist das Arrangement zu verstehen, kommt buchstäblich keiner vorbei, der sich mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Geschichte beschäftigen will. Wie keine andere Ausstellung arbeitet die Schau zudem den institutionellen Kern des demokratischen Gemeinwesens heraus: Der in Teilen nachgebaute Plenarsaal des alten Bundestags, dessen charakteristische Sitzordnung man als Ausdruck der Bonner Verhandlungsdemokratie lesen kann,[11] trägt dem ebenso Rechnung wie die zahlreichen stilisierten Wahlkabinen dafür stehen, die den Ausstellungsrundgang anhand der Wahlen zum Deutschen Bundestag gliedern und gleichsam das Metrum der parlamentarischen Demokratie symbolisieren.

[6] Philipp Veit (1793–1877), Germania, 1848, Öl auf Leinwand, 482 x 320 cm. Das Original befindet sich im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg, Objektnr.: Gm608; URL: www.objektkatalog.gnm.de/objekt/Gm608 [29. 3. 2017].

[7] Die zivilreligiöse Überformung der Verfassungsgeschichte ist ein prägnantes Merkmal der US-amerikanischen Geschichtskultur; vgl. Jan-Werner Müller, Verfassungspatriotismus, Berlin 2010.

[8] Einer Umfrage des Allensbacher-Instituts vom März 1949 zufolge bezeichneten 40 Prozent der Befragten ihre Haltung gegenüber der zukünftigen Verfassung für Westdeutschland als „gleichgültig"; zit. nach Erhard H. M. Lange, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Heidelberg 1993, S. 59.

[9] Bereits vor 2011 hatte die Dauerausstellung in der Einheit zur Verfassunggebung mit den Mitteln der Auratisierung gearbeitet, die Entstehung des Grundgesetzes insgesamt jedoch in ein komplexeres Geflecht von Einflussfaktoren eingebettet und auf die sakralisierende Geste weitgehend verzichtet; vgl. Erlebnis Geschichte. Das Buch zur Ausstellung, hrsg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bergisch Gladbach o. J., S. 66 f.

[10] Vgl. Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin ²2009, S. 455–476.

[11] Vgl. Philip Manow, Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt a. M. 2008, S. 57–119.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zweite Szene – Demokratie im Schatten des „Wirtschaftswunders": Anders als die Bonner Schau verzichtet die Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin weitgehend auf inszenatorische Elemente und suggestive Erlebnisräume – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. Einer solchen Ausnahme begegnet der Besucher, wenn er gegen Ende der Abteilung „Totaler Krieg und Völkermord" einer der zahlreichen, subtil arrangierten Blickachsen folgt und jenseits des Durchgangs zur Einheit „Deutschland unter alliierter Besatzung" einen schwarz-rot-golden angestrichenen Grenzpfosten sowie einen auf einer Rampe steil aufwärts gerichteten, pastellgrünen VW-Käfer erspäht. Bei näherem Hinsehen erweist sich die Rampe als riesige Vitrine, hinter deren gläsernen Seitenwänden ein Kühlschrank, eine Küchenmaschine, ein Stabsauger, ein Schallplattenspieler und einige andere Konsumgüter zum Vorschein kommen, die in ihrem charakteristischen Design mittlerweile allesamt zu Sinnbildern des „Wirtschaftswunders" avanciert sind.

Die deutsche Teilung und der Durchbruch zur Konsumgesellschaft sind die beiden zentralen Resultate der Nachkriegsjahre – so ließe sich die Blickachse folglich deuten, die das DHM zwischen die beiden Ausstellungsräume zur NS-Zeit und zum geteilten Deutschland legt. Dabei figuriert der aufwärts gerichtete VW-Käfer, ein Exportmodell aus dem Jahr 1951, als raumgreifendes Leitobjekt. Neben dem linken Kotflügel der Wirtschaftswunderikone finden sich in einer Wandvitrine eine von Adenauer signierte, schlichte Ausgabe des Grundgesetzes sowie ein Foto vom Unterzeichnungsakt, dazu eine Sonderseite der *Neuen Zeitung* mit Fotoporträts aller Mitglieder des Parlamentarischen Rats. Unweit davon stehen die Bundesfahne, zwei Büsten von Konrad Adenauer und Theodor Heuss, die von Hans Schwippert entworfenen Sitz- und Pultmöbel aus dem alten Plenarsaal des Bundestags sowie eine vollständige Robe eines Richters am Bundesverfassungsgericht für die Gewalten im demokratischen Staat. Sie bleiben als „Fundamente der Demokratie" – so die Beschriftung – gleichwohl gänzlich im Schatten der Ikonen des „Wirtschaftswunders". Das DHM nimmt also – in Konsequenz seiner historistischen Prämissen – den einzigen Gründungsmythos, den die Bonner Republik entwickelt hat,[12] beim Wort, indem es den aufwärts fahrenden VW-Käfer ins Zentrum rückt und die Institutionen und Verfahren der Demokratie an die Peripherie verbannt. Das gesamte Arrangement liest sich wie eine späte museale Illustration zu Michel Foucaults These von 1979, die Bundesrepublik sei vor allem eines: „ein Staat, dessen Wurzel vollkommen ökonomisch ist".[13]

Dritte Szene – Eine revolutionäre Romanze: Die im Oktober 2007 in überarbeiteter Form neu eröffnete Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig erzählt unter dem Titel „Teilung und Einheit. Diktatur und Widerstand" von den Aktivitäten derer, die Sand ins Getriebe des real existierenden Sozialismus ge-

[12] Vgl. Münkler, Mythen, S. 455–476.

[13] Michel Foucault, Geschichte der Gouvernementalität. Die Geburt der Biopolitik, Bd. 2, Frankfurt a. M. 2004, S. 126. In abgewandelter Form und anders begründet hat diese These auch Harold James, A German Identity. 1770–1990, London 1989, S. 218, vertreten.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

streut, ihn aktiv bekämpft und am Ende zum Einsturz gebracht haben.[14] Anhand von rund 1.200 Exponaten lässt die Ausstellung auf ihrem mehr als einen Kilometer umfassenden Rundgang das Wechselspiel von repressivem SED-Staat und der in Wellen aufbegehrenden DDR-Bevölkerung Revue passieren. Die Schau erzählt die Geschichte der DDR in stark perspektivierter Form, indem sie die Zivilcourage der wenigen Aufbegehrenden sowie die Sub- und Gegenkultur der DDR in den Vordergrund rückt und vorführt, wie am Ende die Zivilgesellschaft das Heft in die Hand nahm, um den SED-Staat in der „friedlichen Revolution" von 1989/90 hinwegzufegen. Leicht verliert sich der Besucher dabei im Dunkel der verzweigten Wege zwischen Stellwänden, Nischen und Inszenierungen.

Wer sich im düster gehaltenen Labyrinth des repressiven Staats nicht mehr zurechtfindet, wird erleichtert feststellen, dass der gesamte Ausstellungsparcours einen Kreis beschreibt, in dessen Innerem sich die Dinge klären. Die Kuratoren des Zeitgeschichtlichen Forums haben die Dauerausstellung nämlich um eine Rotrunde herum gebaut, die von nahezu jedem Ort der Ausstellung aus über Durchgänge erreichbar ist. Dort angelangt, findet der Besucher zunächst Erläuterungen in Gestalt einer umfangreichen Zeitleiste, die entlang der Rotunde die Ereignisgeschichte der DDR chronologisch skizziert.

Historische Orientierung wird der Besucher aber vor allem dann gewinnen, wenn er das riesige Panoramafoto studiert, aus dem die Rotunde besteht und das eine Montagsdemonstration auf dem Leipziger Augustusplatz vom Herbst 1989 zeigt:[15] Während der verzweigten Repressionsgeschichte des SED-Regimes war das Volk stets präsent und hat sich zunächst oft im Verborgenen, dann in Gestalt gelegentlicher öffentlicher Provokationen und schließlich in Form einer gewaltigen Eruption zu Wort gemeldet. Als die verborgene, aber eigentlich treibende Kraft der Geschichte erweist sich in dieser Lesart „das Volk", das erst in der „friedlichen Revolution" von 1989/90 zu seiner wahren Bestimmung – der Begründung einer freiheitlichen demokratischen Ordnung – findet.

Damit folgt die Ausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums jenem Narrativ der Romanze, das der amerikanische Literaturwissenschaftler Hayden White am Werk des französischen Revolutionshistorikers Jules Michelet exemplarisch he-

[14] Vgl. Demokratie jetzt oder nie! Diktatur, Widerstand, Alltag. Begleitbuch zur Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, 2., umfassend überarbeitete und aktualisierte Aufl., Leipzig 2008; Martin Sabrow u. a. (Hrsg.), Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007; Irmgard Zündorf, DDR-Museen als Teil der Gedenkkultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch für Kulturpolitik 9 (2009), S. 139–145; Carola S. Rudnick, Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011, und Katrin Hammerstein/Jan Scheunemann (Hrsg.), Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, Berlin 2012.

[15] Vgl. Demokratie jetzt oder nie, S. 14, mit einem Foto, das einen Durchblick aus der Ausstellung in die Rotunde zeigt.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rausgearbeitet hat.[16] White zufolge findet das Volk in Michelets siebenbändiger „Histoire de la Revolution Française" (1847–1853) nach und nach zum Bewusstsein seiner selbst und zu seiner Bestimmung als revolutionäres Subjekt. Auch Michelet unterlegt sein dualistisches Geschichtsbild mit einer Metaphorik von Licht und Dunkelheit. Die Revolution wird bei ihm, so White, im Narrativ der Romanze modelliert – als Drama der Enthüllung und der Befreiung in einem.

Mit ihrem ungewöhnlichen, bedeutungsschweren Raumarrangement sind die Leipziger Ausstellungsmacher, wissentlich oder nicht, einem kanonischen Modell der Revolutionsgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts gefolgt, das eine ebenso wirkmächtige wie teleologische Begründung der demokratischen Ordnung aus dem Geist des revolutionären Demos entwickelt hat. Mit dieser Deutung wird ein kräftiger Kontrapunkt gesetzt zu jenem prozeduralen, „realistischen" Modell von Demokratie, das der Parlamentarische Rat 1949 mit dem Grundgesetz auf den Weg gebracht hat.[17] Führt man sich vor Augen, wie heftig noch vor 30 Jahren über die Gründung und Konzeption des DHM und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland öffentlich gestritten wurde,[18] mag man sich über die relative Geräuschlosigkeit wundern, mit der beide Häuser samt ihrer Affiliationen heute ihre Arbeit verrichten. Von neokonservativer Identitätsstiftung und Entsorgung der deutschen Vergangenheit ist jedenfalls keine Rede mehr. So fand bei aller Kritik, die sich an der 2006 von Angela Merkel eröffneten, neuen Dauerausstellung des DHM entzündete, gerade die ebenso detaillierte wie schonungslose Thematisierung der nationalsozialistischen Diktatur und der Shoah weitgehende Anerkennung.[19] Auch die Dauerausstellung des Bonner Hauses der Geschichte der Bundesrepublik führt seinen Besuchern die Verbrechen der NS-Zeit und deren Nachwirkungen eindringlich vor Augen, bevor die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik mit den Trümmer- und Gründerjahren beginnen darf. Dass auch diese Erfolgsgeschichte von der braunen Vergangenheit stets überschattet blieb, erleben die Besucher in leitmotivisch wiederkehrenden,

[16] Vgl. Hayden White, Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa, Frankfurt a. M. 1991, S. 21–25 u. S. 180–213. Die Originalausgabe erschien 1973 in Baltimore unter dem Titel „The Historical Imagination in Nineteenth-Century Europe". Vgl. kritisch dazu Daniel Fulda, Wissenschaft aus Kunst. Die Entstehung der modernen deutschen Geschichtsschreibung 1760–1860, Berlin/New York 1996, S. 19–28. In seiner Analyse der 2009 in Berlin eröffneten Ausstellung „Friedliche Revolution" gelangt Sebastian Klinge, 1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld 2015, S. 212–247, zu einem ähnlichen Ergebnis.

[17] Vgl. Jens Hacke, Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009, und Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 284–311.

[18] Vgl. Christoph Stölzl (Hrsg.), Deutsches Historisches Museum. Ideen, Kontroversen, Perspektiven, Berlin 1988; Moritz Mälzer, Ausstellungsstück Nation. Die Debatte um die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Bonn 2005, und Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 466–491.

[19] Vgl. Jan-Holger Kirsch/Irmgard Zündorf (Hrsg.), Geschichtsbilder des Deutschen Historischen Museums. Die Dauerausstellung in der Diskussion, in: Zeitgeschichte-online, Juli 2007; URL: www.zeitgeschichte-online.de/thema/geschichtsbilder-des-deutschen-historischen-museums [26. 4. 2016].

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

anthrazitfarbenen Kuben, in denen die in Wellen aufbrandenden Auseinandersetzungen und Skandale um das Dritte Reich thematisiert werden. Die Geschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie bleibt im Haus der Geschichte wie auch im Zeitgeschichtlichen Forum eng mit den Erfahrungen der beiden deutschen Diktaturen verwoben.

Wenn die in den 1980er Jahren vorgebrachte Kritik an den beiden geschichtspolitischen Vorzeigeprojekten der von Helmut Kohl geführten christlich-liberalen Bundesregierung weitgehend verstummt ist, so liegt dies zum einen daran, dass die Häuser seitdem jedem Verdacht, sie würden einer „Relativierung" der NS-Verbrechen Vorschub leisten, durch entsprechende Akzentsetzungen die Grundlage entziehen. Zum andern aber ist fast 70 Jahre nach der Staatsgründung und über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Historisierung der Bundesrepublik in einem Maß fortgeschritten, das nach historischer Interpretation und musealer Bearbeitung geradezu verlangt und Fragen nach den langfristigen Kontinuitäten der deutschen Geschichte jenseits der klassischen Sonderwegsthese aufwirft. Paul Nolte hat jüngst darauf hingewiesen, dass sich im Zuge jener Historisierung unter den verschiedenen Narrativen der Geschichte der Bundesrepublik dasjenige der Demokratisierung am prägnantesten herausgebildet habe, und zwar nicht nur im Sinne einer Geschichte der Institutionen, der Personen und der Ereignisse, sondern vor allem auch als Erzählung vom Wandel der politischen Kultur, der Mentalitäten und der Verhaltensweisen – die jüngeren historiografischen Synthesen zur Geschichte der Bundesrepublik liefern dazu reiches Anschauungsmaterial.[20]

Wie die eingangs vorgestellten Szenen im Museum demonstrieren, spielen unterschiedliche Demokratienarrative in den großen Ausstellungshäusern des Bunds eine prominente Rolle. Die Häuser stehen einerseits in der Tradition der europäischen Nationalmuseen des 19. Jahrhunderts, andererseits bilden Prozesse der Demokratisierung auf unterschiedlichen Ebenen den Referenzrahmen. Solche Demokratienarrative finden sich auch in den kleineren, vom Bund betriebenen Häusern wie der 1974 gegründeten „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" in Rastatt oder in den biografischen Ausstellungen der Politikergedenkstiftungen des Bunds, die den Staatsmännern Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Willy Brandt und jetzt auch

[20] Vgl. Paul Nolte, Von Glück und Streit, Lernen und Stabilität. Historiografische Meistererzählungen deutscher Demokratie, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern, S. 121–137; des Weiteren Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2000; Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, und Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 549–1252.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Helmut Schmidt gewidmet sind;[21] sie werden ferner aufgegriffen in der Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württembergs sowie einer sehr überschaubaren Zahl von Erinnerungsstätten vorwiegend im deutschen Südwesten.[22] Neben die intensive öffentliche Thematisierung der doppelten Diktaturvergangenheit ist in den vergangenen 25 Jahren also verstärkt die Erinnerung an demokratische Perioden, Prozesse und Akteure der jüngeren deutschen Geschichte getreten, die sich vom Geruch des Revisionismus befreit hat und aus der Erinnerungskultur der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken ist. In Besucherzahlen gemessen ist das öffentliche Interesse an diesem Segment der Erinnerungskultur beträchtlich: So verzeichneten das Bonner Haus der Geschichte, das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig sowie die vier genannten Politikergedenkstiftungen 2015 in ihren Dauerausstellungen insgesamt knapp 800.000 Besuche.[23]

Kurioserweise bleibt in den Debatten um die bundesdeutsche Erinnerungskultur, die sich weitgehend auf die Probleme der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des SED-Regimes konzentrieren, das Erinnern an Demokratie nahezu vollständig ausgeblendet. Diese Leerstelle muss insofern verwundern, als die Demokratie nicht nur die praktische Ermöglichungsbedingung des Erinnerns an die Diktatur, sondern zugleich dessen normativen Referenzrahmen bildet: Nicht nur in Deutschland wird die intensive und kontroverse Vergegenwärtigung der Diktaturvergangenheiten vielfach als Ergebnis und Voraussetzung einer geglückten Demokratisierung beschrieben.[24] Diese Leerstelle verweist darauf, wie selbstreferenziell hierzulande der Diskurs über die deutschen Diktaturvergangenheiten geraten und wie schwach demgegenüber das Erinnern an demokratische Perioden und Bewegungen noch immer entwickelt ist. Eine Auseinandersetzung über Inhalte, Kriterien und Methoden des Erinnerns an Demokratie hat auch 45 Jahre nach Gustav Heinemanns bekanntem Appell bei der Bremer Schaffermahlzeit nicht einmal im Ansatz stattgefunden.[25] Statt ihre historischen Voraussetzungen zu reflektieren, hat sich die neuere Debatte um die Erinnerungskultur in Deutschland in einer Diagnose des Unbehagens festgefahren, deren Kontext und Argumente im Folgenden zu rekonstruieren sind.

[21] Vgl. www.politikergedenkstiftungen.de [7.12.2016]. Die fünfte, Otto von Bismarck gewidmete, Bundesstiftung muss hier außer Betracht bleiben. Als sechste Institution dieses Typs gründete der Bund Anfang 2017 in Hamburg eine Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung.

[22] Vgl. Harald Schmid, Ein „kaltes" Gedächtnis? Erinnern an Demokraten in Deutschland, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern, S. 247–264.

[23] 2015 verbuchten die Dauerausstellungen im Bonner Haus der Geschichte 425.000, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig 99.200, im Rhöndorfer Adenauer-Haus 29.900, in der Ebert-Gedenkstätte Heidelberg 67.800, im Forum Willy Brandt in Berlin 113.600, im Willy-Brandt-Haus in Lübeck 50.100 und im Theodor-Heuss-Haus 10.900 Besuche. Diese Zahlen wurden mir auf Anfrage freundlich schriftlich genannt (22. u. 26.4.2016).

[24] Vgl. Timothy Garton Ash, Mesomnesie. Plädoyer für ein mittleres Erinnern, in: Transit 22 (2002), S. 32–48.

[25] Vgl. Die Geschichtsschreibung im freiheitlich demokratischen Deutschland. Rede des Bundespräsidenten Gustav Heinemann bei der Schaffermahlzeit im Bremer Rathaus, 13.2.1970, in: Stölzl (Hrsg.), Deutsches Historisches Museum, S. 28–30.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Das „Unbehagen an der gegenwärtigen Erinnerungskultur"

In den frühen 1980er Jahren hatten die geschichtspolitischen Initiativen Kohls mit ihrem Ansinnen, den Deutschen ein im Kern affirmatives Bild von der Geschichte der Nation nahezubringen,[26] für öffentlichen Zündstoff gesorgt. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Kultur der Erinnerung in der Bundesrepublik seit der erinnerungsgeschichtlichen Zäsur der Fernsehserie von 1979 „Holocaust"[27] ihre wesentlichen Impulse durch öffentliche Kontroversen über den Umgang mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur erhielt. Die überfällige, von Großdebatten befeuerte öffentliche Auseinandersetzung um die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Anteil, den „normale Deutsche" daran hatten,[28] die Medialisierung und Ästhetisierung der Shoah im Film, in der Literatur und in nationalen Denkmalsprojekten,[29] die Objektivierung und Ritualisierung des Gedenkens an die Opfer zweier Diktaturen seit 1990 sowie eine gewaltige Renaissance des Gedenkstättenwesens[30] markierten das Feld, in dem sich die Erinnerungskultur der letzten 25 Jahre formte. Anders als von manchen befürchtet, wurde die öffentliche Aufarbeitung der Verbrechen der NS-Diktatur weder durch den neuen nationalen Normalisierungsdiskurs der 1980er und 1990er Jahre[31] noch durch die politisch forcierte Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit überschrieben, im Gegenteil: Die weltpolitische Zäsur der Jahre 1989/90 und die dadurch ausgelöste vergleichende Analyse von Diktaturen des 20. Jahrhunderts rückte die Täter, die Opfer und überhaupt die Spezifika der NS-Diktatur erst recht ins Zentrum der Aufmerksamkeit.[32]

[26] Vgl. Christian Wicke, Helmut Kohl's Quest for Normality. His Representation of the German Nation and Himself, New York/Oxford 2015.

[27] Vgl. Frank Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von „Holocaust" zu „Der Untergang", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 1–32.

[28] Beispielsweise der „Historikerstreit" (1987), die Diskussion um Daniel Jonah Goldhagens Thesen zu „Hitlers willigen Vollstreckern" (1996), die Debatte um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944" (1995–1999), die öffentliche Erregung um die missglückte Rede des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht am 8.5.1988 und um Martin Walsers Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1998/99). Die Literatur zu diesen Debatten ist kaum überschaubar.

[29] Vgl. Peter Reichel, Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, München/Wien 2004; Hans-Joachim Hahn, Repräsentationen des Holocaust. Zur westdeutschen Erinnerungskultur seit 1979, Heidelberg 2005, und Bösch, Film. Zur Trivialisierung der Shoah vgl. Alvin H. Rosenfeld, Das Ende des Holocaust, Göttingen 2015.

[30] Vgl. Detlef Garbe, Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), „Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?" Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Essen 2005, S. 59–84.

[31] Vgl. Heinrich August Winkler, Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007.

[32] Vgl. zum deutschen Fall Wolfgang Bergem, So viel Vergangenheit war nie. Nationalsozialismus und Holocaust im Identitätsdiskurs der Berliner Republik, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 650–658.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Versuche, eine Konkurrenz der Erinnerung an die beiden so unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland zu konstruieren, scheiterten an einer selbstbewusst agierenden Zivilgesellschaft, die sich in Geschichtswerkstätten und bürgerschaftlichen Projekten die Erkundung der doppelten Diktaturvergangenheit im kommunalen Nahraum, etwa in Gestalt von Mahnmalen und „Stolpersteinen", auf die Fahnen geschrieben hatte. Sie scheiterten auch am Mainstream der Zeitgeschichtsforschung, und sie scheiterten nicht zuletzt am rasant wachsenden Interesse an der Shoah in der gesamten westlichen Welt.[33]

Reinhart Koselleck hat für die Fokussierung der öffentlichen Erinnerung auf die Staats- und Gesellschaftsverbrechen zweier Diktaturen den Begriff des „negativen Gedächtnisses" geprägt, das, so seine Definition, Abstoßendes und Unwillkommenes in der Erinnerung festhält, obwohl sich diese dagegen sperrt. Als „negativ" ist das Gedächtnis in Bezug auf die Verbrechen des Nationalsozialismus Koselleck zufolge auch deshalb zu bezeichnen, weil deren Totalität durch keine Sinnstiftung rückwirkend einzuholen sei: Die grauenhafte Primärerfahrung der Opfer lasse sich, so Kosellecks resignative Schlussfolgerung, keinesfalls „in die Erinnerung nicht Betroffener übertragen".[34] Aber sie lässt sich, so wäre zu entgegnen, in Narrative überführen, die Anderes und Entscheidenderes ermöglichen, nämlich historische Erkenntnis und Anerkennung des Leids der Opfer.[35] In dieser Perspektive betrachtet war, wie Volkhard Knigge festgestellt hat, die Institutionalisierung und Nationalisierung des „negativen Gedächtnisses" in der Bundesrepublik „historisch gesehen neuartig, vorbildlos und im internationalen Vergleich bisher weitestgehend einzigartig".[36] Knigge war es auch, der bereits 2002 angesichts des bevorstehenden Ablebens der Generation der Täter und Opfer des NS-Regimes davor warnte, dass der Imperativ des Erinnerns ins Leere laufe, wenn seine Adressaten – die Mitlebenden mit ihren spezifischen Erfahrungsperspektiven – nicht mehr am Leben seien.[37] Damit war jene selbstreflexive Stoßrichtung der Kritik an der Erinnerungskultur der Bundesrepublik eröffnet, die sich jüngst zu einem veritablen „Unbehagen an der Erinnerungskultur" verdichtet hat.

[33] Auf solche Versuche weist Morsch, Unbehagen an der Erinnerungskultur, hin, auf ihr Scheitern Jürgen Kocka, Erinnerung als Ressource und Problem, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 515–520, und Garbe, Peripherie, in: Faulenbach/Jelich (Hrsg.), Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte. Zur internationalen Dimension vgl. Daniel Levy/Natan Sznaider, Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt a. M. 2001; Dan Diner, Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust, Göttingen 2007, sowie Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive, Göttingen 2008.

[34] Koselleck, Formen und Traditionen, in: Knigge/Frei (Hrsg.), Verbrechen, S. 24.

[35] Vgl. Garton Ash, Mesomnesie, S. 43.

[36] Volkhard Knigge, Statt eines Nachworts. Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland, in: Ders./Frei (Hrsg.), Verbrechen, S. 423–440, hier S. 424.

[37] Vgl. ebenda, S. 428 f.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Welches sind die Charakteristika der gegenwärtigen Erinnerungskultur, an denen sich diese Kritik entzündet?

Therapeutisches Erinnern: Während die Zeitgeschichtsforschung den Begriff der kollektiven Erinnerung in der Regel als Metapher für die gruppenbezogene Selbstverständigung über Vergangenheit verwendet,[38] neigen Politiker sowie Akteure der Erinnerungskultur dazu, den Begriff der Erinnerung normativ aufzuladen und zu einem therapeutischen Erinnerungsimperativ zu wenden.[39] Inspiriert von psychoanalytischen Modellen wird das Erinnern in diesem Verständnis ausschließlich auf das „negative Gedächtnis" bezogen und sodann dem Verdrängen in einer Weise gegenüber gestellt, als ob gesellschaftliche Kommunikation analog zur Psychodynamik von Individuen verlaufe.[40] Das Erinnern, so der Topos, bewahre davor, dass sich das zu Erinnernde wiederhole oder auf andere Art pathologisch bemerkbar mache. Diese fragwürdige Aufladung der Erinnerungskultur mit populär-psychologischen Interpretamenten wird in der Debatte über das „Unbehagen an der Erinnerungskultur" zu Recht kritisiert.[41] Auch die darauf aufbauende, populär gewordene Denkfigur, die das „Geheimnis der Erlösung" in der „Erinnerung" sucht, steht auf schwachem Grund, verwechselt sie doch das religiöse Erinnerungsgebot der jüdisch-chassidischen Tradition mit dem historischen Erinnern einer posttotalitären, säkularen Gesellschaft.[42] Mit Blick auf solche Praktiken hat Martin Sabrow von der „kathartischen Aufarbeitungsbereitschaft" einer Kultur gesprochen, die sich von der Erinnerung nichts Geringeres verspreche als die Erlösung vom Fluch einer schlimmen Vergangenheit.[43]

[38] Vgl. Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, 2., aktualisierte und erweiterte Aufl., Stuttgart 2011, S. 34–39 u. S. 96–100, sowie Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version 2.0, in: Doucpedia-Zeitgeschichte, 22. 10. 2012; URL: www.docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Cornelißen [26. 4. 2016].

[39] Bereits 2002 konstatierte Kigge, Statt eines Nachworts, in: Ders./Frei (Hrsg.), Verbrechen, S. 427, die „hochfrequente Rede von der Pflicht zur Erinnerung".

[40] Jan Assmann wandte sich gegen die Annahme eines „kollektiven Unbewussten" und einer freudianischen Interpretation des kulturellen Gedächtnisses; vgl. ders., Kollektives und kulturelles Gedächtnis. Zur Phänomenologie und Funktion von Gegen-Erinnerung, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 13–32.

[41] Vgl. Knigge, Statt eines Nachworts, in: Ders./Frei (Hrsg.), Verbrechen, S. 439; Reemtsma, Gedenkstätten, S. 3 f.; Harald Weilnböck, „Das Trauma muss dem Gedächtnis unverfügbar bleiben". Trauma-Ontologie und anderer Miss-/Brauch von Traumakonzepten in geisteswissenschaftlichen Diskursen, in: Mittelweg 36 16 (2007), S. 2–64; Jureit/Schneider, Opfer; Frölich/Jureit/Schneider (Hrsg.), Unbehagen, und Erll, Kollektives Gedächtnis, S. 98 f.

[42] Die Formel „Das Geheimnis der Erlösung liegt in der Erinnerung" wird Baal Shem Tov (1698–1760), dem Neubegründer des osteuropäischen Chassidismus zugeschrieben. Der deutsche Erinnerungsdiskurs hat sich dieser Formel im Sinne des Imperativs „Erinnere Dich!" bemächtigt und daran ein säkulares Erlösungsversprechen geknüpft, das Jureit, Opferidentifikation, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 38–53, zu Recht kritisiert.

[43] Martin Sabrow, Geschichte als Instrument. Variationen über ein schwieriges Thema, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42–43/2013, S. 3–11, hier S. 8. Vgl. ausführlicher A. Dirk Moses, Der nichtdeutsche Deutsche und der deutsche Deutsche. Stigma und Opfer-Erlösung in der Berliner Republik, in: Daniel Fulda u. a. (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 355–379.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Solchen Erlösungshoffnungen stehen die Erinnerungspraktiken im Europa des 20. Jahrhunderts entgegen, die zur Genüge demonstriert haben, dass dem kollektiven Erinnern keinesfalls eo ipso eine heilende oder befreiende Wirkung zukommt.[44] Ein Blick auf diese Praktiken offenbart vielmehr, dass Erinnerung als ein gruppenbezogener, politischer Kommunikationsprozess stets an wechselnde ethische, normative oder identitätspolitische Zwecke gebunden blieb, die man gutheißen mag oder nicht: etwa an die Versöhnung zwischen Nationen, die Verständigung zwischen den Nachfahren von Tätern und deren Opfer, die Konstruktion nationaler Selbstbilder und Gruppenidentitäten, den Aufbau von Feindbildern oder die Bereitschaft, Krieg zu führen.[45] Dieses von den Klassikern der Theorie des kollektiven Gedächtnisses stets betonte konstruktivistische Moment der öffentlichen Erinnerung gilt es, gegenüber der Idee des therapeutischen Erinnerns im Auge zu behalten.[46]

Opferzentriertes Erinnern: Kritiker der Erinnerungskultur halten diese Form des Erinnerns nicht nur für „opferzentriert", sondern sogar für „opferidentifiziert".[47] In der Tat haben sich – mit wenigen Ausnahmen – die großen geschichtspolitischen Projekte sowie die öffentlich verhandelten Erinnerungskonflikte der vergangenen 25 Jahre vor allem mit den Täter-Opfer-Konstellationen zweier Diktaturen und den sich daran knüpfenden Fragen von Schuld, Verantwortung und Aufarbeitung beschäftigt. Von einer Tendenz zur Viktimisierung der Erinnerungskultur kann man also zumindest im Blick auf die öffentlichen Debatten durchaus sprechen. So konstatiert Henry Rousso, dass sich gesellschaftliche Gruppen in ihrem Kampf um Anerkennung und „Wiedergutmachung" zunehmend über ihre historische Leidenserfahrung definieren. In der Viktimisierung der Erinnerungskultur sieht er folglich eines von vier Merkmalen eines neuen „Historizitätsregimes".[48] Aus Sicht der Protagonisten des „Unbehagens an der Erinnerungskultur" bedeutet das hierzulande vorherrschende „opferidentifizierte" Erinnern

[44] Vgl. Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.), Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Quellen und Dokumente, Frankfurt a. M. 1997, und Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn u. a. 2012.

[45] Der Vorwurf der „Instrumentalisierung", den etwa Morsch, Unbehagen an der Erinnerungskultur, S. 832, erhebt, greift in seiner unterstellten Intentionalität daher zu kurz.

[46] Vgl. Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt a. M. 1985, S. 22 f.; Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Ders./Tonio Hölscher (Hrsg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, S. 9–19, hier S. 13, und Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 12 f.

[47] Vgl. Martin Sabrow, „Erinnerung" als Pathosformel der Gegenwart, in: Ders. (Hrsg.), Der Streit um die Erinnerung, Leipzig 2008, S. 9–24, hier S. 15, der von „opferzentrierter Erinnerung" schrieb, während Jureit, Opferidentifikation, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 17–37, eine „opferidentifizierte Erinnerung" am Werk sah. Vgl. des Weiteren Werner Konitzer, Opferorientierung und Opferidentifizierung. Überlegungen zu einer begrifflichen Unterscheidung, in: Frölich/Jureit/Schneider (Hrsg.), Unbehagen, S. 119–127.

[48] Henry Rousso, Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 363–378, Zitat S. 373 u. S. 375–377. Vgl. des Weiteren K. Erik Franzen/Martin Schulze Wessel (Hrsg.), Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nichts anderes als den Versuch, sich über die Täter-Opfer-Linie hinweg auf die Seite der Letzteren zu imaginieren. Die Identifikation mit den Opfern lasse, so das Argument von Ulrike Jureit und Christian Schneider, die konkrete Verantwortlichkeit der Täter verschwimmen und berge über eine Vernebelung der historischen Zusammenhänge eine Tendenz zu Exkulpation.[49]

Opfer und Täter: Dem steht der Befund entgegen, dass die Verbrechen, an die erinnert wird, nach jahrzehntelangen Deutungskämpfen weitgehend der eigenen Nation als dem „Täterkollektiv" historisch wie moralisch zugeschrieben werden. Die von der eigenen Nation begangenen Verbrechen werden öffentlich und in der Mitte der Gesellschaft thematisiert.[50] Nur im Modus einer geläuterten „Schamkultur",[51] die das Leiden der Opfer im Blick behält, erscheint es plausibel, an Orten wie der „Topografie des Terrors" in Berlin, dem bayerischen Obersalzberg oder der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße das Tun und Treiben der Täter zum besonderen Gegenstand öffentlicher Erinnerung werden zu lassen. Denn nicht nur die Opfer, auch die Täter sind mittlerweile aus der einstmals waltenden Anonymität herausgetreten und werden immer häufiger mit Namen, Gesicht und Geschichte versehen. Ungeachtet des Einwands der Zeitgeschichtsforschung, die Dichotomie von Täter und Opfer sei viel zu undifferenziert, um etwa die Shoah als Staats- und Gesellschaftsverbrechen angemessen zu beschreiben,[52] haben sich Täter und Opfer längst zu Gedächtnisikonen verfestigt, die den öffentlichen Diskurs um die historische Erinnerung besonders bewegen.

Hunger nach Authentizität: Als spezifisch für die jüngere deutsche Erinnerungskultur gilt schließlich ein ausgeprägter Hunger nach Authentizität, der nicht nur Orten, sondern auch Relikten gilt. Die Funktion des authentischen Relikts geht in der Spuren- und Beweissicherung, die bei der Erinnerung an kollektiv begangene Verbrechen konstitutiv ist, bei weitem nicht auf. Dem authentischen Zeugnis kommt vielmehr, so die Diagnose, mitunter eine nachgerade sakral anmutende Konnotation zu: das Relikt gerät zur Reliquie.[53] Wer den Topos von der „Unbegreifbarkeit" eines singulären historischen Gewaltverbrechens noch immer für ein besonders subtiles Interpretament hält, mag das Bedürfnis verspüren, über das „Gedächtnis der Dinge" eine fern gerückte Geschichte wenn schon nicht zu

[49] Vgl. Ulrike Jureit, Normative Verunsicherungen. Die Besichtigung einer erinnerungspolitischen Zäsur, in: Frölich/Jureit/Schneider (Hrsg.), Unbehagen, S. 21–36, hier S. 29 f., und Christian Schneider, Generation im Abtritt. Vom Schicksal historischer Gegenidentifizierungen, in: Ebenda, S. 85–100.

[50] Einen Durchbruch markierte bekanntlich die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" (1995–1999).

[51] Martin Sabrow, Die Lust an der Vergangenheit. Kommentar zu Aleida Assmann, in: Zeithistorische Forschungen 4 (2007), S. 386–392, hier S. 391, und ders., Die Last des Guten. Versuch über die Schwierigkeiten des Demokratiegedächtnisses, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern, S. 317–333, hier S. 323.

[52] Vgl. Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), The Holocaust and European Societies. Social Processes and Social Dynamics, London 2016.

[53] Vgl. Sabrow, Erinnerung, in: Ders. (Hrsg.), Streit, S. 23, und ders./Achim Saupe (Hrsg.), Historische Authentizität, Göttingen 2016.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

begreifen, so doch im Modus der Authentizität ihrer Relikte als „echt" zu imaginieren.[54]

Ging eine aufgeklärte Gedenkstättenpädagogik noch davon aus, dass die Begegnung mit authentischen Orten und Exponaten Prozesse des Lernens und der Erkenntnis auslöste und vertiefte, so hat sich die Sehnsucht nach dem Authentischen inzwischen verselbständigt und dabei das kognitive Verlangen nach Aufklärung tendenziell abgelöst.[55] Diese Vermutung gilt auch im Blick auf die Rolle von Zeitzeugen, die im öffentlichen Diskurs einem gleitenden Funktionswandel von der historischen Beglaubigungsinstanz zur medialen Kunstfigur durchlaufen haben.[56] In der Tat: Der verbreitete Hunger nach Authentizität, der längst zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen geworden ist,[57] wird dann zum Problem, wenn er historische Erkenntnis nicht vertieft, sondern verstellt.

Normierung: Bereits 2002 hatte Timothy Garton Ash mit Blick auf Deutschland von „DIN-Standards im Bereich der Geschichtsaufarbeitung" gesprochen, die zum gefragten Exportartikel für allerlei postdiktatorische Staaten geworden seien.[58] Während Garton Ash damit – keineswegs nur ironisch – einen Katalog von Zielen und Maßnahmen meinte, die sich hierzulande offenbar bewährt haben, attestieren die neueren Kritiker der gegenwärtigen Erinnerungskultur eine Tendenz zur Erstarrung in stereotypen Formeln und Semantiken, in denen eine „Verkleisterung der Geschichte durch Pathos und Sentimentalität" stattfinde und „Trauer zur ornamentalen Staatsräson" gerate, während über allem ein „Übermaß an Sinn und Moral" walte.[59] So habe insbesondere die auf die Tätergeneration folgende sogenannte Zweite Generation ein „stahlharte[s] Gehäuse normierten Gedenkens" errichtet.[60] Diese Kritik mag für das ritualisierte öffentliche Gedenken zumal auf Staatsebene zutreffen, die Praxis der Auseinandersetzung mit der

[54] Vgl. Detlef Hoffmann, Das Gedächtnis der Dinge, in: Ders. (Hrsg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945–1995, Frankfurt a. M. 1998, S. 6–35; Heidemarie Uhl, Orte und Lebenszeugnisse. „Authentizität" als Schlüsselkonzept in der Vermittlung der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, in: Michael Rössner/Heidemarie Uhl (Hrsg.), Renaissance der Authentizität? Über die neue Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, Bielefeld 2012, S. 257–284, und Achim Saupe, Authentizität, Version 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25. 8. 2015; URL: www.docupedia.de/zg/Authentizität_Version_3.0_Achim_Saupe [31. 3. 2016].

[55] Vgl. Volkhard Knigge, Gedenkstätten und Museen, in: Ders./Frei (Hrsg.), Verbrechen, S. 378–389, hier S. 386 f.; Martin Sabrow, Zeitgeschichte schreiben in der Gegenwart, in: Merkur 68 (2014) S. 122–131, und ders./Achim Saupe, Historische Authentizität. Zur Kartierung eines Forschungsfeldes, in: Dies. (Hrsg.), Authentizität, S. 7–28.

[56] Vgl. Martin Sabrow/Norbert Frei (Hrsg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, und Aleida Assmann, Vier Grundtypen von Zeugenschaft, in: Michael Elm/Gottfried Kößler (Hrsg.), Zeugenschaft des Holocaust. Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 33–51.

[57] Literaturempfehlungen finden sich bei Saupe, Authentizität.

[58] Vgl. Garton Ash, Mesomnesie, S. 33.

[59] Jureit, Opferidentifikation, S. 34, und Christian Schneider, Berechtigung eines ideologisierten Affekts. Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik, S. 105–212, hier S. 153. Beide Beiträge aus Jureit/Schneider, Opfer.

[60] Jureit, Opferidentifikation, in: Ebenda, S. 35.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vergangenheit zweier Diktaturen, wie sie gegenwärtig bundesweit in rund 118 Gedenkstätten zur NS-Vergangenheit sowie 85 zur DDR-Diktatur geübt wird, ist weitaus differenzierter und vielgestaltiger, als es dieses Argument nahelegt.[61] Schon allein das sehr unterschiedliche Alter der dort präsentierten Ausstellungen spiegelt den Wandel der Zugangsweisen und Deutungsmuster der vergangenen 20 Jahre wider. Auch für die Formen künstlerischer Bearbeitung der Shoah kann man schwerlich von Normierung sprechen.[62] Hier tritt ein Problem zutage, auf das noch zurückzukommen ist: Die Schärfe der Kritik an der Erinnerungskultur kontrastiert mit einem evidenten Mangel an Empirie.

Generationelles Erinnern: Zu Recht wurde in der Debatte vielfach auf den konstitutiven Zusammenhang von Generation und Erinnerung hingewiesen.[63] So war es in den Jahrzehnten nach dem Krieg eine kritische Minderheit vorwiegend Jüngerer, die das Gebot des Erinnerns gegen das Schweigen und Verleugnen ihrer Elterngeneration vorbrachte, die in das Dritte Reich und seine Verbrechen mittelbar oder unmittelbar verwickelt war. Dieser Appell zum Erinnern war wörtlich und durchaus individuell gemeint, er war in der spezifischen Eltern-Kind-Konstellation mit starken Schuld- und Schamanteilen verbunden[64] und verstand sich als generationelles Projekt zur Überwindung personeller und ideologischer Kontinuitäten. Mit dem Verschwinden der Generation der Mitlebenden, aber auch mit dem zeitlich eigentümlich verschobenen Erfolg des historischen Erinnerungsimperativs ist diese Variante des Erinnerns allerdings obsolet geworden. Im gleichen Maß, in dem sein historischer Adressat und damit auch das generationelle Konfliktpotenzial der Materie abhandenkam, ist das Thema in die Mitte der Gesellschaft gerückt.

Dabei hat sich der zunächst konkrete Begriff des Erinnerns in einem Prozess der Entkonkretisierung und Enthistorisierung jenem therapeutischen Erinnerungsparadigma angenähert, von dem bereits die Rede war:[65] Aus dem konfliktbehafteten, generationellen Projekt einer kritischen Minderheit ist, so die Diagnose von Jureit, mittlerweile eine staatlich approbierte, diffuse Konsensformel geworden.[66] Diese Diagnose lässt sich schwerlich bestreiten. Allerdings fragt man sich, warum der gesellschaftliche Konsens, dem die Beschäftigung mit den Verbrechen

[61] Vgl. die Auszählung für NS-Gedenkstätten: www.gedenkstaetten-uebersicht.de [26. 4. 2016], und für die DDR-Diktatur Anna Kaminsky (Hrsg.), Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, erarb. von Ruth Gleinig, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 2016. In der Zählung wurden die zahllosen Denkmäler, Gedenktafeln und -steine, Stelen, Skulpturen und Friedhöfe nicht berücksichtigt.

[62] Vgl. Diana I. Popescu/Tanja Schult (Hrsg.), Revisiting Holocaust Representation in the Post-Witness Era, Basingstoke/New York 2015, und Hahn, Repräsentationen.

[63] Vgl. Kristin Platt/Mihran Dabag (Hrsg.), Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995; Jureit, Opferidentifikation, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 77–86; Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hrsg.), Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005; Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, und Assmann, Unbehagen, S. 61–67.

[64] Vgl. Schneider, Generation, in: Frölich/Jureit/Schneider (Hrsg.), Unbehagen.

[65] Vgl. Knigge, Zukunft der Erinnerung, S. 10–16.

[66] Vgl. Jureit, Opferidentifikation, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 38–53.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zweier Diktaturen mittlerweile als *Raison d'Être* der bundesdeutschen Demokratie gilt, einer so scharfen Kritik verfällt. Kann es sein, dass sich hinter dieser Kritik am Erinnerungskonsens der Unmut darüber verbirgt, dass dem intellektuellen Selbstverständnis ein distinktives Thema abhandengekommen ist?

Grenznutzen: Anknüpfend an das Generationsargument haben Harald Welzer und Dana Giesecke schließlich eine These vorgetragen, die vor 20 Jahren noch außerhalb der Sagbarkeitsregeln des vergangenheitspolitischen Diskurses gestanden hätte: „Es ist heute nicht mehr nötig zu fordern, dass an den Holocaust zu erinnern und der Opfer zu gedenken sei – daran hat gesamtgesellschaftlich außer ein paar Neonazis niemand auch nur den geringsten Zweifel und die geringste Kritik".[67] Die Hauptprotagonisten des „Unbehagens an der Erinnerungskultur", Jureit und Schneider sowie Welzer und Giesecke, sind sich einig darin, dass die gegenwärtige Praxis der öffentlichen Erinnerung kaum noch einen Beitrag zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme zu leisten vermag. Folglich sei die Gedenkkultur in eine „erinnerungspolitische Sackgasse" und in eine Art „rasenden Stillstands" geraten; damit lasse sich aber keine Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart finden.[68] Das Argument, es gebe bei der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus – nur um diese geht es in diesem Zusammenhang – eine Art Marktsättigung, kann schon deshalb nicht greifen, weil nicht nur jüngere Generationen und Zuwanderer, sondern überhaupt der Wandel der soziokulturellen Rahmenbedingungen immer wieder veränderte Zugangsweisen zu dem Thema notwendig machen. Ob diese Zugangsweisen den Anforderungen der Gegenwart adäquat erscheinen oder nicht, lässt sich allerdings nicht im Feuilleton, sondern nur auf dem Weg der empirischen Bestandsaufnahme klären.

IV. Auswege: Zur Neuvermessung der Erinnerungskultur

Man sieht: Nicht alle Argumente, die im Zug der Debatte gegen die Erinnerungskultur vorgebracht wurden, überzeugen gleichermaßen. Allerdings lässt sich kaum bestreiten, dass die Erinnerungskultur in Deutschland mit der wachsenden historischen Distanz zum Dritten Reich, mit dem Abtreten der Zweiten Generation und mit den neuen Herausforderungen der Einwanderung vor einem Umbruch steht. Die bloße Fortschreibung etablierter Verfahren würde in der Tat in eine erinnerungspolitische Sackgasse führen.

Rückt man die Kritik an der „opferidentifizierten" Erinnerung in den Mittelpunkt, so wäre ein erster Ausweg, ganz in der Tradition der kritischen Gesellschaftstheorie, die Konzentration auf die Strukturen jener Gesellschaft, welche die Täter hervorgebracht hat. Einen solchen Perspektivwechsel hatte Theodor W. Adorno bereits 1967 als „Wendung aufs Subjekt" empfohlen: „Man muss die Mechanismen erkennen, die die Menschen so machen, dass sie solcher Taten fähig werden, muss ihnen selbst diese Mechanismen aufzeigen und zu verhindern trachten, dass sie abermals so werden, indem man ein allgemeines Bewusstsein

[67] Giesecke/Welzer, Menschenmögliches, S. 23.
[68] Jureit, Opferidentifikation, in: Dies./Schneider, Opfer, S. 52, S. 96 u. S. 42.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

jener Mechanismen erweckt".[69] Nun verspricht die Frage, wie die Ausgrenzungsdispositionen der deutschen Gesellschaft sowie die Handlungsdispositionen der Täter historisch zu erklären sind und wie aus diesen Dispositionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts manifestes kollektives Gewalthandeln wurde, zweifelsohne praktischen Erkenntnisgewinn. Aber man sollte diese Perspektive nicht überdehnen: Denn zum einen verfängt sie sich nur allzu leicht in den bekannten Fallstricken des Topos einer „Historia Magistra Vitae".[70] So lag Adornos Argument die unhaltbar gewordene Prämisse zugrunde, dass „die Grundstruktur der Gesellschaft und damit ihre Angehörigen, die es dahin gebracht haben, heute [1967] die gleichen sind wie vor fünfundzwanzig Jahren".[71] Zum andern verschenkt, wer den Nationalsozialismus als ein groß angelegtes Milgram-Experiment begreift,[72] jene Lernchancen, die Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit seit Karl Dietrich Brachers Studie über die „Auflösung der Weimarer Republik" in die Frage nach dem Demokratieversagen übersetzt haben.[73] Denn über die schematische Fokussierung auf Täter und Opfer massenhafter Gewaltausübung gerät leicht in Vergessenheit, dass zu den fundamentalen Ermöglichungsbedingungen der NS-Verbrechen die Selbstpreisgabe der Weimarer Demokratie gehört.

Erinnerungskulturell gelangt dieser Aspekt allenfalls noch dann in den Blick, wenn in Kommunen gelegentlich über die Umbenennung von Straßen, Plätzen und Parks gestritten wird, die etwa nach Paul von Hindenburg oder Ernst Thälmann benannt sind.[74] Zweifelsohne hat es seine guten Gründe, dass der Erinne-

[69] Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, in: Ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 85–101, hier S. 87.

[70] Vgl. Reinhart Koselleck, Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 38–66. Ein neuerliches Beispiel für die problematische Anwendung des Topos ist Timothy Snyder, Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, München 2015. Eine Rezension von Jörg Baberowski in: Die Zeit vom 8. 10. 2015: „Bürger brauchen Staaten", und zur englischen Ausgabe Dieter Pohl, Rezension zu Timothy Snyder. Black Earth, in: H-Soz-Kult, 15. 10. 2015; URL: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-24652 [7. 12. 2016].

[71] Adorno, Erziehung, in: Ders., Stichworte, S. 85 f.

[72] Der US-amerikanische Psychologe Stanley Milgram hatte in einer 1961 beginnenden Serie von Laborexperimenten die Bereitschaft durchschnittlicher Mitbürger, Anordnungen zu befolgen, die einem ihnen unbekannten Dritten erhebliche bis lebensgefährliche Schmerzen zufügen würden, untersucht. Dass die überwältigende Mehrheit der Probanden sich dazu bereitfand, hat erhebliche Irritationen und eine breite Debatte ausgelöst. Milgram hatte seine Experimente auch als Beitrag zur Beantwortung der Frage nach den Ermöglichungsbedingungen der NS-Verbrechen verstanden, seine Ergebnisse wurden in der Täterforschung aber erst seit den 1990er Jahren intensiver rezipiert; vgl. Thomas Sandkühler/Hans-Walter Schmuhl, Milgram für Historiker. Reichweite und Grenzen einer Übertragung des Milgram-Experiments auf den Nationalsozialismus, in: Analyse & Kritik 20 (1998), S. 3–26.

[73] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart/Düsseldorf 1955, und des Weiteren Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009.

[74] Vgl. Udo O. H. Jung, Deutsche SchildBürgerKunde. Das ausgestellte Gedächtnis der Nation, München 2014.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungskultur in Deutschland vor allem eine präventive Funktion im Sinne des „Nie wieder" zugeschrieben wird. Doch leistet nicht eine ausschließlich präventive, auf den praktischen Nutzen fokussierte Erinnerungskultur am Ende der Illusion Vorschub, aus der Geschichte ließen sich allzu einfach Lehren ziehen?

Ein zweiter Ausweg besteht in der behutsamen Verklammerung von Diktaturerinnerung und Demokratiegedächtnis. Aus der Perspektive des Demokratiegedächtnisses findet diese Verklammerung insofern bereits statt, als nicht nur die neueren historiografischen Synthesen zur Geschichte der Bundesrepublik, sondern auch die demokratiegeschichtlichen Ausstellungshäuser des Bunds einen Akzent darauf legen, die Phasen der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur als wesentliche Momente, ja Prüfsteine der Demokratisierung nach 1945 auszuweisen, auch wenn keineswegs ausgemacht ist, dass zwischen Diktaturbewältigung und Demokratisierung ein kausaler Zusammenhang besteht.[75] In den Ausstellungen der Politikergedenkstiftungen wiederum, die der Bund zur Erinnerung an Ebert, Adenauer, Heuss und Brandt in Heidelberg, Rhöndorf, Stuttgart sowie Berlin und Lübeck betreibt, lässt sich die durchaus ambivalente Verklammerung von Demokratie- und Diktaturgeschichte biografisch sehr anschaulich nachvollziehen.[76] Im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig schließlich gehen, wie eingangs gezeigt, Diktatur- und Demokratiegedächtnis im Modus der revolutionären Romanze eine geradezu unauflösliche Verbindung ein.

Aus der Perspektive der NS-Gedenkstätten stellt sich diese Verklammerung komplizierter dar. Denn auch nach dem Verschwinden der Mitlebenden des Dritten Reichs wird die diesen Institutionen gleichsam eingeschriebene Funktion weiterhin vor allem darin bestehen, den Verlust elementarer Menschlichkeit unter historisch erklärbaren Bedingungen sichtbar zu machen, dabei Raum zu schaffen für Trauer, Betroffenheit und Aussprache, für Anerkennung von Leid und historisch präzise Erkenntnis.[77] In dieser Hinsicht wächst den Gedenkstätten sogar eine wachsende Bedeutung zu, da sie gegen die Tendenzen zur Universalisierung des Holocaust an der schmerzhaften Konkretheit des Geschehens festhalten. Da diese Stätten allerdings allesamt in einen normativen Referenzrahmen eingelagert sind, der die Demokratie als Gegenmodell zur Diktatur begreift, ist es nur folgerichtig, dass sie sich nicht nur als Orte der Trauer, sondern auch als Lernorte der Demokratie verstehen und ihre Akzente entsprechend setzen – allerdings in dieser Reihenfolge.

Wer dies als Instrumentalisierung kritisiert,[78] verkennt den ebenso konstitutiven wie legitimen Gegenwartsbezug kollektiver Erinnerungspraktiken. Nicht die

[75] Vgl. Garton Ash, Mesomnesie, S. 38 f.

[76] Vgl. www.politikergedenkstiftungen.de. Die Ambivalenz wird etwa an Heuss' Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. 3. 1933 oder in Adenauers Festhalten an Hans Globke als Staatssekretär im Bundeskanzleramt exemplarisch deutlich.

[77] Vgl. Jan-Holger Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal" für die Berliner Republik, Köln 2003.

[78] Vgl. Cornelia Geißler, Individuum und Masse. Zur Vermessung des Holocaust in deutschen Gedenkstättenausstellungen, Bielefeld 2015, S. 115, und Morsch, Unbehagen an der Erinnerungskultur.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Konstruktion einer von Sündenstolz bestimmten Kollektividentität, die die Kritiker der Erinnerungskultur bemängeln,[79] sondern das Bewusstsein um die Historizität und Fragilität demokratischer Strukturen bildet dann den normativen Fluchtpunkt.

Die meisten NS-Gedenkstätten auf dem Territorium der alten Bundesrepublik tragen diesen Überlegungen insoweit Rechnung, als sie die Geschichte nach 1945, etwa die vielfältigen Schwierigkeiten der Überlebenden nach der Befreiung, vor allem aber den problematischen Umgang der demokratisch verfassten Nachkriegsgesellschaft mit den begangenen Verbrechen, in ihre Ausstellungen und Veranstaltungsprogramme einbeziehen.[80] Es besteht allerdings ein eklatanter Mangel an Untersuchungen darüber, in welcher Form, mit welchen Akzenten und in welchen Narrativen dies jeweils im Einzelnen geschieht. In dem Maß, in dem die Praxis der Erinnerung an begangene Verbrechen sich selbst historisiert, gewinnt sie zweierlei: Reflexivität im Blick auf ihre eigenen Voraussetzungen und Anschluss an eine in die Zukunft offene Gegenwart.

Ein dritter Ausweg aus den Paradoxien des „negativen Gedächtnisses" bestünde darin, die Geschichte der Demokratie in Deutschland selbst stärker ins Blickfeld der öffentlichen Erinnerung zu rücken und dabei einen weiten Bogen zu schlagen vom Zeitalter der Revolutionen über das *practicing democracy*[81] im Kaiserreich, die demokratische Ordnung von Weimar und ihr Scheitern sowie die Dynamisierung der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie bis hin zur „multiplen Demokratie" der Gegenwart.[82] Auf diese Weise würde die Historizität und Fragilität der Demokratie nicht nur, wie in den Narrativen der Diktaturerinnerung, indirekt und implizit, sondern unmittelbar thematisiert.

Denn vor der „deutschen Katastrophe" kam das Scheitern der Demokratie. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland standen daher die Erfolgsbedingungen der Demokratie in mehreren Konjunkturen auf der geschichtspädagogischen Agenda. Richtete sich diese Reflexion anfangs vor allem auf die Ursachen des Scheiterns von Weimar,[83] so bieten die nunmehr fast 70 Jahre seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes Material genug, die Frage nach dem Gelingen der zweiten deutschen Demokratie im Rahmen eines kritischen Demokratienarrativs erinnerungskulturell zu verhandeln, ohne dabei die Defizite, Ambivalenzen

[79] Vgl. Jureit/Schneider, Opfer, und Geißler, Individuum.

[80] Vgl. ebenda, S. 318. Beispielhaft seien angeführt die Dauerausstellungen in den KZ-Gedenkstätten Neuengamme (www.neuengamme-ausstellungen.info/media/ngmedia/browse/1/8), Dachau (www.kz-gedenkstaette-dachau.de/aufbau_ausstellungen.html) oder im Münchner NS-Dokumentationszentrum (www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/dauerausstellung/themen/auseinandersetzung-mit-der-ns-zeit-nach-1945/). Die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg hat 2010 unter dem Titel „Was bleibt" in der ehemaligen Häftlingsküche eine eigens diesem Thema gewidmete Dauerausstellung eröffnet (www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/ausstellungen/was-bleibt-nachwirkungen-des-konzentrationslagers-flossenbuerg/konzept/1/). Die angegebenen Homepages wurden von mir zuletzt am 26. 1. 2016 aufgerufen.

[81] Vgl. Margret Lavinia Anderson, Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.

[82] Vgl. Nolte, Was ist Demokratie, S. 421–425.

[83] Vgl. Ullrich, Weimar-Komplex.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Widersprüche einfach wegzuerzählen.[84] Zugleich hat die Stabilität der zweiten Republik zu neuen Fragen an die Weimarer Demokratie und an das Kaiserreich inspiriert: Gegenüber der älteren Weimar-Forschung heben vor allem neuere Studien auf die demokratischen Potenziale sowie auf die Neuerfindung und Lernfähigkeit des zeitgenössischen Liberalismus ab, die im Bann von Weimars Scheitern lange übersehen wurden.[85]

Für eine Stärkung des Demokratiegedächtnisses spricht schließlich auch das „ethnische Paradox", das in den Debatten um das Erinnern an die NS-Diktatur diskutiert wird:[86] Gerade die Fokussierung des nationalen Gedächtnisses auf die Verbrechen des Nationalsozialismus führt zu einer Ethnisierung der Erinnerung, die den größten Teil derer ausschließt, die nach 1945 eingewandert sind. Das „negative Gedächtnis" mit seiner starken generationellen Dynamik und seinem engen affektiven Bindungen an deutsche Familiengeschichten fördert dabei weder Integration noch Inklusion. Wenn den Enkelkindern der ersten Generation der sogenannten Gastarbeiter als Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der Bundesrepublik Bußfertigkeit für die Staatsverbrechen des Dritten Reichs abverlangt wird, hat sich die politische Pädagogik offensichtlich in eine Sackgasse manövriert. Möglicherweise finden Migranten, wie Aleida Assmann einwendet, „ihre eigenen Wege zur Holocaust-Erinnerung", die etwa in einer Identifikation mit den jüdischen Opfern oder in vehementer Abwehr eines solchen Erinnerungs-Ansinnens bestehen könnten.[87] Verweisen nicht beide Wege erneut auf die Paradoxien, in die eine im doppelten Wortsinn exklusive Fixierung auf das „negative Gedächtnis" führt?[88]

[84] Vgl. Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, Shattered Past. Reconstructing German Histories, Princeton/Oxford 2003, und Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 549–883.

[85] Vgl. Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000; Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008; Kathrin Groh, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010; Nolte, Was ist Demokratie; Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014, und Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015. Wie ist zu erklären, dass nach über 60 Jahren Weimar-Forschung Müller, Weltkrieg, S. 75, jüngst von den „vielen unterschätzten Gestalten in der Geschichte der deutschen Demokratie" spricht? Vgl. jetzt auch ders./Adam Tooze (Hrsg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.

[86] Vgl. Assmann, Unbehagen, S. 127–133, und die Dissertation von Thomas Lutz, Zwischen Vermittlungsanspruch und emotionaler Wahrnehmung. Die Gestaltung neuer Dauerausstellungen in Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland und deren Bildungsanspruch, Berlin 2009, S. 126–128.

[87] Assmann, Unbehagen, S. 129.

[88] In ihrem Plädoyer für eine „instrumentalisierungskritische Erinnerungsarbeit" führt Astrid Messerschmidt, Besetzen, Distanzieren, Globalisieren. Ambivalente pädagogische Erinnerungspraktiken in der Migrationsgesellschaft, in: Fröhlich/Jureit/Schneider, Unbehagen, S. 217–237, hier S. 236, vor, dass diese Paradoxien nur unter einigen argumentativen Verrenkungen aufgelöst werden können.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Solche Schwierigkeiten rühren nicht zuletzt daher, dass die Geschichte der Shoah nicht *auch* als Geschichte jener Demokratie verhandelt wird, die dieses Thema zwar obsessiv aufwirft, es aber versäumt, die entsprechenden Verbindungslinien zu ziehen. Denn dass auch sämtliche Migrantengruppen bis hin zu den jüngsten Asylbewerbern unweigerlich in diese Geschichte verwickelt sind, vermag nur die Erzählung einer Geschichte *nach* Auschwitz, also eine Geschichte der Demokratie nach 1945 plausibel zu machen.[89] Ob die Fixierung auf das Diktaturgedächtnis sich als Einladung an Migranten eignet, sich auf die Demokratie der Ankunftsgesellschaft einzulassen und sie als Teil der eigenen Geschichte zu begreifen, darf mithin bezweifelt werden. Umgekehrt dürfte einleuchten, dass ein Demokratienarrativ, das die Problemgeschichte einer aus Katastrophen und Krisen „lernenden" Demokratie erzählt und darüber hinaus die Demokratie als ein universelles Versprechen auf Teilhabe empfiehlt, ein inklusiveres Gepräge entfaltet als nationale Selbstthematisierungsdiskurse.

V. Eine neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland?

Vieles deutet darauf hin, dass die Bundesrepublik, orchestriert von einem neuen akademischen Meisternarrativ der Demokratie der Bundesrepublik, bereits seit geraumer Zeit die Erinnerungslandschaft um eine demokratiegeschichtliche Dimension zu arrondieren sucht.[90] Zu den zentralen Kennzeichen der neuen Meistererzählung der Demokratie in Deutschland gehört die Integration der Diktaturerinnerung in ein mehr oder weniger „whigistisches" Narrativ, das sich gegen ältere Restaurations- und neuere Niedergangsdeutungen durchgesetzt hat[91] und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als die eines krisenhaften Lern-

[89] So wird in den Debatten über das hierzulande praktizierte Asylrecht regelmäßig auf die „besondere historische Verantwortung", die den Deutschen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte zukomme, verwiesen.

[90] Vgl. Matthias Middell/Monika Gibas/Frank Hadler, Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: Dies. (Hrsg.), Zugänge zu historischen Meistererzählungen, Leipzig 2000 (= Comparativ 10), S. 7–35, und Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, „Meistererzählung". Zur Karriere eines Begriffs, in: Dies. (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2000, S. 9–32.

[91] Vgl. Walter Dirks, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte 5 (1950), S. 942–954; Harry Proß, Dialektik der Restauration. Ein Essay, Olten 1965; Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M. 1972, und Jürgen Kocka, Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2011, S. 256–259. Zur Deutung des Niedergangs vgl. Meinhard Miegel, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin 2002; Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, München [4]2003; Stefan Aust/Claus Richter/Gabor Steingart, Der Fall Deutschland. Abstieg eines Superstars, München [5]2005; Thomas Darnstädt, Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004, und Paul Kirchhof, Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück, München 2006.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

prozesses erzählt.[92] Den Erfolg dieses Lernprozesses sieht die Meistererzählung durch die definitive Ankunft der Bundesrepublik im Kreis der westlichen Demokratien, die deutsche Einheit, die Integration des vereinigten Deutschland in ein vereinigtes Europa sowie vor allem durch eine fortschreitende Liberalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft im Zuge einer konflikthaften Lerngeschichte.[93] Die Integration des Diktaturgedächtnisses in diese Erzählung ist deshalb zentral, weil sich nur so ein kompensatorisches Moment der Meistererzählung gegenüber der fortbestehenden Zentralität der NS-Geschichte im Erinnerungshaushalt der Gegenwart entfalten kann. Zugleich eröffnet das neue Meisternarrativ mit der Dynamisierung und Erweiterung des Demokratiebegriffs seit den 1970er Jahren eine zukunftsweisende Perspektive, die im Abarbeiten einer schlimmen Vergangenheit nicht mehr aufgeht.[94] Im Sog der neuen Meistererzählung, die sich seit den späten 1980er Jahren etabliert hat, hat die Forschung zudem ein bemerkenswertes Interesse an den historischen Chancen der Demokratie in Deutschland vor 1933 entwickelt.[95] Von einer Meistererzählung im prägnanten Sinn kann vor allem deshalb die Rede sein, weil sich dieses Deutungsmuster nicht auf die akademische Geschichtsschreibung beschränkt, sondern vielmehr längst die institutionalisierte Praxis der öffentlichen Erinnerung[96] und zuletzt auch die Denkmalspolitik erreicht hat.[97] Dabei greift das Deutungsmuster, wie die eingangs vorgestellten Analysen musealer Demokratiebegründung zeigen, auf wirkmächtige narrative Modelle und Semantiken zurück. Andererseits sind ihrer Popularisierung trotz einer zunehmend breiteren Rezeption zugleich erkennbare Grenzen gesetzt. Gemessen an der Aufarbeitung der beiden Diktaturen ist ihr Potenzial zur Kontroverse und Skandalisierung, zur Emotionalisierung und Dramatisierung weitaus geringer; ihre Popularisierung in Filmen und TV-Serien als wichtigen Impulsgebern des kollektiven Gedächtnisses reicht daher nicht im Entferntesten an die der

[92] Vgl. die in Anm. 20 genannten jüngeren Synthesen. Wie man dem Sog des Meisternarrativs entgehen kann, hat Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, demonstriert.

[93] Vgl. zur neuen Meistererzählung Conze, Suche nach Sicherheit, S. 9–11, und Nolte, Von Glück und Streit, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern. Kritisch zur Renaissance der großen Synthese in der jüngeren deutschen Geschichtsschreibung vgl. Daniel Fulda, Formen des Erzählens in der Zeitgeschichte. Gegenläufige Trends und ihr Zusammenhang, in: Zeithistorische Forschungen 6 (2009), S. 435–440.

[94] Vgl. Nolte, Von Glück und Streit, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern.

[95] Vgl. Anm. 85.

[96] Prototypisch im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik und, in anderer Nuancierung, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig; vgl. Hertfelder, Meistererzählung, in: Ders./Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern, sowie die weiteren Beiträge dieses Sammelbands.

[97] Nachdem 2005 das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin Mitte feierlich eröffnet wurde und ähnliche Projekte für andere Opfergruppen folgten, steht seit 2007 die Errichtung eines „Denkmals für Freiheit und Einheit" in Berlin Mitte ebenfalls auf der Agenda.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

NS-Geschichte heran,[98] und vor allem: Die Meistererzählung der Demokratie hat bislang keine memorierbaren Rollenmodelle ausgebildet, die denen des Täters, des Opfers und des Mitläufers auch nur annähernd vergleichbar wäre.

Im Licht der neuen Meistererzählung der Demokratie in Deutschland muss die Diagnose des „Unbehagens an der Erinnerungskultur" also auf einer empirischen wie auch auf einer normativen Ebene relativiert werden. *Empirisch* ist festzuhalten, dass die Erinnerungskultur in Deutschland thematisch und institutionell längst vielgestaltiger in Erscheinung tritt, als es die Rede von der Dominanz eines „opferzentrierten Erinnerns" unterstellt. So lassen die Besucherfrequenzen, die etwa das Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig und die genannten Politikergedenkstiftungen verbuchen, auf ein lebhaftes gesellschaftliches Interesse an der Auseinandersetzung mit der jüngeren Demokratiegeschichte in Deutschland schließen, das sich dem Spiegelkabinett der Täter-Opfer-Dynamiken kategorial entzieht.[99]

Dem „Unbehagen an der Erinnerungskultur", das die Erinnerungskultur mit dem „negativen Gedächtnis" identifiziert, wäre zudem ein *normatives* Argument entgegenzuhalten, das auf eine Stärkung der Demokratieerinnerung abhebt. Die „Lehren aus Auschwitz" haben nicht nur die Verfassung und ihre Fortschreibung in 60 Jahren Verfassungsgerichtsbarkeit nachhaltig bestimmt, sie sind darüber hinaus trotz mancher Rückschläge in eine habitualisierte Praxis der Demokratie der Bundesrepublik eingegangen. Auch deshalb kann hinter den mühsam erstrittenen Konsens nicht mehr zurückgegangen werden, dass zur Stabilisierung der demokratischen Praxis die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur im Sinne des „Bewusstseins einer Gefährdung"[100] stets aufs Neue zu vergegenwärtigen sind. Doch reicht dies aus?

Nicht nur die Intuition legt nahe, dass sich dieser Habitus, der vor allem auf Praktiken alltäglicher Erfahrung und Einübung beruht, erinnerungskulturell schwerlich nur *ex negativo* stabilisieren und in belastbare „Geltungsgeschichten" übersetzen lässt. Denn jenes „Nie wieder", das uns das „negative Gedächtnis" so nachdrücklich in Erinnerung ruft, droht dann ins Leere zu laufen, wenn die demokratische Ordnung nicht mehr durch die „großen Gesänge" des 20. Jahrhunderts,[101] also durch Faschismus, Nationalsozialismus oder Kommunismus, sondern auf andere Weise, etwa ökonomisch, technologisch oder durch religiöse Fundamentalismen, herausgefordert und in ihrem normativen Gehalt gefährdet wird. Auch aus diesem Grund bedarf die Erinnerungskultur der Bundesrepublik

[98] Vgl. Mark Rüdiger, „Goldene 50er" oder „Bleierne Zeit"? Geschichtsbilder der 50er Jahre im Fernsehen der BRD, 1959–1989, Bielefeld 2014. Ich danke Frank Bösch für diesen Hinweis. Ferner vgl. Cordia Baumann, Mythos RAF. Literarische und filmische Mythentradierung von Bölls „Katharina Blum" bis zum „Baader-Meinhof-Komplex", Paderborn 2012; Julia Schumacher, Filmgeschichte als Diskursgeschichte. Die RAF im deutschen Spielfilm, Berlin 2011, und Bösch, Film.

[99] Vgl. Anm. 23.

[100] Reemtsma, Gedenkstätten, S. 9.

[101] Vgl. Gerd Koenen, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-Tung – Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. ²1992.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer stärkeren Akzentuierung der Demokratiegeschichte – mit allen ihren Ambivalenzen.

Solche Überlegungen hat Herfried Münkler weiter zugespitzt: Demokratien bedürften in besonderem Maß politischer Mythen, weil sie auf die Zustimmung, Folgebereitschaft und den Legitimitätsglauben ihrer Bürger angewiesen seien. Vor allem aber verfügten die Bewirtschafter politischer Mythen über die „Revitalisierungsreserven der politischen Gemeinschaft", die insbesondere dann vonnöten seien, wenn die Bewältigung krisenhafter Herausforderungen auf der Tagesordnung stehe. Münkler zielte auf die orientierende und mobilisierende Funktion von „Rahmenerzählungen" ab, die im Mythos verdichtet würden; mit kaum überhörbarem Bedauern konstatierte er für die Bundesrepublik eine „Unterdeckung" der Politik mit politischen Mythen, was sich für die Berliner Republik zusehends als „Handlungserschwernis" erweise.[102] Sind also nicht nur die Diktaturen, sondern auch die Demokratien des Westens, die sich als Systeme rationaler Herrschaft verstehen, auf politische Mythen angewiesen?

Hält man sich die Erfahrungen vor Augen, die Deutschland im 20. Jahrhundert mit der Mobilisierung politischer Mythen gemacht hat, so scheint bei einer vorwiegend funktionalen Begründung des Mythenbedarfs Vorsicht geboten. Denn indem sich der Mythos als eine Sonderform der Legitimationsgeschichte dadurch auszeichnet, dass er sich dem Argument, der Begründung und der Diskussion nachgerade per Definition entzieht und stattdessen an Emotionen und an Glauben appelliert,[103] macht er sich „unbefragbar".[104] Da er Komplexität radikal reduziert, Kontingenz gänzlich wegerzählt, Bindungen vereindeutigt und Ambivalenzen nicht erträgt, eignet der Mythos sich schwerlich zum Kompass politischen Handelns in einer Welt, deren Komplexität es zu begreifen statt wegzuerzählen gilt.

Unter den erinnerungskulturellen Formen der Deutung und Aneignung von Vergangenheit bildet der Mythos allerdings nur einen Spezialfall. Würde man die Kategorie des Mythos durch den weniger eingängigen, aber treffenderen Begriff „Geltungsgeschichten" ersetzen,[105] ergäbe sich daraus ein Argument für die *normative* These, dass die Demokratie in Deutschland gut daran täte, ihr historisches Selbstverständnis auch auf dem Feld der Erinnerungskultur vermehrt in solche Erzählungen aufzulösen, die den schwierigen demokratischen Lernprozess selbst

[102] Herfried Münkler, Die Logik des Mythos. Eine kleine politische Mythengeschichte der Bundesrepublik, in: Ästhetik & Kommunikation 36 (2005), S. 61–71, hier S. 67 u. S. 64. Vgl. des Weiteren ders., Deutsche und ihre Mythen, S. 9–30 u. S. 455–490.

[103] Vgl. Matthias Waechter, Mythos, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010; URL: www.docupedia.de/zg/Mythos [18. 6. 2015].

[104] Hans Blumenberg, Arbeit am Mythos, Frankfurt a. M. 1979, S. 143.

[105] Vgl. Gert Melville/Hans Vorländer (Hrsg.), Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen, Köln/Weimar/Wien 2002. Betrachtet man Münklers Beispiele zur jüngeren Zeitgeschichte, so wird deutlich, dass er nicht politische Mythen im engeren Sinn vor Augen hat, sondern „Erinnerungsorte" – ein Begriff, der kommunikativ allerdings ähnlich verschlissen ist wie der des Mythos; vgl. Münkler, Logik des Mythos.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

thematisieren.[106] Solche Erzählungen können Kontingenz und Komplexität – etwa die NS-Geschichte und ihre Nachwirkungen – integrieren, ohne sie kurzerhand wegzuarbeiten; sie sind befragbar und kritisierbar, und vor allem fordern sie Gegenerzählungen heraus.[107] Anders als der Mythos, der sich für Argumente nicht interessiert, beanspruchen „Geltungsgeschichten" Geltung nur, solange sie nicht offenkundig und öffentlich widerlegt sind: Es macht einen Unterschied, ob man den VW-Käfer zur Ikone des Mythos vom „Wirtschaftswunder" verklärt oder ob man das „Wirtschaftswunder" samt seiner Ikone als Teil einer immerhin kritisierbaren „Geltungsgeschichte" erzählt, die hinter das Jahr 1945 zurückreicht.[108]

VI. Demokratieerinnerung und „negatives Gedächtnis"

Das neue Demokratieinteresse gewinnt seine eigentümliche Attraktivität aus der Möglichkeit, die Geschichte der Demokratie in Deutschland auf mehrfache Weise zu erzählen und zu erinnern: Als Geschichte eines spektakulären Scheiterns mit den bekannten Folgen, aus dem in der „lernenden Demokratie" der Bundesrepublik[109] *a la longue* einige offenbar richtige Schlüsse gezogen wurden; als Erfolgsgeschichte demokratischer Stabilität und ökonomischer Prosperität; als Geschichte von Krisen und deren stets prekärer Bewältigung; als Modernisierungsgeschichte im Sinne einer fortwährenden Liberalisierung der Gesellschaft und eine Erweiterung von Partizipationschancen; als Geschichte der Diktaturüberwindung als Folge einer „Friedlichen Revolution"[110] – und schließlich als Geschichte einer sukzessiven, konfliktgeladenen Lösung von jenen nationalen Dispositionen, die Auschwitz möglich gemacht hatten.[111] Indem die neue Meistererzählung der Demokratie solche Deutungsangebote integriert, vermag sie sich auf unterschiedliche generationelle und biografische Erfahrungen zu beziehen und eine entsprechende Wirkung zu entfalten. Der Preis, den man für diese Meistererzählung zu zahlen hat, besteht in der systematischen Unterbelichtung

[106] Vgl. Nolte, Was ist Demokratie, S. 284–368.

[107] Vgl. Gerhard Schönrich/Ulrich Baltzer, Die Geltung von Geltungsgeschichten, in: Melville/Vorländer (Hrsg.), Geltungsgeschichten, S. 1–26, hier S. 24–26, und Hans Vorländer/Gerd Melville, Geltungsgeschichten und Institutionengeltung. Einleitende Aspekte, in: Ebenda, S. IX-XV.

[108] Vgl. Bernhard Rieger, The People's Car. A Global History of the Volkswagen Beetle, Cambridge/London 2013; Neil MacGregor, Deutschland. Erinnerungen einer Nation, München 2015, S. 387–394, und Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München ²2011.

[109] Vgl. Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999.

[110] Vgl. Klinge, 1989 und wir, S. 167–310.

[111] Vgl. Axel Schildt, Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44 (1999), S. 1234–1244; Wolfrum, Geglückte Demokratie, S. 11–19, und Nolte, Was ist Demokratie, S. 16–20.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Phänomenen, die als „Belastungsgeschichte" mit dem demokratischen Erfolgsnarrativ nur schwer in Einklang zu bringen sind.[112]

Entgegen den Postulaten der neueren zeitgeschichtlichen Forschung kommt die Meistererzählung in der Regel mit einem verblüffend geringen Maß an transnationalen Bezügen aus,[113] die allenfalls auf dem Feld der Populärkultur eine größere Rolle spielen. Die Meistererzählung bleibt also noch immer – fast möchte man sagen: per Definition – eng an den Rahmen der Nationalgeschichte gebunden[114] – ein Merkmal, das sie mit der Praxis der Gedenkstätten an die Opfer der Diktaturen mutmaßlich teilt. Andererseits haben die eingangs vorgestellten Analysen aus dem Haus der Geschichte und dem Zeitgeschichtlichen Forum gezeigt, dass die Meistererzählung ihre Durchschlagskraft nicht zuletzt einigen eher *formalen* Anleihen bei Deutungs- und Erzählmodellen US-amerikanischer oder französischer Provenienz verdankt. Die behutsame Sakralisierung der Verfassung im Bonner Haus der Geschichte oder die revolutionäre Romanze, die das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig über das Ende der DDR erzählt, wären Beispiele hierfür. Ferner fällt auf, dass die Meistererzählung der Demokratie weitgehend auf die Zeit nach 1945 und mithin auf die Geschichte der Bundesrepublik beschränkt bleibt. Zwar werden die demokratischen Potenziale der Weimarer Republik und des Kaiserreichs in der Forschung stärker akzentuiert als etwa noch vor 30 Jahren, doch vermag die Meistererzählung diese Perioden nicht schlüssig in ihr Narrativ zu integrieren. Im Gegenteil: Während die Weimarer Republik ihre einstmals so populäre erinnerungspolitische Funktion als warnendes Exempel des Demokratieversagens nach 1990 rasant eingebüßt hat, haben ihre neueren Interpretationen als Laboratorium der Moderne oder als Experimentierfeld vorausweisender demokratischer Ideen in den öffentlichen Erinnerungshaushalt noch kaum Eingang gefunden.[115] Manches spricht freilich dafür, dass die „Lehren aus Weimar"

[112] Schildt, Fünf Möglichkeiten, S. 1240. Hierzu gehören z. B. die Praxis der Post- und Fernmeldeüberwachung während des Kalten Kriegs, die Zustände in der Jugend- und Behindertenpflege oder Prozesse der Entliberalisierung in der Einstellungspraxis des Öffentlichen Dienstes; vgl. Josef Foschepoth, Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen [4]2014; Margret Kraul u. a., Zwischen Verwahrung und Förderung. Heimerziehung in Niedersachsen 1945–1975, Opladen/Berlin/Toronto 2012; Dominik Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, und Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.

[113] Eine Ausnahme bildet Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, 4 Bde., München 2009–2015.

[114] Dies ließe sich auch an den neueren historiografischen Synthesen demonstrieren; vgl. Jarausch/Sabrow, Meistererzählung, in: Dies. (Hrsg.), Historische Meistererzählung.

[115] Vgl. z. B. die in Anm. 85 genannte Literatur sowie Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987; Müller, Weltkrieg; Andreas Wirsching, Vom „Lehrstück Weimar" zum Lehrstück Holocaust?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–3/2012, S. 9–14; Christoph Thonfeldt, Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik und die Klassische Moderne in der gegenwärtigen Forschung, in: Historische Zeitschrift 302 (2016), S. 390–420, und dagegen Elke Seefried, Die Krise der Weimarer Demokratie. Analogien zur Gegenwart?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–42/2016, S. 18–23.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

im Zeichen des neuen Rechtspopulismus und die Debatte um die Krise der Repräsentation wieder an Aktualität gewinnen werden.

Sehr verallgemeinernd könnte man folglich in Deutschland von einer dreidimensionalen Erinnerung sprechen, die sich zwischen den Referenzpunkten zweier sehr unterschiedlicher Diktaturen und der Demokratie seit 1945 beziehungsweise seit 1989/90 bewegt. Dabei kommt die Demokratieerinnerung nicht als Gegenerzählung zu den etablierten Diktaturgedächtnissen daher. Vielmehr liegt eine Eigentümlichkeit der neuen Meistererzählung gerade darin, dass sie die Erinnerung an die beiden Diktaturen in eine demokratische Erfolgsgeschichte der Diktaturbewältigung zu integrieren weiß.[116] Dass die Meistererzählung der Demokratie nach 1945 die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit relativieren oder überschreiben würde, kann man zumindest für die Gegenwart nicht behaupten, eher gilt dies wohl für die ebenso fragmentierten wie zunehmend marginalisierten Gedächtnismilieus der ehemaligen DDR.[117] Diktaturgedächtnis und Demokratieerinnerung markieren also keine Gegensätze, sie verhalten sich auch nicht symmetrisch zueinander.

„Negatives Gedächtnis" und Demokratiegedächtnis unterscheiden sich nämlich markant, und zwar strukturell ebenso wie in ihrer Genese. Der – formal gesehen – augenfälligste Unterschied besteht darin, dass die Katastrophen, an die das „negative Gedächtnis" erinnert, bei allen Fernwirkungen abgeschlossen hinter uns zu liegen scheinen und somit aus einer gewissen Distanz heraus vergegenwärtigt werden können. Das Demokratiegedächtnis hingegen bezieht sich auf eine Form politischer Herrschaft, die unstrittig andauert. Andererseits war die Demokratie in Deutschland nicht nur in den vergangenen 150 Jahren, sondern auch bereits seit 1945 einem dramatischen Wandel unterworfen, über den die Konstanz des institutionellen Arrangements nur hinwegtäuscht: Auf die elementare Historizität der Demokratie hat zuletzt John Keane mit Nachdruck hingewiesen.[118] So ist es längst ein Gemeinplatz, dass sich die Bundesrepublik seit den 1980er Jahren, spätestens jedoch mit dem Fall der Mauer selbst historisiert und dem Betrachter in der Rückschau bemerkenswerte Alteritätserfahrungen erschließt.[119] Umgekehrt ist unbestritten, dass die Nachwirkungen der NS-Zeit mit der Geschichte der Demokratie in Deutschland bis in die Gegenwart hinein untrennbar verflochten sind. Der zunächst so deutlich hervortretende formale Unterschied entpuppt sich also nur als relativer.

In ihrer Genese sind die Unterschiede zwischen „negativem Gedächtnis" und Demokratiegedächtnis eindeutiger. So wurde die Etablierung des „negativen Gedächtnisses" in der Bundesrepublik über Jahrzehnte hin von kritischen Minderheiten gegen vielfache Widerstände erkämpft, bis es um die Jahrtausendwende

[116] Vgl. Konrad H. Jarausch, After Hitler. Recivilizing Germans, 1945–1995, Oxford 2008.
[117] Vgl. Martin Sabrow, Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 11–27.
[118] Vgl. John Keane, The Live and Death of Democracy, London 2009, S. 876.
[119] Vgl. Ralph Bollmann, Das ferne Land. Zur Historisierung der alten Bundesrepublik, in: Merkur 69 (2015), S. 17–28. Eine solche Historisierung scheint zumal als Widerlager gegen die neueren Tendenzen zu einer regressiven Verklärung der alten Bundesrepublik geboten.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gleichsam staatlich approbiert wurde: Erst mit seiner 1999 entwickelten und 2008 fortgeschriebenen Gedenkstättenkonzeption hat der Bund die Erinnerung an das von den beiden deutschen Diktaturen begangene Unrecht auf seine kulturpolitische Agenda gebracht.[120] Das Demokratiegedächtnis hingegen speiste sich von vornherein vornehmlich aus Initiativen staatlicher Geschichtspolitik „von oben"; die Angebote der entsprechenden Institutionen werden zwar gerne und eher geräuschlos angenommen, verdanken sich aber – ganz im Unterschied etwa zu den NS-Gedenkstätten – selten bürgerschaftlichem Engagement. Zudem hat sich das „negative Gedächtnis" in Schüben und entlang spektakulärer Erinnerungskonflikte entwickelt, während sich Skandalträchtigkeit und Konfliktpotenzial des Demokratiegedächtnisses – wohl zu dessen Nachteil – bislang in engen Grenzen hielten.

Während dem „negativen Gedächtnis" die markanten Gedächtnisikonen des Täters und des Opfers sowie, weniger ausgeprägt, des Mitläufers zur Verfügung stehen, hat das Demokratiegedächtnis bislang keine entsprechend memorierbaren Modelle ausgebildet: Im Gedächtnistheater bleiben die Rollen des demokratischen Helden oder des Märtyrers der Demokratie einstweilen unbesetzt. Hatte Sidney Hook, ein Schüler des Philosophen John Dewey, 1943 in seinem weit rezipierten Buch „The Hero in History" noch den Versuch einer essentialistischen Bestimmung des „Helden in der Demokratie" unternommen,[121] so kann in postheroischen Zeiten ein demokratischer „Held" bestenfalls als eine psychosoziale Konstruktion gelten, die eine Grenze zwischen dem Alltäglichen und dem Außerordentlichen definiert und ansonsten bestimmte Bedürfnisse bedient: Was ein Held uns bedeute, so Jan Philipp Reemtsma, hänge „an unseren narzisstischen Bedürfnissen und unseren zivilisatorischen Präferenzen".[122] Dies gilt auch für die säkularisierte Figur des Märtyrers. Immerhin hat noch niemand die Frage gestellt, in welchem Maß die öffentliche Erinnerung an Demokratie in Deutschland auf Persönlichkeiten rekurriert, die nach dem Urteil einer maßgeblichen Mehrheit der Nachlebenden unter Inkaufnahme erheblichen Risikos Außerordentliches für die Demokratie geleistet haben und darüber, willentlich oder nicht, zu Opfern der Verhältnisse geworden sind. Es dürfte kein Zufall sein, dass etwa die „Märzgefallenen" der Revolution von 1848/49, dass Ebert, Rosa Luxemburg und

[120] Vgl. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569, 27. 7. 1999, und Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/9875, 19. 6. 2008.

[121] Vgl. Sidney Hook, The Hero in History. A Study in Limitation and Possibility, New York 1943, S. 229–245. Die deutsche Ausgabe erschien 1951 unter dem Titel „Der Held in der Geschichte. Eine Untersuchung seiner Grenzen und Möglichkeiten".

[122] Jan Philipp Reemtsma, Der Held, das Ich und das Wir, in: Mittelweg 36 18 (2009), S. 41–64, hier S. 64. Vgl. auch den instruktiven Forschungsbericht von Ralf von den Hoff u. a., Das Heroische in der neueren kulturhistorischen Forschung. Ein kritischer Bericht, in: H-SozKult, 28. 7. 2015; URL: www.hsozkult.de/searching/id/forschungsberichte-2216?title=das-heroische-in-der-neueren-kulturhistorischen-forschung-ein-kritischer-bericht&q=Das%20Heroische%20in%20der%20neueren%20kulturhistorischen%20Forschung&sort=&fq=&total=3&recno=3&subType=fdl [25. 1. 2017].

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Karl Liebknecht wie auch Matthias Erzberger und Walther Rathenau in der öffentlichen Erinnerung eine gewisse Prominenz genießen.

Solche Überlegungen stehen freilich auf noch ungesichertem Fundament, denn die empirische Vermessung des weiten Felds der Erinnerungskultur in Deutschland lässt durchaus zu wünschen übrig. Anders ist das jüngere „Unbehagen an der Erinnerungskultur" kaum zu erklären, das sowohl das wachsende Interesse an den Tätern als auch die mittlerweile etablierten Muster des Erinnerns an Demokratie übersieht. Wer wissen will, wo und auf welche Weise an Diktatur und Demokratie, an Opfer, Täter und Demokraten erinnert wird, bleibt weitgehend auf die naturgemäß wenig spezifischen Informationen verdienstvoller Kompendien[123] oder auf die oft idealisierten Selbstbilder verwiesen, wie sie in Museums- und Gedenkstättenführern geboten werden. Die empirische Vermessung der Erinnerungskultur müsste Kategorien der Zeitgeschichtsforschung, der Gedächtnisforschung und der Museums- und Ausstellungsanalyse miteinander verknüpfen und daraus Fragestellungen für eine systematisch vergleichende Analyse etwa der Museums- und Gedenkstättenlandschaft entwickeln. Für die Erinnerung an die deutschen Diktaturen liegen einige solcher Arbeiten vor,[124] die Demokratieerinnerung hingegen ist ein weitgehend brachliegendes Feld.[125] Wenn die hier entwickelte These zutrifft, dass die Diktatur- und Demokratieerinnerung hierzulande eng miteinander verflochten sind, käme es darauf an, die Ergebnisse zu den beiden Diktaturgedächtnissen mit denen zum Demokratiegedächtnis aufeinander zu beziehen.

Nach einer Ära, die sich – vor allem in der Theorie – die Dekonstruktion der großen Erzählungen auf die Fahnen geschrieben hatte, mag man sich wundern, mit welcher Eindringlichkeit die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland historiografisch – etwa in den neueren Synthesen –, aber auch erinnerungskulturell – vor allem im Bonner Haus der Geschichte – an Akzeptanz gewinnt.[126] Die Meistererzählung, die insbesondere auf die Erlösungs-, Erfüllungs- und Ankunftsgeschichte der Bundesrepublik abhebt, mag einer kritischen Zeitgeschichtsforschung wahlweise zum Ärgernis oder Gegenstand dekonstruktivistischer Bemühungen geraten. Erinnerungskulturell stellen solche Meistererzählungen indessen wirkmächtige Deutungsmuster mit erheblicher Integrationskraft dar, die in freien Gesellschaften stets zu Gegenerzählungen, hier etwa dem Postdemokratie-Diskurs, herausfordern. Manches spricht dafür, dass komplexe Gesellschaften im Zeichen postsouveräner Staatlichkeit und globaler Krisen auf kulturelle Stabilisierungsmuster dieser Art stärker angewiesen sind als noch im ausgehenden 20. Jahrhundert.

[123] Vgl. die beiden Bände „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation", verfügbar als pdf auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/33973/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus [25.1.2017]; Kaminsky (Hrsg.), Orte des Erinnerns, und Peter Steinbach u.a. (Hrsg.), Entrechtet, verfolgt, vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016.

[124] Vgl. Lutz, Vermittlungsanspruch; Geißler, Individuum, und Klinge, 1989 und wir.

[125] Vgl. bislang nur Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), Erinnern.

[126] Vgl. Fulda, Formen.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Konfrontiert mit zahlreichen politischen und ökonomischen Problemen, schlug die Sowjetische Militäradministration in Deutschland nach den Landtagswahlen und Regierungsbildungen in der Sowjetischen Besatzungszone um die Jahreswende 1946/47 einen Kurs interner Reformen ein, um ihr Image und das Verhältnis zur deutschen Seite zu verbessern. Jürgen John und Elke Scherstjanoi präsentieren Schlüsseldokumente zu einer Besprechung am 10. Januar 1947 in Weimar, bei der der sowjetische Verwaltungschef Thüringens, Ivan S. Kolesničenko, die ihm unterstellten Besatzungsoffiziere auf die neuen Aufgaben einschwor.

Jürgen John und Elke Scherstjanoi

„Perestrojka" in der sowjetischen Besatzungspolitik 1947

Schlüsseldokumente zum Umbau der Militäradministration

I. Umbau

Die nachstehend erstmals veröffentlichten Dokumente[1] belegen einen bisher weitgehend unbekannten internen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Sie verweisen auf eine Phase des Übergangs vom militärisch zum politisch organisierten (freilich militärisch gesicherten) Besatzungsregime, die Ende 1946 einsetzte und sich mit den deutschlandpolitischen Weichenstellungen des Jahrs 1947 überschnitt. Dabei ging es um Erhebliches: um ein anderes Verhältnis zur deutschen Seite und eine entsprechend umgestaltete Besatzungspolitik, um andere Verhaltensweisen und neue Organisationsformen, nachdem die Landtagswahlen in der

[1] Die bislang unveröffentlichten Quellen – der am 14. 1. 1947 an den Obersten Chef der SMAD geschickte Vortrag des Verwaltungschefs der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen (SMATh), Ivan S. Kolesničenko, vom 10. 1. 1947, das Begleitschreiben vom 14. 1. 1947 und die am 10. 1. 1947 gehaltenen Diskussionsbeiträge – stammen aus dem Moskauer Staatsarchiv der Russischen Föderation (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, künftig: GARF), f. (Bestand) 7184 / op. (Findbuch) 1 / d. (Akte) 19, Bl. 6r-39r. Sie sind in den im Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), Bestand Z 47 F, verfilmt vorliegenden SMAD-Akten zugänglich. Zum GARF und seinen SMAD-Akten vgl. die Beiträge bei Detlev Brunner/Elke Scherstjanoi (Hrsg.), Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne, München 2015. Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 106–110, hat die Tagung vom 10. 1. 1947 anhand einer – nicht mehr nachweisbaren – Doppelüberlieferung im Archiv des russischen Außenministeriums (Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii; künftig: AVPRF) beschrieben (vgl. Anm. 54), aber eher als taktisches Manöver, das echte besatzungspolitische Änderungen weder beabsichtigte noch bewirkte – eine u. E. nicht haltbare Interpretation. Auf Creuzbergers Dokumentenbeschreibung bezieht sich Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004, S. 80–94. Er spricht von „begrenzter ‚Perestrojka'", „Wandel sowjetisch-deutscher Arbeitsbeziehungen" und „Methodenwechsel".

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0024

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Voraussetzungen für eine legitimierte deutsche Staatlichkeit geschaffen hatten. Es ging – kurz gesagt und von den Akteuren auch so formuliert – um eine „Perestrojka" der Prinzipien, Methoden und Strukturen der Besatzungsherrschaft. Deshalb ist der später durch Michail Gorbatschows Politik so prominent gewordene Begriff „Perestrojka" („Umbau") auch als Leitbegriff für die hier dokumentierten Vorgänge geeignet. Der Partei- und Staatschef Gorbatschow wollte unter dieser Losung in den 1980er Jahren den sowjetischen Staatssozialismus reformieren. Anfang 1947 sprach man in der SMAD von einem „Umbau" der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland.

II. Die Weimarer SMATh-Beratung vom 10. Januar 1947

Zu diesem Zweck beorderte der Verwaltungschef der SMAD für das Land Thüringen (SMATh), Ivan S. Kolesničenko,[2] am 10. Januar 1947 Besatzungsoffiziere seines Zuständigkeitsbereichs zu einer Beratung an den SMATh-Sitz Weimar. Das geschah kurzfristig, nachdem er am 27. Dezember 1946 telegrafisch aus Berlin eine Direktive des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Vasilij D. Sokolovskij, zum Umbau der Besatzungspolitik erhalten hatte.[3] Es gehe dabei, betonte Kolesničenko, nicht um Details, sondern um grundsätzliche Fragen, um die „allgemeinen Prinzipien unserer Besatzungspolitik und unserer Beziehungen zu den deutschen Machtorganen". Man brauche ein besseres Verhältnis zur deutschen Seite, eine „Veränderung des Arbeitsstils" nach dem Prinzip: Kontrolle statt Intervention. Die Zeit des bloßen Kommandierens sei vorbei. Die Besatzungsmacht stehe vor der Alternative, entweder die „inneren demokratischen Kräfte" auf deutscher Seite „freizusetzen" oder sie weiter zu bremsen und das politische System der SBZ „bis zum letzten Tag der Besatzung mit den Bajonetten [zu stützen]". Denn die Besetzung werde länger dauern als zunächst beabsichtigt. Man müsse deutschen Instanzen und Parteien deshalb mehr Initiative einräumen und sie nicht „bevormunden". Das gelte auch und gerade für die „geistig" noch lange nicht vereinigte, viel zu stark sozialdemokratisch geprägte SED, die Kolesničenko

[2] Garde-Generalmajor Ivan S. Kolesničenko (1907–1984) war von 1945 bis 1949 Stellvertreter für Zivilangelegenheiten der SMATh und nach Auflösung der SMAD 1949/50 kommissarischer Beauftragter der Sowjetischen Kontrollkommission für Thüringen (vgl. auch Anm. 25). Er leitete in Personalunion als Verwaltungschef den inneren Apparat der SMATh und war so ihr eigentlicher politischer Kopf. Nomineller SMATh-Chef und Kommandeur der im Thüringer Raum stationierten 8. Armee war von 1946 bis 1949 der – im Gegensatz zu seinem Vorgänger (1945/46) Armeegeneral Vasilij I. Čujkov – wenig bekannte Generaloberst Ivan V. Boldin. Das Bild auf S. 394 zeigt Kolesničenko (rechts) mit dem Thüringer Landespräsidenten Rudolf Paul (links; vgl. auch Anm. 95) bei der Eröffnung einer Brücke in Weimar im Juli 1946; Bildnachweis: Land Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: LATh-HStA Weimar), Fotosammlung, Foto Ernst Schäfer, KBN Ordner 20, Blatt 20 Streifen 7 Nr. 1.

[3] Diese Direktive 7051/III erwähnte Kolesničenko im hier abgedruckten Schreiben, mit dem er am 14. 1. 1947 seinen Vortrag an Marschall Vasilij D. Sokolovskij schickte. Im Vortrag selbst ist von einem Telegramm die Rede. Beides (wohl identisch) konnte bislang nicht ermittelt werden. Ob die Verwaltungschefs anderer Länder-SMA in ähnlicher Weise auf die Direktive reagierten, ist noch nicht geklärt, eine vergleichbare Beratung bisher nicht nachgewiesen.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit harschen Worten kritisierte. Die Besatzungsmacht habe alles getan, um der SED den Sieg bei den Wahlen 1946 zu sichern. Nun verfalle die SED in „politische Passivität“ und unternehme wenig, um ihr Negativimage einer „von Moskau und den Kommandanturen gelenkten russischen Partei“ loszuwerden. Die Art, wie einzelne Besatzungsorgane und Kommandanturen sie oft gängelten, leiste dem Vorschub. Als Beleg verlas Kolesničenko ein Schreiben der Thüringer SED-Landesvorsitzenden Werner Eggerath (ehemals KPD) und Heinrich Hoffmann (ehemals SPD) vom 6. Januar 1947 über die verschlechterten „Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke“ im vollen Wortlaut der russischen Übersetzung.[4]

Kolesničenko verlangte rasche Maßnahmen von den Versammelten und listete die besonders akuten Aufgaben vor allem für den Wirtschaftsbereich auf. In der anschließenden Debatte[5] pflichtete der SMAD-Vertreter Generaloberst Ivan A. Serov[6] dem skizzierten „Perestrojka“-Programm bei, riet aber zu schrittweisem Vorgehen. Denn es werde den Kommandanten sicher schwer fallen, „von alten Gewohnheiten zu lassen“. Das zeigte schon diese Debatte. Die Kommandantur-Vertreter betonten vor allem die Schwierigkeiten. Während einige von ihnen ihre bisherigen Kommandomethoden verteidigten, stellten sich die anwesenden Offiziere der SMATh, etwa der Leiter ihrer Wirtschaftsabteilung, uneingeschränkt hinter das „Perestrojka“-Programm. Ein Mitarbeiter des Sektors Volksbildung empörte sich über Politoffiziere, die instinktlos sowjetische Maßstäbe gegenüber deutschen Instanzen anlegten. Die Debatte lieferte so ein Spiegelbild besatzungspolitischer Probleme und Vorbehalte gegen einen neuen Kurs. Nach der Weimarer Tagung schickte Kolesničenko den Text seines Vortrags am 14. Januar 1947 an Sokolovskij, der ihn vervielfältigen und am 24. Januar 1947 den anderen SMA-Verwaltungschefs als Handhabe mit Weisungscharakter zustellen ließ.[7]

[4] Das Schreiben vom 6. 1. 1947 ist als Anlage eines Schreibens Heinrich Hoffmanns an die zonalen SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck vom 20. 5. 1947 überliefert; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 54r-62r. Es wurde – ohne Kontextbezug – von Jan Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin/München/Boston 2015, veröffentlicht. Hoffmann notierte am 20. 5. 1947, das Schreiben vom 6. 1. 1947 habe Kolesničenko veranlasst, die Beratung am 10. 1. 1947 einzuberufen (vgl. Anm. 75 und 115).

[5] Von der dem Vortrag Kolesničenkos folgenden Debatte wird hier nur Serovs Beitrag abgedruckt; vgl. Anm. 141.

[6] Serov war Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilangelegenheiten, zuständig für die Kommandanturen, und Bevollmächtigter des sowjetischen Innenministeriums. Seine unlängst entdeckten geheimen Tagebuchaufzeichnungen gehen auf die SMATh-Tagung am 10. 1. 1947 nicht ein; vgl. Ivan Serov, Zapiski iz čemodana. Tajnye dnevniki pervogo predsedatelja KGB, najdennye čerez 25 let posle ego smerti (Aufzeichnungen aus dem Koffer. Die geheimen Tagebücher des ersten Vorsitzenden des KGB, aufgefunden 25 Jahre nach seinem Tod), hrsg. und kommentiert von Aleksandr Chinštejn, Moskau 2016. Im Februar 1947 wurde Serovs Versetzungsgesuch zurück nach Moskau entsprochen.

[7] Vgl. Anm. 57.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Besatzungspolitischer Kontext

Ganz offensichtlich war Kolesničenkos Vortrag mit der SMAD-Spitze abgestimmt. Er fiel nicht zufällig in eine Zeit sowjetischer Suche nach Auswegen aus einer deutschland-, besatzungs- und wirtschaftspolitisch schwierigen Situation mit heftigen internen Richtungskämpfen und Debatten. Das belastete die sowjetischen Positionen im interalliierten Interessenkonflikt und das Bemühen, trotz amerikanisch-britischer Bizonen-Gründung (1.1.1947) und wachsender Spannungen Kompromisse in der Reparations- und Friedensvertrags-Frage zu finden. Die Probleme spitzten sich um die Jahreswende und vor der Moskauer alliierten Außenministerkonferenz (10.3.–24.4.1947) zu, zu deren Vorbereitung Sonderbeauftragte in London verhandelten (14.1.–25.2.1947) und die SED-Führung mit der Sowjetführung um Stalin in Moskau zusammentraf (30.1.–7.2.1947). Kolesničenkos Vortrag am 10. Januar 1947 markiert so einen Zeitpunkt, zu dem sich in der SMAD die Einsicht durchsetzte, bei schwieriger, durch den „Katastrophenwinter" 1946/47[8] erheblich verschärfter Gesamtlage und absehbar längerer Besatzungsdauer ein effektives Wirtschaften, mehr Engagement auf deutscher Seite und ein entspanntes Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzen erreichen zu müssen.

Wie die gesamte sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik[9] sind auch die Vorgänge um die Jahreswende 1946/47 historiografisch umstritten[10] und bei weitem noch nicht in allen Details bekannt. In den 1990er Jahren litt die Forschung bei noch wenig erschlossenen sowjetischen Quellen unter der Schwierigkeit, die internen Aushandlungs-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse und die Interaktionen mit deutschen Instanzen zu erfassen. Das verleitete oft zu empirisch kaum gedeckten Vermutungen oder Fehlurteilen. Mittlerweile hat sich die Forschungslandschaft durch mehrere Quelleneditionen, Monografien und Nachschlagewerke gründlich verändert.[11] Für den hier in Rede stehenden Zeit-

[8] Vgl. Alexander Häusser/Gordian Maugg, Hungerwinter. Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47, Berlin 2009.

[9] Vgl. aus der einschlägigen Literatur mit teils konträren Positionen Wilfried Loth (Hrsg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994; Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997; Michael Lemke (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999; Rolf Badstübner, Vom „Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Jürgen Zarusky (Hrsg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006; Gerhard Wettig, Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953, Lanham u.a. 2008, und Jochen Laufer, Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–1945, Berlin 2009.

[10] Einen Überblick über die Interpretationsgegensätze gibt Dierk Hoffmann, Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949, Darmstadt 2011, S. 19–21, S. 55–60 u. S. 63–65.

[11] Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998; Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999; ders. (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012; ders. (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen; Jochen P. Laufer/Georgij P.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

raum vermittelt die Forschung den Eindruck vielstimmiger, oft konträrer, doch zielstrebig-abwägender, ergebnisorientierter sowjetischer Meinungsbildungsprozesse. Nichts deutet darauf hin, dass deutschlandpolitisch lediglich Scheingefechte geliefert wurden, während man tatsächlich eine von langer Hand vorbereitete ostzonale Lösung betrieb. Die Moskauer Führung lotete im Vorfeld der Moskauer Konferenz vielmehr ernsthaft die Chancen für interalliierte Lösungen aus. Und die SMAD-Führung in Berlin-Karlshorst suchte nach Wegen, die Besatzungspolitik effektiv zu gestalten, um die heraufziehende wirtschaftliche Krise bewältigen und einer politischen Krise vorbeugen zu können.

Die Friedensvertrags-Frage spielte dabei für die sowjetische Seite eine maßgebliche Rolle. Stalin war sogar bereit, die SPD in der SBZ wieder zuzulassen,[12] um den interalliierten Dialog zu erleichtern, und hoffte, die Westmächte würden im Gegenzug die SED in ihren Besatzungszonen erlauben. Auch die Deutschen in der SBZ setzten große Erwartungen in die „Moskauer Friedenskonferenz", von der sie sich eine Erleichterung ihrer Lage und eine Lockerung des Reparationsregimes erhofften.[13] Hier boten sich Anknüpfungspunkte im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Gleichzeitig war allen Beteiligten klar, dass sich eine Übereinkunft in der Friedensvertrags-Frage schwierig gestalten und zeitlich hinziehen werde. Es dauere wohl noch länger als ein Jahr, beantwortete Außenminister Vjačeslav Molotov während des Moskauer Treffens mit der SED-Spitze am 31. Januar 1947 eine entsprechende Frage.[14] Und die SED-Spitze machte sich kaum Illusionen über ihre prekäre Situation. Die Lage in Deutschland sei „ernst", erklärte der SED-Kovorsitzende Otto Grotewohl bei diesem Treffen.[15] Das sah auch die SMAD-Spitze

Kynin (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 4 Bde., Berlin 2004–2012; Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven, München 2005; SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, hrsg. von Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan, bearb. von Jan Foitzik u. a., München 2009, und Nikita V. Petrov u. a. (Hrsg.), SVAG i nemeckie organy samoupravlenija 1945–1949. Sbornik dokumentov (Die SMAD und die deutschen Selbstverwaltungsorgane 1945–1949. Dokumentensammlung), Moskau 2006.

[12] Vgl. Anm. 66.

[13] Als Thüringer Beispiele vgl. den Artikel des Ministerpräsidenten Paul „Deutscher Schicksalsweg 1947", in: Abendpost. Das Blatt für Politik, Kultur und Wirtschaft für Mitteldeutschland (Weimar) vom 31. 12. 1946; den Text des Generalstaatsanwalts Friedrich Kuschnitzky (LDP) „Das Gebot der Stunde" vom 15. 1. 1947 als Teil eines politischen Lageberichts für den Ministerpräsidenten; LATh-HStA Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten (künftig: LATh-BMP), Nr. 1866, Bl. 312r u. Bl. 313r; oder den Aufruf der Jenaer Universität „Zur Moskauer Friedenskonferenz" vom 13. 2. 1947; Nachlass Richard Lange im Privatbesitz von Jürgen Lange/Köln, Ordner III, n. f.

[14] Vgl. Unterredung zwischen Stalin und der SED-Führung, 31. 1. 1947, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948, S. 136–156, hier S. 154.

[15] Aufzeichnung des Gesprächs zwischen I. V. Stalin und der SED-Delegation, 31. 1. 1947, in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 279–303, hier S. 295.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

so, die im Herbst 1946 zu nüchternen Analysen der politischen und wirtschaftlichen Lage in der SBZ kam.

Politisch bezog sie sich vor allem auf die Wahlen vom September/Oktober 1946, bei denen die SED zwar als stärkste Partei in die Parlamente einzog, aber schlechter abschnitt als erhofft. Vor allem ihr Wahlergebnis in Berlin, wo die SPD zugelassen war und 48,7 Prozent erhielt, während die SED mit 19,8 Prozent nach der CDU (22,2 Prozent) auf dem dritten Platz landete, kam einer Katastrophe gleich. Die SMAD konnte nicht übersehen, dass das öffentliche Ansehen der SED vor allem dann litt, wenn sie allzu deutlich an der Seite der Besatzungsmacht agierte und als „Russenpartei" wahrgenommen wurde. Die Demontagen, der Abtransport deutscher Spezialisten in die Sowjetunion, die schlechte Versorgungslage, der Wohnungs- und Brennstoffmangel, ausbleibende Löhne bei SMA-Auftragsbeschäftigungen fielen ebenso auf die SED zurück wie die Verhaftungspraktiken und die Willkür lokaler Besatzungsoffiziere. Wie im Vortrag Kolesničenkos vom Januar 1947 verband sich die interne SMAD-Kritik an der mangelnden „inneren Festigkeit" und Image-Politik der SED mit der Einsicht, dass die Besatzungspolitik des Rückhalts in breiteren Kreisen der Bevölkerung und auch im „bürgerlichen" Lager bedurfte, um auf festeren Füßen zu stehen.[16]

Ebenso nüchtern fiel die SMAD-Analyse der Wirtschaftslage aus. Der 1946 gewachsene SBZ-Produktionsumfang reichte bei weitem nicht aus, um den sowjetischen Bedarf und die Versorgung der Deutschen zu decken. Die anhaltenden Demontagen und die alternative Einrichtung Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) kamen einer Faustpfand-Politik zu Lasten der ostzonalen Wirtschaft gleich. So könne – hieß es in der SMAD-Denkschrift zur Wirtschaftslage (12. 12. 1949) – eine „ausgeglichene Wirtschaft [...] nicht hergestellt werden".[17] Der Aderlass der Demontagen und die bis Sommer 1947 unklaren SAG-Zuordnungs-, Lenkungs- und Planungsstrukturen gefährdeten die laufenden Reparationen und die Versorgung der Besatzungstruppen ebenso wie den wirtschaftlichen Wiederaufbau der SBZ und ihre politische Stabilität.[18]

Aus diesen Befunden zog die SMAD-Spitze drei Schlüsse: Sie verstärkte erstens ihren Widerstand gegen die rücksichtslose Demontagepolitik, hinter der vor allem das Moskauer Ministerium für Bewaffnung stand. Sie hielt es zweitens für erforderlich, den wirtschaftlichen Wiederaufbau gesamtdeutsch zu organisieren,

[16] Vgl. Bericht von Filippov, 9. 10. 1946, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3, S. 6–23; Bericht von Makuchin, 28. 10. 1946, in: Ebenda, S. 27–38, und Denkschrift des Mitglieds des Kriegsrates der SMAD an das Zentralkomitee der VKP(B) über die Lage in der SED, 3. 12. 1946, in: Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, S. 281–288.

[17] Denkschrift der SMAD über Wirtschaftsfragen in der SBZ, 12. 12. 1946, in: Ebenda, S. 289–304, hier S. 293.

[18] Zu den widersprüchlichen Zusammenhängen von Reparations-, Demontagen- und SAG-Politik und den damit verbundenen sowjetischen Kompetenz- und Richtungskämpfen vgl. aus der Fülle der Literatur Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002. Zu den erst ansatzweise untersuchten Auseinandersetzungen um die SAG-Betriebe vgl. Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, S. 310–314, S. 316–320 u. S. 329–333.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihn zonal vor allem auf die Länder und Provinzen zu stützen, deren wirtschaftspolitische Kompetenzen zu stärken und sich nicht allein auf die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen in Berlin zu verlassen.[19] Nötig sei es drittens, die Wirtschaftsplanung zu optimieren und dabei die deutsche Seite mehr einzubinden, um bei dem am 17. Oktober 1946 befohlenen „Wirtschaftsplan 1947" ein Desaster wie ein Jahr zuvor zu vermeiden.[20] Das forderten die SED-Wirtschaftsexperten schon seit geraumer Zeit und verbanden es mit dem Projekt eines Zentralen Wirtschaftsplanungsamts für die Sowjetische Besatzungszone. Die SMAD-Spitze war nun geneigt, beidem zuzustimmen,[21] hielt sich aber die gesamtdeutsche Option und dezentrale Wege auf Länderbasis zumindest bis Sommer 1947 offen.[22] Die von deutscher Seite oft als bloßes „Chaos" wahrgenommenen innersowjetischen Kompetenzkonflikte und die noch unklaren SAG-Strukturen, standen einheitlicher Wirtschaftsplanung im Wege.

Nach wie vor gab es auf sowjetischer Seite erhebliche Meinungsgegensätze über gesamtdeutsche, zonale und dezentrale Gestaltungswege. Jedenfalls war noch nichts entschieden. Eine grundlegende Veränderung der Besatzungspolitik und ein neues Verhältnis zu den Deutschen schienen aber in jedem Falle nötig zu sein. Entsprechende Überlegungen reiften um die Jahreswende 1946/47 und nahmen über die engeren wirtschafts- und planungspolitischen Fragen hinaus grundsätzlichen Charakter an. Am 17. Dezember 1946 erließ der Chef der SMAD

[19] Vgl. Denkschrift, in: Ebenda, S. 299 u. S. 303. Auch die Direktive des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD vom 13. 5. 1947 (über eine Beratung der SMAD-Propaganda-Abteilung am 29. 4. 1947) an die SMA-Verwaltungschefs zur Stärkung der Positionen der Landesregierungen gegenüber den Zentralverwaltungen und den Landtagen ist hier heranzuziehen; GARF, 7317/7/57, Bl. 32r-35r.

[20] Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 306 vom 15. u. 17. 10. 1946 zur Aufstellung des Wirtschaftsplans 1947; GARF, 7317/8/7, Bl. 298r-300r. Die mit dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 103 vom 19. 10. 1945 befohlenen Arbeiten am „Wirtschaftsplan 1946" waren damals eingestellt und seit Januar 1946 nur noch Quartalspläne befohlen worden; vgl. Marcel Boldorf, Planwirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis (= Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 3), München 2016, S. 133–216, hier S. 155–159.

[21] Vgl. Notizen Piecks zur Besprechung über Wirtschaftsfragen, 25. 10. 1946, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 85–92. Anwesend waren die Leiter der SMAD-Wirtschafts- und Außenhandels-Abteilungen Koval und Michin.

[22] Das Projekt eines Zentralen Amts für Wirtschaftsplanung unterlag 1947 mehrfachen deutschlandpolitischen Kurswechseln. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz wurde es gesamtdeutsch propagiert, im Sommer 1947 dann auf die Deutsche Wirtschaftskommission (DKW), Abteilung für Wirtschaftsfragen übertragen. Am 10. 2. 1947 erzwang die SMAD eine Vereinbarung zur Abgabe wirtschaftlicher Länderkompetenzen an die entsprechenden Zentralverwaltungen, die von der SMAD-Spitze aber erst – die deutschlandpolitische Entwicklung abwartend – mit SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. 6. 1947 zur DWK-Gründung in Kraft gesetzt wurde. Vgl. Dokumente in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 280–283 u. S. 467 f.; vgl. auch die Direktive vom 13. 5. 1947 (wie Anm. 19).

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sokolovskij die eingangs erwähnte Direktive 7051/III zum Umbau der Besatzungspolitik. Als die sowjetische Seite im Januar 1947 wirtschafts- und sozialpolitische Verbesserungen für die SBZ ankündigte,[23] waren die Kernideen einer „Perestrojka" intern bereits formuliert. In ihrem Kommentar (28. 1. 1947) zu den Fragen der SED-Führung für das Moskauer Treffen betonten Sokolovskij und sein politischer Berater Semenov, die „Ausübung reiner Kontrollfunktionen durch die SMAD wird zweifellos eines unserer nächsten Ziele sein" – freilich schrittweise. Denn man könne nicht einfach ein Verwaltungssystem ohne geeigneten Ersatz beseitigen.[24] Auch mentale und habituelle Gewohnheiten aus 20 Monaten Besatzung waren nur schwer zu überwinden.

IV. Kolesničenko und der landespolitische Kontext

In seinen Memoiren stellte sich Kolesničenko als Initiator des Weimarer Treffens dar, ohne Sokolovskijs Direktive zu erwähnen.[25] Er habe – schrieb er – in der neuen Lage nach Wahlen, Regierungsbildung und Landesverfassung „eigenverantwortlich" eine „Instruktion" (den Vortrag) erarbeitet, die Sokolovskij dann bestätigte und verteilen ließ. Dass Kolesničenko dabei eigenmächtig handelte, ist auszuschließen. Doch scheint sein Vorgehen tatsächlich singulär gewesen zu sein. Von anderen SMA-Verwaltungschefs ist bislang nichts Vergleichbares bekannt. Zudem beließ es Kolesničenko nicht bei dem Vortrag, sondern handelte nach den dargelegten Prinzipien.[26] Insgesamt vermitteln die Akten ein widersprüchliches, aber bemerkenswertes Bild von seinem Wirken. Von deutscher Seite wurde er als

[23] Sie betrafen einen Demontagestopp, die Rückgabe einiger SAG-Betriebe und die Aufstockung unterer Lebensmittelrationen. Die SED-Führung wurde ermächtigt, sie öffentlich anzukündigen; vgl. Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 98–108 (Notizen Piecks über Besprechungen mit dem Chef der SMAD und SMAD-Vertretern am 9. u. 11. 1. 1947 mit beigefügter SAG-Liste), und Neues Deutschland vom 16. 1. 1947: „Erklärung des SED-Zentralsekretariats vom 15. 1. 1947", S. 1. Der Rückgabebefehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 021 erging am 24. 1. 1947; GARF, 7317/7/43, Bl. 92r-112r.

[24] Sokolovskij und Semenov an Molotov, 28. 1. 1947, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3, S. 127–132, hier S. 131.

[25] Vgl. Anm. 57. Bislang liegen keine fundierten Forschungen über Kolesničenko und die SMATh vor. Verwiesen sei vorerst auf das Kolesničenko-Porträt in der Dissertation von Sebastian Schlegel, Zwischen zentralen Vorgaben und Pragmatismus. Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949, Jena 2012 (MS), S. 171–181, das v. a. seine biografisch-sowjetische Prägung, kaum jedoch sein Wirken als SMATh-Verwaltungschef beschreibt. Vgl. auch SMAD-Handbuch, S. 557–563.

[26] Am 14. 1. 1947 kündigte er an, die SMA werde sich künftig nicht mehr direkt in Gesetzgebungsverfahren in Thüringen einschalten; LATh-HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Justiz, Nr. 330, Bl. 120r. Er verbot den Kommandanten, in die Arbeit deutscher Gerichte einzugreifen; GARF, 7184/1/16, Bl. 12r u. Bl. 13r, Befehl Nr. 08. Am 29. 1. 1947 befahl er den SMATh-Mitarbeitern, ohne Absprachen mit den Kommandanten keine deutschen Betriebe mehr zu beauflagen oder sich in Produktionsabläufe einzumischen; GARF, 7184/1/16, Bl. 145r u. Bl. 146r, Befehl Nr. 020. Schon zuvor hatte er die Nichteinmischung in die Stromerzeugung der Elektrizitätswerke angewiesen; GARF, 7184/1/8, Bl. 187r, Befehl Nr. 0197 vom 25. 10. 1946.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

maßgeblicher politischer Kopf der SMATh wahrgenommen, an den man sich zu halten hatte, um etwas zu erreichen. Er galt als ein Besatzungsoffizier, der keineswegs nur zentrale Befehle ausführte, sondern seine Befugnisse selbstbewusst nutzte, sich auch für Landesbelange einsetzte und bestrebt war, „das Gesetz der Besatzungsmacht in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Menschlichkeit zu bringen".[27] Kirchliche Kreise schätzten ihn als verständnisvoll.[28] Bei westzonalen Gesprächspartnern hinterließ Kolesničenko meist einen positiven Eindruck.[29] Innerhalb der Militäradministration war er freilich wegen seines selbstbewussten Handelns umstritten.[30] Mehrfach zog er Angriffe und Intrigen auf sich.[31] Vor allem die Flucht des Thüringer Ministerpräsidenten Rudolf Paul in die amerikanische Besatzungszone Anfang September 1947 brachte ihn in eine höchst fatale Lage.[32]

Als ein in der stalinistischen Sowjetunion sozialisierter Offizier war Kolesničenko freilich keineswegs liberal gesinnt. Über deutsche Demokratie-Vorstellungen äußerte er sich eher abfällig.[33] Als Besatzungsoffizier sah er seine Hauptaufgabe darin, die Interessen und Auflagen der Besatzungsmacht durchzusetzen.[34] Kolesničenkos parteipolitische Haltung war zweifellos von sowjetischen Vorstellungen, einem entsprechenden „Kaderpartei"-Verständnis und von der Abnei-

[27] So Alphons Gaertner (LDP) beim Festakt zum ersten Jahrestag der Landesverwaltung am 17. 7. 1946; vgl. Thüringer Volk. Landeszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 18. 7. 1946. Gaertner war 1945 bis 1948 Präsident der Landesbank Thüringen und stellvertretender LDP- Landesvorsitzender. 1948 floh er aus der SBZ.

[28] Vgl. Christine Koch-Hallas, Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen in der SBZ und Frühzeit der DDR (1945–1961). Eine Untersuchung über Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer landeskirchlichen Identität, Leipzig 2009, S. 112–116.

[29] So beschrieb der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD) nach seinem Staatsbesuch in Thüringen (26.–30. 7. 1946) Kolesničenko als „hervorragende[n] Offizier, der sich ganz für seine Aufgabe einsetzt, aufgeschlossen jeder Anregung nachgeht und sofort auf den Kern der Sache zu sprechen kommt"; Weser-Kurier vom 7. 8. 1946: „Blick in die Ostzone".

[30] So etwa das subjektiv eingefärbte, erinnernde Urteil von Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte". Erinnerungen, hrsg. von Manfred Heinemann, Berlin 1997, S. 53: Kolesničenko habe sich selbstherrlich-partikularistisch verhalten, kaum an bürokratische Vorschriften gehalten und häufig seine Kompetenzen überschritten. Nikitin war zunächst Inspektor, 1948/49 Leiter des Hochschul- und Wissenschaftssektors der SMAD-Abteilung Volksbildung.

[31] Am 20. 9. 1947 schilderte Kolesničenko in einem Beschwerdeschreiben an den Chef der SMAD Sokolovskij und dessen Stellvertreter für politische Fragen Makarov, wie ein Abgesandter aus Berlin-Karlshorst, der mit seinen Dienstjahren bei der sowjetischen Geheimpolizei prahlte, Belastungsmaterial gegen ihn sammelte; GARF, 7184/1/19, Bl. 255r-259r.

[32] Schreiben Kolesničenkos vom 16. 9. 1947 an Sokolovskij zur Flucht Pauls; GARF, 7184/1/19, Bl. 244r-254r. Vgl. bei Petrov u. a. (Hrsg.), SVAG, S. 516–524.

[33] Man verwechsle in Deutschland wohl „Demokratie" mit „Anarchie", belehrte er am 7. 2. 1947 Ministerpräsident Paul und bot ihm an, einen Vortrag über „echte Demokratie" zu halten; LATh-HStA Weimar, LATh-BMP, Nr. 514, Bl. 165r.

[34] So bei der Absetzung der Landesdirektoren für Land- und Forstwirtschaft Max Kolter (5. 11. 1945) und Hans Lukaschek (10. 9. 1946), beide CDU; LATh-HStA Weimar, LATh-BMP, Nr. 71, Bl. 18r u. 19r, sowie Nr. 71/3, Bl. 16r-20r.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gung gegen die Sozialdemokratie[35] geprägt. Doch setzte er sich durchweg für ein besseres Verhältnis zu den Deutschen ein, bemühte sich, ihr Denken und Handeln zu verstehen, und suchte weit über das übliche Maß hinaus das Gespräch mit ihnen.[36] Das zeigte auch sein Ende November 1948 nach Moskau geschicktes Memorandum zur Besatzungspolitik – eines der bemerkenswertesten Dokumente dieser Art überhaupt.[37] Brachiale Methoden hieß Kolesničenko nie gut; auch nicht die Methoden innerparteilicher „Säuberung", mit denen die SED-Spitze seit 1948 eine „Partei neuen Typus" schuf und denen Ende 1949 die gesamte Thüringer SED-Landesleitung zum Opfer fiel.[38]

Als die beiden Thüringer SED-Landesvorsitzenden Hoffmann und Eggerath am 6. Januar 1947 ihr Schreiben an Kolesničenko richteten, standen sie bereits selbst mit dem Rücken an der Wand – wegen ihres heiklen Verhältnisses zu Ministerpräsident Paul und wegen der innerparteilichen Lage. Wie in allen Landesverbänden war das Verhältnis zwischen den ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern alles andere als harmonisch. Doch die Thüringer SED hatte besondere Probleme. Unter den früheren Sozialdemokraten gab es hier viele Anhänger Hermann Brills[39] und seines „Manifests demokratischer Sozialisten", unter den Kommunisten viele „Buchenwaldler" und einstige Angehörige kommunistischer Oppositionsgruppen (KPO, Leninbund), die allesamt der exilkommunistischen Ul-

[35] Kolesničenko sei ausgesprochen SPD-feindlich eingestellt gewesen; vgl. Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Hertbert Wehner, Köln 1966, S. 85.

[36] Regelmäßige Spitzenberatungen mit dem Landes- bzw. Ministerpräsidenten Paul 1945 bis 1947; LATh-HStA Weimar, LATh-BMP, Nr. 513 u. Nr. 514. Auch die Wortprotokolle seines Gesprächs mit dem designierten parteilosen Leiter des Thüringer Wirtschaftsstabs Günter Seeliger am 3. 6. 1946 und mit Studenten und Professoren der Jenaer Universität am 16. 4. 1947 geben darüber Auskunft; GARF, 7184/1/15a, Bl. 232r-238r, russisch, und LATh-HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Volksbildung, Nr. 3285, Bl. 67r-93r, deutsch.

[37] Darin prangerte Kolesničenko rabiate besatzungspolitische Praktiken ebenso an wie die schlechte Moral der Besatzungstruppen. Er verlangte mehr Eigenständigkeit für die SED, aber auch größere Bewegungsfreiheit für die „bürgerlichen Parteien"; vgl. Memorandum des Chefs der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen I. Kolesničenko für B. Ponomarev zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland, 29. 11. 1948, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik, S. 183–198.

[38] Vgl. Eberhart Schulz, Abkehr von innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur „Partei neuen Typus" in Thüringen 1948 bis 1951, Jena 1998, S. 42–53. Der SED-Landesvorstand wurde abgelöst, die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden – Heinrich Hoffmann (ehemals SPD) und Erich Kops (ehemals KPD) – wurden abgesetzt, Hoffmann wurde nach Mecklenburg abgeschoben und zeitweise sogar aus der SED ausgeschlossen.

[39] Hermann Brill (1895–1959) war Lehrer und sozialdemokratischer Politiker in Thüringen. Nach Berufsverbot und aktivem Widerstand gegen das NS-Regime war er von 1943 bis 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert. Dort war Brill Initiator eines Volksfront-Komitees. Nach der Befreiung wurde er Berater der US-Militärregierung in Weimar, dann in Thüringen kommissarischer Bevollmächtigter der Staatsregierung und vom 9.6. bis 16. 7. 1945 Regierungspräsident. Unter sowjetischer Besatzung war er ab Juli 1945 Vorsitzender des Bunds demokratischer Sozialisten/SPD-Landesverband Thüringen. Ab Dezember 1945 war Brill in West-Berlin und dann in Hessen, wo er von 1946 bis 1949 Chef der Staatskanzlei war.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bricht-Gruppe ein Dorn im Auge waren.[40] Zudem war der eigenwillige, aber mit Rückhalt beim SMATh-Verwaltungschef handelnde Landes- beziehungsweise – seit dem 4. Dezember 1946 – Ministerpräsident Paul in der SED höchst umstritten. Der linksbürgerlich geprägte Jurist und Politiker trat erst 1946 – zur Überraschung vieler – der SED bei. Die SED-Landesleitung beargwöhnte seinen Einsatz für rechtsstaatliche Neuordnungswege, Landeskompetenzen, Interzonenkontakte und für die deutsche Wirtschafts-, Rechts- und Bildungseinheit,[41] erst recht sein Umfeld aus parteilosen oder liberal-, christ- und sozialdemokratischen Milieus. Paul sei kein Sozialist und vertrete eine „bourgeoise Linie" in der SED.[42] Die Partei halte nur an ihm fest, weil er wegen seiner guten Beziehungen in den Westen als „wichtige politische Figur" gelte und von der Militäradministration gestützt werde.[43]

Die Konflikte zwischen Paul und der SED-Landesleitung weiteten sich um die Jahreswende 1946/47 zu einer handfesten Regierungskrise aus. Paul zog sich für mehrere Wochen von den Amtsgeschäften zurück und nahm sie erst am 8. Januar 1947 wieder auf. Kurz zuvor informierten die SED-Landesvorsitzenden am 6. Januar – am Tage ihres Schreibens an Kolesničenko – das Büro Ulbricht über ihre Differenzen mit Paul, der ein „Übergewicht" als Ministerpräsident verlange und „eine von uns abweichende Haltung" beziehe.[44] Kurze Zeit später eskalierte der Konflikt erneut. Paul zog sich in eine längere „politische Krankheit" zurück. Die Amtsgeschäfte wurden kommissarisch per Landtagsgesetz (25. 3. 1947) auf Eggerath übertragen. Doch Sokolovskij und das SED-Zentralsekretariat ordneten die Amtsrückkehr Pauls und ein personelles Revirement in der Thüringer SED-Landesregierung an und stellten so die Thüringer Landesleitung[45] ebenso vor vollendete Tatsachen wie Kolesničenko, der bereits eigene Pläne der Regierungsumbildung hegte.[46] Paul nahm im Mai 1947 seine Tätigkeit als Ministerpräsident wieder auf, die aber

[40] Vgl. Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 403–495, und Jochen Černy, „Feindliche Elemente". Frühere KPD(O)-Mitglieder in KPD und SED, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 38 (2002), S. 182–213, hier S. 188–192.

[41] Dazu und zur Flucht Pauls Anfang September 1947 vgl. Jürgen John, Die „Ära Paul" in Thüringen 1945 bis 1947. Landespolitische Möglichkeiten und Grenzen in der frühen SBZ (erscheint 2018 im Böhlau-Verlag).

[42] So der stellvertretende Thüringer Landesdirektor für Justiz und Leiter der Gesetzgebungsabteilung Karl Schultes (SED) in seinem Text „Die SED – eine kritische Betrachtung" vom Sommer 1946; Archiv Institut für Zeitgeschichte, ED 188 (Nachlass Karl Schultes), Bd. 36, n. f. Paul war vor 1933 als Geraer Rechtsanwalt DDP-Mitglied, 1945 trat er zunächst LDP-nah auf, blieb aber bis zu seinem SED-Beitritt im April 1946 parteilos.

[43] So Heinrich Hoffmann und Ernst Busse (KPD/SED), damals noch 1. Vizepräsident Thüringens, am 5. 10. 1946 in einer Krisensitzung des SED-Landessekretariats; LATh-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–030, Bl. 55r-59r, und Hoffmann am 21. 5. 1947 in seiner Charakteristik Pauls für das SED- Zentralsekretariat; BArch, SAPMO, NY 4090/303, Bl. 30r u. Bl. 31r.

[44] BArch, SAPMO, NY 4182/912, Bl. 65r.

[45] LATh-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–031, Bl. 79r-99r u. Bl. 103r-107r, Protokolle der Sekretariats-Sitzungen vom 30.4., 3.5. u. 12. 5. 1947.

[46] GARF, 7184/1/19, Bl. 151r-154r, Bl. 178r u. Bl. 179r.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schon bald vom Scheitern der – gesamtdeutsch gedachten – Münchner Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni überschattet wurde und schließlich mit seiner Flucht in den Westen Anfang September 1947 ein dramatisches Ende fand.

V. Umbau des Kommandanturnetzes

Das „Perestrojka"-Programm schloss einen strukturellen Umbau des Kommandanturnetzes ein. Dieses war zwar 1945/46 schon mehrfach verändert und im Sommer 1946 im Zuge wirtschaftspolitischer Kompetenzerweiterung auch personell aufgestockt worden.[47] Doch erwiesen sich die rund 224 Kreis-, Stadt- und Stadtteilkommandanturen in der SBZ (Berlin nicht mitgerechnet) Anfang 1947 mehrheitlich als ziemlich renitente Gebilde, die den Übergang zu einem stärker politisch ausgerichteten Besatzungsregime erschwerten. Sie waren vielerorts zu Stätten eines entspannten Militärdiensts junger Offiziere geworden, welche sich auch dem Verbot selbständigen Wirtschaftens nicht beugen wollten. So wurde die Entmachtung der Kommandanturen zu einer wesentlichen Aufgabe des „Perestrojka"-Konzepts. Ende Dezember 1946 befahl der Chef der SMAD, die Versorgungsbetriebe bei Kommandanturen, Militäreinheiten und sonstigen sowjetischen Einrichtungen weitgehend aufzulösen und in deutsche Hände zu übergeben.[48] Am 13. Februar erteilte der SMAD-Stabschef die Weisung, alle Kommandanturen finanzbuchhalterisch den jeweiligen Landes-SMA direkt zu unterstellen.[49] Damit begann die Liquidation der 1945 eingerichteten Bezirkskommandanturen, die sich längst überlebt hatten. Mit dem Befehl Nr. 0261 des Obersten Chefs der SMAD vom 2. August 1947 wurden sie schließlich aufgelöst.[50]

Des Weiteren war zu klären, welchen Platz die Kreis- und Ortskommandanturen haben sollten, wenn stärker auf Kontrolle statt Intervention gesetzt würde.[51] Kolesničenko wollte operative Einsätze in den Gemeinden minimieren und die Macht lokaler Kommandanten dauerhaft eindämmen. Im Interesse politischer Einflussnahme sollten stattdessen die Kreiskommandanturen kompetenter und zugleich deren Vollmachten klar auf das Führungspersonal beschränkt werden. Ihr politischer Apparat war auszubauen. Den Landes-SMA kam bei alledem entscheidende Bedeutung zu. Auch dafür war Kolesničenko besonders prädestiniert. Denn er hatte in akuten Einzelfällen schon Maßnahmen zur Eingrenzung lokalen Eigensinns in der Besatzungsverwaltung ergriffen und dabei – anders als etwa der

[47] Vgl. auch Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen.
[48] Befehl Nr. 0412 vom 28. 12. 1946; GARF, 7317/7/28, Bl. 181r-186r.
[49] Anweisung Nr. 08 Michail M. Dratvins vom 13. 2. 1947; GARF, 7317/8/52a, Bl.72r.
[50] GARF, 7317/7/48, Bl.164r, 165r. Die Kreis- und Stadtkommandanturen wurden den Länder-SMA unmittelbar unterstellt.
[51] Ende Januar 1947 verkündete Sokolovskij einen neuen Personalschlüssel für die SMAD-Strukturen: Befehl Nr. 033 vom 31. 1. 1947, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 164r u. Bl. 165r. Er ließ 70 örtliche Kommandanturen schließen: Befehl Nr. 036 vom 1. 2. 1947, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 192r-198r. In Thüringen wurden acht Kommandanturen geschlossen; GARF, 7184/1/16, Bl. 48r. Dies entsprang noch nicht der „Perestrojka"-Idee, sondern folgte früheren Optimierungsversuchen.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verwaltungschef der SMA Sachsen – nicht nur rein disziplinarische Mittel gegen Einzelpersonen genutzt, sondern in strukturellen Kategorien gedacht. Der nun beginnende Umbau des Kommandanturnetzes gab den Politoffizieren der Verwaltungen und Abteilungen für Propaganda (ab Mai 1947: „für Information") der Landes-SMA mehr Aktionsraum. Und er verband sich mit der Tendenz, künftig alle sowjetischen Instanzen in der SBZ lebensweltlich von der deutschen Bevölkerung weiter abzuschotten, das heißt das Personal zu kasernieren oder in gesonderten Stadtbezirken („Städtchen") zusammenzufassen.[52]

VI. Ausblick

Dringend nötig sind weitere Forschungen zu den hier skizzierten und dokumentierten Vorgängen an der Jahreswende 1946/47, zu den Möglichkeiten und Grenzen des damals eingeleiteten „Perestrojka"-Konzepts sowie zu all dem, was sich mit dem Begriff „Besatzungsherrschaft als soziale Praxis" umschreiben ließe.[53] Angestrebt wurde ein flexibleres Besatzungsregime bei absehbar längerer Besatzungsdauer, ein Rückbau des Militärischen zugunsten politisch ausgerichteter Formen, ein neuer Arbeitsstil im Umgang mit den Deutschen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für deutsche Instanzen. Das Konzept war nicht darauf angelegt, die sowjetischen Protagonisten einer gesamtdeutschen oder die einer zonenstaatlichen Lösung der „deutschen Frage" zu stärken. Es ging nicht um eine deutschlandpolitische Strategieentscheidung, sondern um ein effektiveres Besatzungsregime. Doch hing das Schicksal der Neu-Konzeption sehr wohl von den deutschlandpolitischen Konstellationen ab. Im Vorfeld der alliierten Moskauer Außenministerkonferenz und im Kontext sowjetischer Bemühungen um einen Friedensvertrag mit Deutschland verband es sich zunächst noch mit der Suche nach gesamtdeutschen Problemlösungen und schloss die Überlegung ein, weiterhin auf dezentrale Wege zu setzen. Das änderte sich mit den zur verstärkten Ost-West-Konfrontation führenden, weichenstellenden Entscheidungen Mitte 1947. Wie sich nun bald zeigte, konnten die Methoden eines stärker politisch ausgerichteten Besatzungsregimes auch einer sowjetischen Kursänderung hin zum Ostzonenstaat dienen, wie sie sich im Herbst 1947 ankündigte und 1948 virulent wurde, als der „Kalte Krieg" in Fahrt kam. Die mit dem „Perestrojka"-Konzept optimierten Herrschaftsmittel kamen nun dem beschleunigten Zentralisierungstrend, dem Rückbau der Länderkompetenzen, dem Ausbau zonaler Verwaltungen und des SBZ-Repressionssystems zugute. Es gehört zu den kuriosen Wendungen der Geschichte, dass ein Konzept, dessen Initiatoren ein „besseres Verhältnis zu den Deutschen" anstrebten, schließlich half, die Repressionsmittel zu „verbessern".

[52] Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 022 vom 24. 1. 1947 zur Herstellung standardisierter Holzhäuser, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 115r-140r; Umquartierungs-Direktiven vom 27.6. u. 8. 7. 1947, in: GARF, 7317/7/42, Bl. 33r-40r, 46r-48r.

[53] Vgl. Elke Scherstjanoi, Besatzungsherrschaft als soziale Praxis. Quellen für sozial- und kulturhistorische Zugänge im SMAD-Bestand, in: Brunner/Scherstjanoi (Hrsg.), Moskaus Spuren, S. 99–108.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument Nr. 1: Schreiben des Chefs der Verwaltung der SMA Thüringen, Garde-Generalmajor Ivan S. Kolesničenko, an den Obersten Chef der SMAD (14. Januar 1947)[54]

Streng geheim
Ex. Nr. 2

14. Januar 1947
Nr. 022

An den Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
Marschall der Sowjetunion Gen. Sokolovskij

Ihre von mir erhaltene Direktive mit der Nr. 7051/III vom 27. Dezember 1946[55] wurde auf einer Beratung der Bezirks- , Kreis- und Stadtkommandanten, Leiter der Politabteilungen der Bezirke, Stellvertreter für politische Angelegenheiten der Militärkommandanturen, Leiter der Propagandaabteilungen der Bezirke und Kreise und Abteilungs- sowie Unterabteilungsleiter der Verwaltung der SMA des Bundeslands Thüringen[56] studiert.

Auf der Beratung, an der Gen. Generaloberst Serov und Gen. Generaloberst Boldin teilnahmen, hielt ich einen ausführlichen Vortrag mit dem Ziel, den Anwesenden die allgemeinen Ziele unserer Politik in Deutschland und die Notwendigkeit des Umbaus [perestrojka] und der Veränderung des Arbeitsstils im Zu-

[54] Wir drucken hier das Begleitschreiben und den Vortragstext vollständig ab, aus der Diskussion nur den Beitrag Serovs. Wir geben die russischen Signaturen an, die auch im BArch gelten. Auf die hier edierten Texte ging bereits Creuzberger, Sowjetische Besatzungsmacht, S. 106–110, ein. Der von ihm angegebene Fundort ist im AVPRF nicht zu verifizieren. Einer Archivauskunft zufolge sind die Dokumente unter der von Creuzberger genannten Signatur nicht (mehr) auffindbar. In den für diese Edition verwendeten Quellen sind das Begleitschreiben (Bl. 6r) und die Hälfte des Vortragstextes (S. 1–10, Bl. 7r-17r) per Hand durchgestrichen. Eine Erklärung dafür fand sich nicht. Die Struktur des Typoskripts ist hier leicht abgewandelt, einige Absätze sind aufgehoben, die Überschriftengestaltung ist optimiert. Die wenigen, durchweg belanglosen handschriftlichen Korrekturen sind nicht ausgewiesen. Eckige Klammern bieten Hilfen zum Verständnis. Die russischen Namen sind in der wissenschaftlichen Transkription wiedergegeben. Deutsche Namen können durch die Rückübertragung aus dem Russischen entstellt sein. Bei Abkürzungen für deutsche Parteien wurde nicht transkribiert, sondern auf die gängigen deutschen Abkürzungen zurückgegriffen. Die Unterstreichungen entsprechen – auch wenn nicht gesondert ausgewiesen – der Vorlage. Namen erscheinen in Kapitälchen entsprechend der Vorlage. Bei Untergliederung nach Buchstaben ist die russische Buchstabenfolge – unter Korrektur von Nummerierungsfehlern – in die deutsche übertragen worden.

[55] Diese Direktive ist in der Akte nicht überliefert und konnte bislang nicht ermittelt werden.

[56] Die Sowjetische Besatzungszone bestand aus Ländern und (ehemals preußischen) Provinzen, die nach Auflösung des Staats Preußens 1947 zu Ländern erklärt wurden. Die offizielle sowjetische Bezeichnung der Länder lautete „federal'naja zemlja", was hier mit „Bundesland" übersetzt wird.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sammenhang mit der veränderten Lage zu erläutern, wie Sie es in Ihrer Direktive fordern.

Den Vortrag und eine Aufzeichnung der Redebeiträge schicke ich Ihnen zu Ihrer Behandlung zu und erbitte Ihre Anweisungen zu den von mir vor den Mitarbeitern der SMA-Verwaltung und Kommandanturen entwickelten Vorgaben.[57]

Anlage:
Vortrag auf 24 Blatt,
Aufzeichnung der Redebeiträge auf 8 Blatt
Der Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration des Bundeslands Thüringen, Garde-Generalmajor (Kolesničenko)[58]

Ausgefertigt in 2 Ex.
Ex. 1 an den Adressat
Ex. 2 in die Akte
13. Januar 1947

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 6, russ., ms. Ausfertigung.

Dokument Nr. 2: Vortrag des Chefs der Verwaltung der SMA Thüringen, Ivan S. Kolesničenko (10. Januar 1947)

– V o r t r a g –

Über die Aufgaben der SMA-Verwaltung Thüringen und der Kommandanturen sowie über die Beziehungen zu den deutschen Machtorganen angesichts der neuen Situation

Genossen! Unsere Beratung ist keine übliche Arbeitsberatung zur Klärung konkreter Aufgaben in unserer täglichen politischen Arbeit. Der Zweck unserer heutigen Beratung besteht darin, die allgemeinen Prinzipien unserer Besatzungspolitik und unserer Beziehungen zu den deutschen Machtorganen zu erläutern und zu klären. Diese Aufgabe ergibt sich notwendigerweise aus den stattgefundenen

[57] In seinen Erinnerungen schrieb Kolesničenko, er habe seinen Vortrag („Bericht", „Instruktion") in gekürzter Form an Sokolovskij geschickt, der ihn als „Anweisung" an die Länder-SMA verschickt habe; vgl. Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko, Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, S. 93; ders., Bitva posle vojny (Schlacht nach dem Krieg), Moskau 1987, S. 132. Der SMAD-Stabschef Michail M. Dratvin schrieb in seinem Versandschreiben vom 24. 1. 1947 an die SMA-Verwaltungschefs der anderen Länder und Provinzen der SBZ, der Vortrag diene „zur Information und zur Nutzung in Ihrer praktischen Arbeit"; GARF, 7317/7/42, Bl. 2r.

[58] Das Begleitschreiben trägt keine handschriftliche Abzeichnung Kolesničenkos, aber einen Vermerk für die Richtigkeit, gez. vom Leiter der Geheimen Abteilung der Stabskanzlei der SMA-Verwaltung Thüringen, Name unleserlich.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wahlen und der Entstehung gewählter deutscher Machtorgane.[59] In Thüringen stellt der gewählte Landtag nun die exekutive und legislative Macht dar, er repräsentiert die Interessen breiter Kreise der Bevölkerung. Der Landtag wie auch die unteren gewählten Machtorgane müssen im Namen ihrer Wähler und gestützt auf die demokratischen Kräfte im Land nun das Programm zum Aufbau eines demokratischen Deutschlands verwirklichen und eine breite Initiative bei der Leitung des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens der Provinz entwickeln.

Es scheint, als könnten die demokratisch gewählten Machtorgane diese Aufgaben dank der Anwesenheit der Besatzungsorgane leicht erfüllen, weil die reaktionären Kräfte, in erster Linie die nazistischen Elemente, der Demokratisierung nicht offen Widerstand leisten können und es nicht wagen, den Kampf zum Sturz der demokratische Macht offen auszutragen. In Wirklichkeit wurde die Arbeit der Machtorgane jedoch bedeutend erschwert durch unser unkompetentes Verhalten ihnen gegenüber, das sich aus dem Unverständnis für die entstandene Lage und für unsere Aufgaben zur Demokratisierung Deutschlands ergibt. Um in Zukunft das politische Leben in der Provinz [Thüringen] zu aktivieren, die Demokratie zu festigen, eine richtige Leitung der Wirtschaft zu erreichen sowie Initiative und Verantwortlichkeit der deutschen demokratischen Machtorgane zu sichern, müssen wir uns selbst über die eigenen Aufgaben Klarheit verschaffen, die entstandene Situation analysieren und die Beziehungen zu den deutschen Machtorganen und demokratischen Organisationen so gestalten, dass sie nicht nur auf unser Kommando hin arbeiten, sich nicht kleinlich gegängelt fühlen, sich nicht als nur „verlängerter Arm der SMA" verstehen – wie sich die Deutschen ausdrücken –, sondern in der Tat deutsche Machtorgane sind, die die Interessen der deutschen Bevölkerung vertreten und sich um sie kümmern, so wie es sich für Machtorgane gehört.

1. DIE AUFGABEN UNSERER BESATZUNGSPOLITIK

Wie bereits wiederholt auf verschiedenen Beratungen betont wurde, müssen wir in Deutschland drei Hauptaufgaben lösen:

1. Deutschland demilitarisieren;
2. eine wirkliche Demokratisierung Deutschlands gewährleisten;
3. aus Deutschland die uns zustehenden Reparationen entnehmen.

Nicht eine dieser Aufgaben ist bereits gelöst, und unser Aufenthalt hier in Deutschland wird solange andauern, bis diese Aufgaben vollständig gelöst sind. Ich denke nicht, dass wir in diesen für die Zukunft unserer Heimat so entschei-

[59] Vom 1. bis 15. 9. 1946 fanden in der SBZ die Gemeindewahlen (in Thüringen am 8. 9. 1946), am 20. 10. 1946 die Kreis- und Landtagswahlen und die Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin statt. Anstelle der 1945 in den fünf Ländern und Provinzen der SBZ eingesetzten Präsidien/Landes- bzw. Provinzialverwaltungen traten von den Landtagen gewählte Landes- und Provinzialregierungen. Mit Befehl Nr. 332 vom 27. 11. 1946 übertrug der Oberste Chef der SMAD die Gesetzgebungsgewalt von den Landes- bzw. Provinzialpräsidenten auf die Landtage und die neu gebildeten Regierungen. Der am 20. 10. 1946 gewählte Thüringer Landtag konstituierte sich am 21. 11. 1946, wählte am 4. 12. 1946 den Ministerpräsidenten und die Landesregierung und verabschiedete am 20. 12. 1946 die Landesverfassung.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

denden Punkten dem Druck unserer Alliierten und der Weltreaktion nachgeben sollten, die andere Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands und den zukünftigen internationalen Beziehungen haben.

Die Demilitarisierung Deutschlands und die Entnahme von Reparationen bereiten uns im Grunde keine großen Schwierigkeiten, wenn man nur die Sowjetische Besatzungszone und insbesondere Thüringen im Blick hat.

Bei der Demilitarisierung Thüringens und der Reduzierung seines kriegswirtschaftlichen Potenzials haben wir auf dem Gebiet der Wirtschaft eine große Arbeit geleistet.

In Thüringen sind insgesamt 372 Betriebe demontiert worden, davon rein militärische: 236. Das versetzte uns in die Lage, 131.725 Ausrüstungseinheiten in unser Land abzutransportieren, wofür 27.471 Waggons benötigt wurden. (Zeiss und andere Werke, die gerade demontiert werden, sind in diesen Angaben nicht enthalten). Von insgesamt 387 Rüstungsbetrieben wurden 236 demontiert, 36 wurden in sowjetisches Eigentum überführt, für 88 Betriebe stehen die Entscheidungen noch aus.

Erfasst, den Truppen übergeben beziehungsweise vernichtet wurden rund 270.000 Tonnen verschiedener Munition, rund 75.000 Gewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Granatwerfer und andere Artilleriewaffen, über 600 Panzer und Schützenpanzerwagen, 526 Flugzeuge verschiedenen Typs und 6.368 Flugzeugmotoren. Erfasst und vernichtet wurden 1.419 Verteidigungs- und Schutzanlagen. Auf der Grundlage des Befehls Nr. 2 des [Alliierten] Kontrollrats[60] wurden rund 18.000 Feuer- sowie Hieb- und Stichwaffen von der deutschen Bevölkerung eingezogen. Erfasst wurde der gesamte Vorlauf der Rüstungsproduktion, 80.000 Tonnen Gusseisen und Buntmetall wurden bereits für die Nutzung an die Industrie übergeben. Erfasst und unter Kontrolle gebracht wurde der gesamte Kasernenbestand in Thüringen – 1.095 Objekte, die Schritt für Schritt ebenfalls zerstört werden. Erfasst wurden 103 Generäle und Oberste der deutschen Armee und über 6.000 andere Offiziere, die Kontrolle über deren [jetzige] Tätigkeit ist gewährleistet. Unter Kontrolle genommen wurden die deutschen Feuerwehrkommandos, die Polizei, Sportvereine, Lehreinrichtungen. Kriegsmuseen wurden aufgelöst.

Bei der geleisteten umfangreichen Arbeit darf man dennoch nicht annehmen, dass wir die Demilitarisierung Deutschlands beendet hätten oder ihrem Abschluss entgegengehen. Es steht uns viel große Arbeit bevor, sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch – und insbesondere – auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Beziehungen und der Ideologie. Diese Arbeit beansprucht eine lange Zeitperiode und sie ist eng mit den Fragen der Demokratisierung Deutschlands verbunden.

Mit gewissen Schwierigkeiten haben wir [in Thüringen] den Plan für die Reparationslieferungen für 1946 nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Der Plan der Reparationslieferungen betrug 1946 für Thüringen 356,4 Millionen Mark. Erfüllt wurde er mit 363 Millionen Mark oder zu 102 Prozent. Sicher, hinsichtlich der

[60] Kontrollrats-Befehl Nr. 2 „Einziehung und Ablieferung von Waffen und Munition" vom 7. 1. 1946.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Warenschlüssel haben wir den Plan nicht erfüllt. Aber eine ganze Reihe von Aufträgen war offenkundig unrealistisch, die Rohstoffe dafür waren nicht vorhanden, nicht nur in Thüringen, sondern in unserer gesamten Sowjetischen Zone. Vergessen wir auch nicht, dass die Erfüllung der Reparationslieferungen ständig auf Widerstand der Deutschen stieß. Und wir haben uns durch unseren bei Weitem nicht vollkommenen Wirtschaftsapparat und durch die Verwaltung für Reparationen auch selbst behindert und nicht selten unnötigerweise deutschen Firmen und deutschen Verwaltungsorganen vertraut.

Die Erfüllung des Plans nach Preisen und der notwendige Austausch einiger Warennomenklaturen sind natürlich auch eine Hilfe für unser Land, aber es ist verständlich, dass die Bestellungen laut Plan von den Bedürfnissen des allgemeinen Wirtschaftsplans in unserem Land ausgehen und es für uns wichtig ist, genau die bestellten maschinellen Ausrüstungen, Waggons, Zementwerke und so weiter zu liefern, statt sie durch Plunder und andere Erzeugnisse der Leichtindustrie zu ersetzen.

Wir müssen künftig unter allen Umständen erreichen, dass die Pläne für die Reparationslieferungen streng in Übereinstimmung mit den Aufträgen erfüllt werden. Und wenn wir über den Plan hinaus noch Erzeugnisse der Leichtindustrie zusätzlich anbieten und die Verwaltung für Reparationen sie annimmt, so wird uns niemand dafür rügen. Bei allen Schwierigkeiten, Unstimmigkeiten und dem Widerstreben der Deutschen ist es uns dennoch gelungen, den Plan der Reparationslieferungen in Preisen für das Jahr 1946 zu erfüllen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir auch künftig die Entnahme von Reparationen aus Thüringen werden gewährleisten können.

Die schwierigste, komplizierteste und vielleicht wichtigste Aufgabe bleibt künftig die Demokratisierung Deutschlands.

Was ist auf diesem Gebiet erreicht worden?

1. Es sind demokratische antifaschistische Parteien entstanden, die in ihren Reihen 301.823 Mitglieder vereinen.
   Davon entfallen auf: die SED 234.700 Mitglieder
   die LDP 34.723 Mitglieder
   die CDU 32.400 Mitglieder.
2. Es sind freie deutsche Gewerkschaften gebildet worden, die bereits 580.000 Mitglieder haben.
3. Es sind freie deutsche Jugendverbände mit 57.000 Mitgliedern entstanden.
4. Es sind 1.234 antifaschistische Frauenkomitees mit 15.300 Frauen entstanden.
5. Es ist der Kulturbund gebildet worden, der rund 5.000 Personen der deutschen Intelligenz vereinigt.

Insgesamt sind in diesen demokratischen Organisationen rund 800.000 Menschen vereinigt. Wenn man berücksichtigt, dass die Zahl der erwachsenen Bevölkerung in Thüringen (vom Wahlalter an) rund 1.600.000 beträgt, so ergibt sich, dass die demokratischen Organisationen 50 Prozent der Bevölkerung vereinigen.

In der Vergangenheit sind eine Reihe von wichtigen politischen Maßnahmen und Reformen durchgeführt worden:

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

a) Durchgeführt wurde eine Bodenreform. 486 Wirtschaften von Großgrundbesitzern mit einer Fläche von [insgesamt] 150.788 Hektar sowie 466 Wirtschaften hochgestellter Nazis mit einer Fläche von [insgesamt] 8.596 Hektar wurden konfisziert. 49.842 Wirtschaften und 997 Gemeinden erhielten Land aus der Bodenreform. Verteilt wurden außerdem 48.864 Pferde, Rinder, Ziegen und Schafe sowie 3.245 verschiedene landwirtschaftliche Maschinen. Den Gutsbesitzer- und Junkerelementen und den Nazigrößen wurde ein vernichtender wirtschaftlicher Schlag versetzt. Das ist eine demokratische Maßnahme, die im Dorf tiefe Spuren hinterlassen hat und die Demokratisierung Thüringens fördert.
b) Durchgeführt wurde eine Schulreform. Sie schuf ein einheitliches demokratisches Bildungssystem, das die freie Entwicklung der deutschen Jugend ohne gesetzlich verankerten Einfluss der Kirche sowie den Zutritt zur Bildung für alle Bevölkerungsschichten unabhängig von der Vermögenslage garantiert.
c) Durchgeführt wurde die Säuberung des deutschen Apparats von nazistischen Elementen. In deren Folge wurden 59.137 Mitglieder der nazistischen Partei und anderer faschistischer Organisationen entlassen, 17.052 Personen wurden nicht zur [früheren] Tätigkeit zugelassen. Von Leitungsposten in Industrie und im Handel, wo sich bis auf den heutigen Tag noch 48.540 Nazis befinden, wurden nur 16.457 Personen entlassen. In verschiedenen Einrichtungen sind noch 18.666 ehemalige NSDAP-Mitglieder verblieben. Somit ist diese Arbeit noch lange nicht beendet, die Säuberung des Apparats ist auf die entschiedenste Weise fortzuführen.
d) Und schließlich wurden Gemeindewahlen und Wahlen zu den Kreis- und Landtagen durchgeführt.

Die Wahlergebnisse bei diesen Wahlen waren [in Thüringen] folgende:

Gemeindewahlen.
gestimmt haben für die SED 50,5 Prozent,
die LDP 25,7 Prozent,
die CDU 18,2 Prozent.

Wahlen zu den Kreistagen.
gestimmt haben für die SED 51,5 Prozent,
die LDP 19,29 Prozent,
die CDU 23,73 Prozent.

Wahlen zum Landtag.
gestimmt haben für die SED 49,29 Prozent,
die LDP 24,73 Prozent,[61]
die CDU 18,94 Prozent.

Die Wahlen waren direkte, mit geringen Beschränkungen (ehemalige Mitglieder der NSDAP konnten nicht gewählt werden) und geheimer Stimmabgabe. Die

[61] Die Angabe ist unzutreffend. Die LDP erreichte bei den Landtagswahlen in Thüringen 28,5 Prozent.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wahlergebnisse zeigten, dass die Mehrheit der Wähler für die SED stimmte, für die konsequenteste demokratische Partei.

Bedeutet das nun, dass in Thüringen die Demokratisierung gut voran geht?

Nein, das bedeutet es nicht.

Die große Zahl der Mitglieder der antifaschistischen demokratischen Organisationen, die große Anzahl durchgeführter demokratischer Maßnahmen und politischer Massenkampagnen dürfen uns nicht blind machen.

Den Antworten des Genossen STALIN auf die Deutschland betreffenden Fragen des Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Herrn BAILLIE,[62] entnehmen wir, wie unsere Politik in Deutschland sein sollte. Genosse STALIN sagt klar:

1. Die politische Einheit Deutschlands ist wiederherzustellen;
2. Es ist eine zentrale deutsche Verwaltung zu schaffen;
3. Die in allen Besatzungszonen stattgefundenen Wahlen geben uns bislang nicht die Sicherheit, dass sich Deutschland politisch auf demokratischem Wege entwickeln wird;
4. Das Niveau der deutschen Industrie muss angehoben werden;
5. Die Überreste des Faschismus sind in Deutschland wirklich vollständig auszurotten, Deutschland muss von Grund auf demokratisiert werden;
6. Man muss dem deutschen Volk erlauben, seine Industrie und den Handel wiederherzustellen, damit sich die Deutschen selbst versorgen können;
7. Das Potsdamer Abkommen ist zu erfüllen, insbesondere auf dem Gebiet der Demokratisierung Deutschlands;
8. Auch die zweitrangigen Kriegsverbrecher sind zu ermitteln und abzuurteilen;[63]
9. Und schließlich: die Westgrenze Polens ist als dauerhaft zu betrachten.

Zu allen Grundfragen unserer Politik in Deutschland liegen also klare Weisungen des Gen. STALIN vor. Man kann sich nur wundern, warum dieses wichtige Dokument (ich meine die Antworten des Genossen STALIN) keine Beachtung gefunden hat.

Aus den Antworten des Genossen STALIN ist klar ersichtlich, dass er mit dem Stand der Demokratisierung Deutschlands unzufrieden ist. Das ist eine direkte Mahnung an uns, denn wir sind für die Demokratisierung Deutschlands verantwortlich. Man muss offen zugeben, dass wir den Vorwurf des Genossen STALIN

[62] Hugh Baillie (1890–1966) stellte am 23. 10. 1946 Stalin Fragen zur internationalen Lage und erhielt knappe Antworten. Stalin sprach von einer notwendigen wirtschaftlichen und politischen Einheit und einem notwendig höheren als ursprünglich in Potsdam erwogenen Lebensstandard in Deutschland. Zugleich sei er sich noch nicht sicher, ob sich Deutschland wirklich demokratisch entwickeln werde. Churchill und andere Politiker in England und Amerika machte er für die zunehmende Gefahr für den Weltfrieden verantwortlich, lehnte aber eine Bewertung der russisch-amerikanischen Beziehungen als zunehmend angespannt, wie es der US-Außenminister James F. Byrnes am 6. 9. 1946 in seiner Stuttgarter Rede angedeutet hatte, ab; vgl. Pravda vom 30. 10. 1946.

[63] Hier wird auf den am 1. 10. 1946 abgeschlossenen Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher angespielt. Stalin hielt weitere Prozesse für richtig.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

völlig verdient haben. Vielleicht denkt der eine oder andere, Genosse STALIN habe nur die westlichen Besatzungszonen gemeint? Das wäre nicht richtig. Obgleich es um die Demokratisierung in den Westzonen noch schlechter bestellt ist als bei uns, können auch wir uns nicht damit brüsten, dass wir alles getan hätten, um in dieser Frage Erfolge zu erringen. Und wir müssen berücksichtigen, dass sich die Alliierten nicht gerade eifrig für die Demokratisierung Deutschlands und die Ausrottung des Nazismus einsetzen. Umso mehr müssen wir in unserer Zone die Demokratie entschieden voran bringen und festigen, jegliche Überreste des Nazismus in unserer Zone ausrotten, damit die Sowjetische Besatzungszone so stark und einflussreich und so unentbehrlich wird, dass es das übrige Deutschland nach sich zieht und dem Ansturm der reaktionären faschistischen Elemente selbständig Widerstand leistet und diese auch dann ausrottet, wenn wir die Besatzung beenden und aus Deutschland abziehen.

Wenn man mechanisch, arithmetisch herangeht, so ist in Thüringen hinsichtlich der Entnazifizierung und Demokratisierung sehr viel geleistet worden. Ein unerfahrener Politiker, der die tatsächliche Lage der Dinge nicht kennt, könnte sich mit den Zahlen der abgegebenen Stimmen für die Parteien bei den stattgefundenen Wahlen begnügen und zu der Schlussfolgerung gelangen, dass in Thüringen der Demokratisierungsprozess bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Aber das ist bei Weitem nicht so. Ich erinnere Sie daran, wie die Vorbereitung dieser Wahlen gelaufen ist. Wir haben uns doch auf Schritt und Tritt in alle Kleinigkeiten dieser Vorbereitung eingemischt, um den Sieg der SED zu gewährleisten. Wir haben zu allerlei wirtschaftlichen Maßnahmen gegriffen, haben verschiedene Gerüchte in Umlauf gebracht, unterschiedliche, nicht zu verwirklichende Versprechungen gemacht, nur um der SED die Mehrheit der Stimmen zu sichern. Und einen bedeutenden Prozentsatz der Stimmen bei den Wahlen zu den Kreistagen und zum Landtag erhielt die SED nicht wegen der Sympathie der Wähler, sondern wegen eines versprochenen Zentners Kartoffeln, den wir übrigens nicht ausgeteilt haben und nicht verteilen werden. Möge uns diese „Kartoffeldemokratie" nicht blind machen! Und wenn man bedenkt, dass wir den anderen Parteien (LDP und CDU) bestimmte Beschränkungen auferlegt haben und mit Maßnahmen gegen sie vorgegangen sind, wobei wir ohne Skrupel und, wo es nötig war, auch ihre führenden Köpfe und gefährliche Figuren verhaftet haben, so wird klar, dass der Prozentsatz, der Wählervoten für die SED abgab, noch nicht die tatsächlichen Stimmungen der Deutschen widerspiegelt.

Somit steht fest, dass ein bedeutender Prozentsatz der Wähler ihre Stimmen der SED nicht aus Sympathie zu ihr abgab, sondern aufgrund einer Reihe von Maßnahmen von unserer Seite, oft auch aus dem Wunsch heraus, der Besatzungsmacht gefällig zu sein, die mit der SED die engsten Beziehungen unterhält und mehr Möglichkeiten besitzt, bei der Militärverwaltung und den Kommandanten etwas zu erreichen. Ich wiederhole, dieser bedeutende Prozentsatz von künstlich erworbenen Stimmen der SED darf nicht unsere Wachsamkeit trüben und darf uns nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen lassen.

In der Tat, nehmen wir einmal die SED. Ist sie tatsächlich die konsequenteste demokratische Partei, wie wir sie oft bezeichnen? Ihr Programm und eine Reihe

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Dokumenten, die ihr politisches Antlitz und ihr Ziel bestimmen, sind in einem bedeutenden Maße selbstverständlich demokratischer als die Programme und die Aktivitäten der bürgerlichen Parteien, der LDP und der CDU. Und ihr Sieg bei den Wahlen ist deshalb auch von uns sicher gestellt worden, genauso wie in den anderen Besatzungszonen der Sieg der bürgerlichen Parteien gesichert worden ist, die von den [westlichen] alliierten Mächten unterstützt werden. Man darf aber nicht vergessen, dass es in der SED nicht wenige Mitglieder gibt, die mit dem Programm der Partei und mit ihrer Politik nicht einverstanden sind und nur aus Angst vor uns schweigen.

In der SED Thüringens gab es zum Zeitpunkt der Vereinigung von KPD und SPD auf dem Gothaer Parteitag am 7. April 1946 rund 70.000 Kommunisten und 85.000 Sozialdemokraten. Gegen Ende 1946 wuchs die SED noch einmal um 80.000 Mitglieder an und zählt jetzt ungefähr 245.000 Mitglieder. Gemessen an der Mitgliederzahl ist sie die stärkste Partei in Thüringen. Ja, und auch gemessen an ihrem Einfluss auf das gesellschaftliche Leben, weil in allen wichtigen öffentlichen Positionen in der Mehrzahl der Fälle Mitglieder der SED tätig sind.

Aber es darf nicht vergessen werden, dass erstens, die Vereinigung von KPD und SPD zwar organisatorisch erfolgte, aber eine geistige Vereinigung in der Mehrheit der Fälle bis jetzt nicht stattfand. Ehemalige Sozialdemokraten, insbesondere aus den Führungskreisen, die aus dem Wahlsieg der SPD in Berlin[64] Kraft schöpfen, warten nur auf die Gelegenheit, um den Austritt aus der SED und den Wunsch zu erklären, selbständig zu existieren und unter der ideologischen Führung des Profaschisten und Antisowjetisten SCHUMACHER[65] zu arbeiten. Eine andere Sache ist es, dass wir vielleicht niemals die Tätigkeit der SPD in unserer Zone erlauben werden, die ehemaligen Sozialdemokraten aber darauf hoffen.[66] In der Hoffnung auf eine selbständige Existenz und Tätigkeit nehmen sie bereits Schritt für Schritt Leitungsposten in der Verwaltung ein, um die Macht in ihren

[64] Im Juni 1946 hatten sich die Alliierten auf die Zulassung der SED in den Westsektoren Berlins und der SPD im Ostsektor Berlins geeinigt. Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20.10.l946 wurde die SPD mit 48,7 Prozent stärkste Partei, während die SED nur 19,8 Prozent der Stimmen erreichte.

[65] Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher (1895–1952), als Gegner des NS-Regimes von 1933 bis 1945 (mit einer Unterbrechung 1943) in KZ-Haft, war 1945 von Hannover („Büro Schumacher") aus in Konkurrenz zum Ost-Berliner Zentral-Ausschuss um Otto Grotewohl maßgeblich an der Wiedergründung der SPD beteiligt und ein entschiedener Gegner der Vereinigung mit der KPD; seit 1946 Vorsitzender der westzonalen SPD.

[66] Beim Moskauer Treffen der SED-Spitze mit der Sowjetführung (30.1.–7.2.1947) erklärte Grotewohl am 31.1.1947, eine Zulassung der SPD in der SBZ sei unnötig, was Stalin zu dem Zwischenruf veranlasste „Man muß sie zulassen"; zit. nach Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, hier S. 299. Vgl. auch die Aufzeichnung des Gesprächs durch den politischen Berater der SMAD Semenov, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3. Am 13.5.1947 sprach Grotewohl vor dem SED-Landesvorstand Thüringen über die wahrscheinliche SPD-Zulassung in der SBZ; LATh-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/1–008/1, Bl. 4r-10v. Die SED-Spitze rechnete noch auf ihrer 11. Parteivorstandstagung am 21./22.5.1947 mit der SPD-Zulassung; vgl. Badstübner, Vom „Reich", S. 293–295.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Händen zu haben. Und wir haben diese Taktik der ehemaligen Sozialdemokraten leider nicht rechtzeitig durchschaut, [einfach] übersehen.

Dafür einige Beispiele:

Von den Bürgermeistern, die Mitglied der SED sind, sind 624 ehemalige Sozialdemokraten, 573 ehemalige Kommunisten, 293 (neue) SED-Mitglieder; 226 Bürgermeister sind in der LDP, 225 in der CDU und 357 sind parteilos. Die Mehrheit [der Bürgermeister] stellen dennoch ehemalige Sozialdemokraten.

Unter den Landräten, die Mitglied der SED sind, sind neun ehemalige Sozialdemokraten, elf ehemalige Kommunisten, ein Neumitglied der SED, ein Landrat ist Mitglied der CDU. Hier ist die Situation etwas besser.

In der vom ehemaligen Sozialdemokraten Böhme geleiteten Kommunalabteilung[67] der Verwaltung Thüringens sind von den elf Mitarbeitern acht ehemalige Sozialdemokraten, ein ehemaliger Kommunist und zwei sind parteilos. In der Abteilung für Industrie und Brennstoffe, die von dem ehemaligen Kommunisten FROMMHOLD[68] geleitet wird, sind unter den sechs Mitarbeitern vier ehemalige Sozialdemokraten und zwei ehemalige Kommunisten. In der Abteilung für Handel und Versorgung, die vom SED-Mitglied BIEDERMANN[69] geleitet wird, sind unter den neun Mitarbeitern fünf ehemalige Sozialdemokraten, zwei ehemalige Kommunisten, ein Mitglied der LDP und einer ist parteilos.

In den Apparaten der Landräte und Magistrate ist das Bild noch schlechter. Die Mehrheit der ehemaligen Sozialdemokraten ist in den Schlüsselpositionen untergekommen und festigt offensichtlich ihre Position, um im geeigneten Augenblick die Macht in ihre Hand zu nehmen.

Wir haben diesen Moment gründlich verpasst, jetzt muss man schrittweise und sehr geschickt die Situation korrigieren.

---

[67] Curt Böhme (1889–1968), SPD/SED, war vom 16. 8. 1945 bis 3. 12. 1946 Landesdirektor des Innern/für Kommunalwesen und leitete danach die Hauptabteilung Kommunal- und Bauwesen in dem von Ernst Busse (KPD/SED) geleiteten Ministerium für allgemeine Verwaltung/des Innern.

[68] Ernst Frommhold (1898–1969), KPD/SED, war vom 12.3. bis 3. 12. 1946 Landesdirektor für Wirtschaft und leitete dann die Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe in dem von Georg Appell (SPD/SED) geleiteten Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

[69] Der Ingenieur Herbert Biedermann (1904–1989) war parteilos und zunächst als Sonderbeauftragter für Interzonenhandel im Wirtschaftsstab des Landespräsidenten tätig. Am 11. 6. 1946 wurde er auf ausdrücklichen Wunsch Kolesničenkos zum Landesdirektor des Landesamts für Handel und Versorgung ernannt. Nach der Regierungsbildung und der Überführung der meisten Abteilungen des Landesamts in die Hauptabteilung Handel und Versorgung des von Georg Grosse (CDU) geleiteten Ministeriums für Versorgung wurde Biedermann mit einem Befehl Kolesničenkos vom 29. 12. 1946 zum Leiter des Amts für Interzonen- und Außenhandel im Ministerium für allgemeine Verwaltung/des Innern ernannt. Das SED-Landessekretariat hielt die Entscheidung für „bedenklich". Dass Kolesničenko Biedermann als „SED-Mitglied" bezeichnete, ging möglicherweise auf ein Schreiben des 1. Vizepräsidenten Busse vom 3. 6. 1946 an Kolesničenko zurück, in dem jener Biedermann als „SED-nah" eingeschätzt hatte; GARF, 7184/1/14, Bl. 181r-182r. Nach zeitweiser Untersuchungshaft wegen des Verdachts auf Wirtschaftsvergehen – auf Druck der SMATh wurde er aus der Haft entlassen – floh Biedermann 1949 aus der SBZ.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zweitens: Die Neumitglieder der SED werden im Grunde vernachlässigt, um ihre politische Fortbildung kümmert sich niemand. Sie können keine zuverlässige Stütze der Partei sein, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten entstehen. Eine politische Schulung in der Partei ist noch nicht richtig organisiert, eine politische Aktivität der Mitglieder der SED auf unterer Ebene ist nicht zu erkennen.

Im besten Fall kommen die Leiter der Parteiorganisationen manchmal auf die Idee, bei den Kommandanturen oder der Militärverwaltung irgendeine kleine praktische Frage zur Sprache zu bringen. Fragen des Staatsaufbaus, der Denazifizierung und Demokratisierung Thüringens, der wirtschaftlichen Wiederherstellung und so weiter finden dagegen in der Regel nicht die Aufmerksamkeit der Partei. Bei den Wahlen hat man die Mehrheit errungen, und damit gibt man sich zufrieden. Mancherorts ist man sofort in einen Tiefschlaf verfallen, bis zur nächsten Massenkampagne.

Diese politische Passivität in der SED ist kein Zufall. Sie ist Ergebnis sowohl der Zusammensetzung der Partei, als auch des innerparteilichen Kampfs, der Schwäche ihrer Führungskader und auch unseres Verhaltens zu dieser Partei. Es ist an der Zeit, dass wir alle verstehen, dass die Demokratisierung Deutschlands und die Ausrottung des Nazismus nicht allein von den Kommandanten und der Militärverwaltung bewältigt werden können.

Wir haben politische Parteien ins Leben gerufen, die in dieser oder jener Form die demokratischen Schichten der deutschen Bevölkerung repräsentieren. Wir meinen, dass die SED als einzige Partei fähig ist, die Aufgabe der Demokratisierung und Denazifizierung konsequent zu verwirklichen. Sie muss hierbei auch die beiden bürgerlichen Parteien, die LDP und die CDU, mit sich ziehen. Außerdem hat die SED bei allen Wahlen die Mehrheit der Stimmen erhalten und gilt zu Recht als Regierungspartei. Man muss das alles berücksichtigen, um zu begreifen, wie wichtig es jetzt ist, besonders wichtig für die Zukunft Deutschlands, dass wir unser Verhältnis zu dieser Partei verändern und ihr breite Möglichkeiten für die Gestaltung ihrer Politik geben. Das ist auch deshalb wichtig, weil sie immer mehr das Vertrauen der Massen für sich gewinnen muss. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die Deutschen die Partei der SED als eine nationale deutsche Partei, als eine Partei der deutschen Werktätigen sehen und nicht als eine „von Moskau und den Kommandanturen gelenkte russische Partei".

Seitens der Kommandanten, der Mitarbeiter der Kommandanturen und der Militärverwaltung ist die Haltung gegenüber der SED unverzüglich zu ändern. Viele unserer Mitarbeiter, die die bestehende Lage in Deutschland nicht verstehen, fahren leider damit fort, die Parteien und den deutschen Verwaltungsapparat wie ihre Abteilungen oder Referenten zu befehligen.[70] Sie müssen endlich verstehen, dass sich die Sache so verhält: Entweder wir setzen die inneren demokratischen Kräfte Deutschlands frei und helfen ihnen, sich zu entfalten, sich zu festigen und den komplizierten Prozess der Demokratisierung und der Ausrottung der Überbleibsel des Faschismus in der Wirtschaft, im öffentlichen Leben

[70] Unterstrichen im Original.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und im Bewusstsein der Menschen zu leiten und damit die Schaffung eines wirklich demokratischen, eines wirklich friedliebenden deutschen Staats zu gewährleisten, oder die inneren Kräfte der Demokratie werden gebremst, die demokratischen Organisationen verändern sich, in erster Linie die SED, und wir stützen die Demokratie bis zum letzten Tag der Besatzung mit den Bajonetten – allerdings mit dem großen Risiko, dass die Reaktion der antidemokratischen Kräfte sofort am Tag nach Beendigung der Besatzung zu neuem Leben erwachen und es den reaktionären Kräften möglich wird, die noch nicht gefestigte und unserer Unterstützung beraubte Demokratie zu überwältigen. Im Zusammenhang damit müssen wir uns alle darüber klar werden, welche Aufgaben vor der [Militär-]Administration und den Kommandanturen bei der Festigung der Demokratie und in erster Linie bei der Festigung der SED stehen und wie das Verhältnis zu dieser Partei sein muss.

Im Dezember des vergangenen Jahres [1946] erhielten alle Kommandanten folgende Weisungen:[71]

1. Der Personenkreis, der mit Leitern von SED-Organisationen in Berührung kommt, ist streng zu begrenzen und maximal einzuengen, um unnötiger Einmischung in die Angelegenheiten der Partei ein Ende zu bereiten; die Praxis der kleinlichen Bevormundung der Leiter der SED-Organisationen ist zu beenden. Es ist ein Übergang zu allgemeiner Kontrolle und Beobachtung zu gewährleisten, ohne dabei die Verantwortung für die politische Tätigkeit aller Parteien und Parteiorganisationen aus den Händen zu geben. Den Einrichtungen der SED ist mit der Vermittlung der großen, von der VKP(B)[72] gesammelten Erfahrung im politischen Kampf zu helfen, mit Ratschlägen bei der Ausarbeitung und Gewährleistung der richtigen politischen Linie, der Strategie und Taktik. Aber das müssen speziell dafür bevollmächtigte Personen machen.
2. Der Chef der SMA [der Länder und Provinzen] muss eine exakte Nomenklatur der SMA-Mitarbeiter sowie der Mitarbeiter der Kommandanturen erstellen, denen aufgrund ihrer Tätigkeit der Kontakt zu den Parteiorganisationen der SED erlaubt wird.
3. Für diese Personen ist ein Verhaltensreglement festzulegen: Wer darf die jeweiligen Weisungen übermitteln, wer darf nur bei Informationen der Leiter anwesend sein und so weiter. Der Kontakt ist streng zu kontrollieren.
4. Gegenüber den Leitern der anderen Parteien ist geschickt die Linie umzusetzen, wonach jeder Anlass zu vermeiden ist, die Sowjetische Militäradministration der Reglementierung und des groben Administrierens zu beschuldigen.

Und trotz dieser Weisungen mischen sich viele Kommandanten nach wie vor in die Angelegenheiten der SED ein und kommandieren die Partei so, wie sie ihre

[71] Vermutlich von der SMAD im zonalen Maßstab. Ein Quellennachweis gelang noch nicht.
[72] VKP(B) – Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bolševiki). Im zeitgenössischen und historiografischen deutschen Sprachgebrauch: Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – KPdSU(B).

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Abteilungen befehligen, ganz ohne die Schädlichkeit und Gefährlichkeit solchen Verhaltens gegenüber der Partei zu begreifen. Ich erlaube mir, hier ein Schreiben der Vorsitzenden der SED Thüringens EGGERATH[73] und HOFFMANN[74] zur Frage unseres Verhältnisses zur SED anzuführen.

Sie schreiben:[75]

Sehr geehrter Herr Garde-Generalmajor![76]

Wohl überall in der Welt wird es so sein, daß die guten Menschen ein neues Jahr mit guten Vorsätzen beginnen. So schreiten die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei auch mit dem guten Vorsatz in das Jahr 1947 hinein, in guter Zusammenarbeit[77] mit den Mannschaften, Unteroffizieren, Offizieren und Generalen der Roten Armee die in Angriff genommene Entmilitarisierung und Demokratisierung[78] Deutschlands mit Energie fortzusetzen, zu verbreitern und zu vertiefen

[73] Werner Eggerath (1900–1977), KPD/SED, war vom 13.10.1945 bis 6.4.1946 politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Thüringen, vom 7.4.1946 bis Mai 1947 gleichberechtigter Landesvorsitzender der SED, vom 24.6. bis 25.9.1946 Mitglied der Beratenden Landesversammlung Thüringens, von 1946 bis 1950 Mitglied des Thüringer Landtags, 1946/47 3. Vizepräsident des Landtags, vom 27.3. bis 14.5.1947 gesetzlicher Stellvertreter des Ministerpräsidenten (amtierender Ministerpräsident) von Thüringen, vom 29.5. bis 8.10.1947 Innenminister von Thüringen und vom 8.10.1947 bis 25.7.1952 Ministerpräsident von Thüringen.

[74] Heinrich Hoffmann (1899–1979), SPD/SED, war vom 8.6. bis 18.7.1945 Mitglied des Thüringen-Ausschusses, vom 1.6.1945 bis Mai 1946 Regierungsrat in der Präsidialkanzlei/Landesamt des Innern (für Kommunalwesen), von 1946 bis 1950 Mitglied des Thüringer Landtags, vom 8.7. bis Dezember 1945 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD (anfangs Bund demokratischer Sozialisten), von Januar bis 6.4.1946 kommissarischer SPD-Landesvorsitzender, vom 7.4.1946 bis Dezember 1949 gleichberechtigter SED-Landesvorsitzender, dann im Dezember 1949 von seinen SED-Funktionen entbunden, anschließend kurzzeitig Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern, wurde 1950 aus der Partei ausgeschlossen und 1955 in die SED wiederaufgenommen.

[75] Es folgt der Text des Briefs vom 6.1.1947 an Kolesničenko; hier in der Fassung wiedergegeben, die unter diesem Datum als Anlage zum Schreiben Heinrich Hoffmanns an die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 20.5.1947, im Grotewohl-Nachlass des BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 58r-62v, überliefert ist. Vgl. das Dokument auch bei Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen, S. 468–472, mit einigen – hier korrigierten – Ungenauigkeiten. Der Vergleich mit der von Kolesničenko vorgetragenen russischen Übersetzung zeigt, dass der Brief ursprünglich zumindest einen Absatz mehr enthielt. Darauf sowie auf einige Nuancen der Übersetzung, die von einer raschen Übertragung zeugen, wird nachfolgend in Fußnoten hingewiesen. In dem von Kolesničenko verlesenen Schreiben ist die damals übliche Umschreibung der Namen entsprechend der hier verwendeten deutschen Vorlage beibehalten worden. Es wird im Folgenden die alte Rechtschreibung verwendet.

[76] Weggelassen sind die Anschrift „An den Chef der zivilen Verwaltung der SMA Thüringen, Herrn Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, Weimar", das Datum 6.1.1947 und der Betreff „Förderung der Demokratisierung Deutschlands". Das Schreiben vom 6.1.1947 wurde von Hoffmann am 13.1.1947 im SED-Landessekretariat verlesen; LATh-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–031, Bl. 5r u. Bl. 6r.

[77] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in enger Zusammenarbeit".

[78] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „und Demokratisierung".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und diesen Entwicklungsprozess der Befriedung Mitteleuropas beschleunigt[79] seinem Ende zuzuführen und für die Dauer zu sichern.

Uns ist bekannt, und es erfüllt uns mit Freude, Hoffnung und Zuversicht, daß bei der SMA Thüringen und deren Leitung der beste Wille vorhanden ist, uns und allen aktiven[80] progressiven Kräften in unserem Lande bei der Durchsetzung ihrer oben angegebenen Ziele zu helfen. Das ist seit der Besetzung unseres Landes durch die siegreichen Truppen der UdSSR bereits in sehr starkem Maße geschehen – und dafür wird die Mehrheit unseres Volkes der Roten Armee immer zu sehr großem Dank verpflichtet sein, und das wird auch, dessen sind wir gewiss, weiterhin geschehen.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß im Laufe der letzten Monate in dem Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung und der Besatzungsmacht eine deutlich fühlbare Abkühlung eingetreten ist, die zu einer Gefahr für die weitere antifaschistisch-demokratische Entwicklung Deutschlands werden kann, wenn nicht durch entsprechende Gegenmaßnahmen eine grundlegende Wandlung in diesem Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke erreicht wird.

In dem Bestreben, die Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke möglichst eng und gut zu gestalten, glauben wir, uns die Freiheit erlauben zu dürfen, vollkommen freimütig und offen darzulegen, welche Gründe nach unserer Meinung dafür vorliegen, die zu der vermerkten Abkühlung in dem Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung geführt haben. Von den mannigfachen[81] Gründen heben wir die nach unserer Meinung hauptsächlichsten nachstehend hervor.

1. Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee,
2. Übereifrige[82] Bevormundung unserer Partei-Funktionäre,
3. Zu scharfe Ausübung der Befehlsgewalt[83] der Offiziere gegenüber der zivilen Verwaltung[84] des Landes, der Kreise und Gemeinden,
4. Eingriffe und sich widersprechende oder überschneidende Anordnungen von Offizieren in die Wirtschaft,
5. Zunehmende Not in der Bevölkerung; wachsender Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhwerk, Feuerung bzw. Heizmaterial, Wohnraum und Verkehrsmitteln.

Zu diesen einzeln angeführten Punkten sind die zuständigen Abteilungsleiter unseres Sekretariats sowie die Landesleitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,[85] der Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe, des Verbandes Thüringer Konsumgenossenschaften, die Volkssolidarität und insbesondere unsere

[79] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „beschleunigt".
[80] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „aktiven".
[81] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „zahlreichen".
[82] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „übermäßige".
[83] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der Macht".
[84] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Selbstverwaltung".
[85] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „die Thüringer Leitung der Gewerkschaften".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

leitenden Genossen in der Landesverwaltung, in den Kreisen, Städten und Gemeinden in der Lage, umfangreiches Beweismaterial vorzulegen. Für heute beschränken wir uns darauf, Ihnen, Herr Garde-Generalmajor, zu diesen Punkten nur einige wenige, besonders markante Fälle anzugeben und Ihnen in der Anlage[86] beizufügen.

Zu 1.) Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee, verweisen wir auf die Anlage Nr. 1,[87] die ein typisches Beispiel für die uns fast täglich zugehenden Berichte unserer Kreis- und Ortsgruppenvorstände ist. Die politischen Bildungsabende und sonstigen Veranstaltungen der Partei können wegen der zunehmenden Unsicherheit kaum noch durchgeführt werden. In Jena, Weimar und Erfurt schließen die wenigen Besucher unserer Parteiveranstaltungen sich aus Gründen der persönlichen Sicherheit zu regelrechten Geleitzügen[88] zusammen, um dadurch einen psychologischen Rückhalt zu haben. Zur Revolutionsfeier in Weimar[89] waren 2.300 Eintrittskarten verkauft, aber nur 600 Besucher anwesend, weil in der Bevölkerung das Wort kursierte: Am Revolutionsfeiertag sind die Russen unberechenbar.[90]

Zu 2.) Übereifrige Bevormundung unserer Parteifunktionäre, führen wir folgende Beispiele an:
Kreisvorstand Weißensee: Kapitän Friedland[91] verlangte von dem Organisationssekretär, Gen. Dünnebeil, daß er in wenigen Stunden einen Bericht über die Anzahl der Betriebe, ihre Produktion, Belegschaftsstärke usw. liefern solle.[92] Als er hierzu in so kurzer Frist nicht in der Lage war, wurde ihm eine Strafe von RM 50.- auferlegt, die an eine besondere Kasse der Kommandantur in Erfurt eingezahlt werden musste. Kapitän Friedland, der sicher die besten Absichten hat, unsere Parteiarbeit im Kreise Weißensee zu verbessern, schießt bei seiner gutgemeinten Aktivität übers Ziel hinaus, wenn er vom Landesvorsitzenden verlangt, daß der Org.-Sekretär und andere Mitglieder des Kreissekretariats abgesetzt werden müßten.[93]

[86] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in entsprechenden Anlagen". Die Anlagen sind weder in der Akte noch in einem anderen SED-Bestand überliefert und fanden sich bislang auch noch nicht unter den zugänglichen SMAD-Dokumenten.

[87] Nicht überliefert.

[88] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Prozessionen".

[89] Gemeint ist die Feier zum Jahrestag der russischen Revolution am 7. 11. 1946.

[90] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Von den Russen sind am Revolutionsfeiertag alle möglichen Überraschungen zu erwarten."

[91] Richtig: Hauptmann Fridland.

[92] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung wurde der Satzanfang gekürzt, sinngemäß: „Org.-sekretär Dünnebeil sollte innerhalb weniger Stunden ...".

[93] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung erscheint an dieser Stelle ein Beispiel aus Mühlhausen, das im Schreiben vom 6. 1. 1947 fehlt. In der Rückübersetzung aus dem Russischen lautet es: „Kreisverband Mühlhausen: In der Hochzeit der Wahlkampfs in den Gemeinden forderte der Politoffizier die Erneuerung des gesamten [SED]-Kreissekretariats, weil er die Mitglieder für zu alt und zu wenig flexibel hielt".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kreisverband Meiningen: Die Kommandantur ließ sich durch einseitige Berichte einzelner Funktionäre der Partei zu irrigen Schlussfolgerungen gegenüber Spitzenfunktionären der Partei verleiten. Oberleutnant Hassanow verlangte und bewirkte den Ausschluß von mehreren[94] Mitgliedern der Partei entgegen unseren klaren Satzungsbestimmungen. So wurde der seit 54 Jahren in der Arbeiterbewegung stehende Heinrich Eckardt, Salzungen, ebenfalls satzungswidrig aus der Partei ausgeschlossen.

Kreisverband Rudolstadt: Durch die Kommandantur wurden Sitzungen des Kreisvorstands einberufen und in der Angelegenheit des Landrates Roth[95] Abstimmungen vorgenommen, die den Eindruck erweckten, daß von der Kommandantur eine Beeinflussung der Mitglieder des Kreisvorstands erzielt werden sollte.

Kreisverbände Sondershausen und Nordhausen: Bei der Erfassung des Abgabesolls zogen die verantwortlichen Offiziere die Funktionäre der SED bei der Durchführung der Kontroll- und Zwangsmaßnahmen mit heran, so daß die Bauern den Eindruck empfangen mußten, daß die SED der Eintreiber der Besatzungsmacht ist. Dadurch hat das Ansehen unserer Partei in diesen Kreisen stark gelitten.

Zu 3.) Zu scharfe Ausübung der Befehlsgewalt der Offiziere gegenüber der zivilen Verwaltung des Landes, der Kreise und Gemeinden.

Ganz allgemein[96] klagen unsere Bürgermeister und Landräte darüber, daß sie in ihrer Tätigkeit sehr oft durch rasch aufeinander folgende und

[94] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „von vielen".

[95] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung irrtümlich: „des Landrats von Gotha" und ohne Namen. Paul Roth (KPD/SED) war vom 21. 12. 1945 bis 29. 1. 1947 Landrat in Rudolstadt. Am 16. 5. 1946 war er von der deutschen Polizei wegen Wirtschaftsvergehen verhaftet und am 12. 6. 1946 rückwirkend aus dem Dienst entlassen, auf Befehl Kolesničenkos vom 20. 8. 1946 aber wieder in sein Amt eingesetzt worden, weil die Untersuchungen des Militärstaatsanwalts die Vorwürfe als unberechtigt herausgestellt hätten; LATh-HStA Weimar, Personalakten der Landräte, Nr. 122, Bl. 42r. Sie seien nur Ausdruck der Verleumdung durch feindliche und reaktionäre Elemente. Am 17. 8. 1946 forderte Kolesničenko das SED-Zentralsekretariat auf, von dem erwogenen Parteiausschluss Roths Abstand zu nehmen und die örtlichen Parteiorgane entsprechend zu informieren; GARF, 7184/1/15a, Bl. 69r-72r. Der Leiter der SMATh-Abteilung Inneres Jakov J. Ivanov griff den Fall am 28. 5. 1946 im Gespräch mit dem Leiter des Präsidialamts Hans Staas als Beispiel unberechtigter und unabgestimmter Verhaftungen auf; LATh-HStA Weimar, LATh-MdI, Nr. 204, Bl. 42r-44r. Im Wahlkampf für die Landtags- und Kreistagswahlen versuchte der wieder eingesetzte Roth in massiver Weise, die LDP- und CDU-Kandidaten zu behindern; LATh-HStA Weimar, LATh-MdI, Nr. 2671, Bl. 2r-100v. Vgl. auch Karl-Heinz Hajna, Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 161 f. Das SED-Landessekretariat sah Roth im Januar 1947 für den Landrats-Posten in Sondershausen vor, ließ diese Absicht aber wegen Roths dortigem Auftreten wieder fallen; Roth floh im September 1947 aus der SBZ und wurde im Mai 1948 in Abwesenheit vom Landgericht Rudolstadt wegen Wirtschaftsvergehen zu 2,5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Publizist Fritz Löwenthal, Der neue Geist von Potsdam, Hamburg 1948, hier S. 39–41, griff den „Fall Roth" polemisch auf.

[96] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „täglich".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich häufig auch widersprechende Befehle, die unter Strafandrohung kurzfristig durchgeführt werden müssen, in ihrer Arbeit gehemmt würden. Sie würden es begrüßen, wenn alle Anordnungen und Befehle nur von einer Stelle erteilt würden, die die einzelnen Anforderungen der Spezialoffiziere[97] aufeinander abstimmen und koordinieren würde. Das würde die Arbeit planvoller und weniger zeitraubend gestalten. Als Beispiel dafür, in welcher Weise unseren Landräten manchmal unnötigerweise Schwierigkeiten bereitet werden, fügen wir in der Anlage Nr. 2[98] einen Auszug aus dem Protokoll des Landesamtes für Handel und Versorgung[99] vom 23. November 1946, betreffend den Landrat Sonntag in Weißensee, an.

Zu 4.) Eingriffe und sich widersprechende oder überschneidende Anordnungen in die Wirtschaft.[100]
Hierzu verweisen wir auf das in den Anlagen Nr. 3 bis 5[101] dargestellte Material und die darin enthaltenen Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsmacht und der Wirtschaft[102] bzw. der Verwaltung unseres Landes.

Zu 5.) Zunehmende Not in der Bevölkerung.
Da die deutsche Bevölkerung schon während des Nazi-Regimes ihren Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhwerk und Wohnraum zum Vorteil der Hitleristischen Kriegsmaschinerie aufs äußerste einschränken musste, rückt der Zeitpunkt immer näher, an dem auch der letzte Rest der noch vorhandenen Substanz verbraucht sein wird. Da außerdem die Millionenzahl der Neubürger und der Heimkehrer[103] aus dem Altmaterial versorgt werden muss, herrscht in allen Teilen der Bevölkerung größter Mangel an dringendsten Gegenständen des täglichen Lebens. „Vor leeren Krippen beißen sich die Pferde" sagt ein deutsches Sprichwort. Auch die Menschen, die Mangel am Nötigsten leiden, befinden sich in einer nervös-gereizten Stimmung. Sie sind empfänglicher[104] als andere für gehässige Parolen,[105] die sich gegen die Besatzungsmacht und gegen die aufbauwilligen Kräfte der neuen Demokratie richten. Es würde deshalb dem Ansehen der Besatzungsmacht förderlich und der Ent-

[97] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der bevollmächtigten Offiziere".
[98] Nicht überliefert.
[99] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der Abteilung Handel und Versorgung".
[100] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in wirtschaftliche Angelegenheiten".
[101] Nicht überliefert. In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Anlagen Nr. 3 und 5".
[102] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „wirtschaftlichen Organen".
[103] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Umsiedler"; „und der Heimkehrer" fehlt.
[104] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „sensibler".
[105] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „gegenüber feindlichen Losungen".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wicklung der progressiven Kräfte des Volkes dienlich sein, wenn es gelingen würde, im Laufe dieses Jahres eine Verbesserung der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und Schuhwerk und Wohnraum zu erreichen.[106]

Zusammenfassend:

Als Ergebnis der oben angeführten Darlegungen erlauben wir uns, Ihnen, sehr verehrter Herr Garde-Generalmajor, nachstehend einige Vorschläge zu unterbreiten, die nach unserem Dafürhalten eine Verbesserung in dem Verhältnis zwischen der Besatzungsarmee, unserer Partei und der deutschen Bevölkerung herbeiführen könnten:

1. Eindämmung der Übergriffe und Überfälle.
2. Beseitigung der Bevormundung der unteren Gliederungen (Kreis- und Ortsgruppenvorstände) unserer Partei. Alle Angelegenheiten, die den Kreiskommandanten[107] und politischen Offizieren Anlass zu Beschwerden geben, mögen diese der SMA mitteilen, die mit dem Sekretariat des Landesvorstands[108] gemeinsam dafür sorgen wird, dass beiden Teilen (Kreiskommandantur[109] und Kreisvorständen) zu ihrem Recht verholfen wird.[110]
3. Ausübung der Befehlsgewalt gegenüber den Bürgermeistern und Landräten nur von einem bestimmten Offizier der jeweiligen Kommandantur,[111] an den sich alle anderen Offiziere zu wenden haben, wenn sie gleichfalls Anforderungen an die Bürgermeister und Landräte zu richten haben.
4. Einheitliche Planung und Lenkung der Produktion und Verteilung durch gegenseitige Abstimmung der Anforderungen der SMA und dem Ministerium für Wirtschaft bzw. Ministerium für Versorgung. Verbot an alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Roten Armee, Eingriffe in die Wirtschaft und Entnahmen aus der Produktion, die nicht durch Anordnungen der SMA gedeckt sind, vorzunehmen.
   Pünktliche Auszahlung der Arbeitslöhne.
   Anerkennung der gewerkschaftlichen Lohntarife und der deutschen Sozialgesetze.
   Menschenwürdige Behandlung der deutschen Arbeiter und Anerkennung der deutschen Sozialgesetze in den SAG-Betrieben.
   Aufhebung der höheren Einstufung in die Lebensmittelgruppen[112] bei ehemaligen Angehörigen der NSDAP.
   Entlassung von ehemaligen Angehörigen der NSDAP oder deren Frauen

[106] Bis hier reicht die in Anm. 54 erwähnte handschriftliche Streichung im Text.
[107] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandanten".
[108] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Sekretariat der Einheitspartei".
[109] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandantur".
[110] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „mit der Lösung zufrieden sind".
[111] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in jeder Kommandantur".
[112] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „für Lebensmittelkarten".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aus Betrieben der SAG und aus den Hauswirtschaften der Offiziere der Roten Armee.

5. Milderung der wirtschaftlichen Not der deutschen Bevölkerung durch Bewilligung der von der SED in der Wahlbewegung aufgestellten Forderungen, insbesondere der Aufhebung der Lebensmittelkartengruppe 6 und Zuweisung des dritten Zentners Kartoffeln.
   Gewährung eines höheren Anteils aus der Gesamtproduktion für den zivilen Sektor.
   Förderung der Konsumgenossenschaften durch Zuweisung weiterer Transportmittel und höherer Anteile von Nahrungsmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsgütern zur Verteilung an die arbeitende Bevölkerung.

Wir danken Ihnen von Herzen, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, unsere Sorgen und Wünsche offenherzig darzulegen und wir bitten sehr darum, unsere Vorschläge zu prüfen und zu erwägen, wie, in welchem Umfange und welchem Tempo sie verwirklicht werden können. Überzeugt davon, daß Sie, verehrter Herr Garde-Generalmajor, und alle Offiziere der SMA und der Kreiskommandanturen,[113] wie seither so auch weiterhin bemüht sein werden, unserer Partei und unserem Volke zu helfen, damit die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands weitere und schnelle Fortschritte macht, verbleiben wir

mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung
(Eggerath) (Hoffmann)[114]

Genossen, denken Sie über alle diese von den Vorsitzenden der SED Thüringens aufgeworfenen Fragen nach, werten Sie sie politisch unter dem Aspekt der Interessen unseres Sowjetstaats, und Sie werden sehen, dass wir in unserem Verhältnis zur SED eine Reihe von Fehlern zulassen, die man unverzüglich abstellen muss. Mag in den vorliegenden Dokumenten auch nicht alles stimmen und vieles erfunden sein, so muss man es doch berücksichtigen, weil in allem dennoch leider sehr viel Wahrheit steckt.[115]

[113] In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandanturen".

[114] Im Brief folgt der im Vortrag weggelassene Zusatz „Landesvorsitzende der SED Thüringen".

[115] Kolesničenko beließ es nicht beim Verlesen des Schreibens vom 6. 1. 1947. Er forderte auch den Bericht „Schwierigkeiten auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in der Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Dienststellen im Lande Thüringen" des Abteilungsleiters für Arbeit und Sozialpolitik beim SED-Landesvorstand, Karl Eckstein, vom 5. 1. 1947 an. Dieser Bericht beschrieb 1,3 Millionen Reichsmark rückständiger Lohnzahlungen von sowjetischen Auftraggebern sowie die Nichtzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, katastrophale Arbeitsbedingungen in den sowjetischen Betrieben und Einrichtungen, die Missachtung von Tarifen und Betriebsräten, die entwürdigende Behandlung deutscher Arbeiter in den SAG-Betrieben und auf Demontage-Baustellen. Eckstein schickte ihn am 15. 1. 1947 zudem an das SED-Zentralsekretariat; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 38r-43r. Der ehemalige Sozialdemokrat Eckstein wurde im September 1947 Mitglied im SED-Landessekretariat, aber im Zuge der innerparteilichen „Säuberungen" im Dezember 1949 aus seinen Leitungsfunktionen entfernt. Am 20. 5. 1947 schickte Hoffmann das Schreiben vom 6. 1. 1947 an die SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl mit der Bemerkung, seit

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In dieser Frage die jetzige Situation beizubehalten, ist einfach inakzeptabel, und ich bin gezwungen, jedem Kommandanten, jedem Mitarbeiter der Kommandanturen und der SMA-Verwaltung eine Frist von einem Monat zu geben, damit er seine Haltung gegenüber den Parteien und den deutschen Machtorganen prüfen kann und damit jeder für sich mit der Gewohnheit bricht, diese Organe herumzukommandieren. Jedem muss die grundsätzliche Notwendigkeit für diesen Umbruch im Umgang mit den deutschen Organen richtig bewusst werden, und jeder muss seinen Arbeitsstil verändern.

Wenn – nach all diesen Erläuterungen und Ermahnungen – jemand in gewohnter Weise weitermacht und uns daran hindert, unsere Politik in Deutschland umzusetzen, so wird er uns verlassen müssen, denn er stört bei der Erfüllung unserer Aufgaben, fügt sich nicht den Ermahnungen und Erläuterungen oder ist nicht in der Lage oder nicht gewillt, unsere Direktiven zu befolgen.

2. DIE AUFGABEN DER KOMMANDANTUREN UND DER SMA VERWALTUNG [THÜRINGEN] BEZÜGLICH DER PARTEIEN

Wenn wir uns Klarheit darüber verschaffen, welche Rolle die SED bei der Demokratisierung Deutschlands und bei der Beseitigung der Überbleibsel des Nazismus spielen muss, so müssen wir daraus einige praktische Schlussfolgerungen ziehen.

1. Der SED ist in ihrer Tätigkeit eine große Initiative einzuräumen, wir behalten uns nur die Kontrolle und Beobachtung ihrer Arbeit vor.
2. Der SED ist eine allseitige Unterstützung zu gewähren, falls sie diese anfordert, aber kategorisch ist der Gedanke aufzugeben, dass der Kommandant ein Direktivorgan für die SED ist und ihr jegliche Weisungen erteilen kann.
3. Kontakt zur SED-Führung dürfen nur die Leiter der Propagandaabteilungen in den Kreisen und der Chef der Abteilung für Propaganda der SMA haben. Niemand sonst darf die führenden Funktionäre der SED zu sich rufen oder ihnen gar Weisungen erteilen.
   Die Leiter der Abteilungen für Propaganda können führende Funktionäre der SED nur in dem Fall zu sich rufen, wenn es darum geht, Weisungen der SMA-Verwaltung [Thüringen] zu übermitteln, nicht aber wegen kleinlicher Gespräche oder wegen ausgedachter Weisungen. Es sei daran erinnert, dass die SED eine zentralisierte Partei ist, die von unten nach oben Leitungsorgane besitzt und Direktiven von ihren [jeweils] übergeordneten Organen erhält.

der SMATh-Tagung vom 10. 1. 1947 habe sich Vieles zum Positiven gewendet. Das Wirken der Besatzungsmacht und ihrer Organe sei „immer zurückhaltender geworden und kaum noch spürbar". Andererseits gebe es neue Probleme und Vorfälle, die das Ansehen der Besatzungsmacht schädigten und die Bevölkerung beunruhigten. Hoffmann nannte vor allem die „aus Sicherheitsgründen" verhafteten Jugendlichen und die Demolierung der von sowjetischen Armeeangehörigen verlassenen Wohnungen. Er bat die SED-Vorsitzenden, bei der SMAD vorstellig zu werden, damit diese den im Brief formulierten Vorschlägen zustimme; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 54r-57r.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

4. Völlig einzustellen ist das Kommandieren der Partei und die Einmischung in ihre Arbeit. Auf kleinliche Bevormundung der Partei und ihrer Leiter ist zu verzichten. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, selbständig zu arbeiten und Fragen zu entscheiden.
5. Kumpelhafte Beziehungen zwischen Mitarbeitern der Kommandanturen und Funktionären der SED-Parteiorganisationen sind einzustellen. Solche Kameraderie liefert nur den Vorwand, um die SED zu bezichtigen, dass sie keine nationale deutsche Partei, sondern eine von den Kommandanten geführte russische Partei sei.
6. Kategorisch ist darauf zu verzichten, die Führer der SED-Parteiorganisationen für Erfassungsaktionen und andere repressive Verwaltungseinsätze zu verwenden, weil die der SED feindlichen Kräfte solch eine Tätigkeit der SED dazu nutzen werden, um bei den Massen feindliche Gefühle gegenüber der SED zu wecken. Sie werden sie nutzen, den Massen zu zeigen, dass die SED keine deutsche Partei ist, die die Interessen ihres Volks verteidigt, sondern ein aktiver Erfüllungsgehilfe und Handlanger der russischen Militärbehörden ist, welche die Deutschen „unterdrücken".
7. Die Chefs der Abteilungen für Propaganda in den Kreisen und in den Provinzen[116] müssen alle Fragen der Aktivierung der politischen Tätigkeit der SED überdenken, um die Verantwortlichkeit der Mitglieder der SED sowohl auf staatlichen und wirtschaftsleitenden Posten als auch bei der innerparteilichen Arbeit und insbesondere in der politischen Bildung zu erhöhen.
   Die SED muss ihre Kader heranziehen, sie ideologisch stählen, sie zur Parteilichkeit erziehen – wer, wenn nicht wir, kann ihr bei dieser großen und wichtigen Arbeit helfen?
   Wir verfügen über große Erfahrungen aus der Geschichte unserer bolschewistischen Partei, der VKP(B). Wenn man diese Erfahrungen der SED geschickt vermittelt und erreicht, dass die Mitglieder der SED sie sich zueigen machen, so wäre das ein großer Schritt vorwärts. Die SED würde sich umwandeln, sich vor unseren Augen entwickeln und tatsächlich eine wahrhaft demokratische marxistische Arbeiterpartei werden, die es versteht, ihre Ziele unter den komplizierten Bedingungen in Deutschland durchzusetzen.
   Aber in dieser wichtigen Frage ist Eigenmächtigkeit unter den Chefs der Propagandaabteilung unzulässig. Deshalb muss man zwar alle Fragen durchdenken, aber sie in Form von Aufgaben, Ratschlägen und so weiter umsetzen, und zwar nach Konsultation in der Abteilung für Propaganda der SMA.
   Der Entwicklung und Festigung der SED müssen wir außerordentliche Aufmerksamkeit schenken, nur mit ihrer Hilfe können wir die demokratische Umgestaltung Deutschlands bewältigen.
8. Im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien muss man ebenfalls auf das Administrieren verzichten und eine Annäherung anstreben, damit sie keinen Grund haben, die Kommandanturen der übermäßigen Sympathie für die SED und der Antipathie für die LDP und CDU zu bezichtigen.

[116] So im Original, vermutlich SBZ-weit gedacht.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Für die Arbeit der Mitglieder dieser Parteien im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat trägt die [jeweilige] Partei die Verantwortung. Und wenn ein Mitglied der LDP oder der CDU schlecht arbeitet, muss die Frage nach seiner Ersetzung gestellt oder es muss von der Partei zur Verantwortung gezogen werden. Aber solche Dinge sollten sachlich erörtert werden, ohne mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, wie das bisweilen einige Kommandanten zulassen.

Überhaupt muss man sich folgende Grundposition zueigen machen: die Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen sind nicht zu kommandieren. Lassen Sie ihnen Zeit, sich zu entwickeln und Kräfte zu sammeln, damit sie bei der Leitung des Staats ohne unsere Unterstützung auskommen können und in der Lage sind, im Kampf um die Festigung ihrer Macht selbst mit der Reaktion fertig zu werden.

[3.][117] DIE BEZIEHUNGEN DER KOMMANDANTUREN UND DER SMA-VERWALTUNG ZUM DEUTSCHEN VERWALTUNGSAPPARAT

In den Beziehungen der Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen gibt es ein noch größeres Wirrwarr und mehr Unklarheiten als in der Frage der Beziehungen zu den Parteien, insbesondere und namentlich zur SED.

In den Beziehungen zu den deutschen Machtorganen ist davon auszugehen, dass diese Organe jetzt keine ernannten mehr sind, sondern auf demokratischem Wege gewählt sind und dass sie das Vertrauen der Wähler, die für diese Machtorgane gestimmt haben,[118] rechtfertigen müssen. Bei den Wahlen ist durch uns sichergestellt worden, dass keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP gewählt wurden. Somit sind die gewählten Machtorgane automatisch entnazifiziert worden, der technische Apparat dieser Organe ist aber noch von Nazis durchsetzt, und je schneller er von ihnen gesäubert wird, desto besser.

Die deutschen Machtorgane bestehen aus Vertretern der demokratischen Parteien, die vor der Wahl ihr Einverständnis zur Kandidatur abgeben mussten. Folglich übernahmen sie vor dem Volk freiwillig die Verantwortung für die Leitung ihrer Gemeinden, der Kreistage und der Provinz.[119]

Deshalb muss man ihnen die Möglichkeit geben, das Vertrauen der Wähler zu rechtfertigen, und muss ihnen folglich auch die Initiative einräumen und sie nicht durch eine kleinliche Bevormundung oder, noch schlimmer, durch ein reines Administrieren einengen. Ihnen ist ihre Arbeit nicht abzunehmen, nicht statt ihrer ist zu arbeiten, sondern es muss ihnen geholfen werden, festen Fuß zu fassen und selbständig das Wirtschaftsleben und den Dienst der unterstellten Einrichtungen zu leiten. Wobei auch in diesem Fall nicht zu vergessen ist, dass wir den Einfluss und die Stellung der SED im Verwaltungsapparat festigen müssen. Das ist deshalb notwendig, weil wir an einer echten Demokratisierung Deutschlands interessiert sind, und sie kann nur diese SED verwirklichen, wenn wir ihr

[117] „3." eingefügt. Im nicht ganz schlüssigen Textaufbau ist die Hauptuntergliederung hier nicht nummeriert. Es folgen keine weiteren gleichwertigen Gliederungspunkte.
[118] So in der Vorlage.
[119] So in der Vorlage.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dabei wirklich helfen. Die SED muss im Staatsapparat die führende Rolle einnehmen und allmählich den Apparat in ihre Hände nehmen. Wenn dies erreicht sein wird und wenn die SED selbst eine wirkliche marxistische Partei im wahrsten Sinne des Wortes wird und es lernt, den Staat zu lenken, selbstständig die Entwicklung der deutschen Gesellschaft in die von uns gewünschte Richtung leitet und alles Erdenkliche für die Verwirklichung ihres Programm-Maximums, den Aufbau des Sozialismus in Deutschland, unternimmt, dann können wir die große Gewissheit haben, dass der Frieden in Europa nicht nur für eine kurze Zeit gewährleistet sein wird.

Auf diese Positionen müssen wir unsere Beziehungen zu den gewählten deutschen Machtorganen gründen.

Aber bis auf den heutigen Tag ist die Situation so, dass viele Kommandanten die veränderte Lage infolge der durchgeführten Wahlen und anderer Faktoren während der 20-monatigen Entwicklung Deutschlands unter Besatzungsbedingungen nicht verstehen und nach altgewohnter Weise fortfahren, sich in alle Details der Arbeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane einzumischen, diese Organe durch ein grobes Administrieren terrorisieren und damit der Festigung der Demokratie nicht nützen, sondern ihr Schaden zufügen, weil sie die gewählten Volksvertreter zu gehorsamen Vollstreckern ihres Willens, oft genug auch ihrer Launen, machen. Man muss begreifen, dass wir doch nicht deshalb eine große Arbeit bei den Wahlen zu den deutschen Verwaltungsorganen geleistet haben, um sie nun zu Objekten der Befriedigung der Herrschsucht einiger Kommandanten und ihrer administrativen Gelüste zu machen. Wir hatten weitreichende Ziele im Sinn, sie zu erreichen wird aber durch das falsche Verhältnis von Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen abgebremst. Denn solche Kommandanten wie Gen. NOVOSELOV (Eisenach), Gen. BAŠKARDIN (Mühlhausen), Gen. LEBEDEV (Rudolstadt) und andere sind nach wie vor davon überzeugt, dass sie ihre Kreise, die Parteien, Gewerkschaften, Landräte, Bürgermeister, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und Gerichte befehligen und nach eigenem Gutdünken die Tätigkeit dieser Organe lenken können.

Dafür ein Beispiel: Auf Beschluss der Bezirksleitung[120] der SED sollte der Landrat des Kreises Rudolstadt Paul ROTH in den Kreis Sondershausen versetzt werden.[121] Ich habe mich mit diesem Beschluss einverstanden erklärt, weil Roth Mitglied der SED ist und der Bezirksleitung steht es frei, über ihn zu verfügen. Und das musste getan werden. Als Oberstleutnant LEBEDEV von diesem Beschluss erfuhr, erhob er seine Kommandantenstimme zum Protest und meinte, dass außer ROTH niemand diesen Kreis leiten könne. ROTH kam sofort zu ihm gelaufen, erging sich in kriecherischer Freundlichkeit und erzählte, wie er, Roth, mit allen Offizieren der Kommandantur gut zusammenzuarbeiten vermochte. Und als er sagte, dass er nur mit dem Genossen SILVESTROV nicht gut zusammenar-

[120] Korrekt: Landesleitung.

[121] Der „Fall Roth“ (vgl. Anm. 95) und die Versetzung Roths nach Sondershausen standen am 13. und 18.1.1947 im SED-Landessekretariat auf der Tagesordnung; LATh-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–031, Bl. 6r u. Bl. 7r.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beitete, erklärte Gen. LEBEDEV sogleich vor den Deutschen, dass Gen. Silvestrov ein Dummkopf sei und man ihn getrost ignorieren könne.

Dieses Verhalten des Gen. LEBEDEV ist nicht zufällig. In der Kommandantur des Kreises Rudolstadt herrschte ein Arbeitsstil, bei dem sich die Mitarbeiter der Kommandantur nicht genierten, sich in alle inneren Kleinigkeiten des deutschen Apparats einzumischen. Sie machten nicht davor Halt, die Anweisung zu geben, ohne schriftliche Genehmigung der Kommandantur niemandem, und nicht einmal dem Dolmetscher der Kommandantur, den Zutritt zum Klub der SED zu erlauben. Ein gewisser BRAJTMAN benahm sich dort dermaßen unverschämt, dass er sich in einen Gerichtsfall einmischte und die [Haft]Entlassung der Bürgerin MORGENROTH durchsetzte, die von einem deutschen Gericht wegen fortgesetzter Spekulation verurteilt worden war.

Zu diesem Fall schrieb mir der Direktor des Bezirksgerichts Dr. KUTNER:[122]

„Am 18. Oktober 1946 wurde vor der Großen Strafkammer in der Sache gegen Margarete Morgenroth wegen Verstoßes gegen Paragraf 1 der Kriegswirtschaftsverordnung[123] verhandelt.

Am 16. Oktober 1946 kam nach dem Mittagessen Herr PERSCHEID zu mir und teilte mir mit, dass der Dolmetscher des Kommandanten, Herr BRAJTMAN, es wünscht, dass dieser Fall nicht mit Gefängnishaft geahndet werde, für das begangene Vergehen möge die Untersuchungshaft angerechnet werden (ungefähr fünf Monate), womit der Fall dann abzuschließen sei. Im äußersten Fall wäre der Beschuldigten eine Geldstrafe aufzuerlegen.

Am 18. Oktober 1946 suchte mich unmittelbar vor Verhandlungsbeginn der Dolmetscher Brajtman in meinem Dienstzimmer auf und sagte mir Folgendes: ‚Diese Frau (die Beschuldigte) darf nicht ins Gefängnis gesteckt werden, weil sie sonst zugrunde geht. Tun Sie nicht, was Herr KLEKOW sagt, Herr KLEKOW will anderthalb Jahre Gefängnishaft fordern. Folgen Sie diesem Antrag nicht! Herr KLEKOW ist heute noch im Amt, vielleicht aber bald nicht mehr. Denn der Kommandant besteht darauf, dass man Klekow entlässt. Gehen Sie daher besser nicht den Weg Klekows. Sie müssen mir helfen.'

Ich hatte den Eindruck, dass Herr BRAJTMAN aufgewühlt war, vermutlich hat er hinsichtlich der Beschuldigten ein persönliches Interesse.

Am 18. Oktober 1946 rief mich während des Mittagessens (nach der Verhandlung des Falls) der Verteidiger (Rechtsanwalt) Dr. Beier per Telefon zu sich und sagte: ‚Der Kommandant kennt das Urteil, er ist außer sich'.

Rechtsanwalt Dr. Beier sagte noch, dass er sich angesichts dieser Umstände veranlasst sehe, in Berufung zu gehen, um den Fall zu prüfen.

---

[122] Das folgende Schreiben konnte in deutschen Archiven nicht ermittelt werden und wird hier als Rückübersetzung aus dem Russischen abgedruckt.

[123] Gemeint ist die bei Kriegsbeginn erlassene NS-Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 in der Fassung vom 25. 3. 1942, die nach 1945 in den Besatzungszonen zunächst noch weiter galt. Artikel I, Paragraf 1, stellte illegale Rohstoff-, Erzeugnis-, Waren-, Geld- und Bezugsscheinbewegung, Hortung, Schieberei und dergleichen unter Freiheitsstrafe; Deutsches Reichsgesetzblatt, 1939, Teil I, S. 1609–1613, und ebenda, 1942, Teil I, S. 147 f.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am 19. Oktober 1946 teilte mir Herr Perscheid mit, dass der Kommandant in Urlaub sei. Er hätte von dem Urteil im Fall der Morgenroth nichts erfahren können. Er nehme an, dass hier ein Missverständnis vorliege. Herr Perscheid sagte noch, dass Brajtman in erster Linie daran interessiert sei, dass die Morgenroth nicht ins Gefängnis komme. Falls sie auf der Grundlage eines Gnadengesuchs nicht die verhängte Strafe verbüßen müsse, so wäre Herr Brajtman auch damit zufrieden.

Unterschrift Dr. Kutner, Direktor des Bezirksgerichts."

Dieses Protokoll wird durch eine interessante Aktennotiz des Stellvertretenden Präsidenten des Bezirksgerichts Herrn JASTREBOW folgenden Inhalts ergänzt:

„Aktennotiz.
Der letzte Absatz des vorliegenden Protokolls entspricht nicht der Wahrheit. Rechtsanwalt Dr. Beier teilte mir mit, dass die Morgenroth mit ihrer Bekannten, mit der sie nach der Verkündung des Urteils zusammen wegging, dem Kommandanten Oberstleutnant LEBEDEV und dem Dolmetscher Brajtman auf der Straße begegnete. Der Kommandant rief sie (die Morgenroth) zu sich und fragte, wie der Fall ausgegangen sei und erhielt von der Morgenroth die entsprechenden Auskünfte. Die Bekannte berichtete Rechtsanwalt Beier von dieser Begegnung. Somit war dem Kommandanten das Urteil bekannt und der Dolmetscher Brajtman suchte in Kenntnis des Kommandanten die Große Strafkammer auf und führte mit ihrem Präsidenten Verhandlungen.

In Vertretung: Unterschrift Jastrebow"

Ich führe diesen Vorgang an, um zu zeigen, wie die Deutschen auf solcherart Einmischung von Mitarbeitern der Kommandantur reagieren. Man kann nur zustimmen, wenn die Organe der deutschen Gerichte und der Staatsanwaltschaft eine wachsame Kontrolle und eine gründliche Säuberung von nichtswürdigen, reaktionären Elementen fordern. Muss sich aber ein Kommandant in einen Gerichtsfall einmischen, bei dem es um Verurteilung wegen Spekulation oder wegen Diebstahls von Holz geht? Muss er den deutschen Juristen den Vorwand zur Annahme liefern, dass wir für den Schutz von Dieben und Spekulanten eintreten? Die Kommandantur hat kein Recht zu solch einer Einmischung.

In allen deutschen Gesetzen und in der unlängst verabschiedeten Verfassung in Thüringen ist festgeschrieben, dass das Gericht unabhängig ist und sich allein von den Gesetzen leiten lässt; in Rudolstadt stellt sich aber heraus, dass das deutsche Gericht von dem Willen des Dolmetschers Brajtman und des Kommandanten Gen. LEBEDEV abhängt.

Es ist an der Zeit, mit der Bevormundung, dem Kommandieren, dem Ignorieren des deutschen Verwaltungsapparats, seiner Drangsalierung und Einschüchterung durch Strafen und Verhaftungen Schluss zu machen. Wenn wir damit fortfahren, den deutschen Apparat an der Leine zu führen, ihn einzuschüchtern, seine Tätigkeit darauf zu beschränken, lediglich unsere Befehle auszuführen – und oft nicht einmal erfolgreich, so werden sich dieser Apparat und diese Macht-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

organe in den Augen der Bevölkerung als Organe der Kommandanturen präsentieren, und das Volk wird schnell begreifen, dass es keine gewählten Machtorgane hat und es wird sie ignorieren.

Brauchen wir das etwa für die Demokratisierung Deutschlands, für die Entfaltung und Festigung der demokratischen Kräfte in Deutschland? Nein, das brauchen wir nicht.

Wenn wir uns die Bedeutung und die Notwendigkeit der Demokratisierung Deutschlands zum Zwecke der dauerhaften Friedenssicherung und der Erneuerung und Entwicklung Europas bewusst machen, dann müssen wir unseren Arbeitsstil und unsere Beziehungen zu den deutschen Machtorganen ändern.

Ich will unsere Aufgaben in dieser Frage knapp in folgenden Punkten benennen:

1. Als Hauptaufgabe ist die Kontrolle über die Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands anzusehen. Ich unterstreiche: DIE KONTROLLE.[124]
2. Die Kontrolle der Erfüllung der Befehle des Obersten Chefs der SMAD.
3. Den deutschen Selbstverwaltungsorganen ist eine breite Initiative für ihre Tätigkeit zu gewähren. Auf kleinliche Bevormundung ist zu verzichten. Ihre Selbständigkeit ist zu fördern. Ihnen ist dabei zu helfen, die Autorität ihrer Macht zu festigen.
4. Einzustellen sind das Ignorieren der deutschen Machtorgane, das Herumkommandieren dieser Organe und ihre ständige Auswechslung wegen Kleinigkeiten.
5. Es gilt, den Einfluss der SED in den Verwaltungsorganen zu stärken.
6. Die Bedeutung der Kommandantur als Organ der Besatzungsmacht ist zu erhöhen. Sie ist dazu berufen, das Besatzungsregime, die Ordnung und Sicherheit in den Kreisen zu gewährleisten, nicht aber dazu, ihre Kräfte in der Prüfung deutscher Bittsteller zu verzetteln, mit denen die Organe der deutschen Selbstverwaltung selbst fertig werden können.
7. Unbedingt zu verhindern ist die feindliche, faschistische und profaschistische Tätigkeit seitens der immer aktiver werdenden Reaktionäre; nicht zu ersticken und abzuwürgen ist die Entwicklung der Demokratie, die sich in einem inneren Kampf zwischen den demokratischen Parteien und Organisationen vollzieht und auch jeweils intern.

Ich möchte vor einem anderen Extrem warnen, zu dem besonders Leute fähig sind, die nicht verstehen und auch nicht nachdenken wollen.

Aus all dem, was oben ausgeführt wurde, geht absolut nicht hervor, dass die Kommandanturen und die SMA-Verwaltung jetzt bei allen Angelegenheiten ganz und gar abseits stehen sollten und sich nur mit der [eigenen] inneren Ordnung und mit der militärischen und politischen Ausbildung befassen sollten. Der Übergang vom [ständigen] Wechsel in den deutschen Verwaltungsorganen, von deren Bevormundungen und Herumkommandieren zur Kontrolle bedeutet kein Nachlassen unserer Arbeit, keine Verringerung der Sorge und Pflichten, sondern de-

[124] Hervorgehoben in der Vorlage.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ren Verstärkung. Aber dieser Übergang hilft uns, unsere Arbeit zielgerichteter zu organisieren. Er gibt uns die Möglichkeit, mehr zu tun, mehr wichtige Fragen zu lösen, eine wirkliche Kontrolle über die Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland zu verwirklichen. Er gibt uns die Möglichkeit, uns besser zu orientieren, um diese Prozesse zu steuern. Die Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle über Deutschland ist um vieles komplizierter und schwieriger, als in Gemeinden Heringe zu verteilen oder sich mit der Konfiszierung von Möbeln verurteilter Deutscher zu befassen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Aufgaben der SMA-Verwaltung [Thüringen] und der Kommandanturen bei der Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Tätigkeit der deutschen Machtorgane konkretisieren.

A) AUF DEM GEBIET DER INDUSTRIE

Als Hauptaufgaben der Abteilung für Industrie der SMA-Verwaltung [Thüringen] bleiben nach wie vor:

1. Die Kontrolle über die deutsche Industrie, die die Erfüllung der Pflichtlieferungen garantiert:
   a) von Reparationen;
   b) für Aufträge der GSBSD;[125]
   c) für das Handelsnetz der SMAD und der GSBSD.
2. Die Kontrolle der deutschen Wirtschaft im Rahmen der durch den [Alliierten] Kontrollrat in Deutschland und durch das Potsdamer Abkommen der Siegermächte festgelegten Grenzen (Niveau der Produktion).
3. Die Verhinderung der Wiedererrichtung demontierter Betriebe mit dem früheren Produktionsprofil, die künftig ein bedeutendes militärisches Potenzial darstellen könnten (damit ist die Bewahrung der Kader und der Erfahrungen gemeint).
4. Bei aller Unterstützung der Wiederherstellung und Entwicklung einzelner Industriezweige (zivilen Charakters) ist ein Übergang zur erweiterten Reproduktion und Konzentration des Kapitals zu verhindern.
5. Allseitige Unterstützung für die SAG-Betriebe.

PRAXIS UND LÖSUNGSMETHODEN FÜR DIE GENANNTEN AUFGABEN

1. Kontrolle der Ausführung der Befehle des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen, Erfassung der Ergebnisse, Analyse, Vorschläge.
2. Prüfung der Pläne der Industrieproduktion und der einzelnen Quartalsaufgaben in den uns interessierenden Teilen (siehe die Punkte 1, 2, 3, 4 der Aufgabe): a) Pflichtlieferungen; b) Entwicklungstendenzen der Industrie (das Produktionsniveau einzelner Zweige, Konzentration des Kapitals und anderes).
3. Obligatorische Prüfung der Berichte:
   a) zur Planerfüllung der Industrie;
   b) zur Planerfüllung der Pflichtlieferungen (für Reparationen, für die GSBSD);

[125] GSBSD – Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

c) Verteilung der wichtigsten Arten von Ausrüstungen (im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Arbeit der demontierten Betriebe – vor der Aufteilung der Produktionsanlagen und so weiter).
Bei der Analyse der Rechenschaftsberichte ist auf die Leitungsorgane der Industrie mit dem Ziel einzuwirken, die Tendenzen der Industrie gemäß der Besatzungspolitik in Deutschland zu korrigieren.

4. Die Tätigkeit der Industrieverwaltung, der Industrie- und Handelskammer und der entsprechenden Organe in den Städten und Kreisen ist mit dem Ziel zu prüfen, dass sie durch fachlich und politisch erfahrene Mitarbeiter gestärkt und von Unzuverlässigen und Faulenzern gesäubert werden.
5. Aus der Praxis der Arbeit der Industrieabteilung der SMA-Verwaltung und der Militärkommandanturen[126] ist absolut auszuschließen:[127]
   a) über die Köpfe der deutschen Machtorgane hinweg den Firmen direkt Anordnungen und Verfügungen über die Tätigkeit der Firmen zu erteilen;
   b) für einzelne Firmen Rohstoffe und Materialien von Zulieferbetrieben einzutreiben und als Beschaffer zu diesem Zweck umher zu fahren;
   c) Anweisungen und Ersuchen auszustellen, damit bestimmten Firmen Materialien und Rohstoffe verschiedenster Art geliefert werden;
   d) Firmenchefs in die SMA zwecks Erläuterung von Anweisungen einzubestellen;
   e) selbständig Aufträge an einzelne Firmen zu erteilen für verschiedene Behörden.

   All das und vieles andere bei der Leitung der Industrie ist Sache des Ministeriums, der Bürgermeister und Landräte, nicht aber des Apparats der SMA und der Militärkommandanturen.[128]
6. Damit im Zusammenhang sind den deutschen Regierungsorganen zu übergeben:
   a) sämtliche Rohstoffe und Materialien aus allen Lagern und demontierten Betrieben;
   b) der Metallschrott und die Halbfabrikate zur Verwendung in der Industrie.
7. Den Deutschen sind die Initiative und das Recht zu übertragen, selbständig die Pläne für die Industrie und die Produktionsaufgaben der Betriebe auszuarbeiten, die Rohstoffe und Materialien zu verteilen und gemäß den beschlossenen Produktions- und Verteilungsplänen zu verbrauchen.
8. Dem Wirtschaftsministerium sind die Pläne für die Reparationslieferungen und für die Versorgung der [Sowjetischen] Truppen auszuhändigen, ihm ist die Verantwortung für die vorrangige Erfüllung dieser Pläne – termingetreu und gemäß der Nomenklatur – zu übertragen, wobei eine strenge Kontrolle

[126] Im Unterschied zum referierenden Textteil ist von nun ab formell korrekt von „Militärkommandanturen“ die Rede. Das ist ein weiterer Hinweis auf Vorlagen aus den Ressorts.
[127] Unterstreichung in der Vorlage.
[128] Der Satz ist im Dokument unverständlich formuliert, er wurde vermutlich im Diktat oder in der Abschrift beschädigt. Übersetzung und Bearbeitung folgen der Logik des Kontextes.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

durch die Industrieabteilung der SMA beizubehalten (die Initiative der Deutschen aber nicht zu behindern) ist.

9. Die Belieferung der SAG-Betriebe mit Rohstoffen und Materialien ist unter die strenge Kontrolle der Industrieabteilung der SMA zu nehmen. Die Zuführung dieser Materialien und Rohstoffe muss jedoch auch über die Industrieverwaltung des Wirtschaftsministeriums Thüringens erfolgen.

B) AUF DEM GEBIET DER BRENNSTOFFE UND DER ENERGIEWIRTSCHAFT

1. Die Kontrolle der Abteilung für Brennstoffe und Energie [der SMA Thüringen] über die Tätigkeit der Brennstoff- und Energieindustrie muss durch die Abteilung für Brennstoffe und Energie des Ministeriums für Wirtschaft und Planung der deutschen Regierung[129] erfolgen. Dabei sollte unsererseits die Kontrolle stark eingeschränkt und auf die hauptsächlichen Brennstoff- und Energieobjekte der Industrie konzentriert werden:
   a) bei den Elektrokraftwerken auf die Kraftwerke in den Kreisen des Bundeslands Thüringen;
   b) auf die Gaswerke mit einer Monatsproduktion ab 800 Tonnen;
   c) auf die Kohlebetriebe, die unmittelbar dem Direktor der neu geschaffenen Verwaltung für die Kohlebetriebe des Bundeslands Thüringen unterstellt sind.
2. Auf dem Gebiet der Erschließung und Verteilung von Brennstoffressourcen, die dem Bundesland Thüringen für seinen Bedarf zugeteilt werden, gewährleistet die Abteilung für Brennstoffe und Energie der SMA Thüringen die Kontrolle über:
   a) die Festlegung der monatlichen Limits für feste und flüssige Brennstoffe;
   b) die Kontrolle der Versorgung der wichtigsten Industriebetriebe mit flüssigen und festen Brennstoffen, Betriebe
      1) die für Reparationslieferungen produzieren;
      2) die für den Bedarf der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen produzieren;
      3) die zur Sowjetischen Aktiengesellschaft gehören.

   Für diese Betriebe ist die Zuteilung von Limits für alle festen und flüssigen Brennstoffarten zu gewährleisten.

   Was die Versorgung der übrigen Betriebe des Bundeslands Thüringen und andere Bedürfnisse der Provinz anbelangt, so ist dies völlig in die Verantwortung der deutschen Selbstverwaltung zu geben.
3. Generell ist damit Schluss zu machen, Betriebsdirektoren unter Umgehung der Abteilung für Brennstoffe und Energie des [deutschen] Wirtschaftsministeriums und der [SMA-]Verwaltung des Bundeslands Thüringen einzubestellen; die deutschen Selbstverwaltungsorgane führen die gesamte Arbeit durch, und ihnen ist die volle Verantwortung für die Erfüllung dieser oder jener Aufgabe zu übertragen.

[129] Gemeint ist die Landesregierung Thüringens.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

4. Den Inspektoren für Brennstoffe und Energiewirtschaft der Stadt- und Kreismilitärkommandanturen sind jene Pflichten aufzuerlegen, die in der „Vorläufigen Instruktion“[130] benannt sind.

C) AUF DEM GEBIET VON HANDEL UND ERFASSUNG

Die Abteilung für Handel und Erfassung [der SMA Thüringen] befasste sich im Jahr 1946 faktisch mit Problemen der Anleitung der Verwaltung für Handel und Versorgung des Bundeslands Thüringen auf den Sachgebieten Versorgung, Erfassung und Nahrungsgüterindustrie. Sie mischte sich in alle operativen Angelegenheiten der einzelnen Organisationen, Firmen und Betriebe ein, was sich in Anordnungen und Verfügungen zu allen operativ-organisatorischen und Produktionsmaßnahmen äußerte, zum Beispiel zur Planung, zur Bilanzierung der Versorgung, der Erfassung und der Erfüllung der Produktionspläne. Von der Abteilung für Handel und Erfassung der SMA des Bundeslands Thüringen wurde entschieden, wie sich die Fonds der materiellen Versorgung der Bevölkerung entwickelten und wie sie realisiert wurden, wie die Nahrungsgüterindustrie vorankam und die Sicherstellung aller Arten von Erfassung gewährleistet wurde.

Die deutschen Selbstverwaltungsorgane waren im besten Fall technische Vollstrecker.

Die Abteilung für Handel und Erfassung beschäftigte sich außerdem mit der Planung, der Zusammenstellung und der Vorlage der operativen Rechenschaftslegung gegenüber der Verwaltung für Handel und Versorgung [der Landesregierung].

Dieses System der Arbeitsorganisation und der Bevormundung des deutschen Apparats beraubte den ihn jeder Persönlichkeit und Initiativkraft, es brachte Schmarotzertum und Verantwortungslosigkeit hervor.

[Zugleich] wurde die Abteilung für Handel und Erfassung als Kontrollorgan ihren Aufgaben bei der Vollzugskontrolle nicht gerecht.

Zum Zwecke der Hebung der Verantwortlichkeit im deutschen Apparat für die Arbeit, die Förderung der Initiative und die Beseitigung des Schmarotzertums muss diese Abteilung für Handel und Erfassung von der operativen Leitung im Bereich Versorgung, Erfassung und Nahrungsgüterindustrie völlig entbunden werden. Sie darf nur die Grundfunktionen der Kontrolle bei der Ausführung der Befehle des Obersten Chefs der SMA in Deutschland und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen als Kontrollorgan der Besatzungsmacht ausfüllen und als Kontrollorgan wirken bei der Erfüllung der Produktionspläne und der Sicherung der Nahrungsgüterproduktion auf Reparationskonto sowie für die Versorgung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen und für Organe der SMA in Deutschland.

[130] Vorläufige Instruktion – eine seit 1945 SMAD-intern erarbeitete Handreichung für Kommandanten über den Personalaufbau, die Aufgaben, Vollmachten und Arbeitsmethoden einer Kommandantur und über das Kommandanturnetz in der SBZ. Im November 1946 wurde sie durch eine „Instruktion“ ersetzt, die vermutlich aber nicht mehr verschickt wurde, weil nun die „Perestrojka“ anstand.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Tätigkeit der Abteilung für Handel und Erfassung [der SMA Thüringen] wird für die einzelnen Bereiche in [Arbeitsgruppen] Gruppen erfolgen:

I. Nahrungsgüterindustrie

1. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie gewährleistet die Kontrolle über die Ausführung aller Befehle und Direktiven des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen bezüglich der Wirtschaftstätigkeit der Nahrungsgüterindustrie des Bundeslands Thüringen,[131] das heißt [sie sichert]:
   a) die rechtzeitige Aufstellung der Produktionspläne für Sonderaufgaben pro Monat, Quartal und Jahr und deren Zustellung an die Betriebe;
   b) die Kontrolle über die Erfüllung von Sonderaufgaben zur Erzeugung von Nahrungsgütern auf Reparationskonto, für die Versorgung der GSBSD und der Organe der SMAD;
   c) die Analyse der vom Ministerium für Versorgung des Bundeslands Thüringen erhaltenen operativen Rechnungslegung; die Begutachtung [dieser Daten zur] wirtschaftlichen Tätigkeit zwecks Vorlage beim Leiter der Abteilung für Handel und Erfassung für dessen Vortrag beim Chef der SMA des Bundeslands Thüringen;
   d) die Erarbeitung von Entwürfen für Befehle und Anordnungen, die die Nahrungsgüterindustrie betreffen;
   e) die Kontrolle über die Einhaltung der festgelegten Produktionsrichtsätze (Verbrauch an Rohstoffen, Materialien, Brennstoffen und der Ausstoß von fertiger Produktion);
   f) die Qualitätskontrolle der Rohstoffe und der fertigen Produktion, die für die Reparationslieferungen und für die Versorgung der GSBSD bestimmt sind;
   g) die Kontrolle über die Belieferung der Betriebe mit Rohstoffen, Materialien und Brennstoffen, die auf Reparationskonto und für die Versorgung der GSBSD arbeiten.
2. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie führt die Kontrolle sowohl über die Mitarbeiter der Kommandanturen (die in der Nahrungsgüterindustrie tätig sind) als auch über die [deutsche] Verwaltung (Abteilung Nahrungsgüterindustrie des Ministeriums für Versorgung des Bundeslands Thüringen) durch.[132]
3. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie trägt neben der Vollzugskontrolle das Studium der Produktion, der Technik und der Ökonomie der Nahrungsgüterindustrie; alle Neuheiten in der Technologie und der technischen Vervollkommnung des Leitungssystems des Betriebs und der Produktionsorganisation sind anschließend den entsprechenden Ministerien der Sowjetunion vorzulegen.

Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie wird als Kontrollorgan der Sowjetischen Besatzungsmacht von der operativen Leitung der Industrie entbunden.

[131] Dieser Satz ist im Dokument unlogisch aufgebaut. Wir bieten ihn in der Logik des Kontexts.
[132] Der Text im Dokument war kaum verständlich.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. Handel

1. Zu gewährleisten ist die Kontrolle über die fristgemäße Erfüllung der Befehle und Anordnungen des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen sowie der Verfügungen und Anordnungen der Verwaltung für Handel und Erfassung der SMAD zu allen Fragen des Handels und der Versorgung:
   a) die Kontrolle über die Entwicklung des Groß- und Einzelhandels aller Systeme;[133]
   b) die Kontrolle über die richtige Verwendung aller Nahrungsgüterfonds, sowohl auf der Ebene des Bundeslands Thüringen als auch auf der Ebene der Kreise;
   c) die Kontrolle über den Verlauf und den Umfang des Kampfs für den Schutz der Lebensmittelressourcen gegen Diebstahl, Verstecken und Unbrauchbarmachung;
   d) die Analyse des Zustands von Inventur und Rechenschaftslegung über die Bewegungen und die Restbestände der Nahrungsgüter, die in den Versorgungsplänen festgelegt sind;
   e) eine periodische Überprüfung der gesetzkonformen Ausgabe von Lebensmittelkarten an die Bevölkerung, der Festlegung der Kategorien, der Aufbewahrung und der Registratur von Lebemsmittelkarten und der entsprechenden Rechnungslegung;
   f) Unterstützung für Verbrauchergenossenschaften zum Zweck ihrer Festigung und weiteren Entwicklung.
2. Zu kontrollieren sind die deutschen Selbstverwaltungen und Handelsfirmen in Bezug auf die rechtzeitige und vollständige Belieferung von Lebensmittelfonds, die für die Gruppe der [Sowjetischen Besatzungs-] Truppen, die ACHU[134] der SMAD und andere sowjetische Versorgungseinrichtungen und gleichermaßen zur Sicherung der Reparationslieferungen festgelegt worden sind.
3. Zu leiten und zu überprüfen ist die Tätigkeit der für den Handel zuständigen Mitarbeiter der Militärkommandanturen der Bezirke, Kreise und Städte des Bundeslands Thüringen.
4. Zu kontrollieren ist die Realisierung und richtige Verwendung der Fonds der Industriewaren, die für den Handel der Abteilungen der GSBSD und der SMA bestimmt sind.

III. Erfassung

1. Die Gruppe Erfassung gewährleistet die Kontrolle über die Ausführung aller Befehle und Anordnungen des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der

[133] Gemeint ist vermutlich: „aller Eigentumsformen".
[134] ACHU – Verwaltung für [innere] Verwaltung und Wirtschaft, eine zonale Gliederung der SMAD zur internen Versorgung und Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Gütern und kleinen Produktions- und Handelseinrichtungen.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen zur Erfassung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art:

a) die Kontrolle über das Erfassungssystem für alle landwirtschaftlichen Produkte und alle Firmen, die für die Erfassung zugelassen sind;
b) die Kontrolle über die Erfassungsarbeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane der Provinz und der für die Erfassung zuständigen Landräte;
c) die Prüfung und Analyse der Erfassungspläne, alle Arten der festgelegten Formen von Rechenschaftslegung und die entsprechende eigene Stellungnahme;
d) die Kontrolle über Erfüllung des Erfassungsplans zu den festgelegten Fristen;
e) die Kontrolle über die rechtzeitige und richtige Aushändigung aller landwirtschaftlichen Bescheide zur Pflichtablieferung von landwirtschaftlichen Produkten [an den Staat] in voller Anrechnung der Objektbesteuerung sowie über die richtige Anwendung der kreisbezogenen Vergünstigungen beim Ablieferungssoll durch die deutschen Organisationen;
f) die Prüfung von Erfassungsfirmen (die Getreidesilos, Vorratslager, Speicher) hinsichtlich der sachgemäßen Lagerung, der Sicherung, der Qualität und der Statistik der erfassten landwirtschaftlichen Erzeugnisse.
g) Sie unterstützt die Entwicklung und Festigung der landwirtschaftlichen Verbrauchergenossenschaften, damit deren Rolle bei der Erfassung wächst.

2. Sie leitet und überprüft die Tätigkeit des Erfassungsapparats innerhalb der Kreismilitärkommandanturen.[135]

D) IM BEREICH DER PLANUNG

Von den allgemeinen Aufgaben ausgehend, die die SMA-Verwaltung Thüringen und ihre Organe in den Gemeinden zu bewältigen haben, müssen die funktionalen Hauptpflichten der Abteilung für Wirtschaftsplanung der SMA Thüringen folgende sein:

1. Die Analyse des Verteilungsplans für Reparationslieferungen, der von der örtlichen deutschen Wirtschaftsverwaltung erstellt worden ist auf der Grundlage der zugewiesenen Kontrollaufgaben. Seine Korrektur und die Erarbeitung eines Gutachtens an die Führung der SMA Thüringen zu den Erfüllungsaussichten sowohl in den einzelnen Industriezweigen und in der Landwirtschaft als auch hinsichtlich der Fristen.
2. Die Analyse des Verteilungsplans für die Pflichtlieferungen für den Bedarf der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland. Seine Korrektur und die Übergabe eines Gutachtens zu den Erfüllungsaussichten hinsichtlich der Objekte der Lieferungen und der Fristen an die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen.

[135] Gemeint sind die innerhalb der Kreiskommandanturen für die Erfassung zuständigen Offiziere.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Die Analyse des Verteilungsplans der Materialfonds für die Verbraucher, der von der örtlichen deutschen Wirtschaftsverwaltung erstellt worden ist. Seine Korrektur zum Zwecke der vorrangigen Versorgung jener Industriezweige, die einen Pflichtlieferungsplan für Reparationen und für die GSBSD erfüllen.
4. Die Kontrolle über die Realisierung der Materialfonds, die für den Bedarf der Industrie und der örtlichen Wirtschaft Thüringens aus anderen Provinzen [und Ländern der SBZ] bereitgestellt sind.
5. Die Erstellung von Plänen für die Reparationen und die Pflichtlieferungen, aufgeschlüsselt auf die Industriezweige und die Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Bezirke oder Kreise, und deren Ausgabe an die Bezirks- oder Kreismilitärkommandanturen zwecks täglicher Erfüllungskontrolle.
6. Die Analyse und die Übergabe eines Gutachtens an die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen über die Effektivität der Maßnahmen, die von den örtlichen deutschen Machtorganen auf dem Gebiet der ökonomischen Abrüstung und der Vernichtung des Kriegspotenzials in Deutschland durchgeführt werden.
7. Die Bearbeitung und der Vergleich mit anderen Zweigabteilungen der SMA-Verwaltung Thüringen von monatlichen, quartalsmäßigen und jährlichen Rechenschaftslegungen über die Erfüllung des Plans für Reparationen und für die Pflichtlieferungen an die GSBSD, die von den Bezirksmilitärkommandanturen und der deutschen Verwaltung für Wirtschaft eingehen.
8. Die Zusammenstellung von Berichtsübersichten mit einer Analyse der Tätigkeit zu Wirtschaftsfragen für die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen und für die Planungs- und Wirtschaftsabteilung der SMA-Verwaltung Thüringen.
9. Die Bilanz der Reserven der Materialfonds, die sich in der Verfügung der Führung der SMA-Verwaltung Thüringen befinden, und die Erteilung von Anweisungen zur deren Auslieferung an die Verbraucher.
10. Inspektionsreisen von leitenden Mitarbeitern der Abteilung in die Gemeinden, um den Mitarbeitern der Planungs- und Wirtschaftsabteilungen der Bezirks- und Kreismilitärkommandanturen praktische Hilfe zu erweisen.
11. Geschäftsmäßige Verbindungen zu den leitenden Mitarbeitern der deutschen Hauptverwaltung für Wirtschaft[136] und der Industrie- und Handelskammer Thüringens, Hilfe bei der Planung der deutschen Wirtschaft und der Ausarbeitung von organisatorischen Maßnahmen, die auf die Verwendung der freien Kapazitäten in der Industrie gerichtet sind, um den Ausstoß der Warenproduktion zu erhöhen. Überprüfung der Kader der deutschen Planungsorgane.

[136] Gemeint ist das im Dezember 1946 in dem von Georg Appell (SPD/SED) geleiteten Ministerium für Wirtschaftsplanung (seit 30.1.1947 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) eingerichtete Amt für Wirtschaftsplanung (seit 30.5.1947 Amt für Landes- und Wirtschaftsplanung).

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

E) AUF DEM GEBIET DER LANDWIRTSCHAFT

Unter allen Umständen verbleiben bei der Abteilung für Landwirtschaft und der Verwaltung für Forstwirtschaft [in der SMA-Verwaltung] und bei der Landwirtschaftsabteilung einer Militärkommandantur:

1. Die Kontrolle über die Erfüllung des Plans der landwirtschaftlichen Arbeiten, die mit Befehl des Obersten Chefs festgelegt sind (Anbauflächen, Gewinnung neuer Ackerflächen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ausgabe von Saatgut für landwirtschaftliche Kulturen).
2. Die Kontrolle über die Erfüllung des festgelegten Plans zur Entwicklung der Viehwirtschaft.
3. Die Kontrolle über die Erfüllung des festgelegten Plans für den Holzeinschlag und des Transportplans für das Holz.
4. Die Kontrolle über die Erfüllung der Maßnahmen zur Festigung der Ergebnisse der Bodenreform.
5. Die Kontrolle über die Erfüllung der Maßnahmen zur Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe.

D a f ü r i s t e s a b e r n o t w e n d i g:

Die Einmischung der Abteilung für Land- und Forstwirtschaft der SMA-Verwaltung und der landwirtschaftlichen Abteilungen der Militärkommandanturen in die praktische Tätigkeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane bezüglich folgender Maßnahmen einzustellen:

1. Agrotechnische Maßnahmen (Erzeugung von Saatgut, Pflege der Saaten, Düngung des Bodens, Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten landwirtschaftlicher Kulturen).
2. Maßnahmen zur Mechanisierung der Landwirtschaft (Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren für die Frühjahrsbestellung und die Erntekampagne).
3. Veterinärmedizinische Maßnahmen (darunter die Kontrolle der Herstellung von Biopräparaten[137] für die Schutzimpfung von Tieren in der Landwirtschaft).
4. Die Abteilung für Volksbildung und die Inspektoren in den Militärkommandanturen müssen sich mit der landwirtschaftlichen Bildung (untere und mittlere Landwirtschaftsschulen und die landwirtschaftliche Fakultät der Universität) befassen.
5. Das Büro für Wissenschaft und Technik [der SMA-Thüringen] muss sich mit den landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen (landwirtschaftlichen Forschungsinstituten) befassen.
6. Mit der Prüfung der zahlreichen Beschwerden unterschiedlicher Art aus der deutschen Bevölkerung müssen sich die deutschen Machtorgane befassen oder die Kommandanten, wenn sich diese Beschwerden auf ungesetzliche Handlungen von [sowjetischen] Militärangehörigen beziehen.

[137] Gemeint sind Serumpräparate.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In der praktischen Tätigkeit der Organe der SMA auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist die Aufgabe gestellt, die Militärkommandanten maximal von den Schreibarbeiten zur Erstellung von Berichten zu entlasten. So wird beispielsweise die SMA-Verwaltung anders als 1946 keine Vorlage von Berichten über den Stand der landwirtschaftlichen Arbeiten und anderer Maßnahmen von den Militärkommandanten mehr anfordern. Damit werden die Landwirtschaftsabteilungen der Militärkommandanturen entlastet, und ihnen verbleibt mehr Zeit für die unmittelbare Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion. Aber das bedeutet natürlich nicht, dass die Militärkommandanten diese Rechenschaftslegung nicht von ihren Landräten bekommen sollen. Gerade für eine bessere und umfassendere operative Kontrolle der Tätigkeit der Deutschen bezüglich der Ausführung von SMA-Befehlen ist wie niemals zuvor eine Verbesserung der Qualität der Rechenschaftslegungen und ihre termingemäße Vorlage bei den Militärkommandanten erforderlich.

Ich habe hier nur die Hauptgebiete angeführt, auf denen wir unsere wirtschaftliche und politische Kontrolle verwirklichen müssen. Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Abteilungen und Unterabteilungen sowohl in unserem als auch im deutschen Apparat, in denen man den Arbeitsstil überprüfen und in Richtung einer verstärkten, wirksamen Kontrolle umstellen muss, anstatt den deutschen Apparat [fortwährend] auszutauschen und unter Druck zu setzen.

In diesem, meinem Vortrag habe ich meine Vorstellungen und meinen Standpunkt zum Verhältnis der SMA-Verwaltung und der Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen und den demokratischen Parteien und Organisationen dargelegt.

Ich ging dabei von den Hinweisen des Marschalls der Sowjetunion Genossen SOKOLOVSKIJ aus, der im letzten Telegramm[138] eine Umstellung [„Perestrojka"] des Arbeitsstils der Militärkommandanturen gefordert hat.

Offen gesagt bin ich mir nicht ganz sicher, dass diese Umstellung bei uns glatt verlaufen wird, weil auch auf uns die Gewohnheiten[139] der vergangenen 20 Monate lasten, die Gewohnheit, allen Befehle zu erteilen, die administrative Macht uneingeschränkt durchzusetzen, ganz gleich, ob das nötig ist oder auch schädlich. Außerdem befinden wir uns noch in einer großen Abhängigkeit vom Apparat der SMAD, in dem es ebenfalls nicht wenige Leute gibt, die die veränderte Situation und die Forderungen des Marschalls der Sowjetunion Gen. SOKOLOVSKIJ nicht verstehen und die uns aus Gewohnheit dazu drängen, auf die alte Weise weiterzuarbeiten.

Deshalb ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, eine weitere solche Beratung zur wiederholten Erläuterung und Präzisierung einiger Fragen anzusetzen.

Ich beabsichtige, meinen Vortrag an Genossen Marschall SOKOLOVSKIJ zu schicken, und ich denke, dass ich noch ergänzende Hinweise zu allen diesen Fra-

[138] Gemeint ist die – offenbar telegrafisch übermittelte, im Anschreiben vom 14. 1. 1947 erwähnte, bislang nicht ermittelbare – Direktive 7051/III des Obersten Chefs der SMAD vom 27. 12. 1946.

[139] In der Vorlage: „die Tradition".

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gen bekommen werde, vielleicht sogar ernsthafte Korrekturen zu meinen Vorstellungen. Aber wir sollten dennoch alle die hier angeschnittenen Fragen diskutieren, um die Notwendigkeit einer Umstellung [perestrojka] unseres Arbeitsstils zu begreifen und unverzüglich mit dieser Umstellung zu beginnen – im Interesse der großen und wichtigen Aufgabe der Demokratisierung Deutschlands.

GARDE-GENERALMAJOR – (KOLESNIČENKO).

10. Januar 1947[140]

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 7–31, russ., ms. Ausfertigung.

Dokument Nr. 3: Diskussionsbeitrag des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, Generaloberst Ivan A. Serov (10. Januar 1947)

[Aus der Diskussion]
[...][141]

Generaloberst Serov:[142]

Es fällt den Kommandanten heute natürlich schwer, von alten Gewohnheiten zu lassen, von einem bisherigen Arbeitsstil, der bis heute vorgeherrscht hat. Schritt-

[140] Das Blatt trägt ebenfalls keine Unterschrift Kolesničenkos, dafür den Vermerk für die Richtigkeit, gez. vom Leiter der Geheimen Abteilung der Stabskanzlei der SMA-Verwaltung Thüringen.

[141] In der Diskussion (GARF, 7184/1/ 19, Bl. 32r-39r) sprachen mehrere SMATh-Mitarbeiter. Der Leiter der Propagandaabteilung Oberst Michail M. Varakin zeichnete ein kritisches Bild der SED als unschlüssiger, zerstrittener Partei, in der den Sozialdemokraten zu viel Macht eingeräumt sei. Der Leiter der Unterabteilung Propaganda der Erfurter Bezirkskommandantur, Major Sergej B. Arustamov, ging auf Probleme an den Einsatzorten ein, der Schulinspektor im SMATh-Sektor Volksbildung, Hauptmann Fedor I. Chvostenko, bescheinigte einigen Politoffizieren, die gedankenlos sowjetische Maßstäbe anlegten, Instinktlosigkeit. SMATh-Chef Generaloberst Ivan V. Boldin, der die im Thüringer Raum stationierte 8. Garde-Armee kommandierte, plädierte für strengere Personalprüfungen in den Kommandanturen. Der von Kolesničenko als ein Repräsentant des bisherigen – nun zu ändernden – Systems des „Herumkommandierens" kritisierte Stadt- und Kreiskommandant von Mühlhausen, Oberstleutnant Dmitrij M. Baškardin, verteidigte energisch seine Politik direkter Einmischung, um dem Versagen deutscher Versorgungsbehörden wirksam entgegenzutreten. Damit assistierte er dem Stellvertreter des Chefs der Bezirkskommandantur Erfurt für Wirtschaftsfragen, Major Krivencov, der das Durchgreifen geschulter Wirtschaftsoffiziere als nötig ansah. Garde-Oberst Nikolaj M. Ural'skij, Chef der Bezirkskommandantur Gotha, erklärte, ohne direkte Einmischung würde es auch weiterhin nicht gehen. Anders der Stellvertreter Kolesničenkos und Leiter der SMATh-Wirtschaftsabteilung, Ingenieur-Major Michail M. Kaplun, der die unterbreiteten Reformgedanken und insbesondere eine professionelle Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Instanzen in Wirtschaftsfragen begrüßte.

[142] Vgl. Anm. 6.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weise muss man davon loskommen, muss zu einem neuen Arbeitsstil übergehen. Jeder SMA-Mitarbeiter muss sich diese Aufgabe klar vor Augen führen, seine gesamte Arbeit analysieren, sein Verhältnis zu den deutschen Selbstverwaltungen prüfen. Scharfe Wendungen dürfen in der Arbeit nicht zugelassen werden, umstellen muss man die Arbeit allmählich, Schritt für Schritt. Die Regierungszügel dürfen nicht plötzlich gelockert, die Initiative der Bürgermeister und Landräte muss schrittweise entwickelt werden. Dann werden sie auch kommen und uns um Rat bitten.

Nicht bei allen wird eine solche Umstellung [perestrojka] glatt gehen, deshalb muss man überlegt und umsichtig vorgehen.

Die Umstellung der Arbeit bietet den Kommandanten die Möglichkeit und die Zeit, sich verstärkt um die Disziplin und Ordnung im eigenen Haus zu kümmern. Von allen Offizieren und Soldaten der Kommandanturen und der SMA ist strenge Disziplin zu verlangen. Es muss erreicht werden, dass jede Militärkommandantur zu einer Militäreinheit wird. Der deutschen Bevölkerung ist der Zugang zu den Militärkommandanturen zu öffnen, Umfriedungen, Zäune und Schlagbäume vor den Kommandanturen sind abzubauen.

Unsere Politoffiziere befassen sich noch nicht richtig mit der Erziehung der Soldaten und Sergeanten. Diese Arbeit muss angepackt werden, wie es sich gehört, andernfalls nützen uns auch keine Zäune und keine Maulkörbe vor schlimmen Vorfällen. Die Kommandanten wissen wenig über ihre Untergebenen und kennen sie nicht.

Sämtliche Kleinwirtschaften zur Selbstversorgung [der Kommandanturen] und illegalen Kassen sind aufzulösen.

Von der [deutschen] Polizei sind alle Hinweise auf die Anzahl von Vergehen und Verbrechen einzuziehen, damit sie nicht später zu Provokationszwecken genutzt werden können.

Die Anzeigen der Deutschen über verschiedene Fälle von Raub und dergleichen muss man nicht immer für bare Münze nehmen, da wird viel einfach provoziert.

Es sind öffentliche Gerichtsprozesse gegen Deutsche durchzuführen, die in einer sowjetischen Uniform, als Russen verkleidet, Verbrechen begangen haben.

Unser Personal werden wir zusammenstreichen, wir werden uns trennen von Undisziplinierten und von denen, die amoralisches Verhalten zeigen. Mit einem Schlag kann nicht alles umgestellt werden, deshalb ist es notwendig, sich in allen Fragen der Umstellung der Arbeit [perestrojka raboty] mit Vorgesetzten zu beraten.

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 39, russ., ms. Ausfertigung.

Alle Quellen sind aus dem Russischen übersetzt von Lothar Kölm und Elke Scherstjanoi.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Udo Wengst zum 70. Geburtstag

Fast 20 Jahre wirkte Udo Wengst bis 2012 als Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ), davon nahezu 19 Jahre während meiner Zeit als Direktor. Als ich ihn einige Monate nach meinem Amtsantritt 1992 dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Stiftungsrat zur Berufung vorschlug, kannte ich ihn schon viele Jahre aus seiner Arbeit bei der damals in Bonn ansässigen Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. Als einer der Autoren des im Auftrag der Kommission von Gerhard A. Ritter herausgegebenen „Handbuchs der Geschichte des deutschen Parlamentarismus" kannte ich die Hochschätzung, die er dort nicht allein beim langjährigen Präsidenten der Kommission, Rudolf Morsey, und den durchweg hochrangigen Mitgliedern genoss. Wengst forschte dort ebenso zielstrebig wie planmäßig und veröffentlichte präzise wie ein Schweizer Uhrwerk Buch um Buch, Edition um Edition gemäß dem hohen Standard, den Rudolf Morsey gemeinsam mit Erich Matthias entwickelt hatte. Privat kannte ich Udo Wengst damals jedoch kaum. Am Ende meiner Amtszeit 2011 war das naturgemäß anders, und ich kann sagen: Er hat meine Erwartungen weder beruflich noch persönlich enttäuscht. Über fast zwei Jahrzehnte haben wir – und dies fast täglich – harmonisch zusammengearbeitet, seine Lebensfreude und sein ausgleichendes Wesen erleichterten dies sehr. Udo Wengsts wissenschaftliche Effizienz ist ebenso zu rühmen wie seine persönliche Loyalität und menschliche Zuverlässigkeit. Für die Institutsarbeit erwiesen sich seine Kooperationsfähigkeit und Nüchternheit als ausgesprochen hilfreich, neigt er doch nicht zur Komplizierung von Sachverhalten oder persönlichen Beziehungen.

Das erwies sich schon deshalb als Vorteil, weil sich die Institutsarbeit in diesen Jahrzehnten stark veränderte. Dazu trugen nicht allein forschungspolitische Entwicklungen bei, sondern zunächst die personelle, haushaltsmäßige und thematische Verdoppelung des Instituts innerhalb von eineinhalb Jahrzehnten. Äußere Kennzeichen bildeten zahlreiche neue Forschungsprojekte und in der Mitte der 1990er Jahre die Gründung einer Abteilung für DDR-Forschung zunächst in Potsdam, dann in Berlin, sowie seit 1999 die ständige Ausstellung zur nationalsozialistischen Diktatur in der Dokumentation Obersalzberg bei Berchtesgaden. Bei schließlich vier Standorten und vielen Drittmittelprojekten war Flexibilität gefragt. Hinzu kamen neue Herausforderungen und sich schnell verändernde Strukturen der Forschungslandschaft, beispielsweise durch die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung, der Programmbudgetierung, mit der die bis dahin gültige kameralistische Haushaltsführung des Wirtschaftsplans abgelöst wurde, sowie regelmäßige Evaluierungen, schließlich die Gründung der Leibniz-Gemeinschaft. In ihr hat sich Udo Wengst besonders engagiert, in der Regel hat er mich dort vertreten und damit die Interessen des IfZ. Viele Jahre wirkte er außerdem als Vorsitzender der Sektion Geisteswissenschaften und Mitglied des Präsidiums.

Seit ich 1996 von meinem Regensburger auf einen Münchner Lehrstuhl berufen wurde, lehrte Udo Wengst als Honorarprofessor an der Universität Regensburg Zeitgeschichte und tat das ebenfalls mit großem Engagement. Anders als

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017–0025
Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die meisten Honorarprofessoren führte er regelmäßig Seminare und Vorlesungen durch, betreute mehrere Doktoranden und habilitierte schließlich mit Bastian Hein einen seiner Schüler. Dieses universitäre Engagement stand im Kontext der seit Mitte der 1990er Jahre zielgerichtet verfolgten Kooperation des IfZ mit zahlreichen Universitäten.

All diese Entwicklungen waren im Herbst 1992 zwar zum erheblichen Teil geplant, doch war ihre Verwirklichung nicht voraussehbar: Insofern galt für die Berufung von Udo Wengst zum Stellvertretenden Direktor damals zwar eine gewisse organisatorische und universitäre Erfahrung als nützlich, die er als Dekanatsassistent an der Universität Tübingen gewonnen hatte, im Vordergrund aber standen seine wissenschaftliche Qualifikation sowie sein Forschungsschwerpunkt. Da ich damals zwar auch die Diktaturforschung ausbauen wollte, das IfZ nach meiner Einschätzung aber einen dringenden Nachholbedarf unter anderem in der historischen Demokratieforschung aufwies, musste eine der Prioritäten auf die Geschichte der Bundesrepublik gelegt werden. Und auf diesem Feld war und ist Udo Wengst ganz besonders ausgewiesen, ohne darauf beschränkt zu sein.

Schien sein wissenschaftlicher Weg ans Institut vorgezeichnet? Zunächst war, wie stets in den akademischen Berufen, offen, wohin ihn sein Studium führen würde. Am 1. Juli 1947 im hessischen Remsfeld, in der Nähe von Kassel, geboren, studierte er nach dem 1966 in Bonn bestandenen Abitur dort, in Köln und in Tübingen Geschichte, Politische Wissenschaft und Soziologie. Sein Studium schloss er für heutige Verhältnisse ungewöhnlich schnell 1972 mit der Promotion in Tübingen ab. Sein Doktorvater Gerhard Schulz, einer der damals führenden deutschen Zeithistoriker, stellte ihn 1973 als Wissenschaftlichen Assistenten am Seminar für Zeitgeschichte an. Mit ihm blieb Wengst weiterhin verbunden, nach seinem Tod gab er in der von ihm im IfZ betreuten Reihe „Biographische Quellen zur Zeitgeschichte“ eine kommentierte Auswahl seiner Tagebücher heraus. Von 1979 bis zum Herbst 1992 war Udo Wengst Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien.

In Tübingen arbeitete Udo Wengst zunächst über die Weimarer Republik. Seine Dissertation erschien bereits 1973 unter dem Titel „Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik“; sie wurde 1986 erneut aufgelegt. Die Studie war im weiteren Rahmen der Forschungsschwerpunkte seines Lehrers Schulz angesiedelt. Das gilt auch für die beiden großen Editionen, an denen er sich am dortigen Lehrstuhl beteiligte; sie waren der Auflösung der Weimarer Republik gewidmet und wurden von der Bonner Parlamentarismus-Kommission veröffentlicht. Unter der Ägide von Gerhard Schulz erarbeiteten Jürgen Heideking, Ilse Maurer und Udo Wengst die Dokumentationen: „Staat und NSDAP 1930–1932“ (1977) sowie „Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932“ (1980).

Galten diese Arbeiten zur ersten Nachkriegszeit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zwar ebenfalls der historischen Demokratieforschung, nämlich der ersten Republik in ihrer Endphase, so fand Udo Wengst in Bonn – was durchaus als symbolisch gelten kann – zu seinem eigentlichen geschichtswissenschaftlichen Lebensthema, der Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

land. Zu ihr veröffentlichte er mehrere Monografien, großangelegte Editionen mit umfangreichen Einleitungen, Aufsätze und regelmäßig Literaturberichte in der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*. Dabei ging es ihm nicht um Gesamtdarstellungen beziehungsweise Gesamtinterpretationen. Vielmehr lag sein Interesse in der nüchtern-sachbezogenen Quellenarbeit, die zu seinem Markenzeichen wurde und die er zielgerichtet mit einer klaren Aufgabenstellung in gemessener Zeit zu Ergebnissen führte. Ohne Zweifel gehört er zu denjenigen Zeithistorikern, die am intensivsten und produktivsten die Frühgeschichte der Bundesrepublik erforscht haben. Einer seiner Schwerpunkte liegt in der Geschichte des deutschen Liberalismus nach 1945. In diesen beiden Forschungsfeldern gelangen ihm einige Pionierstudien.

Das galt schon für seinen 1984 erschienenen Band „Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949", der – eingeleitet durch eine 50-seitige Darstellung – erstmals eine umfassende quellenmäßige Dokumentation dieser für die späteren Regierungsbildungen entscheidenden Weichenstellung lieferte. Die dann durch Udo Wengst edierten Protokolle des Bundesvorstands der FDP 1949–1954, die in zwei voluminösen Bänden 1990 veröffentlicht wurden, bilden eine Fundgrube vielfältiger und unterschiedlicher Erkenntnisse zur Frühgeschichte des bundesrepublikanischen Liberalismus. Die Dokumente sind nicht allein durch Kommentierung, Register et cetera präzise erschlossen, sondern gewinnen ihren Wert nicht zuletzt durch eine fast 100-seitige Einleitung, die eine übersichtliche eigenständige Geschichte des FDP-Bundesvorstands in diesem Zeitraum bietet und zugleich beeindruckende Porträts damals führender liberaler Politiker enthält. Den gleichen hohen Qualitätsstandard erreichen die beiden 1991 veröffentlichten Folgebände, die Sitzungsprotokolle von 1954 bis 1960 präsentieren und erschließen, als Thomas Dehler beziehungsweise Reinhold Maier FDP-Vorsitzende waren.

Es lag nahe, dass Udo Wengst, der nun als bester Kenner der FDP-Geschichte des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik ausgewiesen war, sich mit diesem Themenkomplex auch monografisch beschäftigen würde. Dass der wohltemperierte Udo Wengst sich jedoch den ausgesprochen streitlustigen, ja geradezu streithammeligen Thomas Dehler aussuchte, war dann doch überraschend. Allerdings tat er es auf seine, quellengesättigt nüchtern-sachliche Art, mit der er darstellerisch den ungestümen, zuweilen auf politischen Krawall getrimmten Dehler gleichsam posthum disziplinierte. Obwohl der eine oder andere Kritiker diese Darstellungsweise für ein so vulkanisches Temperament wie Dehler zu zurückhaltend fand, besteht doch Einigkeit: Bis heute ist Wengsts Werk die einzige wissenschaftlich fundierte Biografie eines der profiliertesten und eigenwilligsten Gründerväter der Bundesrepublik Deutschland. Dehler war der erste Justizminister im Kabinett Konrad Adenauers, den er dann aus deutschlandpolitischen Motiven noch schärfer bekämpfte, als es dem Bundeskanzler später von seinem ersten Innenminister Gustav Heinemann widerfuhr.

Der Weimarer Linksliberale Dehler bekam während der NS-Diktatur schon deshalb Probleme, weil er mit einer Jüdin verheiratet war und blieb. Später prangerte er die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland an, verteidigte

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

während des NS-Regimes als Anwalt jüdische Klienten und wurde deshalb vom Herausgeber des antisemitischen Hetzblatts *Der Stürmer*, Julius Streicher, als „Judengenosse" tituliert. Und doch plädierte Dehler später in der großen Bundestagsdebatte im März 1965 leidenschaftlich für Verjährung von NS-Verbrechen. Natürlich wird heute nach den justizpolitischen Weichenstellungen in seiner Amtszeit, insbesondere der Personalpolitik gegenüber NS-Belasteten, gefragt: Er selbst wollte, wie er es ausdrückte, darunter „einen dicken Schlußstrich" ziehen. Thomas Dehler war ein ebenso leidenschaftlicher, aber zugleich widerspruchsvoller Humanist. Zweifellos ein großer Liberaler, aber als Parteivorsitzender viel zu polarisierend, um die in verschiedene Richtungen abdriftenden Flügel der FDP integrieren zu können. Schließlich legte sich Dehler mit allen an, von der katholischen Kirche bis zu seinem Parteifreund und Vorgänger Theodor Heuss – und natürlich mit Konrad Adenauer, in den er sich geradezu verkrallte und ohne den Dehler nicht zu verstehen ist, weswegen Wengst dem Verhältnis der beiden einen aufschlussreichen Exkurs widmet, womit er – ein einziges Mal – seine chronologische Darstellung unterbricht. Jedenfalls verweist die politische Biografie dieser faszinierenden Persönlichkeit auf zentrale Probleme der deutschen Geschichte und profitiert von der besonderen Kompetenz ihres Autors für die 1950er und 1960er Jahre.

Hat Udo Wengst seine politische Biografie Dehlers schon weitgehend im Institut für Zeitgeschichte verfasst, so sind zwei zuvor veröffentlichte wichtige Monografien während der 1980er Jahre noch in der Bonner Parlamentarismus-Kommission erarbeitet worden: Es handelt sich neben anderen um einschlägige Werke zur heute erneut aktualisierten Debatte über die Personal- und Verwaltungskontinuität der Bundesrepublik zur NS-Diktatur, allerdings eingebettet in grundsätzliche verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Kontexte. Obwohl Udo Wengst das nie so prononciert betont hat, zeigt diese integrierte Betrachtung einen roten Faden seiner Forschungen zur frühen Bundesrepublik und zum Liberalismus im besonderen, weil analoge Fragen sowohl in seiner Dehler-Biografie als auch in seinem späteren Buch über Theodor Eschenburg eine Rolle spielen.

Das zentralere der beiden Monografien zur Frühgeschichte der Bundesrepublik wurde 1984 unter dem Titel „Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland" publiziert, die zweite widmete sich 1988 dem Thema „Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953". Geht es im letztgenannten Buch im Wesentlichen um die minutiöse Rekonstruktion der „politisch brisanten Punkte" der parlamentarischen Gesetzgebungsprozesse einschließlich ihrer lobbyistischen, verwaltungsmäßigen und parteipolitischen Vorbereitung, so im erstgenannten Werk um den verfassungsbasierten Verwaltungsaufbau der Bonner Kanzlerdemokratie durch Konrad Adenauer und seinen Helfer, den Staatssekretär Hans Globke. In diesem Buch fasst Wengst nicht allein den schon damals ausgedehnten Forschungsstand systematisch-handbuchmäßig zusammen, sondern führt ihn durch intensive und ausgedehnte Quellenlektüre in zahlreichen Einzelfragen fort. Da sich in Deutschland leider nur wenige Historiker einer modernen verwaltungs-

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

geschichtlichen Forschung widmen, bleibt dieses Buch deshalb bis heute ein Referenzwerk, in dem alle zentralen Themen berücksichtigt sind. Wengst beginnt mit den organisatorischen Strukturen der Zonenverwaltung nach 1945, die zum Teil Keimzellen für spätere Ministerialbürokratien wurden, und führt seine Darstellung bis zu den obersten Verfassungsorganen und dem Kanzleramt; alle das Verfassungsgefüge bildenden Institutionen werden klar dokumentiert. Der Frage, wie viele Ministerialbeamte eine „NS-Vergangenheit" hatten, weicht Wengst nicht aus, sondern belegt sie *sine ira et studio*.

Zu den vielfältigen Aufgaben von Udo Wengst im IfZ zählte die Stellvertretung des Direktors, außerdem war er für mehrere Schriftenreihen und Projekte zuständig. Unter anderem entwickelte und leitete er das Forschungsvorhaben „Reform und Revolte" zu den 1960er Jahren und arbeitete bei vielen weiteren Projekten mit. An der Vorbereitung der Jahresberichte war er ebenso beteiligt wie an der des Programmbudgets, viele Gutachten musste er erstellen und gehörte 20 Jahre zur Redaktion der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (*VfZ*). Trotz dieser großen Arbeitsbelastung veröffentlichte er munter weiter Aufsätze, Abhandlungen, Dokumentationen, Sammelbände. Innerhalb des IfZ galt das etwa für mehrere Bände in den „Biographischen Quellen" oder gemeinsam mit mir für Darstellungen und Dokumentationen zur Geschichte des IfZ, außerhalb durch Mitherausgabe beziehungsweise Mitverfasserschaft von Bänden der großangelegten „Geschichte der Sozialpolitik". Zum zweiten und dritten Band (1945–1949, 1949–1957) steuerte er umfangreiche detaillierte Abhandlungen bei.

Sein bisher letztes, nach dem Ausscheiden aus dem Institut verfasstes Buch über den Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg, bei dem er selbst noch studiert hatte, verwickelte den eher friedfertigen Udo Wengst in heftige Kontroversen. Eschenburg zählte zu den einflussreichsten Politikwissenschaftlern und politischen Kommentatoren der Bundesrepublik Deutschland, mit dem IfZ war er nicht allein als Gremienmitglied, sondern als einer der Herausgeber der *VfZ* verbunden, für die er viele Jahre bis 1978 gemeinsam mit Hans Rothfels die Hauptverantwortung trug.

Die Kontroverse entzündete sich zum einen daran, dass es sich Wengst zum Ziel gesetzt hatte, weitgehend auf der Basis des Nachlasses ein Lebensbild von Eschenburg zu präsentieren, aber nur in Grenzen eine wissenschaftsgeschichtliche oder politikwissenschaftliche Analyse zentraler Aspekte seines Werks anstrebte. Vor allem jedoch konzentrierte sich die zum Teil scharfe Debatte auf die von Eschenburg in seinen Erinnerungsbänden weitgehend ausgeklammerten Aktivitäten in der NS-Diktatur, als er als Syndikus eines industriellen Verbands auch an „Arisierungen" beteiligt war. Wengst neigt aufgrund der spärlichen Quellenlage zur Vorsicht, jedenfalls nicht zu schnellen Urteilen. Darüber hinaus jedoch hat er in einem gemeinsamen Zeitungsinterview mit einem seiner Kontrahenten, dem Politikwissenschaftler Rainer Eisfeld, eine dezidiert abweichende Einschätzung einzelner, besser dokumentierter Vorgänge gegeben und betont, dass Eschenburg weder Antisemit noch Nationalsozialist gewesen sei. Obwohl Wengst dafür plädiert, Eschenburg aus den möglichen Handlungsspielräumen seiner Zeit heraus zu bewerten, bleibt er ihm gegenüber nicht unkritisch. Allerdings hält

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

er daran fest, dass ohne weitere – ziemlich wahrscheinliche – Quellenfunde, ein endgültiges Urteil nicht möglich sei. Vor allem aber plädiert Wengst dafür, die großen Verdienste des Politologen und Publizisten Theodor Eschenburg für die öffentliche Erziehung zur parteienstaatlich-parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik in den Vordergrund der Interpretation zu stellen. Die Debatte ist nicht abgeschlossen, im Ganzen erscheint sie geradezu als typisches Beispiel zeitgeschichtlicher Kontroversen: In der Regel beginnen sie, wenn bei einer bis dahin hochgelobten Persönlichkeit von öffentlichem Interesse plötzlich Verdachtsmomente in Bezug auf ihre Aktivitäten während der nationalsozialistischen Diktatur auftauchen. Das gilt umso mehr, wenn es sich um eher als links oder linksliberal eingeschätzte Personen handelt. Theodor Eschenburg galt überdies jahrzehntelang als prominentester politologischer Kommentator der sonst scharf kritisierenden *Zeit*, die mangelhafte „Vergangenheitsbewältigung" normalerweise bei ihren politischen Gegnern beklagt.

Wie immer der Streit um Eschenburg ausgeht, die in zahlreichen Werken sichtbaren großen Verdienste von Udo Wengst um die historische Erforschung der Bundesrepublik sowie seine großen Leistungen im IfZ und der Redaktion der *VfZ* bleiben unbestritten. Mit guten Gründen haben wir ihn bei seinem Ausscheiden aus dem Institut 2012 mit einer Festschrift geehrt: „Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte", herausgegeben von Bastian Hein, Manfred Kittel und Horst Möller. Und zu Recht wurde Udo Wengst 2013 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Das Institut, seine Kolleginnen und Kollegen sowie sein Freundeskreis haben allen Anlass, ihm herzlich zu danken und ihm – und seiner Frau – für das kommende Jahrzehnt ebenso herzlich Gesundheit, Lebensfreude und Forscherdrang zu wünschen.

Horst Möller

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (April – Mai 2017)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In diesem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den zwei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Knud Andresen u. a. (Hgg.), Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, Bonn 2015.
Rezensiert von: Malte Müller (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/28948.html

Kerstin Brückweh, Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter, Berlin / Boston 2015.
Rezensiert von: Michael C. Schneider (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27507.html

Ulrike Capdepón, Vom Fall Pinochet zu den Verschwundenen des Spanischen Bürgerkrieges. Die Auseinandersetzung mit Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Spanien und Chile, Bielefeld 2015.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27539.html

Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, bearbeitet von Henrik Bispinck, Göttingen 2016.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/29678.html

Omar G. Encarnación, Democracy Without Justice in Spain. The Politics of Forgetting, Philadelphia, PA 2014.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27539.html

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0026
Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Alexandre Froidevaux, Gegengeschichten oder Versöhnung? Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg bis zur „Transición" (1936–1982), Münster 2015.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27539.html

Wolfgang Geierhos, Der Große Umbau. Russlands schwieriger Weg zur Demokratie in der Ära Gorbatschow, Köln / Weimar / Wien 2016.
Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29680.html

Thomas Großbölting / Rüdiger Schmidt (Hgg.), Gedachte Stadt – gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990, Köln / Weimar / Wien 2015.
Rezensiert von: Detlev Brunner (Historisches Seminar, Universität Leipzig) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/28305.html

Ronny Heidenreich / Daniela Münkel / Elke Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29517.html

Stéfanie von Hlatky / Andreas Wenger (eds.), The Future of Extended Deterrence. The United States, NATO, and Beyond, Washington, DC 2015.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Julius-Maximilians-Universität, Würzburg) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/29426.html

Silke Hünecke, Überwindung des Schweigens. Erinnerungspolitische Bewegung in Spanien, Münster 2015.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27539.html

Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016.
Rezensiert von: Arnd Bauerkämper (Freie Universität Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29750.html

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sebastian Koch, Zufluchtsort DDR? Chilenische Flüchtlinge und die Ausländerpolitik der SED, Paderborn 2016.
Rezensiert von: Nikolaus Werz (Universität Rostock) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29785.html

Sylvia Köchl, „Das Bedürfnis nach gerechter Sühne". Wege von „Berufsverbrecherinnen" in das Konzentrationslager Ravensbrück, Wien 2016.
Rezensiert von: Frank Nonnenmacher (Frankfurt/M.) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29913.html

Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015.
Rezensiert von: Johannes Hürter (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29163.html

Ernst Müller / Falko Schmieder, Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium, Berlin 2016.
Rezensiert von: Peter Tietze (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/29209.html

Kai Nowak, Projektionen der Moral. Filmskandale in der Weimarer Republik, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Thomas Vordermayer (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/27919.html

Wolfram Pyta, Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, München 2015.
Rezensiert von: Johannes Hürter (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29163.html

Harald Sandner, Hitler – Das Itinerar. Aufenthaltsorte und Reisen von 1889 bis 1945, Berlin 2016.
Rezensiert von: Johannes Hürter (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29163.html

Stefan Scheil, 707. Infanteriedivision. Strafverfolgung, Forschung und Polemik um einen Wehrmachtsverband in Weißrußland, Aachen 2016.
Rezensiert von: Peter Lieb (Potsdam) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29806.html

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Barbara Schneider, Erich Maschke. Im Beziehungsgeflecht von Politik und Geschichtswissenschaft, Göttingen 2016.
Rezensiert von: Jan Eckel (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/26680.html

Claudia Schneider, Als Deutsche unter Deutschen? Übersiedlungen aus der Volksrepublik Polen in die DDR 1964–1987, Halle/Saale 2015.
Rezensiert von: Daniel Logemann (Historisches Institut, Friedrich-Schiller-Universität, Jena) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/29684.html

Bertram Triebel, Die Partei und die Hochschule. Eine Geschichte der SED an der Bergakademie Freiberg, Leipzig 2015.
Rezensiert von: Anita Krätzner-Ebert (Abteilung Bildung und Forschung bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/28438.html

Jan Weyand, Historische Wissenssoziologie des modernen Antisemitismus. Genese und Typologie einer Wissensformation am Beispiel des deutschsprachigen Diskurses, Göttingen 2016.
Rezensiert von: Ilka Schröder (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/28911.html

Rolf Wörsdörfer, Vom „Westfälischen Slowenen" zum „Gastarbeiter". Slowenische Deutschland-Migrationen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2017.
Rezensiert von: Susanne Greiter (Ingolstadt) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/29446.html

Franziska A. Zaugg, Albanische Muslime in der Waffen-SS. Von „Großalbanien" zur Division „Skanderbeg", Paderborn 2016.
Rezensiert von: Michael Schmidt-Neke (Kiel) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29607.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (April – Mai 2017)

Eva Oberloskamp, Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, Berlin / Boston 2017.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/30165.html

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1986, bearb. von Matthias Peter/Daniela Taschler, Berlin / Boston 2017.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2017/05/30168.html

Jörn Retterath, „Was ist das Volk?". Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924, Berlin / Boston 2016.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29937.html

Tim Szatkowski, Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983, Berlin / Boston 2016.
Rezensiert von: Bernd Lemke (Potsdam) in sehepunkte 17 (2017), Nr. 4
www.sehepunkte.de/2017/04/29240.html

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Benedikt Stuchtey, **Contemporary History and History of Empires. Turning Points of International Research**

The article investigates the productive tension between contemporary history and comparative imperial history. The author argues in favour of understanding imperialisms and empires as analytical categories with relevance for contemporary history. He sees good prospects for the writing of the history of colonial empires including their decolonisation as a history of trans-imperial intersections based on the current developments and research results of *New Imperial History*. Finally he poses the question what was actually "European" in the European Expansion.

Guido Thiemeyer, **Stepchildren of Integration. The German Federal States and the Emergence of European Multi-Level Governance, 1950 to 1985**

The article provides a historical analysis of the impact of supranational European integration on German federalism based on archival research. When it was set up in 1949, the political system of the Federal Republic of Germany was based on a political equilibrium between the *Länder* and the Federal Government. With the beginnings of supranational European Integration in the 1950s, when the Federal Government transferred certain elements of national sovereignty to European Organisations, this equilibrium was disturbed. From now on the *Länder* governments developed different strategies to prevent their creeping disempowerment which went along with this constant change of the political system of the Federal Republic. The article therefore deals with an aspect of "Europeanisation" of the Federal Republic of Germany and the emergence of the so-called European multi-level-governance system.

Thomas Hertfelder, **Victims, Perpetrators, Democrats. About the Uneasiness Regarding the Culture of Memory and the New Master Narrative of Democracy in Germany**

Since the late 1990s a new master narrative of democracy has formed in Germany. Newer syntheses on the history of the Federal Republic as well as many national exhibition and memorial site projects all follow this narrative. In parallel a debate has flared up regarding the "uneasiness regarding the culture of memory", which argues that public commemoration of the crimes of the Nazi dictatorship has reached a dead end. Thomas Hertfelder analyses both of these discourses and points out their achievements and fractures: The democracy master narrative is capable of integrating different interpretations of German contemporary history since 1945 and thus also evokes different biographical and generational experiences – admittedly at the price of underexposing moments which can only be integrated into this success narrative with difficulty. Conversely the thesis of the "uneasiness regarding the culture of memory" remains fixated on the Shoah: It rightly emphasises the radical change which public memory of the Nazi dictatorship faces and in this context criticises a stereotypical practice of public remembrance – however on an insufficient empirical basis. The author presents the specifics of the memory of dictatorship and democracy in Germany and argues in favour of

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

combining both perspectives as well as a stronger emphasis on remembrance of democratic lines of tradition despite their ambivalences.

Jürgen John/Elke Scherstjanoi, **"Perestrojka" in Soviet Occupation Policy, 1947. Key Documents on the Restructuring of the Military Administration**

The largely unknown speech of the chief administrator of SMA (Soviet Military Administration) Thuringia, Ivan S. Kolesničenko (1907–1984), on 10 January 1947 marked the beginning of the transition from a military to a politically organised (albeit militarily secured) occupation regime in the Soviet Zone of Occupation in Germany. The starting point was the realisation in late 1946 that an improved relationship with the German side was necessary for the better implementation of the original goals of the occupation, among them a peace treaty which would be acceptable for all the Allies and the Germans in all four Zones of Occupation. This transition intersected with the changes in policy towards Germany in 1947 – in itself a contentious topic of historiography until today. Kolesničenko's speech can be seen as a key document for the history of the Soviet Military Administration in Germany (SMAD) and its occupation policy. Between 1945 and 1949 he served as the political head of SMA Thuringia. His initiative was coordinated with the SMAD leadership, which sent copies of the speech to the chief administrators of the other Länder and provinces and thus endued it with the character of an official policy document for the entire zone. The initiative aimed at changed "working styles", other forms of organisation, an – explicitly so named – "Perestrojka" of principles, methods and structures of occupational rule. At the centre was the restructuring of the network of commanders and the strengthening of political control processes regarding German administrations, Länder governments and Länder parliaments. This was supposed to be based on the principle of "control instead of intervention". This "Perestrojka" concept contains no strategic change regarding guidelines related to the policy towards Germany, but possessed decisive importance for later occupation practice.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Benedikt Stuchtey, ist Professor am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Philipps-Universität Marburg (Wilhelm-Röpke-Strasse 6c, 35032 Marburg); Veröffentlichungen u. a.: gemeinsam mit Tanja Bührer u. a. (Hrsg.), Cooperation and Empire. Local Realities of Global Processes (New York/Oxford 2017, i. E.); Der Charakter, die Herrschaft, das Wissen. Begegnungen im Zeitalter der Imperien (Berlin 2016); Geschichte Irlands (München 2012); Die europäische Expansion und ihre Feinde. Kolonialismuskritik vom 18. bis in das 20. Jahrhundert (München 2010); Science Across the European Empires, 1800–1950 (Oxford/New York 2005).

Dr. Guido Thiemeyer, ist Professor für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Universitätsstrasse 1, 40225 Düsseldorf); veröffentliche u. a.: Vom „Pool Vert" zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik 1950–1957 (München 1999); Europäische Integration. Motive, Prozesse, Strukturen (Köln/Wien/Weimar 2010); Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie (Stuttgart 2016).

Foto Copyright: Banu Aksu

Dr. Thomas Hertfelder, ist Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart (Breitscheidstrasse 48, 70176 Stuttgart); veröffentlichte u. a.: In Presidents we trust. Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA (Stuttgart 2005); Unterwegs im Universum der Deutungen. Dorothea Langes Fotozyklus „Migrant Mother", in: Zeithistorische Forschungen 4 (2007), S. 11–39; gemeinsam mit Andreas Rödder (Hrsg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? (Göttingen 2007); Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland (Stuttgart 2013); gemeinsam mit Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik (Göttingen 2016).

VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0027

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Jürgen John, ist Professor i. R. an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Fürstengraben 13, 07743 Jena); veröffentliche u. a.: gemeinsam mit Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat" (München 2007), gemeinsam mit Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Jena. Ein nationaler Erinnerungsort? (Köln/Weimar/Wien 2007); gemeinsam mit Rüdiger Stutz, Die Jenaer Universität 1918–1945, in: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, hrsg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Köln/Weimar/Wien 2009), S. 270–585; gemeinsam mit Christian Faludi (Hrsg.), „Stellt alles Trennende zurück!" Das „Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948" in Eisenach (Stuttgart 2010); gemeinsam mit Michael Grüttner u. a. (Hrsg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert (Göttingen 2010); gemeinsam mit Peter Fauser/Rüdiger Stutz (Hrsg.), Peter Petersen und die Jenaplan-Pädagogik. Historische und aktuelle Perspektiven (Stuttgart 2012); gemeinsam mit Peter Fauser/Wolfgang Beutel (Hrsg.), Pädagogische Reform. Anspruch – Geschichte – Aktualität (Seelze 2013); gemeinsam mit Stefan Gerber/Gottfried Meinhold (Hrsg.), Ambivalente Orte der Erinnerung an deutschen Hochschulen (Stuttgart 2016).

Dr. Elke Scherstjanoi, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin) und Privatdozentin an der TU Chemnitz, Institut für Europäische Geschichte (Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz); veröffentlichte u. a.: Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen (München 2004); SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953 (München 2007); Zwei Staaten, Zwei Literaturen? Das internationale Kolloquium des Schriftstellerverbandes in der DDR, Dezember 1964. Eine Dokumentation (München 2008); Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen (München 2012); Erinnerungen sowjetischer Besatzungssoldaten an den ostdeutschen Nachkriegsalltag 1945–1949, in: Andreas Wirsching u. a. (Hrsg.), Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945 (München 2015), S. 363–375; gemeinsam mit Detlev Brunner (Hrsg.), Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne (München 2015).

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie
- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen,
- die Videokolumne „Rückblicke" mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehepunkten*, der VfZ-Schreibschule etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag DeGruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf sowie für Autorinnen und Autoren,
- Informationen zu Profil sowie Herausgebern und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Merkblatt für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/autorenhinweise/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (Double Blind Peer Review). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

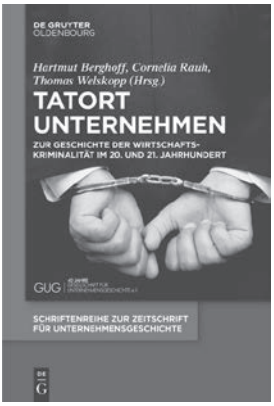
VfZ 65 (2017) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2017 DOI 10.1515/vfzg-2017-0028

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SCHRIFTENREIHE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR UNTERNEHMENSGESCHICHTE



Hartmut Berghoff, Cornelia Rauh, Thomas Welskopp (Hrsg.)
TATORT UNTERNEHMEN
Zur Geschichte der Wirtschaftskriminalität im 20. und 21. Jahrhundert

2016, VI, 174 S., 10 Abb.
Br. €49,95 [D]
ISBN 978-3-11-042673-1
eBook € 49,95 [D]
PDF ISBN 978-3-11-042271-9
ePUB ISBN 978-3-11-042279-5
Print + eBook € 79,95 [D]
ISBN 978-3-11-042272-6

Der Band untersucht anhand prominenter Beispiele die Verbindung von Wirtschaftskriminalität und Unternehmen. Die Autoren stellen bekannte Fälle von Wirtschaftskriminalität vor, ermitteln Motive der Täter und beleuchten die – meist weitreichenden negativen – Folgen für alle Beteiligten vom Täter über die betroffenen Unternehmen bis zur Politik.

Sebastian Teupe
DIE SCHAFFUNG EINES MARKTES
Preispolitik, Wettbewerb und Fernsehgerätehandel in der BRD und den USA 1945–1985

2016, XIV, 433 S., 48 Abb.
Br. €49,95 [D]
ISBN 978-3-11-049629-1
eBook € 49,95 [D]
PDF ISBN 978-3-11-049794-6
ePUB ISBN 978-3-11-049365-8
Print + eBook € 79,95 [D]
ISBN 978-3-11-049795-3

Haben Märkte in der BRD und den USA unterschiedlich funktioniert? Das Buch geht dieser Frage mit Hilfe der Wirtschaftssoziologie am Beispiel des Marktes für TV-Geräte nach. Es zeigt, dass die sozialen Kontexte das Markthandeln der Hersteller, Händler und Konsumenten entscheidend prägten. Dabei geht es über die Schablone nationaler „Marktkulturen" hinaus und zeigt die Veränderungen und Ähnlichkeiten des Marktes in den beiden Gesellschaften.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

degruyter.com/oldenbourg